

**STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**Band 156**

**DIE BODEN-  
UND KOMMUNALKREDITINSTITUTE**

**1949 bis 1955**



**Herausgeber: Statistisches Bundesamt · Wiesbaden**

**Verlag: W. Kohlhammer · Stuttgart**

56. 3292

C 13-021701

# Inhalt

	Seite
Vorwort .....	3
I. Einleitung .....	5
II. Das Passivgeschäft .....	8
A. Gesamtüberblick über das Passivgeschäft .....	8
1. Gesamtbetrag der fremden Mittel .....	8
2. Die Wandlungen in der Finanzierungstechnik .....	9
B. Die Schuldverschreibungen .....	9
1. Das Emissionsgeschäft nach der Geldumstellung von 1948 .....	9
2. Die Kursentwicklung der Schuldverschreibungen .....	13
3. Der Absatz der einzelnen Arten von Schuldverschreibungen .....	14
4. Der Absatz von Schuldverschreibungen nach dem Sitz der Institute .....	16
5. Die Namensschuldverschreibungen .....	18
6. Die Altschuldverschreibungen .....	18
C. Die Darlehensaufnahme und die Treuhandmittel .....	19
1. Gesamtüberblick .....	19
2. Die Formen der Darlehensaufnahme .....	20
3. Die Treuhandmittel .....	21
4. Die Darlehensgeber .....	22
III. Das Aktivgeschäft .....	23
A. Gesamtüberblick über die Darlehensgewährung .....	23
B. Die Direktkredite .....	24
1. Die Hypotheken .....	25
2. Die Kommunaldarlehen .....	28
3. Die Schiffshypotheken .....	29
4. Die sonstigen langfristigen Darlehen .....	29
C. Die Darlehensformen .....	30
D. Die Darlehen nach der Herkunft der Finanzierungsmittel .....	31
E. Die regionale Verteilung der langfristigen Darlehen .....	31
1. Die Darlehen nach dem Sitz der Kreditnehmer .....	31
2. Die Kreditversorgung nach dem Sitz der kreditgebenden Institute .....	32
F. Die Sicherung der umlaufenden Schuldverschreibungen .....	33
1. Die Deckungsmittel .....	33
2. Eigenkapital und Umlaufgrenze .....	33
3. Die Bekanntgabe der Deckungsverhältnisse .....	33
4. Die Deckungsverhältnisse nach der Geldumstellung .....	34
Tabellenteil (nach besonderem Verzeichnis) .....	37
Anhang .....	57

## **Vorwort**

Beginnend mit dem 31. März 1949 wird für das Bundesgebiet eine monatliche Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute durchgeführt. In dieser werden jeweils zum Monatsende der Umlauf an Schuldverschreibungen, gegliedert nach Zinssätzen, und der Bestand an Darlehen, gegliedert nach Art der Darlehen, auf Grund von Nachweisungen, die die Institute den Statistischen Landesämtern einreichen, erfaßt. Die für das Bundesgebiet zusammengefaßten Ergebnisse dieser Statistik werden regelmäßig monatlich in den Statistischen Berichten der Reihe VII/8 veröffentlicht.

Dieses in den einzelnen Monaten angefallene statistische Material ist in dem hier vorliegenden Band für die Jahre 1949 bis 1955 zu einer einheitlichen Darstellung der Entwicklung der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Bundesgebiet zusammengefaßt worden.

Im Statistischen Bundesamt werden die in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets ermittelten Ergebnisse der Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute in der vom Ltd. Regierungsdirektor Dr. Herrmann geleiteten Abteilung „Finanz- und Steuerstatistik“, und zwar im Referat des Oberregierungsrats Dr. Schultze zusammengestellt.

Wiesbaden, im November 1956.

**Dr. Gerhard Fürst**

Präsident des Statistischen Bundesamtes



# I. Einleitung

## Begriff und Wesen der Boden- und Kommunal-kreditinstitute

Die Boden- und Kommunkreditinstitute sind die wichtigsten Träger des Realkredits und des langfristigen Kommunkredits. Nach ihrer gesetzlichen Grundlage gliedern sich diese Institute in

private Hypothekenbanken, die unter das Hypothekenbankgesetz vom 13. 7. 1899 fallen, öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, auf die die Voraussetzungen des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (Pfandbriefgesetz) vom 21. 12. 1927 zutreffen, und Schiffspfandbriefbanken gemäß dem Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) vom 14. 8. 1933.

Im Gegensatz zu den Depositenbanken beschaffen sich die Bodenkreditinstitute die für ihr Aktivgeschäft erforderlichen Mittel durch Ausgabe von unkündbaren Inhaberschuldverschreibungen, den Pfandbriefen und Kommunalobligationen, sowie durch Aufnahme von langfristigen Darlehen. Das durch die Pfandbriefemissionen herangezogene Fremdkapital wird zu langfristigen, hypothekarisch gesicherten Ausleihungen verwendet. Die Hypotheken dienen wiederum als Deckungsgrundlage für die ausgegebenen Pfandbriefe. Die von den Grundkreditanstalten ausgegebenen Kommunalobligationen werden in gleicher Weise durch kommunale Sicherheiten, d. h. durch an Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährte Darlehen gedeckt, wie die Pfandbriefe durch Hypotheken. Die aufgenommenen Darlehen werden sowohl für Hypothekarkredite als auch für Kommunal-darlehen verwendet.

## Die Arten der Bodenkreditinstitute

Die erste private Hypothekenbank auf deutschem Boden war die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die im Jahre 1835 gegründet wurde; dieses Institut betrieb neben dem Realkreditgeschäft auch das kurzfristige Bankgeschäft. Mit dem raschen Anwachsen der großen Städte und deren gesteigertem Wohnungsbedarf sowie mit der fortschreitenden Industrialisierung stieg auch die Nachfrage nach Hypothekarkrediten. Dies führte in den folgenden Jahren zur Errichtung von weiteren Instituten privaten Rechts, die sich ausschließlich dem Realkreditgeschäft widmeten. Die Entwicklung der privaten Hypothekenbanken machte eine einheitliche Regelung des gesamten Hypothekenbankwesens erforderlich, so daß im Jahre 1899 das Hypothekenbankgesetz erlassen wurde. Im Jahre 1913 war der Pfandbriefumlauf der Hypothekenbanken bereits auf 11,6 Mrd. M angewachsen. Die Ausgabe von Kommunalobligationen spielte dagegen mit 462 Mill. M nur eine untergeordnete Rolle. In diesem Zeitpunkt hatte der Aufbau der Organisation der privaten Bodenkreditinstitute schon einen erheblichen Reifegrad erreicht. Nach dem ersten Weltkrieg sind daher nur noch relativ wenige private Hypothekenbanken hinzugetreten; kennzeichnend war vielmehr eine Konzentrationsbewegung (Fusionen, Bildung der „Gemeinschaftsgruppe“<sup>1)</sup>). Soweit Hypothekenbanken neu errichtet wurden, war ihnen gemeinsam, daß ihre Aktien im Besitz der öffentlichen Hand oder öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute waren; z. T. hatten diese Hypothekenbanken nur regionalen Charakter. Ende 1938 entfielen von einem Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen von 10,7 Mrd. RM 62 vH auf Emissionen der privaten Hypothekenbanken (ohne Schiffspfandbriefbanken). Bei den Pfandbriefen allein war der Anteil dieser Institute noch höher (67 vH).

Zu den privaten Hypothekenbanken sind auch die Schiffspfandbriefbanken zu rechnen. In Deutschland wurden Schiffspfandbriefbanken, deren Ursprungsland die Niederlande sind, erst ab 1918 gegründet, und zwar je ein

Institut in Hamburg, Berlin und Duisburg. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden zwei weitere Institute mit dem Sitz in Bremen und Lübeck ins Leben gerufen. Das Berliner Institut hat das Aktivgeschäft noch nicht wiederaufgenommen. Die Schiffspfandbriefbanken gewähren auf versicherte Schiffe Schiffshypotheken, die ins Schiffsregister eingetragen werden, und beschaffen sich die für ihre Ausleihungen benötigten Mittel in der Regel durch Ausgabe von Schiffspfandbriefen. Ihre rechtliche Fundierung erhielt die Geschäftstätigkeit der Schiffsbanken durch das Schiffsbankgesetz von 1933, das am 8. 4. 1943 eine Neufassung bekam.

Die Geschäftstätigkeit der öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten reicht bis in das 18. Jahrhundert zurück. Sie sind damit um nahezu ein Jahrhundert älter als die privaten Hypothekenbanken. Unter den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten sind wiederum die ältesten die preußischen Landschaften. Die erste Anstalt dieser Art war die Schlesische Landschaft, die 1770 gegründet wurde. Die auslösende Ursache für diese Gründung waren die Schäden des Siebenjährigen Krieges. Die Landschaft basierte auf der gemeinsamen Haftung der schlesischen Landgüter in öffentlich-rechtlich gebundener Form. Im folgenden Jahrzehnt wurden weitere Institute dieser Art in der Mark Brandenburg (1777) und Pommern (1781) ins Leben gerufen. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Zahl der Landschaften in Preußen auf 11 angestiegen. Die Landschaften dienten, der Zusammensetzung ihrer Kreditnehmer entsprechend, ausschließlich dem landwirtschaftlichen Realkredit. Das Besondere ihrer Kreditgewährung war, daß die langfristigen Darlehen nicht in bar, sondern in Form von Pfandbriefen gewährt wurden.

Landschaftsähnlichen Charakter hatten die Kreditvereine und Landeskreditkassen, die in der Zeit von 1820 bis 1860 in den später angegliederten Teilen Preußens und außerhalb dieses Landes entstanden. Einige dieser Anstalten betrieben neben dem landwirtschaftlichen Hypothekarkredit auch das Kommunkreditgeschäft. Eine erheblich größere Rolle spielte diese Art von langfristigen Krediten später im Aktivgeschäft der Staats- und Land-banken. Auf dem Gebiet des städtischen Realkredits haben die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, abgesehen von einigen städtischen und provinziellen Instituten, vor dem ersten Weltkrieg keine große Bedeutung erlangt.

Nach 1918 schaltete sich die öffentliche Hand wesentlich stärker in das Realkreditgeschäft ein. Durch zahlreiche Neugründungen von öffentlich-rechtlichen Realkreditinstituten und Sonderanstalten, wobei das Schwergewicht auf dem Gebiet des städtischen Realkredits lag, hat sich die Bodenkreditorganisation im ganzen beträchtlich erweitert. So wurden in einer Reihe von preußischen Provinzen Stadtschaften errichtet und für diese als Spitzeninstitut 1922 die Preußische Zentralstadtschaft geschaffen. Unter den übrigen Neugründungen im öffentlichen Sektor des städtischen Realkredits sind insbesondere zwei Institute zu erwähnen: Einmal die Preußische Landespfandbriefanstalt, die 1922 gegründet und 1951 in „Deutsche Pfandbriefanstalt“ umbenannt wurde; sie förderte besonders den Kleinwohnungsbau. Sodann die 1924 errichtete Württembergische Landeskreditanstalt, die bestimmungsgemäß den nachstelligen Bodenkredit pflegte. Auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Realkredits wurde 1925 ein Zentralinstitut gegründet, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt; diese beschaffte sich die Mittel für ihre Kredite zu einem erheblichen Teil durch die Aufnahme von Auslandsanleihen. Die Erlöse dieser Anleihen und die sonstigen Finanzierungsmittel der Anstalt wurden über die Bodenkreditinstitute geleitet, die ihrerseits diese Gelder an den letzten Kreditnehmer ausliehen. Die Preußische Landesrentenbank (später Deutsche Landesrentenbank), die 1928 ins Leben gerufen wurde, gewährte Langkredite für die landwirtschaftliche Siedlung, zumeist auf der Grundlage von Rentenschulden.

<sup>1)</sup> Die 1921 begründete Gemeinschaftsgruppe war eine Interessengemeinschaft mit einheitlicher Leitung und gemeinsamen Organen, die einen Ausgleich der Gewinne und Verluste der Mitgliedsinstitute herbeiführen sollte („Gewinnpoolung“).

Die Ausweitung der Geschäftstätigkeit der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute auf dem Gebiet des Realkredits veranlaßten den Gesetzgeber im Jahre 1927 zur Verabschiedung des Pfandbriefgesetzes, durch das die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten nunmehr eine einheitliche Rechtsgrundlage erhielten; bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes waren die Emissionen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute lediglich in deren Satzungen geregelt.

#### Die Entwicklung des organisierten Realkredits nach dem zweiten Weltkrieg

Durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges, namentlich infolge der politischen Neuordnung und der neuen Aufgaben, die die umfangreichen Zerstörungen städtischer Wohnbauten mit sich brachten, erfuhr die Organisation des westdeutschen Bodenkredits eine weitgehende Umgestaltung. Gegenüber 103 Bodenkreditinstituten, die Ende 1938 im Reichsgebiet tätig waren, wiesen bei Wiederaufnahme der Statistik (31. 3. 1949) nur noch 45 Institute ihr Neugeschäft nach; 41 davon hatten ihren Sitz schon vor dem Krieg im heutigen Bundesgebiet. Von den restlichen Instituten ist eines im Zuge der gebietlichen Neugliederung aus der Niederlassung einer bereits bestehenden Grundkreditanstalt entstanden (Landesbank und Girozentrale Kaiserslautern); ein weiteres Institut, das bisher aus öffentlichen Mitteln Wohnbaukredite gewährt hatte, erhielt nunmehr das Recht zur Pfandbriefausgabe (Badische Landeskreditanstalt).

In den folgenden Jahren hat eine Anzahl von ehemals in Berlin ansässigen Bodenkreditinstituten, die nach der Geldumstellung den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit nach dem Bundesgebiet verlagert hatten und als „verlagerte Institute“<sup>1)</sup> anerkannt waren, das Neugeschäft aufgenommen, während andere Grundkreditinstitute, die vor dem Krieg in Berlin und Mitteldeutschland ansässig waren, nur ihr Altgeschäft abwickeln. Drei Realkreditinstitute wurden neu errichtet, darunter zwei Schiffspfandbriefbanken. Das dritte Institut, die im Jahre 1949 gegründete Landwirtschaftliche Rentenbank, hat die Aufgaben der alten Rentenbank-Kreditanstalt übernommen.

Bei einer Anzahl von Instituten hat sich im Zusammenhang mit der Bevölkerungsverschiebung und der Wohnraumnot das Aufgabengebiet geändert. So hat die aus der Bayerischen Landeskulturnrentenbank hervorgegangene Bayerische Landesbodenkreditanstalt in der Nachkriegszeit sich vornehmlich der Förderung des Wohnungsbaus gewidmet, während die Deutsche Landesrentenbank innerhalb der Kreditgewährung für die landwirtschaftliche Siedlung nunmehr insbesondere für die Flüchtlingssiedlung Finanzhilfe gewährte.

Im ganzen gesehen konnte sich der seit Jahrzehnten eingespielte Kreditapparat der Boden- und Kommunalkreditinstitute, wenn man von den Gebietsverlusten im Osten Deutschlands und von der sozialwirtschaftlichen Umwälzung in Mitteldeutschland absieht, erhalten.

Ende 1955 wurden durch die Statistik im ganzen 67 Bodenkreditinstitute erfaßt, davon betrieben 54 Institute das Neugeschäft; die übrigen Institute wickelten dagegen nur das Geschäft aus der Reichsmarkzeit ab. Unter den 67 Realkreditinstituten befinden sich 6 Institute mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West) sowie ein Pfandbriefinstitut, das seinen Sitz ausschließlich in Berlin (West) hat. Eine Ausgliederung des Westberliner Geschäfts ist unterblieben. Denn einerseits beleihen die Institute, die ihre Emissionen im Bundesgebiet begeben, auch Berliner Pfandobjekte, andererseits erscheint es nicht gerechtfertigt, wegen eines einzigen nur in Berlin ansässigen Institutes eine besondere Statistik durchzuführen.

Die Institute, die das Boden- und Kommunalkreditgeschäft entweder ausschließlich oder neben anderen Bankgeschäften betreiben, gliedern sich nach ihrem Gesamtgeschäft in folgende Gruppen:

1. Reine Hypothekenbanken, die mit einer Ausnahme die Rechtsform der Aktiengesellschaft haben.
2. Gemischte private Hypothekenbanken, bei denen das Schwergewicht auf dem kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft liegt.
3. Schiffspfandbriefbanken, die sich ausschließlich dem Schiffsbeleihungsgeschäft widmen.
4. Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, unter denen die Landeskreditanstalten durch ihre Kapitalausstattung eine überragende Bedeutung haben.
5. Staats- und Landesbanken, die durch Fusion mit den Girozentralen auch deren Funktion übernommen haben; mithin stellen auch diese öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten gemischte Kreditinstitute dar, die neben dem Realkreditgeschäft das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft betreiben.
6. Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten mit Sonderaufgaben.

In der Struktur ihres Realkreditgeschäfts stimmen indessen die Institute sämtlicher Gruppen weitgehend überein; insbesondere trifft dies, abgesehen von Spezialkreditinstituten, auf das Passivgeschäft zu. So finanzieren sich die meisten Grundkreditanstalten sowohl durch die Ausgabe von Pfandbriefen als auch durch die Begebung von Kommunalobligationen. Infolge der Einheitlichkeit des eigentlichen Boden- und Kommunalkreditgeschäfts erweist es sich daher als zweckmäßig, in der weiteren Darstellung eine vereinfachte Gliederung der Grundkreditanstalten zu verwenden und sie nach organisatorischen Gesichtspunkten in die beiden Hauptgruppen

Private Hypothekenbanken (einschließlich Schiffspfandbriefbanken) und  
Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten  
aufzuteilen.

#### Gegenstand der Untersuchung

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit dem Passivgeschäft und dem Aktivgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Dabei wurde das Passivgeschäft dem Aktivgeschäft vorangestellt, weil das Kreditgeschäft weitgehend von den aufkommenden Mitteln bestimmt wird.

Zum Passivgeschäft der Realkreditinstitute gehören die Ausgabe von Schuldverschreibungen und die Heranziehung von Fremdmitteln durch Aufnahme von Darlehen bei anderen Stellen. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen, das sogenannte Emissionsgeschäft, vollzieht sich in verschiedenen Phasen: Die Anmeldung von Emissionsvorhaben der Institute und ihre Genehmigung durch die Aufsichtsstellen, die Auflegung der einzelnen Serien von Schuldverschreibungen und schließlich der Absatz der Wertpapiere.

In der monatlichen Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute wird der Umlauf und seine Veränderung, d. h. der Nettoabsatz, erfaßt. Zum Umlauf zählen hier lediglich die im freien Verkehr befindlichen Stücke (einschließlich der vorverkauften), nicht dagegen die Eigenbestände der Emissionsinstitute. Die Veränderung des Umlaufs wird von drei Faktoren bestimmt: In erster Linie von dem Erstabsatz der Schuldverschreibungen, sodann von den Rückflüssen (Tilgungen und Rückkäufe) und schließlich von den Wiederverkäufen solcher Wertpapiere, die von den Emissionsinstituten zur Kursstützung vorübergehend aus dem Markt genommen wurden.

Entsprechend der Ergänzung des Passivgeschäftes der Bodenkreditinstitute nach dem letzten Kriege erstreckt sich die Statistik nunmehr auch auf die hereingenommenen langfristigen Gelder. Dabei werden ebenfalls die Nettobeträge erfaßt, d. h. der jeweilige Bestand an aufgenommenen Darlehen, unter Berücksichtigung von Zuflüssen und Rückzahlungen.

Das Aktivgeschäft umfaßt die langfristigen Ausleihungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Die Statistik des Bodenkredits hat die gewährten Darlehen sowohl nach

<sup>1)</sup> Gem. § 3 der 35. DVO zum Umstellungsgesetz.

der Art als auch nach der Form der Kredite zu gliedern. Die Hauptdarlehensarten sind Hypotheken mit verschiedener Zweckbestimmung, Kommunaldarlehen und sonstige Darlehen (z. B. Schiffshypotheken, Landeskulturdarlehen u. a.). Ihrer Form nach scheiden sich diese Darlehen in Deckungsdarlehen, übrige Darlehen mit Institutshaftung und Treuhandkredite. Statistisch erfaßt werden der Darlehensbestand und seine Veränderung, d. h. die Nettoausleihungen.

#### Die Entwicklung der Statistik des Bodenkredits

Die amtliche Statistik hat den Realkredit, wie die Geschäftstätigkeit der Banken überhaupt, verhältnismäßig spät in ihre Erhebungen einbezogen. Im 19. Jahrhundert lagen nur Ermittlungen von privater Seite über Pfandbriefumlauf und Hypothekenbestand der Hypothekenbanken und der öffentlich-rechtlichen Realkreditinstitute vor, so insbesondere das Werk von Dr. Felix Hecht, „Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland“. Die Übersichten von Hecht über den Umlauf von Pfandbriefen und Kommunalobligationen und den Darlehensbestand der Hypothekenbanken, die bis zum Jahre 1899 reichen, wurden von der amtlichen Statistik erstmals im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1904, übernommen und in späteren Veröffentlichungen laufend an Hand der Bilanzen und Geschäftsberichte der Banken fortgeführt. Ergänzend wurde eine Übersicht veröffentlicht, die über die Verteilung der Hypotheken auf landwirtschaftliche und städtische Grundstücke Aufschluß gab. Ebenfalls seit 1904 finden sich in den Preussischen Statistischen Jahrbüchern Angaben über den Pfandbriefumlauf der Landschaften; damit wurde auch ein wichtiger Teil der öffentlich-rechtlichen Realkreditinstitute in die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik einbezogen.

Eine Übersicht über den Umlauf der Schuldverschreibungen sämtlicher deutschen Bodenkreditinstitute wurde erstmalig in den „Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reichs“, Jg. 1912, veröffentlicht. Eine selbständige Erhebung über die Boden- und Kommunalkreditinstitute wurde aber vor dem ersten Weltkrieg noch nicht durchgeführt; alle Veröffentlichungen dieser Zeit beruhen auf Zusammenstellungen aus den Bilanzen und Geschäftsberichten der Institute.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde vom Statistischen Reichsamt eine Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute ins Leben gerufen. Seit dem Sommer 1926 reichten die öffentlich-rechtlichen Realkreditanstalten und die Mehrzahl der Hypothekenbanken dem Amt Zweimonatsbilanzen oder -nachweisungen ein. Beginnend mit dem 31. 3. 1928 wurde eine monatliche Statistik sämtlicher Boden- und Kommunalkreditinstitute eingeführt, die es u. a. ermöglichte, nicht nur die Nettozunahme des Pfandbriefumlaufs, sondern auch den Bruttoverkauf an Schuldverschreibungen einerseits, die Tilgungen und Rückkäufe andererseits laufend festzustellen.

Ihre endgültige Gestalt fand die Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute durch eine Neufassung der Nachweisungsformulare vom 30. 11. 1930. Nach den Verfügungen des Reichswirtschaftsministers vom 22. 10. 1930 waren die Bodenkreditinstitute, die bisher auf der Grundlage freier Vereinbarung mit dem Statistischen Reichsamt berichtet hatten, nunmehr zur regelmäßigen Ausfüllung und Einreichung der Nachweisungen verpflichtet. Erfaßt wurden seit dem 30. 11. 1930 118 Institute, und zwar die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, 36 private Hypothekenbanken, 70 öffentlich-rechtliche Kreditanstalten und 11 sonstige Anstalten (darunter 3 Schiffspfandbriefbanken).

Diese Statistik erfaßte einmal das Passivgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute; sie gab Auskunft über Stand und Bewegung des Umlaufs der von ihnen ausgegebenen Schuldverschreibungen, gegliedert nach Pfandbriefen und Kommunalobligationen, sowie nach Inland- und Auslandsbelegungen. Auf der anderen Seite wies diese Statistik den Darlehensbestand der Institute und seine monatliche Veränderung aus; dabei handelte es sich um den

Bestand an landwirtschaftlichen und städtischen Hypotheken, Kommunaldarlehen, Meliorationsdarlehen und sonstigen langfristigen Darlehen. In dieser Form ist die Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute nahezu unverändert bis gegen Ausgang des zweiten Weltkrieges fortgeführt worden.

Nach diesem Krieg wurde die Monatsstatistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute mit dem 31. 3. 1949 wieder aufgenommen. Zunächst beschränkte sie sich darauf, den Umlauf an Schuldverschreibungen und den Darlehensbestand aus dem Neugeschäft zu erfassen; dabei wurden die Schuldverschreibungen nach Pfandbriefen, Kommunalobligationen und sonstigen Schuldverschreibungen gegliedert. Die Darlehen wurden ihrerseits nach zwei Gesichtspunkten aufgeteilt; einmal der Art nach in Hypotheken auf Wohnungsneubauten, auf gewerblichen Betriebsgrundstücken, auf sonstigen städtischen Grundstücken (vorwiegend Altbauten) und auf landwirtschaftlichen Grundstücken, ferner in Kommunaldarlehen und sonstige Darlehen, zum anderen nach Form und Herkunft in Deckungsdarlehen, Darlehen aus öffentlichen und sonstigen Mitteln. Hierbei waren die durchlaufenden Kredite mit eingeschlossen, ohne besonders gekennzeichnet zu sein.

In der Folgezeit wurde die Statistik erweitert, wobei sie insbesondere den neuen Finanzierungsformen Rechnung trug. Zunächst wurden im Passivgeschäft die gegenüber den großen zentralen Finanzierungsinstituten eingegangenen Verbindlichkeiten, für die Namensschuldverschreibungen hinterlegt wurden, in die Nachweisungen einbezogen; dabei handelt es sich um die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Landwirtschaftliche Rentenbank. Im Aktivgeschäft erwies es sich als notwendig, die den Sparkassen zur Weiterausleihung gewährten Kredite gesondert zu erfassen. Ferner wurden bei den sonstigen Darlehen die Schiffshypotheken und die Landeskulturdarlehen ausgegliedert. Um sichtbar zu machen, in welchem Umfang die bei den zentralen Finanzierungsinstituten aufgenommenen Gelder wieder zur Ausleihung kamen, wurden die aus diesen Mitteln gewährten Kredite bei den Deckungsdarlehen ausgesondert. Da jedoch die Bodenkreditinstitute in zunehmendem Maße auch Darlehen gegen Stellung von sonstigen Sicherheiten (Abtretungen von Hypotheken u. dgl.) aufnahmen, war es erforderlich, die aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank ausgeliehenen Gelder dieser Art besonders zu ermitteln. Ferner erschien es zweckmäßig, die Treuhandkredite getrennt nachzuweisen. Das Berichtsformular in seiner erweiterten Form wurde im Juli 1951 eingeführt.

Mit Wiederaufnahme der Einzelveröffentlichungen über den Umlauf und die Deckung von Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Bundesanzeiger wurde Ende 1953 der Umfang der Erhebung nochmals ausgedehnt. Nunmehr wurde in den monatlichen Nachweisungen neben dem Nettoumlauf auch der Bruttoumlauf an Wertpapieren erfaßt, der nach den gesetzlichen Vorschriften durch die im Register eingetragenen Deckungsdarlehen zu sichern ist. Zum Bruttoumlauf gehören auch die Eigenbestände der Bodenkreditinstitute, nicht dagegen die vorverkauften Stücke, die wiederum in dem monatlich nachgewiesenen Umlaufsbetrag („Nettoumlauf“) enthalten sind. Neben den Darlehen gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen gewannen die von den Realkreditinstituten gegen sonstige oder ohne Sicherheiten herein genommenen Gelder (insbesondere Schuldscheindarlehen) mehr und mehr an Bedeutung. Daher wurden nunmehr auch diese bei den Kapitalsammelstellen und der öffentlichen Hand aufgenommenen Darlehen in die Statistik einbezogen. Im Aktivgeschäft wurden die Ausleihungen an öffentlich-rechtliche Kreditanstalten aus den Darlehen an „sonstige Geldinstitute“ ausgegliedert, da sowohl die langfristigen Kredite an Sparkassen als auch an öffentlich-rechtliche Kreditanstalten begrifflich Kommunaldarlehen darstellen, die zur Deckung von Kommunalobligationen herangezogen werden.

Durch die monatliche Statistik wird nur das Neugeschäft der Realkreditinstitute nach dem 20. 6. 1948 festgestellt. In die Veröffentlichungen über den Umlauf und die Deckung von Schuldverschreibungen sind aber auch die aus der RM-Zeit bestehenden Verpflichtungen der Institute, das sogenannte Altgeschäft, und die nach dem Altsparengesetz ausgegebenen Wertpapiere einzubeziehen, die nunmehr vierteljährlich durch einen zusätzlichen Erhebungsbogen ermittelt werden. In dieser ergänzenden Nachweisung werden neben den Deckungsdarlehen aus dem Alt- und Neugeschäft auch die als Deckung verwandten  $4\frac{1}{2}\%$ igen Ausgleichsforderungen, die Deckungsforderungen gegen den Ausgleichs-

fonds und die Erstattungsansprüche gegen den Bund erfragt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann an Stelle der Deckung vorübergehend auch eine sogenannte Ersatzdeckung gestellt werden. Diese umfaßt Wertpapiere, Geld- bzw. Bankguthaben und Ausgleichsforderungen, deren Höhe in der Zusatznachweisung ebenfalls anzugeben ist.

Die Angaben über das Neu- und Altgeschäft beruhen auf den monatlichen und vierteljährlichen Nachweisungen zur Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute; die Jahresendzahlen weichen daher von den Bilanzveröffentlichungen der Institute etwas ab.

## II. Das Passivgeschäft

### A. Gesamtüberblick über das Passivgeschäft

#### 1. Gesamtbetrag der fremden Mittel

Der Gesamtbetrag derjenigen fremden Mittel, die dem Boden- und Kommunalkreditgeschäft der in die Statistik einbezogenen Institute zugeordnet werden, belief sich Ende 1955 auf 20,9 Mrd. DM.

Fast genau die Hälfte dieses Betrages entfällt auf den Umlauf der von den Instituten ausgegebenen Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Die aus der RM-Zeit stammenden Schuldverschreibungen sind hieran nur mit dem verhältnismäßig geringen Betrag von 1,3 Mrd. DM beteiligt. Im Zuge der Altsparenerschädigung hat sich der Umlaufbetrag der aus dem Vorkriegsgeschäft stammenden Pfandbriefe in den letzten Jahren etwas erhöht. In die Zahlen des Altgeschäfts sind auch die Restbeträge der vor dem Kriege begebenen Auslandsanleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt sowie der kommunalen und landwirtschaftlichen Umschuldungsanleihen (entsprechend der Abgrenzung der Vorkriegsstatistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) einbezogen.

Mit 10,5 Mrd. DM blieb Ende 1955 der Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen erheblich hinter dem — nur für das gesamte Reichsgebiet errechenbaren — Vorkriegsbetrag zurück. Ende 1938 waren nach den Ergebnissen der damaligen Statistik 14,1 Mrd. RM Pfandbriefe und Kommunalobligationen im Umlauf. Jedoch sind bei dem Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht nur die Veränderung des Gebietsumfanges und andererseits die Verminderung des Geldwerts zu

berücksichtigen. Im Gesamtumlauf waren vielmehr auch hohe Beträge an Schuldverschreibungen der kommunalen und der landwirtschaftlichen Umschuldung enthalten. Außerdem war selbst noch Ende 1938 der Umlauf an Altpapieren, der der damals höheren Aufwertung entsprach, mit 1567 Mill. RM erheblich größer als gegenwärtig.

#### Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen im Reichsgebiet Ende 1938

Pfandbriefe	
im Neugeschäft	7 574,4 Mill. RM
Liquidationspfandbriefe	1 254,4 „ „
Kommunalobligationen	
im Neugeschäft	1 799,0 „ „
Aufwertungsschuldverschreibungen	312,2 „ „
Umschuldungsanleihen	
kommunale	2 646,9 „ „
landwirtschaftliche	215,9 „ „
Auslandsanleihen	283,5 „ „
Gekündigte und verlorene	
Schuldverschreibungen	26,7 „ „
<b>zusammen</b>	<b>14 113,0 Mill. RM</b>
davon	
Hypothekenbanken	6 790,0 „ „
Öffentl.-rechtliche Institute	7 323,0 „ „

Abweichend von der Vorkriegsstruktur des Passivgeschäfts sind die „sonstigen“ fremden Mittel, die in der gleichen Art wie die Erlöse aus der Begebung von Schuldverschreibungen für Hypotheken und Kommunalanleihen eingesetzt (und daher in der Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute erfaßt) sind, nach dem Stande von Ende 1955 ebenso hoch wie der Umlaufbetrag der

#### Gesamtbetrag der fremden Mittel

Mill. DM

Art der Mittel	Bestand am Jahresende			Von dem Gesamtbetrag Ende 1955 entfallen auf	
	1953	1954	1955	Hypothekenbanken	Öffentl.-rechtliche Kreditinstitute
<b>A. Umlauf an Schuldverschreibungen</b>					
1. Neugeschäft					
Pfandbriefe	2 453,8	4 670,8	5 970,2	3 843,0	2 127,2
Kommunalobligationen	935,8	1 978,1	3 026,2	1 001,8	2 024,5
Schiffspfandbriefe	53,3	91,4	151,8	151,8	—
<b>zusammen</b>	<b>3 442,9</b>	<b>6 740,3</b>	<b>9 148,2</b>	<b>4 996,6</b>	<b>4 151,7</b>
2. Altgeschäft					
Pfandbriefe	673,3	837,4	1 006,5	825,5	181,0
Kommunalobligationen	208,9	216,6	229,6	77,8	151,8
Sonstige inländische Wertpapiere	25,2	27,3	32,1	—	32,1
Auslandsanleihen	58,1	58,1	58,2	—	58,2
<b>zusammen</b>	<b>965,5</b>	<b>1 139,4<sup>1)</sup></b>	<b>1 326,4<sup>1)</sup></b>	<b>903,3</b>	<b>423,1</b>
<b>Umlauf insgesamt</b>	<b>4 408,4</b>	<b>7 879,7</b>	<b>10 474,6</b>	<b>5 899,9</b>	<b>4 574,8</b>
<b>B. Aufgenommene Darlehen</b>					
1. Mittel der staatlichen Wohnbaufinanzierung in Bayern und Baden-Württemberg	1 465,4	1 851,1	2 148,3	—	2 148,3
2. Alle übrigen	3 228,2	4 209,9	5 218,5	987,6	4 230,9
<b>Darlehen insgesamt</b>	<b>4 693,6</b>	<b>6 061,0</b>	<b>7 366,8</b>	<b>987,6</b>	<b>6 379,2</b>
<b>C. Durchlaufende Kredite</b>	<b>1 055,7</b>	<b>2 085,0</b>	<b>3 051,1</b>	<b>232,7</b>	<b>2 818,4</b>
<b>Gesamtbetrag der fremden Mittel</b>	<b>10 157,7</b>	<b>16 025,7</b>	<b>20 892,5</b>	<b>7 120,2</b>	<b>13 772,4</b>
davon im Neugeschäft	9 192,2	14 886,3	19 566,1	6 216,9	13 349,3

<sup>1)</sup> Der Zugang im Altgeschäft ist auf die Ausgabe von Altsparenerschuldverschreibungen und 1954 teilweise auch auf die Einbeziehung des Westberliner Altgeschäfts zurückzuführen.



Schuldverschreibungen. Hierin sind zunächst die sogenannten Namensschuldverschreibungen enthalten, mit denen bewußt eine Ergänzung des Emissionsgeschäfts beabsichtigt wird. Der Hauptteil der aufgenommenen Darlehen entfällt aber auf die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten (insbesondere die Landesbanken). Hierin kommt zum Ausdruck, daß in starkem Maße öffentliche Mittel insbesondere zur Finanzierung des Wohnungsbaus eingesetzt und über die dem Bereich der Boden- und Kommunalkreditinstitute zugerechneten Landesbanken (nämlich soweit sie das Emissionsgeschäft betreiben) geleitet werden. Ein Sonderfall ist hierbei die Verwaltung der staatlichen Wohnbaumittel; in Bayern und in Baden-Württemberg ist diese den dort bestehenden Landeskreditanstalten übertragen, die entsprechend ihrem Umlauf an Schuldverschreibungen zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten gerechnet werden. Dadurch ist in diesen beiden Ländern auch der gesamte Bestand an staatlichen Wohnbaumitteln (und an daraus gewährten Wohnbaudarlehen) abweichend von den anderen Ländern in die Statistik einbezogen.

Von dem Gesamtbetrag an fremden Mitteln entfallen, wie oben erwähnt, nur 1,3 Mrd. DM auf das Altgeschäft. Von Bedeutung ist, vor allem in seiner seit 1948 erfolgten Entwicklung, nur das Neugeschäft, d. h. die seit der Geldumstellung ausgegebenen Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen. Die nachfolgende Darstellung behandelt daher vorwiegend das Neugeschäft.

## 2. Die Wandlungen in der Finanzierungstechnik

Der Pfandbrief ist aufs engste mit seiner Pfandgrundlage, der sogenannten „Deckungshypothek“, verknüpft. Die gesetzlichen Vorschriften für das Pfandbriefgeschäft bedingen einen engen zeitlichen Zusammenhang von Pfandbriefausgabe und Darlehensgewährung. Der Gesetzgeber ging dabei von der Vorstellung aus, daß die Hypothekenbanken zunächst aus ihrem Eigenkapital Hypotheken gewährten, um so Deckungswerte für die auszugebenden Pfandbriefe bereit zu haben. Ebenso verhält es sich bei der Ausgabe von Kommunalobligationen. In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg ging das Aktivgeschäft auch tatsächlich dem Passivgeschäft voraus.

Nach dem Kriege blieb diese Zeitfolge nicht mehr bestehen. Nunmehr ging das Passivgeschäft voran; die Bodenkreditinstitute mußten sich die für die Darlehensgewährung erforderlichen Mittel erst durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen beschaffen. Diese Umkehr in der zeitlichen Folge von Aktiv- und Passivgeschäft hat namentlich zwei Ursachen. Einmal ist das Eigenkapital der Bodenkredit-

institute, insbesondere der privaten Hypothekenbanken, gegenüber der Vorkriegszeit stark geschrumpft, wobei der bilanzmäßige Gegenposten zu einem erheblichen Teil aus illiquiden Ausgleichsforderungen besteht. Zum anderen erlangte der Wohnungsbau nach dem Kriege eine derart überragende Bedeutung, daß fast ausschließlich Neubauten zu finanzieren waren.

Bei der Beleihung von Neubauten liegt aber ein bedeutend größerer Zeitraum zwischen Hypothekenzusage und Auszahlung des Darlehens als bei Altbauten. In der Finanzierung von sozialen Wohnungsbauten, die weitaus voranstanden, trat noch eine weitere Verzögerung dadurch ein, daß die nachstelligen Baudarlehen der öffentlichen Hand erst bewilligt wurden, wenn eine bindende Zusage der ersten Hypothek durch eine Grundkreditanstalt vorlag. Eine Hypothekenzusage kann aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Regel erst gegeben werden, wenn die Refinanzierung des Darlehens durch eine entsprechende Pfandbriefemission gesichert ist. Dabei genügt nicht die formale Emissionsgenehmigung, vielmehr müssen die marktmäßigen Voraussetzungen für den tatsächlichen Absatz der bewilligten Pfandbriefe gegeben sein. Dadurch ist eine bemerkenswerte Phasenverschiebung gegenüber der früheren Finanzierungsweise eingetreten. An Stelle des gestörten Zusammenhanges zwischen Darlehensgewährung und Pfandbriefausgabe ist mithin eine neue Koinzidenz getreten, und zwar die von Hypothekenzusage und voraussichtlichem Emissionserlös. In den ersten Jahren nach der Geldumstellung war jedoch der Kapitalmarkt derart unergiebig, daß die Emissionsergebnisse bei weitem nicht ausreichten, der massierten Nachfrage nach Wohnbaukrediten Genüge zu leisten. Um diese Finanzierungslücke auszufüllen, wurden daher in großem Umfang öffentliche Mittel aller Art und Gelder von Kapitalsammelstellen herangezogen. Dabei wurden die Bodenkreditinstitute mit ihren jahrzehntelangen Erfahrungen im Realkreditgeschäft eingeschaltet, indem sie die ihnen zufließenden Mittel teils mit eigenem Risiko weiter ausliehen, zum Teil treuhänderisch verwalteten. Die Institute nahmen somit in weit größerem Maße als vor dem Kriege Darlehen zur Ausweitung ihres Aktivgeschäfts auf. Die rechtlichen Voraussetzungen für diese Finanzierungsmethode wurden durch das „Gesetz über eine vorübergehende Erweiterung der Geschäfte der Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken“ vom 5. 8. 1950 (BGBl. I, S. 353) geschaffen.

Bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten erübrigte sich eine derartige gesetzliche Regelung, da sie nach ihren Satzungen ohnehin berechtigt waren, Darlehen aufzunehmen.

## B. Die Schuldverschreibungen

### 1. Das Emissionsgeschäft nach der Geldumstellung von 1948

In den 7½ Jahren, die von der Geldumstellung bis Ende 1955 verflossen sind, haben die Boden- und Kommunalkreditinstitute insgesamt über 9 Mrd. DM an Schuldverschreibungen in den Verkehr gebracht. Von den abgesetzten Bankschuldverschreibungen sind 60 vH allein in den beiden letzten Jahren untergebracht worden. Ende 1955 entfielen von 9148 Mill. DM Inhaberschuldverschreibungen des Neugeschäfts, die im Umlauf waren, 5970 Mill. DM auf Hypothekenspfandbriefe, 3026 Mill. DM auf Kommunalobligationen und 152 Mill. DM auf Schiffspfandbriefe. Um die Größenordnung der Emissionsleistungen der Bodenkreditinstitute in der Zeit nach der Geldumstellung von 1948 zu verdeutlichen, ist ein Vergleich mit der Aufbauperiode, die auf den Währungsschnitt von Ende 1923 folgte, angebracht. Dabei zeigt sich, daß die Boden- und Kommunalkreditinstitute in dem Achtjahreszeitraum, der der Geldneuordnung von 1923 folgte, 8,8 Mrd. RM an Goldschuldverschreibungen abgesetzt haben<sup>1)</sup>; dazu kamen aber die erheblichen Beträge an Auslandsanleihen.

Das Pfandbriefgeschäft ist nach der Geldumstellung von 1948 nur sehr zögernd in Gang gekommen und hat auch im

Jahre 1949 mit einem Gesamterlös von 245 Mill. DM nur einen recht bescheidenen Umfang erreicht. Der Kapitalmarkt erwies sich für größere Kapitalbegebungen als nur sehr begrenzt aufnahmefähig. So konnten die herausgebrachten Pfandbriefserien bei weitem nicht voll auf dem offenen Markt untergebracht werden.

Veränderung des Umlaufs der im Inland begebenen Goldschuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute in den Jahren 1924 bis 1931

Jahr	Mill. RM	Jahr	Mill. RM
1924...	+ 256,2	1928...	+ 1 492,5
1925...	+ 818,5	1929...	+ 734,6
1926...	+ 2 101,5	1930...	+ 1 427,8
1927...	+ 1 501,0	1931...	+ 507,0

Vor allem hatte das private Publikum noch nicht wieder in nennenswertem Umfang den Weg zur Wertpapieranlage gefunden. Der Schock, den der Sparer, namentlich der Wertpapiersparer, durch die bei der Geldumstellung erfolgte Behandlung seiner Rücklagen erlitten hatte, erwies sich als sehr nachhaltig und ist selbst bis zur Gegenwart noch nicht

<sup>1)</sup> In den Jahren von 1932 bis 1938 hat der Umlauf an im Inland begebenen Goldschuldverschreibungen (ohne Umschuldung) nur noch um 463,5 Mill. RM zugenommen.

wieder völlig überwunden worden. Dazu kam in der ersten Zeit der Geldumstellung eine ausgesprochene Geldknappheit, so daß die private Spartätigkeit damals unter dem doppelten Druck mangelnder Sparfähigkeit und fehlenden Sparwillens stand.

So konnte die starke Kreditkapazität, die der organisierte Realkredit besaß und die die Bodenkreditinstitute zum wichtigsten Träger für die Versorgung der Wirtschaft mit Langkrediten gemacht hatte, in den ersten Jahren nach dem Währungsschnitt nur beschränkt zur Wirkung gelangen. Denn die Emissionsinstitute waren beim Absatz ihrer Schuldverschreibungen fast ausschließlich auf die Großanleger angewiesen, nämlich die Lebensversicherungen und die Sozialversicherungen und in geringerem Umfang die Sparkassen sowie andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute. Im wesentlichen blieben also die neu begebenen Schuldverschreibungen im Bereich der Träger des Anstaltskredits.

Aber auch die Aufnahmefähigkeit dieser Großanleger reichte nicht mehr aus, als im Jahre 1949 sich die Pfandbriefemissionen in einigen Ländern häuften und zudem mit anderen Anleihebegehungen in Wettbewerb treten mußten. So fielen Auflegung der Schuldverschreibungen und tatsächlicher Absatz zeitlich immer mehr auseinander, und die noch nicht verkauften Bestände vorangegangener Emissionen, der sogenannte Überhang, standen der weiteren Ausgabe von Schuldverschreibungen im Wege. Ende 1949 waren mehr als die Hälfte (53 vH) der aufgelegten Schuldverschreibungen noch nicht placiert, von den Kommunalobligationen sogar fast drei Viertel; in diesem Zeitpunkt stellte sich der Emissionsüberhang auf 274 Mill. DM. Vor dem zweiten Weltkrieg war ein derartiger Zeitabstand zwischen Auflegung und Unterbringung der Pfandbriefe und Kommunalobligationen nicht beobachtet worden. In den letzten Jahren hat sich dieses Verhältnis zusehends gebessert; im zweiten Halbjahr 1955 ist es freilich wieder etwas ungünstiger geworden.

Auflegung und Unterbringung von Schuldverschreibungen im Neugeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Jahres- bzw. Monatsende	Schuldverschreibungen				
	aufgelegt	davon			
		untergebracht		nicht untergebracht	
	Mill. DM	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
Pfandbriefe <sup>1)</sup>					
1949 . . . . .	385,0	209,3	54,4	175,7	45,6
1950 . . . . .	630,0	418,6	66,4	211,4	33,6
1951 . . . . .	1 135,0	881,2	77,6	253,8	22,4
1952 . . . . .	1 888,4	1 489,5	78,9	398,9	21,1
1953 . . . . .	3 213,9	2 507,1	78,0	706,8	22,0
1954 Juni . . . . .	4 251,9	3 547,8	83,4	704,1	16,6
Dezember . . . . .	5 177,2	4 762,2	92,0	415,0	8,0
1955 Juni . . . . .	5 912,7	5 492,1	92,9	420,6	7,1
Dezember . . . . .	6 904,2	6 122,0	88,7	782,2	11,3
Kommunalobligationen <sup>2)</sup>					
1949 . . . . .	132,5	34,6	26,1	97,9	73,9
1950 . . . . .	322,0	135,8	42,2	186,2	57,8
1951 . . . . .	379,0	265,0	69,9	114,0	30,1
1952 . . . . .	588,0	439,0	74,7	149,0	25,3
1953 . . . . .	1 455,7	925,5	63,6	530,2	36,4
1954 Juni . . . . .	2 028,9	1 427,0	70,3	601,9	29,7
Dezember . . . . .	2 355,9	1 967,9	83,5	388,0	16,5
1955 Juni . . . . .	2 915,9	2 454,7	84,2	461,2	15,8
Dezember . . . . .	3 780,4	3 017,6	79,8	762,8	20,2
Schuldverschreibungen insgesamt					
1949 . . . . .	517,5	243,9	47,1	273,6	52,9
1950 . . . . .	952,0	554,4	58,2	397,6	41,8
1951 . . . . .	1 514,0	1 146,2	75,7	367,8	24,3
1952 . . . . .	2 476,4	1 928,5	77,9	547,9	22,1
1953 . . . . .	4 669,6	3 432,6	73,5	1 237,0	26,5
1954 Juni . . . . .	6 250,8	4 974,8	79,2	1 206,0	20,8
Dezember . . . . .	7 533,1	6 730,1	89,3	803,0	10,7
1955 Juni . . . . .	8 828,6	7 946,8	90,0	881,8	10,0
Dezember . . . . .	10 684,6	9 130,6	85,5	1 545,0	14,5

<sup>1)</sup> Einschließlich Schiffspfandbriefe und Landesrentenbriefe. — <sup>2)</sup> Ohne Schuldbuchforderungen.

In den Jahren 1950 bis 1952, d. h. bis zum Inkrafttreten des Kapitalmarktförderungsgesetzes, hat die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts nicht wesentlich zugenommen.

Wenn der Pfandbriefabsatz trotzdem eine steigende Tendenz aufwies, so ist dies lediglich auf die verstärkten Anlagekäufe der Großanleger zurückzuführen, unter denen die Sozialversicherungen und andere öffentliche Stellen ein immer größeres Gewicht erlangten. Diese Pfandbriefverkäufe an die Kapitalsammelstellen und die öffentliche Hand gewährten dem Emittenten nur einen beschränkten Ersatz für das eigentliche Pfandbriefgeschäft. Denn die Übernahme der Wertpapiere durch diese Käufergruppen ist zumeist mit bestimmten Auflagen für die Emissionsinstitute verbunden, d. h. für die Ausleihungen werden Darlehensempfänger und Darlehenszweck im voraus festgelegt. Die stärkere Beteiligung einiger öffentlicher Stellen am Pfandbriefgeschäft ging zudem lediglich auf eine veränderte Form der Investition öffentlicher Mittel zurück; im Gegensatz zur früher üblichen Direktinvestition wurde nunmehr der Umweg über den Pfandbrief gewählt.

Die Realkreditinstitute haben in dem Zeitabschnitt 1950 bis 1952 insgesamt 1723 Mill. DM in den Verkehr gebracht; davon entfielen 1258 Mill. DM auf Hypothekenpfandbriefe, 442 Mill. DM auf Kommunalobligationen und 22 Mill. DM auf Schiffspfandbriefe. Der im Monatsdurchschnitt erzielte Emissionserlös hob sich von 27 Mill. DM in 1950 auf 66 Mill. DM in 1952.

Am 15. 12. 1952 trat das Kapitalmarktförderungsgesetz in Kraft. Damit wurden die Hemmnisse, die bisher einer nachhaltigen Belebung des Pfandbriefabsatzes im Wege gestanden hatten, weitgehend beseitigt. Durch diese Gesetzesmaßnahme wurde an Stelle eines bisher starren Pfandbriefzins von 5%, der der tatsächlichen Marktlage in keiner Weise entsprach, eine elastischere Zinsgestaltung eingeleitet. Die Zinserträge der Pfandbriefe und Kommunalobligationen wurden von der Einkommensteuer befreit und nur einer pauschalen Kapitalertragsteuer, in der Regel von 30 vH, unterworfen („steuerbegünstigt“); die Zinsen der sogenannten Sozialpfandbriefe und -kommunalobligationen, d. s. Schuldverschreibungen, deren Erlös zu mindestens 90 vH zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus dient, wurden sogar vollkommen steuerfrei. Ebenso wurde die Bindung an einen bestimmten Emissionskurs (bisher 98 vH) aufgehoben. Dadurch erhielten die Pfandbriefe und ihnen verwandte Schuldverschreibungen eine Nettoverzinsung, die sich den tatsächlichen Marktbedingungen annäherte und die neuen Emissionen für Anlagekäufe wieder anziehend machte. Nunmehr wurden Emissionen mit den verschiedensten Zinssätzen, die sich von 5% bis 8% erstreckten, an den Markt gebracht. Die erhebliche Spanne, die zwischen den einzelnen Nominalzinssätzen bestand, wurde allerdings durch die steuerlichen Bestimmungen und die unterschiedlichen Emissionskurse weitgehend ausgeglichen, so daß die Nettoverzinsung nur zwischen 5,10% und 5,60% schwankte<sup>1)</sup>. Während der Geltungsdauer des Kapitalmarktförderungsgesetzes haben die Emissionsinstitute hauptsächlich steuerfreie 5%ige und 5½%ige Schuldverschreibungen abgesetzt. Der Ausgabe von höherverzinslichen steuerbegünstigten Schuldverschreibungen wurden dadurch Grenzen gesetzt, daß ihr Erlös nur solchen Zwecken diene, die außerhalb des sozialen Wohnungsbaus lagen, so z. B. der Finanzierung des sogenannten freien Wohnungsbaus und der Befriedigung des Bedarfs an gewerblichen Investitionskrediten.

Ihren Höhepunkt hat die Auswirkung des Kapitalmarktförderungsgesetzes auf das Pfandbriefgeschäft im Jahre 1954 erreicht. Die Grundkreditanstalten erzielten mit einem Verkaufsergebnis von rund 3,3 Mrd. DM<sup>2)</sup> einen Rekordabsatz an Schuldverschreibungen; das war weit mehr als das Doppelte des Emissionsergebnisses von 1953. Im Jahre 1954 wurden nahezu ebensoviel Schuldverschreibungen verkauft wie in den 5½ Jahren von der Geldumstellung bis Ende 1953 zusammen.

Aber auch im Vergleich mit den ergiebigsten Emissionsjahren zwischen den beiden Weltkriegen stellt der Pfand-

<sup>1)</sup> Ohne Berücksichtigung der individuellen Steuervorteile. — <sup>2)</sup> Nominalbetrag, unter Berücksichtigung der Rückflüsse.

briefabsatz des Jahres 1954 ein Spitzenergebnis dar<sup>1)</sup>. Dem Absatz der Schuldverschreibungen von Bodenkreditinstituten kam die Tatsache sehr zugute, daß die Gültigkeit des Kapitalmarktförderungsgesetzes bis Ende 1954 nur in beschränktem Umfang verlängert wurde; soweit es sich um die Ausgabe von steuerfreien Wertpapieren handelte, genossen diesen Vorteil seit 1954 nur noch die sogenannten Sozialpfandbriefe und entsprechende Kommunalobligationen, die der Förderung des Wohnungsbaus dienten. Da sich zudem die öffentliche Hand mit ihren Emissionen, zum mindesten im 2. Halbjahr 1954 stark zurückhielt, konzentrierte sich die gesteigerte Nachfrage nach Rentenwerten größtenteils auf die von den Bodenkreditinstituten ausgegebenen Schuldverschreibungen. So entfielen im Jahre 1954 von dem gesamten Emissionserlös an Rentenpapieren 70 vH auf Pfandbriefe und Kommunalobligationen.

So beachtlich der Emissionserfolg von 1954 aber auch war, ermöglicht wurde er nur durch die besonderen Bedingungen des Kapitalmarktförderungsgesetzes. Die Pfandbriefkäufe, soweit sie nicht von öffentlichen Stellen vorgenommen oder dem Prämienfonds der Lebensversicherungen zugeführt wurden<sup>2)</sup>, erfolgten im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der Steuerersparnis. Wirtschaftlich gesehen handelte es sich dabei also nur zum geringeren Teil um echte Anlagekäufe; denn eine endgültige Placierung der Schuldverschreibungen wurde, wie sich später deutlich zeigte, keineswegs immer erreicht. Dies trifft insbesondere für die Pfandbriefkäufe von Banken zu, die die Wertpapiere im eigenen Portefeuille hielten, solange die große Geldflüssigkeit ihnen die Anlage von überschüssigen Geldmarktmitteln in höher verzinslichen Rentenwerten ermöglichte. Im Jahre 1954 waren allein die Kreditinstitute zu 52 vH am Erwerb von Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute beteiligt; während z. B. an private Wertpapiersparer nur 8 vH abgesetzt wurden<sup>3)</sup>.

Wie hoch die durch das Kapitalmarktförderungsgesetz bezweckte steuerliche Begünstigung des Zinsertrages von weiten Teilen der Wertpapierkäufer eingeschätzt wurde, zeigte sich Mitte 1954, als es feststand, daß mit einer Verlängerung dieser Vergünstigungen über das Jahresende 1954 hinaus nicht mehr zu rechnen war. In diesem Zeitpunkt erhielt das Pfandbriefgeschäft unter der Einwirkung einer Art „Torschlußpanik“ einen außerordentlichen Auftrieb; so wurden allein im Juni und Juli 1954 von den Realkreditinstituten zusammen 1061 Mill. DM an Pfandbriefen und Kommunalobligationen abgesetzt, d. i. ein Drittel des Jahresergebnisses. Als daraufhin aus kapitalmarktpolitischen Gründen die weitere Genehmigung von steuerfreien Pfandbriefen auf 400 Mill. DM beschränkt wurde<sup>4)</sup>, ging der Pfandbriefverkauf merklich zurück.

In dem Zweijahreszeitraum 1953/54, in dem das Pfandbriefgeschäft der Realkreditinstitute völlig unter dem Einfluß des Kapitalmarktförderungsgesetzes stand, wurden Emissionserlöse von insgesamt 4773 Mill. DM erzielt, wobei es sich ausschließlich um den Absatz von steuerfreien und steuerbegünstigten Schuldverschreibungen handelte.

Nach dem Wegfall der steuerlichen Vergünstigungen für den Zinsertrag der Wertpapiere, die der Finanzierung des Wohnungsbaus dienten, entstand eine völlig neue Lage am Kapitalmarkt im allgemeinen und am Pfandbriefmarkt im besonderen; nunmehr war der Kapitalmarkt völlig auf sich selbst gestellt. Die Bereitschaft zur Kapitalanlage hatte in einem Maße zugenommen, daß man die Kapitalverteilung jetzt dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu können glaubte.

<sup>1)</sup> Das günstigste Emissionsergebnis vor dem zweiten Weltkrieg wurde 1930 im Reichsgebiet mit 2 362 Mill. RM erzielt; auf das Bundesgebiet umgerechnet würde das unter Berücksichtigung der Kaufkraftveränderung nur einem Betrage von etwa 2 Mrd. DM entsprechen. — <sup>2)</sup> Die Wertpapieranlagen der Lebensversicherungsunternehmen, soweit sie als Deckung für die Prämienreserve dienen, genießen ein Steuerprivileg. — <sup>3)</sup> Allerdings handelt es sich dabei nur um den Erstabsatz. — <sup>4)</sup> Zusätzlich wurde später den Realkreditinstituten die Genehmigung zur Emission von 75 Mill. DM steuerfreier Pfandbriefe und ebenfalls 75 Mill. DM steuerbegünstigter Kommunalobligationen erteilt.

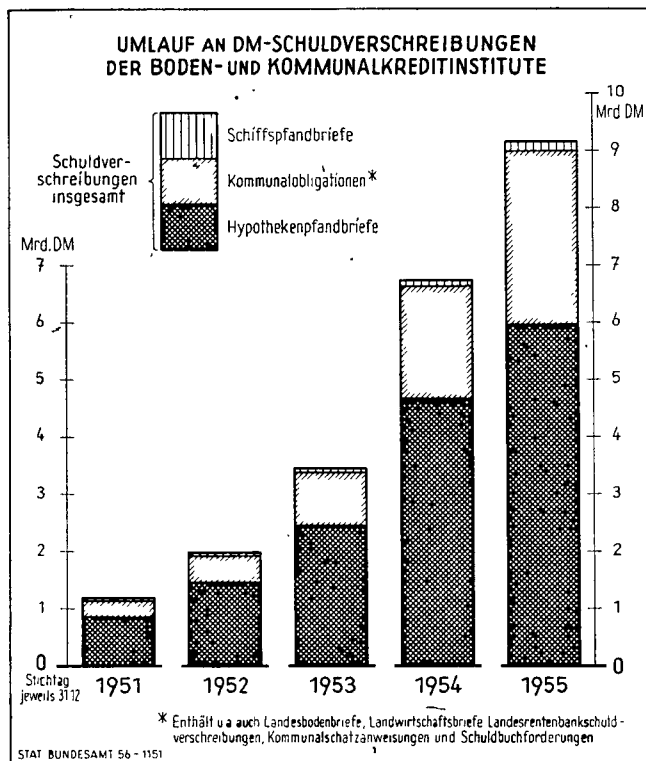
Ehe aber mit der Auflegung von Pfandbriefen begonnen werden konnte, deren Zinserträge so versteuert werden mußten wie alle sonstigen Einkünfte, war eine gewisse Übergangszeit notwendig. Denn es bestand noch ein beträchtlicher „Überhang“ von bereits aufgelegten, aber noch nicht abgesetzten Emissionen an steuerfreien und steuerbegünstigten Bankschuldverschreibungen. Um den Absatz dieser restlichen Papiere nicht zu stören und die Umstellung des Kapitalmarktes auf die neuen, steuerlich nicht mehr subventionierten Wertpapierarten zu erleichtern, einigten sich die Realkreditinstitute auf eine Emissionspause, die bis zum 15. 3. 1955 befristet war. Im Januar und Februar 1955 hielt sich der Pfandbriefabsatz noch auf beträchtlicher Höhe (348 Mill. DM bzw. 187 Mill. DM), bis zum März waren aber die Vorräte der Emissionsinstitute an für den Verkauf verfügbaren Schuldtiteln derart zusammengeschmolzen, daß das Verkaufsergebnis für diesen Monat bis auf 59 Mill. DM absank.

Im April traten die Grundkreditanstalten mit neuen vollbesteuerten (sogenannten „tarifbesteuerten“) Emissionen an den Markt heran; dabei machte der Wegfall der Steuervorteile des Kapitalmarktförderungsgesetzes eine Erhöhung des Nominalzinses erforderlich. In der Ausstattung ihrer Emissionen gingen die Realkreditinstitute „zweigleisig“ vor. Der überwiegende Teil ihrer Schuldverschreibungen erhielt eine Nominalverzinsung von 6% bei einem Emissionskurs von 94 vH. Daneben gelangten auch 6½%ige Schuldverschreibungen mit einem Kurs von 98 vH zur Ausgabe; an diesen Emissionen mit höherem Zinssatz waren vor allem diejenigen Kapitalsammelstellen interessiert, deren Kapitalerträge keiner oder nur einer geringfügigen Besteuerung unterliegen (Sozialversicherungen und Privatversicherungen). Indessen setzte sich der 6%ige Zinstyp so gut durch, daß im Mai letztmalig Anträge auf Genehmigung 6½%iger Emissionen gestellt wurden. Bereits im Juni gingen einige Bodenkreditinstitute zur Emission von 5½%igen Papieren über.

Infolge der günstigen Marktsituation erreichten die Emissionsergebnisse im August 1955 mit 277 Mill. DM wieder einen hohen Stand. Durch die am 3. 8. 1955 beschlossenen Restriktionsmaßnahmen der Bank deutscher Länder wurde diese günstige Entwicklung jedoch unterbrochen. Ausgehend von den Investitionshilfepapieren, deren Placierung als recht labil anzusehen war, und den Altschuldverschreibungen geriet der gesamte Rentenmarkt unter anhaltenden Kursdruck. Die veränderte Liquiditätsslage, die die Restriktionspolitik der Zentralnotenbank im Gefolge hatte, zwang die Banken und Großunternehmen, die zur Erzielung von Zins- und Steuergewinnen auch paketweise steuerbegünstigte Emissionen der Realkreditinstitute erworben hatten, nunmehr zu Geldbeschaffungsverkäufen. Allerdings haben sich die Kurse dieser steuerfreien und steuerbegünstigten Pfandbriefe und Kommunalobligationen, im Gegensatz zu den übrigen festverzinslichen Wertpapieren, zunächst fast behauptet, da das herauskommende Material überwiegend von den Emissionsinstituten aufgenommen wurde.

Von den Vorgängen am Rentenmarkt blieb auch das Emissionsgeschäft nicht unberührt. Der Absatz an Schuldverschreibungen ging von Monat zu Monat zurück. Im November erreichte das Absatzvolumen mit 62 Mill. DM<sup>5)</sup> einen neuen Tiefstand, zumal die Träger der Sozialversicherung im Hinblick auf die im Dezember fälligen Rentensonderzahlungen ihre Käufe an Pfandbriefen und Kommunalobligationen stark einschränkten. Im letzten Monat des Jahres 1955 hat sich die Lage am Rentenmarkt wieder gebessert, da sich der Geldmarkt etwas auflockerte und einige Kapitalsammelstellen wieder Anlagekäufe in festverzinslichen Werten vornahmen. So haben namentlich die Sozialversicherungsanstalten im Dezember wieder größere Beträge von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der Realkreditinstitute erworben. Insgesamt hat sich der Absatz an Bankschuldverschreibungen im Dezember 1955 wieder auf 192 Mill. DM gehoben.

<sup>5)</sup> Nominalbetrag, unter Berücksichtigung der Rückflüsse.



Im Jahre 1955 ist der Umlauf an Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute um 2408 Mill. DM gestiegen; ihr Nettoabsatz blieb somit um 889 Mill. DM oder 27 vH. gegenüber dem Verkaufsergebnis des Vorjahres zurück. Von den neuabgesetzten Schuldverschreibungen entfielen 1299 Mill. DM auf Hypothekendarlehen, 1048 Mill. DM auf Kommunalarbeitsanleihen und 60 Mill. DM auf Schiffsdarlehen. Bemerkenswert ist dabei der verhältnismäßig große Absatz an Kommunalarbeitsanleihen; er ging noch um 6 Mill. DM über den Emissionserlös des Vorjahres hinaus, während an Hypothekendarlehen 918 Mill. DM weniger als im Vorjahr in Umlauf gesetzt wurden. Das Gewicht der Kommunalarbeitsanleihen innerhalb der neu-begebenen Schuldtitel hat sich somit beträchtlich verstärkt (1955 44 vH des Gesamtabsatzes gegen 32 vH in 1954). Von den neu in den Verkehr gebrachten Kommunalarbeitsanleihen

Nach der Währungsreform begebene Inhaberschuldverschreibungen der Boden-, und Kommunalkreditinstitute  
Mill. DM

Jahres- bzw. Monatsende  Zeitraum	Schuldverschreibungen				
	insgesamt	davon			darunter Sonder- schuld- verschrei- bungen
		Hypo- theken- pfandbriefe	Schiffs- pfand- briefe	Kommunal- obligationen	
Stand des Umlaufs					
1949 .....	244,9	198,4	10,9	35,6	1,0
1950 .....	570,8	400,3	18,3	152,1	16,4
1951 .....	1 176,1	850,8	30,5	294,9	39,3
1952 .....	1 967,6	1 456,7	32,8	478,0	54,9
1953 .....	3 442,9	2 453,8	53,3	935,8	121,0
1954 Juni .....	4 985,2	3 487,8	60,1	1 437,3	143,9
Dezember .....	6 740,3	4 670,8	91,4	1 978,1	213,0
1955 Juni .....	7 955,9	5 379,5	112,7	2 463,8	257,4
Dezember .....	9 148,2	5 970,2	151,8	3 026,2	370,9
Veränderung des Umlaufs					
1949 <sup>1)</sup> .....	244,9	198,4	10,9	35,6	1,0
1950 .....	325,9	201,9	7,5	116,5	15,4
1951 .....	605,3	450,5	12,1	142,8	23,0
1952 .....	791,5	605,9	2,4	183,2	15,6
1953 .....	1 475,4	997,1	20,5	457,8	66,2
1954 1. Halbj. ....	1 542,3	1 034,0	6,8	501,5	22,9
2. Halbj. ....	1 755,1	1 183,0	31,3	540,8	69,1
1955 1. Halbj. ....	1 215,6	708,7	21,3	485,7	44,4
2. Halbj. ....	1 192,3	590,7	39,1	562,4	113,5

<sup>1)</sup> Vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1949.

in Höhe von 1048 Mill. DM entfielen allerdings 122 Mill. DM auf solche Schuldverschreibungen, die an Investitionshilfegläubiger zugeteilt, also nicht am freien Kapitalmarkt abgesetzt wurden.

Das Schwergewicht des Absatzes lag bei den 6%igen vollbesteuerten Schuldverschreibungen, von denen seit April 1955 1317 Mill. DM verkauft wurden. An 5 1/2 %igen und 6 1/2 %igen tarifbesteuerten Pfandbriefen und Kommunalarbeitsanleihen sind daneben 341 Mill. DM bzw. 143 Mill. DM in den Verkehr gelangt. In der ersten Hälfte des Jahres wurden außerdem 286 Mill. DM an 6 1/2 %igen steuerbegünstigten Schuldverschreibungen sowie weitere 377 Mill. DM steuerbegünstigte und steuerfreie Wertpapiere zu anderen Zinssätzen abgesetzt; sie stellen Restbestände von Emissionen dar, die bereits Ende 1954 aufgelegt worden waren. In den letzten Monaten des Jahres 1955 haben demgegenüber die Boden- und Kommunalkreditinstitute zu Kursstützungszwecken in mäßigem Umfang steuerfreie und steuerbegünstigte Papiere aus dem Markt genommen.

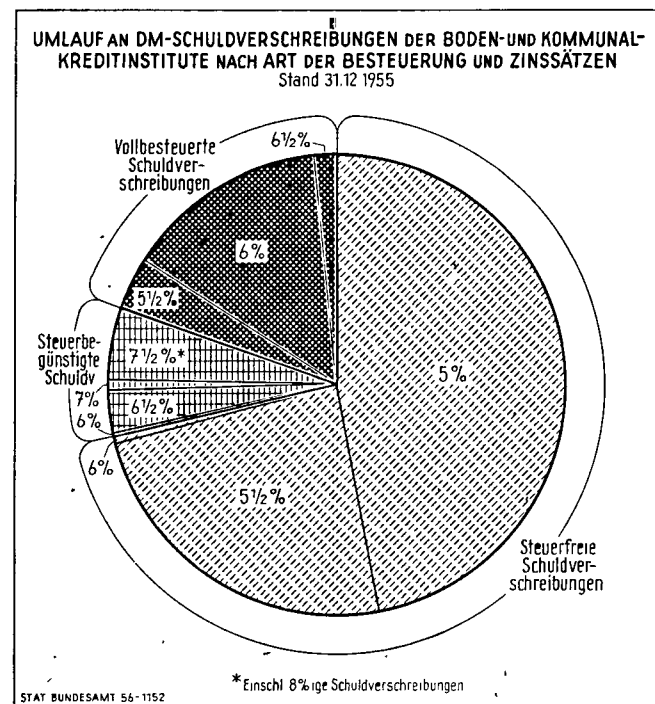
Der gesamte Umlauf an Schuldverschreibungen, die von den Boden- und Kommunalkreditinstituten nach der Geldumstellung ausgegeben wurden, stellte sich am Ende des Jahres 1955 auf 9148 Mill. DM, d. s. 62 vH der nach dem Kriege insgesamt ausgegebenen festverzinslichen Wertpapiere. Ende 1938 betrug der Anteil der Bankschuldverschreibungen am Gesamtumlauf der Rentenpapiere 34 vH.

Anteil der Pfandbriefe und Kommunalarbeitsanleihen am Umlauf festverzinslicher Wertpapiere<sup>1)</sup>

Jahres- ende	Festver- zinsliche Wertpapiere	Anteil der Pfandbriefe und Kommunal- obligationen		Jahres- ende	Festver- zinsliche Wertpapiere	Anteil der Pfandbriefe und Kommunal- obligationen	
		Mill. RM/DM	vH			Mill. DM	vH
1928 .....	24 807,0		41,8	1951 .....	2 212,4		53,2
1930 .....	30 579,4		40,0	1952 .....	3 761,3		52,3
1935 .....	31 121,3		45,5	1953 .....	6 625,9		52,0
1938 .....	42 642,6		34,1	1954 .....	11 235,0		60,0
1949 .....	788,7		31,1	1955 .....	14 739,4		62,1
1950 .....	1 465,2		39,0				

<sup>1)</sup> 1928 bis 1938 einschließlich Ablösungs- und Aufwertungsanleihen. 1949 bis 1955 ohne Altspare- und Altschuldverschreibungen.

Nach Wertpapierarten gegliedert waren Ende 1955 an Hypothekendarlehen 5970 Mill. DM, an Kommunalarbeitsanleihen 3026 Mill. DM und an Schiffsdarlehen



152 Mill. DM im Umlauf. Nach der Art der Besteuerung gliederte sich der Umlauf an Schuldverschreibungen Ende 1955 in 6529 Mill. DM steuerfreie, 820 Mill. DM steuerbegünstigte und 1800 Mill. DM normalbesteuerte Schultitel. In der Verbindung von Besteuerungsart und Zinstypen<sup>1)</sup> zeigt der Umlauf an Schuldverschreibungen die folgende Zusammensetzung: Das größte Kontingent bilden nach wie vor die steuerfreien 5%igen Schultitel mit einem Betrag von 4296 Mill. DM, d. s. 47 vH des gesamten Umlaufs. An zweiter Stelle stehen die 5½%igen steuerfreien Wertpapiere mit einem Umlauf von 2182 Mill. DM. Außer den 5%igen und 5½%igen steuerfreien Schuldverschreibungen waren noch 51 Mill. DM steuerfreie Papiere mit anderen Zinssätzen im Umlauf, darunter 36 Mill. DM 6%ige Schiffspfandbriefe und Kommunalobligationen für Schiffbaufinanzierung. Unter den steuerbegünstigten Wertpapieren in Höhe von 820 Mill. DM haben die 7½%igen Schuldverschreibungen mit 444 Mill. DM und die 6½%igen Papiere mit 280 Mill. DM die größte Bedeutung. Innerhalb der voll besteuerten Schuldverschreibungen nehmen die 6%igen Papiere mit einem Umlauf von 1317 Mill. DM die erste Stelle ein.

Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen der Boden- und Kommalkreditinstitute nach Art der Besteuerung

Mill. DM				
Jahres- ende	Schuldverschreibungen			
	insgesamt	davon		
		steuerfreie	steuer- begünstigte	voll besteuerte
Pfandbriefe <sup>1)</sup>				
1953 ..	2 507,1	2 409,1	98,0	—
1954 ..	4 762,2	4 478,9	283,3	—
1955...	6 122,0	4 696,3	371,7	1 054,0
Kommunalobligationen <sup>2)</sup>				
1953 ..	935,8	819,7	116,2	—
1954 ..	1 978,1	1 732,2	245,9	—
1955 ..	3 026,2	1 832,2	1 447,9	746,1
Schuldverschreibungen insgesamt				
1953 ....	3 442,9	3 228,8	214,1	—
1954 ..	6 740,3	6 211,0	529,2	—
1955 ..	9 148,2	6 528,5	819,6	1 800,1

<sup>1)</sup> Einschl. Schiffspfandbriefe. — <sup>2)</sup> Einschl. Sonderschuldverschreibungen.

Von den Ende 1955 im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen entfielen 55 vH auf die Emissionen der privaten Hypothekenbanken und 45 vH auf solche öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten. An den in den Verkehr gebrachten Hypothekenpfandbriefen waren die privaten Hypothekenbanken mit 64 vH, die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten mit 36 vH beteiligt. Von den umlaufenden Kommunalobligationen waren dagegen zwei Drittel Emissionen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und ein Drittel solche der privaten Hypothekenbanken.

<sup>1)</sup> Vgl. Tabellenteil Seite 49.

2. Die Kursentwicklung der Schuldverschreibungen

In der Zeit vor dem Kapitalmarktförderungsgesetz gaben lediglich die Kurse der auf Reichsmark lautenden Pfandbriefe und Kommunalobligationen die Angebots- und Nachfrageverhältnisse am Rentenmarkt wieder, während die DM-Schuldverschreibungen der Boden- und Kommalkreditinstitute keine freie Kursbildung hatten. Eine nachhaltige Kurserhöhung der Altpfandbriefe trat 1952 ein, als die Vorbereitungen für die Entschädigung der Altsparer in ein akutes Stadium traten. Auch durch die Bestimmungen des Kapitalmarktförderungsgesetzes wurde die Kursentwicklung bei den RM-Schuldverschreibungen günstig beeinflusst, da die Zinserträge dieser Papiere für steuerfrei erklärt wurden. Im Juli 1955 erreichten die Kurse der Altpfandbriefe mit 92,8 vH ihren bisherigen Höchststand. Von dem allgemeinen Rückgang der Rentenkurse, der auf die Restriktionsmaßnahmen der Bank deutscher Länder folgte, wurden auch diese Wertpapiere betroffen.

Die Kurse der DM-Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute wurden in der Zeit nach der Geldumstellung bis zum Jahre 1952 unverändert auf der Höhe des Emissionskurses von 98 vH gehalten, der allerdings nicht den tatsächlichen Marktverhältnissen entsprach. Wie unrealistisch dieser Kurs war, zeigte sich deutlich in der Bildung eines grauen Pfandbriefmarkts, auf dem die DM-Schuldverschreibungen mit einem Disagio von 12 bis 16 vH gehandelt wurden. Erst mit dem Inkrafttreten des Kapitalmarktförderungsgesetzes gerieten auch die Kurse der DM-Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute in Bewegung. Zunächst war die Kursbewegung abwärts gerichtet, da neben den Bodenkreditinstituten namentlich öffentliche Stellen mit größeren Emissionen an den Kapitalmarkt herantraten; damit wurde die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts überfordert. Im Laufe des Jahres 1953 senkte sich der Kursstand der 5%igen Pfandbriefe der Hypothekenbanken im Durchschnitt auf 93,6 vH; etwas besser gehalten waren ihre 5%igen Kommunalobligationen.

Im ersten Halbjahr 1954 haben sich die Kurse der 5%igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen der Grundkreditanstalten nur wenig geändert. Als dann im Juni 1954 bekannt wurde, daß mit einer Verlängerung des Kapitalmarktförderungsgesetzes nicht gerechnet werden konnte, stiegen mit den Emissionskursen auch die Börsenkurse der Sozialpfandbriefe und -kommunalobligationen erheblich an. Gegen Jahresende erreichten die Kurse der 5%igen steuerfreien Pfandbriefe und Kommunalobligationen annähernd die Parigrenze; die ebenfalls steuerfreien 5½%igen Pfandbriefe notierten sogar 101 vH. Als der Verkauf steuerfreier und steuerbegünstigter Emissionen der Bodenkreditinstitute im Februar und März 1955 endgültig auslief, zogen die Börsenkurse der älteren steuerfreien Schuldverschreibungen weiter an. So erreichten die 5%igen-Pfandbriefe der Hypothekenbanken im Juli 1955 im Durchschnitt einen Kursstand von 102,5 vH, während die

Kursdurchschnitt der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommalkreditinstitute  
in vH des DM-Nominalwertes

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	4 % RM-Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>				5 % DM-Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>				5 ½ % DM-Hypo- thekenpfandbriefe <sup>1)</sup>		6 % DM-Hypo- thekenpfandbriefe <sup>1)</sup>	
	Hypo- theken- pfandbriefe		Kommunal- obligationen		Hypo- theken- pfandbriefe		Kommunal- obligationen		Hypo- theken- banken	Öffentl.- rechtl. Kredit- anstalten	Hypo- theken- banken	Öffentl.- rechtl. Kredit- anstalten
	Hypo- theken- banken	Öffentl.- rechtl. Kredit- anstalten	Hypo- theken- banken	Öffentl.- rechtl. Kredit- anstalten	Hypo- theken- banken	Öffentl.- rechtl. Kredit- anstalten	Hypo- theken- banken	Öffentl.- rechtl. Kredit- anstalten				
1948 .....	75,81	76,80	66,00	73,75	—	—	—	—	—	—	—	—
1949 .....	78,60	79,38	75,75	80,83	98,00	98,00	97,00	98,00	—	—	—	—
1950 .....	75,81	77,81	73,13	81,25	98,00	98,00	97,50	97,88	—	—	—	—
1951 .....	75,21	73,56	73,00	78,08	98,00	98,00	97,67	97,88	—	—	—	—
1952 .....	84,21	82,34	79,25	83,58	98,00	98,00	97,71	97,89	—	—	—	—
1953 .....	76,29	82,06	75,40	83,83	93,64	95,42	96,11	95,44	99,00	98,00	—	—
1954 Juni .....	83,32	83,00	81,80	84,33	94,32	95,75	95,83	95,78	99,00	98,88	—	—
Dezember .....	89,59	89,25	88,20	89,50	99,55	99,67	99,56	99,77	101,00	100,80	—	—
1955 Juni .....	93,00	91,50	90,60	91,83	102,04	101,42	101,42	101,50	102,60	102,70	—	—
Dezember .....	90,53	91,44	89,60	92,50	100,25	100,25	100,25	101,03	101,55	101,80	98,88	99,00
1956 Marz .....	90,24	90,69	89,40	91,67	99,98	99,98	99,44	99,89	101,60	101,15	98,30	98,60

<sup>1)</sup> steuerfreie. — <sup>2)</sup> voll besteuerte.

5½ %igen Hypothekendarfandbriefe mit 103 vH notierten. Mit der am 3. 8. 1955 vom Zentralbankrat beschlossenen Erhöhung des Diskontsatzes und der Mindestreserven trat ein erneuter Umschwung am Rentenmarkt ein. Von dem allgemeinen Verkaufsdruck, dem die festverzinslichen Werte infolge des Liquiditätsstrebens der Geldinstitute ausgesetzt waren, blieben die Pfandbriefkurse nicht verschont. Jedoch war die Kurspflege durch die Emissionsinstitute bei diesen Schuldverschreibungen — im Gegensatz zu den Staatsanleihen und den Industrieobligationen — so nachhaltig, daß die Kursabschwächungen bis Ende 1955 in der Regel kaum über 2 Punkte hinausgingen.

In den ersten Monaten des Jahres 1956 hielt die Abgabeneigung am Rentenmarkt an, und die Kurse der steuerfreien 5 %igen und 5½ %igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen tendierten weiter nach unten; indessen blieben die Kurse noch immer in der Nähe der Parigrenze. Die Börsennotierungen der neuen 6 %igen vollbesteuerten Pfandbriefe und Kommunalobligationen stellten sich im ersten Quartal 1956, entsprechend den Ausgabekursen, auf 98 oder 99 vH.

### 3. Der Absatz der einzelnen Arten von Schuldverschreibungen

#### Die Hypothekendarfandbriefe.

Der Pfandbrief ist seinem Wesen nach eng an seine Pfandgrundlage, die „Deckungshypothek“ gebunden. Dem Deckungsprinzip verleiht das Hypothekendarfandbriefgesetz vom 13. 7. 1899 in § 6 Abs. 1 und das Pfandbriefgesetz vom 21. 12. 1927 in § 2 Abs. 1 folgendermaßen Ausdruck:

„Der Gesamtbetrag der im Umlaufe befindlichen Hypothekendarfandbriefe muß in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Hypotheken von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrage gedeckt sein.“

Der Ausdehnung des Pfandbriefumlaufs sind durch den Umfang der vorhandenen Deckungshypotheken gewisse Grenzen gesetzt. Wenn die Deckungshypotheken nicht ausreichen, so kann vorübergehend an Stelle der klassischen Deckungswerte die Ersatzdeckung treten. Damit jedoch das der Konstruktion des Pfandbriefs zugrundeliegende Deckungsprinzip nicht seinen Sinn verliert, darf die Ersatzdeckung ein gewisses Maß nicht überschreiten. Außerdem schmälert eine zu hohe Ersatzdeckung den Ertrag der Pfandbriefinstitute. Bei den Hypothekendarfbanken hat darüber hinaus der Gesetzgeber eine Umlaufgrenze festgelegt. Nach dem Hypothekendarfbankgesetz dürfen die Banken nur einen solchen Pfandbriefbetrag ausgeben, der ein bestimmtes Vielfache des vorhandenen Eigenkapitals nicht übersteigt. Dieser Multiplikator betrug nach dem Hypothekendarfbankgesetz 20. Durch das „Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Hypotheken- und Schiffsbankrechtes“ aus dem Jahre 1954 wurde dieser Faktor vorübergehend erhöht. Nunmehr darf der Pfandbriefumlauf einer reinen Hypothekendarfbank das 30fache des am 1. 1. 1954 vorhandenen haftenden Eigenkapitals betragen<sup>1)</sup>; diese Erhöhung des Multiplikators ist jedoch nur bis zum 31. 12. 1956 befristet. Bei den öffentlich-rechtlichen Bodenkreditinstituten gibt es dagegen keine gesetzliche Umlaufgrenze, sondern nur satzungsmäßige Regelungen.

Das Pfandbriefgeschäft stand bis zum Ende des zweiten Weltkrieges bei beiden Institutsgruppen im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit. Ende 1913 stellte sich der Umlauf an Hypothekendarfandbriefen auf 16,2 Mrd. M, d. s. 88 vH der zu diesem Zeitpunkt insgesamt in den Verkehr gebrachten Schuldverschreibungen. Von diesem Pfandbriefumlauf entfielen etwa zwei Drittel auf Emissionen der privaten Hypothekendarfbanken. Vorherrschend war der 4 %ige Zinstyp; aber auch von 3½ %igen Emissionen, die zu einem früheren Zeitpunkt begeben worden waren, befanden sich noch erhebliche Beträge im Umlauf.

Nach der Geldumstellung von 1923 nahm das Pfandbriefgeschäft einen neuen Aufschwung, so daß bis Ende 1938 einschließlich der nach dem Ausland begebenen Schuldverschrei-

bungen der Pfandbriefumlauf wieder einen Stand von rd. 7,8 Mrd. RM erreichte; d. s. 80 vH des Gesamtumlaufs an Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Auch unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg waren die privaten Hypothekendarfbanken zu zwei Dritteln am gesamten Pfandbriefumlauf beteiligt.

Nach Vernichtung eines großen Teils des deutschen Geldvermögens durch den Zusammenbruch der Markwährung in den Jahren 1920 bis 1923 war der Kapitalmarkt derart unergiebig, daß zunächst ungewöhnlich hohe Zinssätze bewilligt werden mußten. So dominierte im Jahre 1924 der 10 %ige Pfandbrief, der im Laufe der folgenden Jahre durch den 8 %igen Zinstyp abgelöst wurde. Im Jahre 1932 wurden die 8 %igen Pfandbriefe in 6 %ige Schuldverschreibungen umgewandelt, die ihrerseits 1935 auf 4½ % herabkonvertiert wurden.

#### Umlauf an Pfandbriefen 1925 bis 1938<sup>1)</sup>

Zinsgruppe	Mill. RM					
	Jahresende					
	1925	1928	1930	1932	1935	1938
Im Inland begebene Pfandbriefe mit einem Zinssatz von						
0—4 % .....	0,0	0,0	12,3	12,0	64,2	65,9
4½ % .....	—	—	—	—	6683,5 <sup>2)</sup>	7498,5 <sup>3)</sup>
5 % .....	65,7	60,3	50,6	46,9	43,3	9,2
6 % .....	14,4	367,6	341,8	6525,0 <sup>4)</sup>	19,4	0,8
7 % .....	11,7	1197,1	1077,6	—	—	—
7½ % .....	17,9	65,5	122,5	43,6	0,4	—
8 % .....	477,2	2922,2	4776,3	—	—	—
9 % .....	27,8 <sup>4)</sup>	30,6 <sup>4)</sup>	12,2 <sup>4)</sup>	0,0	—	—
10 % .....	429,2	220,3	116,1	0,0	—	—
zusammen .....	1043,8	4863,6	6509,6	6627,5	6810,9	7574,4
Nach dem Ausland begebene Pfandbriefe insgesamt	—	1052,4	1013,0	851,5	294,5	202,2
darunter mit einem Zinssatz von 6 %	—	594,6	536,4	437,0	112,0	—

<sup>1)</sup> Reichsgebiet nach dem Stand von 1937; ohne Liquidationspfandbriefe und Ablösungsschuldverschreibungen. — <sup>2)</sup> Darunter 4½ %ige Pfandbriefe 1935 = 16,4 Mill. RM, 1938 = 11,9 Mill. RM. — <sup>3)</sup> Darunter 7,2 Mill. RM 6½ %ige und 2,6 Mill. RM 6¼ %ige Pfandbriefe. — <sup>4)</sup> Darunter 8½ %ige Pfandbriefe 1925 = 7,0 Mill. RM, 1928 = 9,2 Mill. RM und 1930 = 8,0 Mill. RM.

Auch nach dem zweiten Weltkrieg bildete das Pfandbriefgeschäft — zum mindesten bei den Hypothekendarfbanken — den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Noch Ende 1951 waren 72 vH aller umlaufenden Schuldverschreibungen Hypothekendarfandbriefe. Ende 1955 entfielen von dem Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen (9 148 Mill. DM) auf Hypothekendarfandbriefe 5970 Mill. DM, mithin 65 vH. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist also der Anteil der Hypothekendarfandbriefe am Gesamtumsatz zurückgegangen. Über die Ursachen dieser Gewichtsverlagerung wird im Abschnitt Kommunalobligationen Näheres ausgeführt.

#### Umlauf an Hypothekendarfandbriefen nach Institutsgruppen

Institutsgruppe	Mill. DM						
	Umlauf am Jahresende						
	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Hypothekendarfbanken	123,1	246,0	433,7	927,1	1 645,6	3 067,9	3 843,0
Öffentlich-rechtliche Kreditanst.	75,3	154,3	367,0	529,6	808,2	1 603,0	2 127,2
zusammen	198,4	400,3	800,7	1 456,7	2 453,8	4 670,9	5 970,2

Da in den ersten Jahren nach der Geldumstellung von 1948 der Erwerb von Pfandbriefen durch private Wertpapier-sparer fast vollkommen ausfiel, waren die Emissionsinstitute nahezu ausschließlich auf die Anlagekäufe der Kapital-sammelstellen angewiesen. Zwar konnten die Institute ihren Pfandbriefabsatz von Jahr zu Jahr steigern, eine nachhaltige Belebung des Pfandbriefgeschäftes erfolgte aber erst Ende 1952 nach Inkrafttreten des Kapitalmarktförderungsgesetzes. Bereits 1953 wurden rd. 1 Mrd. DM an Pfandbriefen in den Verkehr gebracht. Im folgenden Jahr hat sich der Pfandbriefabsatz mehr als verdoppelt und erreichte mit 2,2 Mrd. DM einen Umfang, der die günstigsten Emissionsergebnisse

<sup>1)</sup> Für die nach dem 1. 1. 1954 vorgenommenen Kapitalerhöhungen wird nur der 10fache Betrag in Anrechnung gebracht.



der Vorkriegszeit noch in den Schatten stellte. Als Mitte 1954 bekannt wurde, daß das Kapitalmarktförderungsgesetz nicht über den 31. 12. 1954 hinaus verlängert werden würde, steigerte sich die Nachfrage nach steuerfreien und steuerbegünstigten Pfandbriefen derart, daß die aufsichtsführende Behörde sich veranlaßt sah, die Genehmigung von weiteren Pfandbriefemissionen zu kontingentieren. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig, da die Institute in zunehmendem Umfang von den „klassischen“ Deckungswerten zur Ersatzdeckung übergangen und zu befürchten war, daß das dem Pfandbrief ursprünglich zugrundeliegende Deckungsprinzip mehr und mehr ausgehöhlt wurde.

Im Jahre 1955 waren daher die Pfandbriefinstitute bemüht, die aus den Emissionserlösen des Vorjahres noch reichlich vorhandenen Mittel auszuleihen und damit die Ersatzdeckung in Deckungshypotheken umzuwandeln. Dieses Bestreben der Realkreditinstitute stieß jedoch auf gewisse Schwierigkeiten, da die Kreditnehmer in einem Zeitabschnitt sinkenden Zinses auf eine weitere Zinsermäßigung hofften und sich daher in ihren Kreditanforderungen an die Institute zunehmend zurückhielten. In dieser Situation war es nahelegend, daß auch die Bodenkreditinstitute bei der Auflegung neuer Pfandbriefemissionen eine betonte Zurückhaltung zeigten. Dies galt nicht nur für die ersten Monate des Jahres 1955, in denen sich die Institute zu einer Emissionspause entschlossen hatten.<sup>1)</sup> Auch nach Ausgabe von tarifbesteuerten Schuldverschreibungen hielt sich das Pfandbriefangebot, trotz lebhafter Nachfrage nach den neuen Wertpapieren, auf mäßiger Höhe. Im letzten Vierteljahr 1955 stand das Pfandbriefgeschäft stark unter dem Einfluß der Restriktionsmaßnahmen der Zentralnotenbank auf die Kreditmärkte. Insgesamt wurden im Jahre 1955 1,3 Mrd. DM an Pfandbriefen abgesetzt, d. s. 918 Mill. DM weniger als im Vorjahr.

### Die Schiffspfandbriefe

Die Schiffspfandbriefe werden von den Schiffspfandbriefbanken auf Grund von erworbenen Pfandrechten an versicherten Schiffen, den Schiffshypotheken, ausgegeben. Die Deckungsvorschriften bestimmen in § 6 Abs. 1 des Schiffsbankgesetzes vom 14. 8. 1933:

„Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Schiffspfandbriefe muß in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Darlehensforderungen, die durch Schiffshypotheken gesichert sind, von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrage gedeckt sein.“

Die Schiffshypotheken unterscheiden sich von den Grundstückshypotheken durch eine wesentlich kürzere Tilgungsfrist. Nach dem Schiffsbankgesetz darf die Beleihung von Schiffen nur durch Gewährung von Abzahlungsdarlehen erfolgen und die Darlehensdauer höchstens 12 Jahre betragen; die mittlere Laufzeit der Darlehen beträgt tatsächlich nur 8 Jahre. So ergeben sich bei den Schiffspfandbriefbanken im Jahr wesentlich höhere Geldrückflüsse als bei den Hypothekenbanken. Durch diese größere Umschlagshäufigkeit der Finanzierungsmittel sind die Schiffsbanken in ihren Ausleihungen nicht in gleichem Maße von einem Emissionserfolg abhängig wie die Grundkreditanstalten; daher ist die Höhe des Umlaufs an Schiffspfandbriefen nicht ohne weiteres mit dem entsprechenden Umlauf an Hypothekenspfandbriefen vergleichbar.

Die ersten Schiffspfandbriefe wurden nach dem ersten Weltkrieg in den Verkehr gebracht; der Umlauf hielt sich jedoch in engen Grenzen. Bis Ende 1938 hatten die drei Schiffspfandbriefbanken insgesamt 24,4 Mill. RM an Schiffspfandbriefen placiert. Nach dem zweiten Weltkrieg ergab sich durch den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte für die Schiffspfandbriefbanken ein größeres Wirkungsfeld. Freilich war der Anteil der Erlöse von Schiffspfandbriefen an der Finanzierung der Schiffsbeleihungen zunächst nur bescheiden; wesentlich stärker waren daran öffentliche Mittel, Marshallplangelder und private 7d-Gelder<sup>1)</sup> beteiligt. Später ist indessen der Anteil der Schiffspfandbriefe an

der Refinanzierung der Schiffskredite gestiegen; insbesondere seit Anfang 1955, nach Fortfall der Finanzierungsmöglichkeit durch 7d-Gelder, gewann der Schiffspfandbrief eine größere Bedeutung. Allein im letzten Jahr hat sich der Umlauf an Schiffspfandbriefen um 60 Mill. DM erhöht und erreichte damit einen Betrag von 152 Mill. DM. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr hat sich somit das Schiffspfandbriefvolumen versechsfacht.

Neben den Schiffspfandbriefbanken beteiligen sich auch die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten der Küstenländer kreditmäßig am Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Da nach den Bestimmungen des Schiffsbankgesetzes nur die Schiffspfandbriefbanken Schiffspfandbriefe ausgeben können, wurde ein anderer Finanzierungsweg gewählt. Die Deutsche Girozentrale legte eine Kommunalanleihe mit der Unterbezeichnung „Schiffbautranche“ im Gesamtbetrage von 100 Mill. DM auf. Aus dem Erlös dieser Anleihe gab das zentrale Emissionsinstitut Darlehen an die Girozentralen der Küstenländer, die ihrerseits den Reedereien Schiffbaukredite gewährten. Eine andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalt des Küstengebiets brachte selbst Kommunalschuldverschreibungen für Schiffbaufinanzierung in den Verkehr; diese Wertpapiere werden statistisch bei den Kommunalobligationen erfaßt.

### Die Kommunalobligationen

Die Kommunalobligationen sind ihrer Konstruktion nach den Pfandbriefen verwandte Schuldverschreibungen. Als Deckung dienen an Stelle von Hypotheken Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften oder auch Darlehen an natürliche oder juristische Personen, sofern sie von Körperschaften des öffentlichen Rechts verbürgt sind.

Für die von den Realkreditinstituten gegen kommunale Deckung ausgegebenen Schuldverschreibungen findet sich im Gegensatz zum Pfandbrief, der im Hypothekensbankgesetz von 1899 und im Pfandbriefgesetz von 1927 ausdrücklich definiert ist, keine einheitliche Begriffsbestimmung. Dementsprechend wechseln die Bezeichnungen für diese Schuldverschreibungen je nach dem Emittenten. So finden sich neben der Benennung „Kommunalobligationen“, die von den Hypothekenbanken einheitlich gebraucht wird, bei Emittenten öffentlichen Rechts auch Wertpapiere mit der Bezeichnung „Kommunalschuldverschreibungen“, „Kommunalanleihen“, „Landesbankanleihen“.

Vor dem ersten Weltkrieg war das kommunale Darlehensgeschäft für die Hypothekenbanken, aber auch für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, neben dem Hypothekarkreditgeschäft nur ein sekundäres Betätigungsgebiet. Dementsprechend spielte damals die Refinanzierung langfristiger Kommunalkredite durch Ausgabe von Kommunalobligationen neben dem Pfandbriefgeschäft keine entscheidende Rolle. Bei den privaten Hypothekenbanken waren 1913 insgesamt 11,6 Mrd. M an Schuldverschreibungen im Umlauf, davon entfielen nur 462 Mill. M, d. s. 4 vH, auf Kommunalobligationen; bei den öffentlich-rechtlichen Realkreditanstalten, deren Umlauf an Kommunalobligationen sich 1913 auf 1675 Mill. M stellte, war der Anteilsatz allerdings höher (24 vH). In diesem Zeitpunkt deckten die Gemeinden, zum Teil auch die kleineren, ihren langfristigen Kapitalbedarf noch zu einem erheblichen Teil unmittelbar am Kapitalmarkt, indem sie Anleihen aufnahmen.

Erst in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hat sich die Struktur des Kommunalkredits gewandelt. Nunmehr nahmen die Gemeinden, auch die größeren, hauptsächlich Darlehen bei öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und privaten Hypothekenbanken auf, die sich ihrerseits die Mittel für ihre Kreditgewährung an die öffentlich-rechtlichen Körperschaften durch Ausgabe von Kommunalobligationen beschafften; diese Schuldverschreibungen stellen gewissermaßen Sammelanleihen der Gemeinden dar.

Durch die Erstarkung der Landesbanken, die zumeist mit den Girozentralen zusammengeschlossen wurden, dehnte sich der bankmäßige Kommunalkredit erheblich aus. So erhielt das langfristige Kommunalkreditgeschäft für die großen

<sup>1)</sup> § 7d EStG.

öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten nahezu die gleiche Bedeutung wie das Realkreditgeschäft; bei den privaten Hypothekenbanken blieb es ein Nebengeschäft, wenngleich das weitaus wichtigste.

Dementsprechend lag bereits in den 30er Jahren bei der Ausgabe von Kommunalobligationen das Schwergewicht bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten. Ende 1938 waren insgesamt 1895 Mill. RM an Kommunalobligationen<sup>1)</sup> im Umlauf; davon entfielen 60 vH auf Emissionen der öffentlich-rechtlichen Realkreditinstitute und 40 vH auf Schuldverschreibungen der Hypothekenbanken. Im gleichen Zeitpunkt waren an Pfandbriefen der Hypothekenbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten 7777 Mill. RM<sup>2)</sup> im Verkehr. Von sämtlichen umlaufenden Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute entfielen mithin Ende 1938 20 vH auf Kommunalobligationen.

#### Umlauf an Kommunalobligationen 1925 bis 1938<sup>1)</sup>

Mill. RM

Zinsgruppe	Jahresende					
	1925	1928	1930	1932	1935	1938
Im Inland begebene Kommunalobligationen mit einem Zinssatz von						
4% .....	—	—	—	—	7,4	5,9 <sup>2)</sup>
4½% .....	—	—	—	—	1823,9	1792,8
5% .....	54,0	40,3	39,6	38,0	20,1	0,3
6% .....	4,3	185,1	155,0	1924,6	4,8	0,0
7% .....	15,1	417,6 <sup>3)</sup>	450,7 <sup>3)</sup>	0,7 <sup>4)</sup>	—	—
8% .....	54,8 <sup>4)</sup>	748,0 <sup>4)</sup>	1262,2 <sup>4)</sup>	0,0	—	—
zusammen .....	128,2	1391,0	1907,4	1963,3	1856,1	1799,0
Nach dem Ausland begebene Kommunalobligationen insgesamt						
darunter mit einem Zinssatz von 7% ...		241,0	216,7	203,2	105,4	95,8
		140,2	128,4	120,8	62,1	

<sup>1)</sup> Reichsgebiet nach dem Stand von 1937; ohne Aufwertungsschuldverschreibungen und Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden. — <sup>2)</sup> Darunter 1,5 Mill. RM 3½%ige Kommunalobligationen. — <sup>3)</sup> Darunter 7½%ige Kommunalobligationen 1928 = 2,1 Mill. RM, 1930 = 14,8 Mill. RM. — <sup>4)</sup> 7½%ige. — <sup>5)</sup> Darunter 10%ige Kommunalobligationen 1925 = 12,0 Mill. RM, 1928 = 14,6 Mill. RM, 1930 = 9,6 Mill. RM.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat das langfristige Kommunalkreditgeschäft innerhalb des gesamten Tätigkeitsbereichs der Realkreditinstitute, insbesondere aber der Grundkreditanstalten öffentlichen Rechts, noch an Gewicht zugenommen; damit haben auch die Kommunalobligationen als Finanzierungsinstrument der Realkreditinstitute an Bedeutung gewonnen. Einmal haben die Gemeinden in noch geringerem Umfang als vor dem Kriege den Kapitalmarkt unmittelbar in Anspruch genommen, vielmehr haben sie ihren langfristigen Kreditbedarf bei den Kommunalkreditinstituten durch Aufnahme von Schuldscheindarlehen gedeckt; die nach der Geldumstellung ausgegebenen Stadtanleihen beschränkten sich auf einen Betrag von 70 Mill. DM. Zum andern fiel ins Gewicht, daß der Erlös von Kommunalanleihen in stärkerem Maße als vor dem Kriege zur Finanzierung des Wohnungsbaus herangezogen wurde.

In den ersten Jahren nach der Geldumstellung von 1948 war der Absatz von Kommunalobligationen verhältnismäßig gering; bis Ende 1952 wurden insgesamt 478 Mill. DM an Kommunalobligationen untergebracht. Durch das Kapitalmarktförderungsgesetz erfuhr auch der Verkauf von Kommunalschuldverschreibungen eine starke Förderung, zumal die Sozialkommunalobligationen den Sozialpfandbriefen in ihrer steuerlichen Begünstigung gleichgestellt waren; dabei wurde vorausgesetzt, daß 90 vH ihres Erlöses zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus einschließlich der damit verbundenen Aufschließungsarbeiten<sup>3)</sup> verwendet wurden. Seit Ende 1952 ist der Absatz der Kommunalobligationen relativ sogar stärker gestiegen als der der Hypothekendarlehen. Damit ist der Anteil der Kommunalschuldverschreibungen am Gesamtumlauf der von den Realkreditinstituten nach der

<sup>1)</sup> Ohne Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden und ohne Aufwertungsschuldverschreibungen. — <sup>2)</sup> Ohne Liquidationspfandbriefe und Ablosungsschuldverschreibungen. — <sup>3)</sup> Diese Erschließungen (Tiefbauarbeiten, Kanalisation, Bau von Schlachthöfen und Verkehrsanlagen) nahmen innerhalb der gesamten Bauvorhaben einen ziemlich breiten Raum ein.

Geldumstellung ausgegebenen Wertpapiere von Jahr zu Jahr größer geworden; Ende 1955 waren die Kommunalobligationen zu einem Drittel am Gesamtumlauf der Emissionen von Realkreditinstituten beteiligt.

Besonders günstig entwickelte sich der Absatz von Kommunalobligationen im Jahre 1955; dies erklärt sich folgendermaßen: Beim Pfandbriefgeschäft konnte seit 1954 die Darlehensgewährung nicht mehr mit den außerordentlich gestiegenen Emissionen Schritt halten. Daher hielten sich die Bodenkreditinstitute, wie an anderer Stelle erwähnt, bei der Ausgabe neuer Pfandbriefe stark zurück. Demgegenüber war es den Instituten bei dem unvermindert hohen Bedarf an kommunalen Langkrediten wesentlich leichter, die für die Kommunalschuldverschreibungen erforderliche Deckung zu beschaffen. Da aber bis in den September 1955 hinein die Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute für Anlagezwecke stark gesucht waren, kam das verminderte Pfandbriefangebot dem Absatz von Kommunalobligationen zugute. So kam es, daß in mehreren Monaten des Jahres 1955 (Februar, März, Juli, August und September) der Verkauf von Kommunalobligationen über den Pfandbriefabsatz hinausging. Im ganzen Jahr 1955 blieb der Emissionserlös für Kommunalobligationen mit 1048 Mill. DM nur um rd. 250 Mill. DM hinter den Pfandbriefverkauf zurück; allerdings sind in diesem günstigen Emissionsergebnis die bereits erwähnten 122 Mill. DM Kommunalobligationen für Investitionshilfegläubiger enthalten.

#### Umlauf an Kommunalobligationen nach Institutsgruppen

Mill. DM

Institutsgruppe	Umlauf am Jahresende						
	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Hypothekenbanken ....	4,6	12,7	21,8	65,5	197,6	594,9	1 001,8
Öffentlich-rechtliche Kreditanst.	31,0	139,4	273,1	412,5	738,2	1 383,2	2 024,5
zusammen	35,6	152,1	294,9	478,0	935,8	1 978,1	3 026,3

Am Gesamtabsatz der von den Realkreditinstituten seit der Geldumstellung aufgelegten Kommunalobligationen im Betrage von 3026 Mill. DM waren die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten mit 2024 Mill. DM oder 67 vH, die Hypothekenbanken mit 1002 Mill. DM = 33 vH beteiligt. In der letzten Zeit vor dem Kriege betrug der Anteil der beiden Institutsgruppen 60 und 40 vH.

Unter den Kommunalobligationen befinden sich eine Reihe von Schuldverschreibungen, die zwar nicht als Kommunalobligationen bezeichnet werden, diesen aber verwandt sind. Hierher gehören u. a. die Landesbodenbriefe der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt, die Landwirtschaftsbriefe der Landwirtschaftlichen Rentenbank und Schuldverschreibungen der Deutschen Landesrentenbank. Ende 1955 stellte sich der Umlauf dieser Sonderschuldverschreibungen auf 371 Mill. DM, d. s. 12 vH sämtlicher Kommunalobligationen. Allein im Jahre 1955 wurden 158 Mill. DM dieser Sonderemissionen auf den Markt gebracht.

#### 4. Der Absatz von Schuldverschreibungen nach dem Sitz der Institute

Die Hypothekenbanken sind im Gegensatz zu den meisten öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten überregionale Institute. Diese Kennzeichnung geht von dem Aktivgeschäft der Realkreditinstitute aus; sie besagt, daß die privaten Hypothekenbanken und einzelne öffentlich-rechtliche Bodenkreditinstitute Grundstücke im gesamten Bundesgebiet beleihen, während die Mehrzahl der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten ihrer Zweckbestimmung nach Institute mit regionalem Beleihungsbereich sind.

Beim Passivgeschäft sind die Grenzen nicht so scharf gezogen. So steht fest, daß Schuldverschreibungen auch von sogenannten regionalen Grundkreditanstalten außerhalb des Landes abgesetzt werden, in dem das Emissionsinstitut seinen Sitz hat. Das Schwergewicht des Absatzes bei den meisten



**Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute nach dem Sitz der Institute**  
Mill. DM

Jahres- bzw. Monatsende	Im Bundesgebiet und Berlin (West) ansässige Institute										
	insgesamt	davon mit Sitz in									
		Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württbg.	Bayern	Berlin (West) und Bundesgebiet <sup>1)</sup>
1949 .....	244,9	4,2	5,8	20,1	32,1	34,5	16,3	3,9	56,6	71,4	.
1950 .....	570,8	14,4	16,6	48,3	46,5	115,8	65,0	10,0	96,7	157,6	.
1951 .....	1 176,1	22,8	50,9	51,2	77,5	361,6	119,5	31,9	157,0	303,7	.
1952 .....	1 967,6	29,3	70,6	68,3	121,0	576,2	221,9	60,7	287,7	531,8	.
1953 .....	3 442,9	44,0	135,8	171,9	212,8	959,0	469,0	103,6	474,8	872,0	.
1954 Juni .....	4 985,2	63,2	204,4	331,8	299,8	1 357,3	686,3	160,9	669,4	1 212,1	.
Dezember .....	6 740,3	97,3	218,4	393,3	394,3	1 445,1	548,3	223,8	861,3	1 559,2	999,2 <sup>2)</sup>
1955 Juni .....	7 955,9	143,0	249,4	490,4	480,7	1 598,0	593,2	261,6	1 033,7	1 905,0	1 200,9
Dezember .....	9 148,2	194,8	309,3	565,2	546,8	1 743,2	680,4	291,9	1 188,4	2 171,9	1 456,3

<sup>1)</sup> Institute mit Sitz sowohl in einem Land des Bundesgebietes als auch in Berlin (West). — <sup>2)</sup> Davon entfallen auf Schuldverschreibungen von Instituten mit zweitem Sitz in Hamburg 118,4 Mill. DM, Niedersachsen 58,1 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen 448,9 Mill. DM und Hessen 360,7 Mill. DM, die zuvor bei den betreffenden Ländern ausgewiesen wurden.

öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten wird freilich im Do-mizillland des Instituts liegen.

Bei den Hypothekenbanken ist die regionale Streuung im Absatz von Schuldverschreibungen an sich stärker als bei den öffentlich-rechtlichen Bodenkreditinstituten. Innerhalb dieser Institute gibt es wiederum einige, deren Emissionen seit jeher ein besonders breites Absatzgebiet haben. Dies sind vor allem die in Bayern und Baden-Württemberg ansässigen Hypo- thekenbanken; Bayern und das ehemalige Württemberg sind Länder, bei denen sich ein starker Stamm von Wertpapier- sparern über den bei der Geldumstellung erlittenen Kapital- schnitt hinaus gehalten hat.

Über die regionale Streuung im Absatz der Bankschuld- verschreibungen vermag die vorliegende Statistik jedoch nichts auszusagen. Nach den statistischen Unterlagen läßt sich der Pfandbriefabsatz lediglich nach dem Sitz der Emis- sionsinstitute aufgliedern. Bei der Auswertung dieser Zahlen darf immerhin unterstellt werden, daß selbst bei den Real- kreditinstituten, die einen besonders großen Absatz außer- halb der Grenzen ihres Sitzlandes aufzuweisen haben, von einer Ausnahme abgesehen, der größere Teil der Schuldver- schreibungen im eigenen Lande verkauft wurde. .

Bei einer Gliederung des Umlaufs an Schuldverschreibun- gen nach dem Sitz der Emissionsinstitute ist es zweckmäßig, Pfandbriefe und Kommunalobligationen getrennt vonein- ander zu betrachten. Dabei zeigt sich, daß den weitaus größ- ten Pfandbriefumlauf die in Bayern ansässigen Realkredit- institute haben; der Umlauf dieser Institute an Hypotheken- pfandbriefen stellte sich Ende 1955 auf 1559 Mill. DM (= 26 vH des Gesamtumlaufs). An zweiter Stelle stehen die Bodenkreditinstitute von Nordrhein-Westfalen mit einem Pfandbriefumlauf von nahezu 1 Mrd. DM (998 Mill. DM). Dabei ist noch zu beachten, daß zwei weitere Realkredit- institute mit einem Pfandbriefumlauf von insgesamt 344 Mill. DM ihren Sitz sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Berlin (West) haben und daher nicht bei Nordrhein- Westfalen ausgewiesen werden. Insgesamt belief sich der

Pfandbriefumlauf von Instituten mit Sitz im Bundesgebiet und in Berlin (West) Ende 1955 auf 974 Mill. DM. Den dritten Platz nehmen die Pfandbriefemissionen der Grundkredit- anstalten von Baden-Württemberg mit einem Umlauf von 835 Mill. DM ein. Verhältnismäßig gering ist das Pfand- briefgeschäft mit 93 Mill. DM bei den in Schleswig-Holstein ansässigen Bodenkreditinstituten entwickelt.

Den größten Umlauf an Kommunalobligationen hatten am 31. 12. 1955 die in Nordrhein-Westfalen gelegenen Real- kreditinstitute; er betrug 720 Mill. DM. Dazu kommen noch Institute mit dem Sitz in Nordrhein-Westfalen und Berlin, die Kommunalobligationen im Betrage von 279 Mill. DM in den Verkehr gebracht haben. Die großen Städte des rheinisch- westfälischen Industriegebiets waren von den Einwirkungen des Krieges besonders schwer getroffen worden; daher war der Bedarf dieses Landes und seiner Gemeinden an lang- fristigen Aufbaukrediten besonders hoch. Zum größten Teil wurde der Gegenwert der in den Jahren 1953, 1954 und Anfang 1955 begebenen Sozialkommunalobligationen — und diese stellen nahezu die Hälfte sämtlicher von rheinisch- westfälischen Instituten abgesetzten Kommunalobligationen dar — für den Wohnungsbau und die dazu gehörigen Er- schließungsarbeiten verwandt. Zu beachten ist allerdings, daß nicht der gesamte Erlös der von den in Nordrhein- Westfalen ansässigen Realkreditinstituten verkauften Kom- munalobligationen für Darlehen aufgewandt wurde, die un- mittelbar an kommunale Kreditnehmer gegeben wurden. Zu einem erheblichen Teil wurden aus dem Anleiheerlös Dar- lehen an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kredit- anstalten gewährt (bis Ende 1955 rd. 300 Mill. DM). Außer- dem sind in den von rheinisch-westfälischen Instituten aus- gegebenen Kommunalobligationen auch Investitionshilfe- papiere enthalten, deren Gegenwert für Kredite an öffentliche Versorgungsunternehmen verwandt wurde.

Nächst den rheinisch-westfälischen Realkreditinstituten haben die bayerischen Institute den größten Umlauf an Kommunalobligationen zu verzeichnen. Bis Ende 1955 hatten

**Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen der Boden- und Kommunalkreditinstitute nach dem Sitz der Institute**  
am 31. 12. 1955  
Mill. DM

Art der Schuld- verschreibung	Im Bundesgebiet und Berlin (West) ansässige Institute										
	insgesamt	davon mit Sitz in									
		Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Berlin (West) und Bundes- gebiet <sup>1)</sup>
Pfandbriefe .....	5 970,2	93,4	228,1	372,1	327,5	998,3	373,2	210,0	834,6	1 558,9	974,1
Schiffspfandbriefe .....	151,8	48,8	24,3	—	53,7	25,0	—	—	—	—	—
Kommunalobligationen .....	3 026,2	52,6	56,8	193,1 <sup>2)</sup>	165,6	719,9 <sup>3)</sup>	307,2 <sup>4)</sup>	81,9	353,8	613,0 <sup>5)</sup>	482,2 <sup>6)</sup>
Schuldverschreibungen insgesamt .	9 148,2	194,8	309,3	565,2	546,8	1 743,2	680,4	291,9	1 188,4	2 171,9	1 456,3

<sup>1)</sup> Institute mit Sitz sowohl in einem Land des Bundesgebietes als auch in Berlin (West). — <sup>2)</sup> Davon 1,9 Mill. DM 5%, 4,3 Mill. DM 6% und 5,0 Mill. DM 7% Bodenkulturschuldverschreibungen. — <sup>3)</sup> Davon 53,3 Mill. DM 7½% kommunale Schatzanweisungen. — <sup>4)</sup> Davon 29,8 Mill. DM 6%, 19,4 Mill. DM 6½%, 19,9 Mill. DM 7% und 29,1 Mill. DM 7½% Landwirtschaftsbriefe. — <sup>5)</sup> Davon 90,9 Mill. DM 5%, 64,3 Mill. DM 5½% und 68,2 Mill. DM 6% Landesbodenbriefe, 8,5 Mill. DM 5% und 0,1 Mill. DM 8% Schuldbuchforderungen. — <sup>6)</sup> Davon 13,3 Mill. DM 3½% und 10,0 Mill. DM 5% Landesrentenbank-Schuldverschreibungen.

diese Institute 613 Mill. DM an Kommunalschuldverschreibungen ausgegeben, darin sind allerdings 232 Mill. DM an Landesbodenbriefen und Schuldbuchforderungen enthalten, die den Kommunalobligationen verwandt sind.

## 5. Die Namensschuldverschreibungen

Die Bezeichnung geht darauf zurück, daß diese Wertpapiere auf den Namen des Inhabers ausgestellt sind. Zum Unterschied von den Inhaber- und Orderschuldverschreibungen unterliegt die Ausgabe von Namensschuldverschreibungen nicht der staatlichen Genehmigungspflicht<sup>1)</sup>. Die Namensschuldverschreibungen bieten dem Inhaber eine größere Sicherheit gegen Verluste, sind aber nur durch Umschreibung oder Abtretung übertragbar. Demzufolge eignen sich die Namensschuldverschreibungen auch nicht für den Börsenhandel. Die Boden- und Kommunalkreditinstitute verwenden diese Art von Schuldverschreibungen fast ausschließlich als Sicherheit für aufgenommene Darlehen.

In den Bilanzen weisen die Institute ihre Verpflichtungen aus diesen Krediten unter den aufgenommenen Darlehen aus. Der Betrag der für derartige Darlehen hinterlegten Namensschuldverschreibungen wird in den Ausweisen der Bodenkreditinstitute lediglich nachrichtlich angegeben. Die Ausgliederung der hinterlegten Namensschuldverschreibungen erfolgt deswegen, weil auch diese Schuldverschreibungen den gesetzlichen Deckungsvorschriften unterliegen, mithin ebenso durch Deckungsdarlehen oder Ersatzdeckung gesichert sein müssen wie die Inhaberschuldverschreibungen. Je nach der Art der vorhandenen Deckung (Hypotheken oder Kommunal-darlehen) werden diese Schuldverschreibungen als Namenshypothekendarlehen oder Namenskommunalobligationen, auch Namensschiffspfandbriefe, bezeichnet.

Die gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen aufgenommenen Darlehen sind ebenso wie die gegen sonstige Sicherheiten in Anspruch genommenen Darlehen auf den Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen anzurechnen, der nach dem Hypothekendarlehenbankgesetz und dem Schiffspfandbriefgesetz begrenzt ist. Gegenüber der Bestellung von Einzelsicherheiten (Abtretung von zahlreichen Einzelhypotheken) hat die Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen den Vorteil, daß nicht jede Hypothek für sich dem Geldgeber verpfändet oder an ihn abgetreten wird, sondern (im günstigsten Falle) nur eine Namensschuldverschreibung zu hinterlegen ist, für die sämtliche dafür im Register eingetragenen Darlehen und die Ersatzdeckung haften. Dadurch ist es den Bodenkreditinstituten einerseits möglich, die vom Darlehensgeber erhaltenen Mittel zunächst als Ersatzdeckung für die Namensschuldverschreibung zu verwenden und sie später in Deckungsdarlehen an den letzten Kreditnehmer umzuwandeln; mit Rücksicht auf die lange Abwicklungszeit bei Hypothekendarlehen bedeutet dies immerhin eine Erleichterung für die Boden- und Kommunalkreditinstitute. Andererseits ist es den Realkreditinstituten möglich, mit Zustimmung des Treuhänders jederzeit die an sie zurückgezahlten Hypotheken im Deckungsregister durch neue zu ersetzen.

Ende 1955 beliefen sich die hinterlegten Namensschuldverschreibungen, einschl. der als Sicherheit bestellten Schuldbuchforderungen auf 2130 Mill. DM. Hiervon entfielen 984 Mill. DM auf Namenspfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe) und 1146 Mill. DM auf Namenskommunalobligationen (einschl. Schuldbuchforderungen). Der Betrag der gesamten hinterlegten Namensschuldverschreibungen weicht nur unerheblich von den aufgenommenen Darlehen gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen (insgesamt 2159 Mill. DM) ab. Die Abweichung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Darlehen der Geldgeber allmählich getilgt werden und die als Sicherheit dienende Namensschuldverschreibung nicht sofort durch eine neue ersetzt wird; andererseits erfolgt die Aushändigung der Namensschuldverschreibungen mitunter auch etwas später als die Inanspruchnahme des Kredits.

<sup>1)</sup> §§ 795 und 808a BGB in Verbindung mit dem Gesetz über die Genehmigung der Ausgabe von Inhaber- und Orderschuldverschreibungen vom 26. 6. 1954.

Über die Entwicklung der gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen beanspruchten Kredite wird im Abschnitt „Aufgenommene Darlehen“ Näheres ausgeführt. In den monatlich nachgewiesenen Umlauf von Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute sind die Namensschuldverschreibungen nicht einbezogen; ihm werden nur die genehmigungspflichtigen, auf dem Kapitalmarkt begebenen Inhaberschuldverschreibungen zugerechnet.

## 6. Die Altschuldverschreibungen

Neben den Verbindlichkeiten aus dem Neugeschäft bestehen bei den Boden- und Kommunalkreditinstituten noch erhebliche Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen, die sie in der Reichsmarkzeit ausgegeben hatten. Zum ersten Mal wurden diese Altschuldverschreibungen durch eine Sondererhebung nach dem Stand vom 31. 12. 1951 erfaßt. Da die Umstellungsrechnung in diesem Zeitpunkt noch nicht bei allen Instituten von den Bankaufsichtsbehörden bestätigt worden war, konnten die Ergebnisse dieser Erhebung noch nicht als endgültig angesehen werden. Daher wurde die Erhebung über das Altgeschäft mit dem Stichtag vom 31. 12. 1952 wiederholt. In die zweite Erhebung wurden auch die verlagerten Institute einbezogen, die bisher das Neugeschäft noch nicht aufgenommen haben, sondern nur ihr Altgeschäft abwickeln.

Beginnend mit dem 31. 12. 1953 wird der Umlauf der Schuldverschreibungen aus dem Altgeschäft vierteljährlich im Rahmen der Erhebung über den Pfandbriefumlauf und seine Deckung festgestellt. Die Ergebnisse dieser Statistik von Ende 1953 wichen von denen der letzten Sondererhebung vom 31. 12. 1952 kaum ab.

Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen aus dem Altgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Mill. DM

Art der Schuldverschreibung	31. 12. 1953	30. 6. 1954	31. 12. 1954	30. 6. 1955	31. 12. 1955
Auf DM lautende Wertpapiere .....	907,4	953,1	964,5	940,9	957,2
davon Pfandbriefe <sup>1)</sup> .....	673,3	711,6	727,3	704,8	721,3
Kommunalobligationen <sup>2)</sup> ..	208,9	214,8	211,0	210,0	209,9
Sonderschuldverschreibungen <sup>3)</sup> .....	25,2	26,7	26,2	26,1	26,0
Auf ausländische Währung lautende Wertpapiere .....	58,1	58,1	58,1	58,1	58,2
zusammen ..	965,5	1011,2 <sup>4)</sup>	1022,6 <sup>4)</sup>	999,0	1015,4 <sup>4)</sup>
Außerdem Schuldverschreibungen nach dem Altpfandbriefgesetz					
Pfandbriefe ..	—	0,3	110,1	211,5	285,2
Kommunalobligationen ..	—	—	5,6	11,0	19,7
Sonstige ..	—	—	1,1	4,1	6,1
zusammen ..	—	0,3	116,8	226,6	311,0

<sup>1)</sup> Einschl. Schiffspfandbriefe. — <sup>2)</sup> Einschl. Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden, die am 31. 12. 1955 96,1 Mill. DM betrugen. — <sup>3)</sup> Einschl. der nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen. — <sup>4)</sup> Die Zunahme ist auf die Einbeziehung von Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen.

Ende Dezember 1953 wurden die Altschuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute insgesamt mit 966 Mill. DM ausgewiesen; davon entfielen auf im Inland begebene Pfandbriefe 673 Mill. DM, auf inländische Kommunalkreditinstitute (einschließlich der Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden<sup>2)</sup>) 209 Mill. DM und 25 Mill. DM auf sonstige Schuldtitel. Die im Inland placierten Altschuldverschreibungen haben durchweg eine Verzinsung von 4%. Außerdem wurden im Ausland ausgegebene Schuldverschreibungen im Betrage von 58 Mill. DM ermittelt; soweit diese auf fremde Valuten lauteten und sich in ausländischem Besitz befanden, waren sie von der Geldumstellung nicht betroffen worden. Die Verzinsung dieser Auslandsanleihen ist nicht einheitlich; die Zinssätze bewegen sich zwischen 4 und 7%.

<sup>2)</sup> Ende 1953 stellte sich der Umlauf an Schuldverschreibungen dieses Verbandes auf 101 Mill. DM.

Bis zum 30. 9. 1954 hat sich der ausgewiesene Umlauf von Altschuldverschreibungen noch um 60 Mill. DM auf 1 025 Mill. DM erhöht. Dies erklärt sich daraus, daß nach Inkrafttreten des Berliner Altbankengesetzes nunmehr auch das West-Berliner Altgeschäft von verlagerten Instituten und die Altschuldverschreibungen von zwei West-Berliner Pfandbriefanstalten in die Statistik einbezogen wurde.

Bei den im Bundesgebiet und Berlin (West) umlaufenden Altschuldverschreibungen in Höhe von 1 025 Mill. DM handelt es sich um den Restbestand eines ehemals erheblich größeren Umlaufvolumens am Ende des Krieges. Am 31. 12. 1938 betrug der Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Reichsgebiet (nach dem Gebietsstand von Ende 1937) 14,1 Mrd. RM, wovon 9,4 Mrd. RM im Inland begebene Pfandbriefe und Kommunalobligationen des Neugeschäfts<sup>1)</sup> waren. Bis Ende 1940 war der Umlauf an Schuldverschreibungen auf rd. 15 Mrd. RM gestiegen. 1942 haben sich die Emissionen der Realkreditinstitute — im Zuge der Abgeltung der Gebäudeentschuldungssteuer — nochmals etwas erhöht.

Von diesem Wertpapierumlauf ist infolge der gebietsmäßigen Neuordnung nach dem Kriege nur ein Teil auf die westdeutsche DM-Währung umgestellt worden, und zwar, soweit es sich um Inlandschuldverschreibungen handelte, im Verhältnis 10:1. Bei den sogenannten verlagerten Instituten wiederum wurden diese Altverbindlichkeiten zunächst nur in dem Umfang in die DM-Rechnung übernommen, wie die Institute den Gegenwert ihrer Emissionen am Währungstichtag im Bundesgebiet angelegt hatten. Nach dem Inkrafttreten des Berliner Altbankengesetzes am 15. 12. 1953 wurde, wie erwähnt, auch das West-Berliner Altgeschäft in die DM-Rechnung übernommen.

<sup>1)</sup> Ohne Ablösungsschuldverschreibungen und Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden. — <sup>2)</sup> „Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform.“

Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen aus dem Neu- und Altgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute  
Mill. DM

Jahresende	Schuldverschreibungen										Altsparer-schuld-verschrei-bungen	darunter Pfand-briefe
	insgesamt	davon aus dem										
		Neugeschäft				Altgeschäft						
		Pfand-briefe¹)	Kommunal-obli-gationen	Sonder-schuld-verschrei-bungen	zusammen	Pfand-briefe¹)	Kommunal-obli-gationen	Sonder-schuld-verschrei-bungen²)	zusammen			
1953 .....	4 408,4	2 507,1	814,8	121,0	3 442,9	673,3	208,9	83,4	965,5	—	—	
1954 .....	7 879,7	4 782,2	1 765,1	213,0	6 740,3	727,3	211,0	84,3	1 022,6	116,8	110,1	
1955 .....	10 474,6	6 122,0	2 655,3	370,9	9 148,2	721,3	209,9	84,2	1 015,4	311,0	285,2	

<sup>1)</sup> Einschl. Schiffspfandbriefe. — <sup>2)</sup> Einschl. auf ausländische Währung lautender Schuldverschreibungen.

C. Die Darlehensaufnahme und die Treuhandmittel

1. Gesamtüberblick

Nach dem Hypothekendarlehenbankgesetz von 1899 war den reinen Hypothekendarlehenbanken in privater Rechtsform die Aufnahme von Darlehen zur Ausweitung ihres Hypothekarkredits nicht gestattet. Lediglich gemischt-wirtschaftliche Bankinstitute, die bereits vor dem 1. 5. 1898 gegründet waren, und sowohl langfristige als auch kurzfristige Kreditgeschäfte tätigten, waren hiervon ausgenommen, sofern ihre Satzungen die Aufnahme von Darlehen vorsahen. Vor dem ersten Weltkrieg war den reinen Hypothekendarlehenbanken daher die Darlehensaufnahme fremd.

Nach Gründung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt im Jahre 1925, deren Aufgabe es zunächst war, die der Landwirtschaft gewährten kurzfristigen Kredite in Langkredite umzuwandeln, wurde jedoch das Hypothekendarlehenbankgesetz durch das Zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Hypothekendarlehenbankgesetzes vom 26. 1. 1926 dahin ergänzt, daß zu den zulässigen Geschäften der Hypothekendarlehenbanken auch die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zwecks Gewährung hypothekarischer Darlehen gehört. Der Betrag dieser aufgenommenen Darlehen wurde

Nach dem 30. 9. 1954 ist der Umlauf an Altschuldverschreibungen infolge von Tilgungen stetig zurückgegangen; bis zum 30. 9. 1955 hatte er sich auf 994 Mill. DM verringert. Im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres hat sich jedoch der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Altschuldverschreibungen der Realkreditinstitute wieder auf 1 015 Mill. DM erhöht, da nunmehr das Berliner Altgeschäft eines weiteren „verlagerten“ Instituts neu in die Statistik einbezogen wurde. In diesem Betrag sind 58 Mill. DM Auslandsschuldverschreibungen enthalten; hierbei handelt es sich jedoch nicht um endgültige Zahlen, da die Wertpapierbereinigung für diese Stücke noch nicht abgeschlossen ist.

Nach dem Altspargesetz<sup>2)</sup> vom 14. 7. 1953 erhielten diejenigen Wertpapierbesitzer eine zusätzliche Entschädigung von 10 vH, die bei der Geldumstellung vom 20. 6. 1948 Gläubiger waren und denen das Wertpapier bereits am 1. 1. 1940 zustand.

Die Angaben über die Schuldverschreibungen nach dem Altspargesetz, deren Ausgabe im Frühjahr 1954 begann, sind noch nicht vollständig, da die Zuteilung von Schuldverschreibungen bei einer Anzahl von Instituten noch aussteht. Ende 1955 wurden Altsparschuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 311 Mill. DM nachgewiesen, davon waren 285 Mill. DM Pfandbriefe, 20 Mill. DM Kommunalobligationen und 6 Mill. DM sonstige Schuldverschreibungen. Von den 285 Mill. DM Altsparschuldverschreibungen entfiel der größte Teil (229 Mill. DM) auf solche der privaten Hypothekendarlehenbanken. Einschließlich der Schuldverschreibungen aus dem Altgeschäft und der Altsparschuldverschreibungen stellte sich der Gesamtumlauf an Schultiteln der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende 1955 auf 10 475 Mill. DM; davon entfielen 7 129 Mill. DM auf Pfandbriefe.

auf die im Hypothekendarlehenbankgesetz festgelegte Umlaufgrenze<sup>1)</sup> für Hypothekendarlehenpfandbriefe angerechnet. Die bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt aufgenommenen Darlehen fielen im Verhältnis zu dem Umlauf an Schuldverschreibungen kaum ins Gewicht. An den Ausleihungen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gemessen, betrugen sie bei den privaten Hypothekendarlehenbanken im Reichsgebiet Ende 1938 rd. 100 Mill. RM, d. s. 1,5 vH der von ihnen ausgegebenen Schuldverschreibungen. Zu diesen aufgenommenen Darlehen der Hypothekendarlehenbanken traten dann noch die von anderen Stellen hereingenommenen Mittel der gemischten Hypothekendarlehenbanken.

Anders verhielt es sich bei den öffentlich-rechtlichen Boden- und Kommunalkreditinstituten. Bei ihnen ist der Geschäftsumfang im Pfandbriefgesetz vom 21. 12. 1927 nicht festgelegt. Die Art ihrer Geschäfte richtet sich lediglich nach den in ihren Satzungen enthaltenen Bestimmungen. Dementsprechend waren auch die Verpflichtungen aus aufgenommenen Darlehen bei diesen Kreditanstalten bedeutend

<sup>1)</sup> Bei reinen Hypothekendarlehenbanken der zwanzigfache, bei gemischten Hypothekendarlehenbanken der fünfzehnfache Betrag des eingezahlten Grundkapitals und des zur Deckung bestimmten Reservefonds.

großer als bei den privaten Hypothekenbanken; dies kommt schon in den aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gewährten Hypotheken zum Ausdruck, die sich Ende 1938 auf rd. 700 Mill. RM beliefen, d. s. 16,5 vH der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen dieser Institutsgruppe. In welchem Umfang von den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten bei andern Stellen als der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt langfristige Darlehen für das Boden- und Kommunalkreditgeschäft aufgenommen wurden, ist aus den noch vorhandenen Unterlagen nicht zu ersehen. Insbesondere dürften die Landesbanken (Girozentralen) hiervon Gebrauch gemacht haben.

Bei beiden Institutsgruppen spielten die für langfristige Ausleihungen aufgenommenen Darlehen gegenüber den Krediten aus Emissionserlösen vor dem zweiten Weltkrieg jedoch bei weitem nicht die Rolle wie in der Gegenwart.

In den ersten Jahren nach der Geldumstellung führte die Zurückhaltung im Wertpapiersparen und das damit verbundene geringe Aufkommen aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen dazu, daß der wertvolle Kreditapparat der Boden- und Kommunalkreditinstitute überwiegend brach lag. Sollte das Potential der Bodenkreditorganisation voll ausgenutzt werden, mußte es diesen Instituten ermöglicht werden, sich die Mittel für die Wiederausleihungen auf anderem Wege als durch den Absatz von Schuldverschreibungen zu beschaffen, insbesondere Darlehen aufzunehmen.

Die rechtliche Voraussetzung für die Durchleitung von Darlehen wurde bei den Pfandbriefinstituten in privater Rechtsform durch das „Gesetz über eine vorübergehende Erweiterung der Geschäfte der Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken“ vom 5. 8. 1950 geschaffen. Hiernach konnten diese Institute neben ihren bisherigen Geschäften auch Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und — mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde — auch bei anderen Kapitalsammelstellen aufnehmen. Ebenso wie die in der Vorkriegszeit von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt<sup>1)</sup> hereingenommenen Gelder sind auch diese aufgenommenen Darlehen auf den Betrag anzurechnen, bis zu dem private Hypothekenbanken und Schiffspfandbriefbanken Schuldverschreibungen ausgeben können. Derartige Verträge durften allerdings zunächst nur bis zum 31. 12. 1953 geschlossen werden. Durch das „Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Hypotheken- und Schiffsbankrechts“ vom 30. 4. 1954 wurde u. a. diese Frist bis Ende 1956 verlängert; mit einer Prolongierung über diesen Zeitpunkt hinaus ist zu rechnen.

Die Darlehen der Boden- und Kommunalkreditinstitute werden teils gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen, teils gegen Bestellung realer Sicherheiten oder auch ohne Sicherheiten aufgenommen. Zu den aufgenommenen Darlehen rechnen jedoch nur solche, bei denen die Realkreditinstitute die volle Haftung übernehmen. Daneben bestehen aber noch treuhänderische Verpflichtungen der Grundkreditanstalten aus durchlaufenden Mitteln, den sogenannten Treuhandkrediten. Es handelt sich dabei um Gelder, die von den Bodenkreditinstituten zwar im eigenen Namen jedoch für fremde Rechnung ausgeliehen werden; diese Treuhandkredite werden in den Bilanzen der Bodenkreditanstalten als durchlaufende Kredite ausgewiesen und auch statistisch als solche erfaßt.

Die von verschiedenen Grundkreditanstalten lediglich verwalteten Kredite, die sie in fremdem Namen und für fremde Rechnung gewahrten und die ihnen für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel, erscheinen dagegen nicht in den Bilanzen der Realkreditinstitute. Über diese sog. Verwaltungskredite wird daher auch nicht zur Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute berichtet.

Der Bestand an aufgenommenen Darlehen belief sich bei den Boden- und Kommunalkreditinstituten Ende 1955 auf 7367 Mill. DM gegen 4694 Mill. DM am Jahresende 1953.

<sup>1)</sup> Gemäß § 19 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank vom 11. 5. 1949 gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Darlehensaufnahme bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt auch für die Landwirtschaftliche Rentenbank. — <sup>2)</sup> Ohne durchlaufende Mittel.

## Die aufgenommenen Darlehen und durchlaufenden Mittel der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Mill. DM

Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen			Durchlaufende Mittel
	insgesamt	gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen	gegen sonstige und ohne Sicherheiten	
1953 .....	4 693,6	1 486,1	3 207,5	1 055,7
1954 .....	6 061,0	1 806,5	4 254,5	2 085,0
1955 .....	7 366,8	2 158,5	5 208,3	3 051,1

Damit sind die Darlehensverpflichtungen in den beiden letzten Jahren um insgesamt 57 vH gestiegen. Der absolute Betrag der Darlehensaufnahmen war in den Jahren 1954 und 1955 mit 1367 Mill. DM und 1306 Mill. DM fast gleich groß. Die günstigen Emissionsergebnisse in den letzten Jahren bewirkten jedoch, daß der Anteil der aufgenommenen Darlehen an den insgesamt den Realkreditinstituten zugeflossenen Finanzierungsmitteln<sup>2)</sup> von 57 vH Ende 1953 auf 44 vH am Jahresende 1955 zurückgegangen ist. 29 vH der auf dem Darlehensweg hereingenommenen Gelder entfielen Ende Dezember 1955 auf Kredite gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen. Der überwiegende Teil (71 vH) der langfristigen Kredite wurde jedoch gegen sonstige Sicherheiten und ohne Sicherheiten in Anspruch genommen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Abtretungen oder Verpfändungen von realen Sicherheiten oder um Darlehen, bei denen den Gläubigern Schuldscheine ausgehändigt werden.

Von den insgesamt aufgenommenen Darlehen im Betrage von 7367 Mill. DM entfielen Ende 1955 86 vH auf die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten. Der hohe Anteil dieser Institute an den Darlehensverpflichtungen erklärt sich folgendermaßen: Die größten Darlehensgeber sind öffentliche Stellen, die ihre Gelder überwiegend ihren Hausbanken, den Staats- und Landesbanken, zur Verfügung stellen. Dadurch wurden diese öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten in die Lage versetzt, den Gemeinden, deren Finanzierungsinstitute sie sind, Kommunaldarlehen zu gewähren oder die Mittel über Sparkassen an den letzten Kreditnehmer weiterzuleiten. Teilweise werden die zumeist zweckbestimmten öffentlichen Gelder auch unmittelbar von den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten ausgeliehen, z. B. Wohnbausekreditdarlehen. Zum anderen dürfte es aber auch darauf zurückzuführen sein, daß den Hypothekenbanken in privater Rechtsform durch die gesetzlichen Vorschriften über die Relation von Pfandbriefumlauf und Darlehensverpflichtungen zum Eigenkapital gewisse Grenzen für die Darlehensaufnahme gezogen sind.

Die durchlaufenden Mittel der Boden- und Kommunalkreditinstitute, fast ausschließlich öffentliche Gelder, betrugen Ende 1955 3051 Mill. DM, wovon je 1 Mrd. DM auf den Zufluß der beiden letzten Jahre zurückzuführen ist. Diese jährliche Zunahme an Treuhandmitteln entspricht damit fast dem Gesamtbetrag an durchlaufenden Geldern, der in dem Zeitraum von der Geldumstellung bis Ende 1953 über die Realkreditinstitute geleitet wurde. Von den in Anspruch genommenen Treuhandmitteln entfielen Ende 1955 92 vH, mithin noch mehr als bei den Darlehen mit Institutsaufgabe, auf öffentlich-rechtliche Kreditanstalten.

## 2. Die Formen der Darlehensaufnahme

Die Darlehen gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen.

Bei den in Anspruch genommenen Darlehen gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen handelt es sich um Kredite, bei denen die Verpflichtungen der Institute nach den Bilanzvorschriften als aufgenommenen Darlehen auszuweisen sind, während die Höhe der hinterlegten Namensschuldverschreibungen nur nachrichtlich angegeben wird. Andererseits sind aber die gesetzlichen Bestimmungen, daß die Schuldverschreibungen durch Deckungsdarlehen zu

sichern sind, auch auf die als Sicherheit hinterlegten Namensschuldverschreibungen anzuwenden. Da Darlehen dieser Art in den ersten Jahren nach der Geldumstellung fast ausschließlich bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Anspruch genommen wurden, beschränkte sich die Erhebung zunächst nur auf die Erfassung der Kredite dieser Darlehensgeber.

Die aufgenommenen Darlehen gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen

Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen				
	insgesamt	davon bei			
		Kreditanstalt für Wiederaufbau und Landwirtschaftlicher Rentenbank	anderen Kreditinstituten	öffentlicher Hand	sonstigen Stellen
1953 ..	1 486,1	1 324,3	89,7	34,1	38,0
1954 ..	1 806,5	1 436,0	117,7	55,4	197,4
1955 ..	2 158,5	1 599,7	24,6	53,4	480,8

Die Aufnahme von Krediten gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank war Ende 1949 mit 70 Mill. DM noch sehr gering. Im Jahre 1950 stiegen diese Verpflichtungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute jedoch um 674 Mill. DM. Durch weitere Kreditanspruchnahme dieser Art erhöhte sich der Bestand bis zum Jahresende 1951 auf 984 Mill. DM und im Laufe des Jahres 1952 nochmals um 191 Mill. DM. Nachdem auch die bei anderen Kreditinstituten und sonstigen Stellen beanspruchten Kredite erfüllt wurden, waren die Verpflichtungen der Realkreditinstitute aus beanspruchten Darlehen gegen Hinterlegung von Schuldverschreibungen Ende 1953 auf 1 486 Mill. DM angewachsen; hiervon entfielen 1 324 Mill. DM auf Kreditgewährungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Bis zum Jahresende 1955 stiegen die gesamten Kreditverpflichtungen aus hinterlegten Schuldverschreibungen auf 2 159 Mill. DM. Die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten waren an diesen aufgenommenen Darlehen mit 62 vH und die privaten Hypothekenbanken mit 38 vH beteiligt. Die gegenüber Dezember 1953 um 672 Mill. DM höheren Verpflichtungen sind mit 443 Mill. DM auf den Zufluß von Mitteln sonstiger Stellen (namentlich Versicherungen) zurückzuführen, während die bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank aufgenommenen Kredite gegen hinterlegte Schuldverschreibungen in den beiden Jahren 1954 und 1955 nur noch um 112 Mill. DM bzw. 164 Mill. DM stiegen.

Die durch Schuldverschreibungen gesicherten Darlehen, die bei anderen Kreditinstituten und bei der öffentlichen Hand in Anspruch genommen wurden, fielen kaum ins Gewicht; sie betrugen Ende 1955 25 Mill. DM und 53 Mill. DM.

Die aufgenommenen Darlehen gegen sonstige Sicherheiten

Die Verpflichtungen aus Darlehen, für die von den Boden- und Kommunalkreditinstituten Grundpfandrechte als Sicherheit abgetreten oder verpfändet wurden und die Darlehensaufnahme ohne Bestellung von Sicherungen wurden erst seit Ende 1953 statistisch erfaßt. In den Jahren zuvor war lediglich aus der Aufteilung der Ausleihungen nach den wichtigsten Geldgebern zu erkennen, aus welchen Quellen die Mittel der Bodenkreditinstitute für ihr Darlehensgeschäft stammten.

Ende 1953 beliefen sich die gegen sonstige Sicherheiten aufgenommenen Darlehen (einschließlich solcher ohne Sicherungen) auf 3 208 Mill. DM. Von diesen Darlehen waren 53 vH bei den Gebietskörperschaften und dem Lastenausgleichsfonds und 29 vH bei sonstigen Stellen (Versicherungen und private Geldgeber) aufgenommen worden. 11 vH entfielen auf Kredite, die bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Anspruch genommen wurden und der Rest auf solche bei anderen Kreditanstalten. Von Ende 1953 bis Dezember 1955 sind die bei der

Die aufgenommenen Darlehen gegen sonstige und ohne Sicherheiten

Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen				
	insgesamt	davon bei			
		Kreditanstalt für Wiederaufbau und Landwirtschaftlicher Rentenbank	anderen Kreditinstituten	öffentlicher Hand	sonstigen Stellen
1953 ..	3 207,5	349,3	222,7	1 704,9	930,6
1954 ..	4 254,5	347,3	390,6	2 044,1	1 472,5
1955 ..	5 208,3	326,9	587,0	2 470,6	1 823,8

öffentlichen Hand aufgenommenen Darlehen noch um 766 Mill. DM auf 2 471 Mill. DM und die bei sonstigen Stellen in Anspruch genommenen Kredite um 893 Mill. DM auf 1 824 Mill. DM gestiegen. Auch die Verpflichtungen gegenüber anderen Kreditinstituten sind in diesem Zeitraum um 364 Mill. DM auf 587 Mill. DM angewachsen, während die Darlehensverpflichtungen gegen die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Landwirtschaftliche Rentenbank durch Tilgung oder Umwandlung in Darlehen gegen Hinterlegung von Schuldverschreibungen um 22 Mill. DM zurückgingen. Damit war der Bestand an Darlehen gegen Stellung von realen Sicherheiten und solchen ohne Sicherungen in den beiden letzten Jahren um 2 001 Mill. DM auf 5 208 Mill. DM angewachsen. Auch Ende 1955 entfiel der größte Teil der Darlehen auf solche, die bei der öffentlichen Hand (47 vH) und bei sonstigen Stellen (35 vH) in Anspruch genommen wurden. Die Darlehensverpflichtungen wurden fast ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten eingegangen (96 vH); die beiden Landeskreditanstalten in Baden-Württemberg und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt waren an dieser Darlehensaufnahme allein mit 2 148 Mill. DM (41 vH) beteiligt.

3. Die Treuhandmittel

Bei den beanspruchten Treuhandmitteln handelt es sich, wie bereits erwähnt, um Kredite aus durchlaufenden Mitteln, die von den Boden- und Kommunalkreditinstituten im eigenen Namen jedoch für fremde Rechnung gewährt werden. Die Auftraggeber stellen den Instituten die Gelder zwar voll zur Verfügung, aber die Institutshaftung beschränkt sich auf die ordnungsmäßige Verwaltung der Ausleihungen und die Abführung der aus den Ausleihungen aufkommenden Zinsen und Tilgungen. Soweit die den Instituten zur Verfügung gestellten Treuhandmittel noch nicht ausgeliehen oder die Tilgungsbeträge noch nicht abgeführt wurden, werden sie in den Bilanzen als Sichteinlagen nachgewiesen. In der Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute beschränken sich die Angaben auf den Teil der Treuhandmittel, die von den Instituten als durchlaufende Kredite ausgegeben worden sind. Die von den Bodenkreditinstituten gewährten Darlehen mit partieller Haftung, bei denen das Realkreditinstitut also nur einen Teil des Risikos übernimmt, sind dagegen nach den Bilanzvorschriften in voller Höhe als ausgeliehene Darlehen mit eigenem Risiko auszuweisen; somit werden sie in der Statistik auch als Haftungskredite erfaßt.

Die reinen Verwaltungskredite (Kredite in fremdem Namen und für fremde Rechnung), die in den ersten Jahren nach der Geldumstellung zum Teil noch als Treuhandkredite nachgewiesen wurden, sind seit 1952 nicht mehr in den durchlaufenden Krediten enthalten.

Die durchlaufenden Mittel

Bestand am Jahresende	Durchlaufende Mittel	
	insgesamt	darunter der öffentlichen Hand
1952 ..	763,7	717,2
1953 ..	1 055,7	939,1
1954 ..	2 085,0	1 909,3
1955 ..	3 051,1	2 770,2

Ende Dezember 1952 hatten die Boden- und Kommunal-kreditinstitute aus Treuhandmitteln 764 Mill. DM ausge-liehen, die sich im Laufe des folgenden Jahres um 292 auf 1056 Mill. DM erhöhten. Wesentlich größer waren die neuen Kreditgewährungen aus durchlaufenden Mitteln in den Jah-ren 1954 (1029 Mill. DM) und 1955 (966 Mill. DM), so daß der Bestand an durchlaufenden Krediten bis Ende 1955 auf 3051 Mill. DM anstieg. Nur 8 vH der durchlaufenden Mittel wurden über die privaten Hypothekenbanken geleitet. Diese Treuhandmittel für die durchlaufenden Kredite sind den Boden- und Kommunalkreditinstituten fast ausschließlich von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt worden. Ende 1952 betrug der Anteil der durchlaufenden öffentlichen Mittel 94 vH. In den folgenden Jahren verringerte er sich zwar etwas, stellte sich aber Ende 1955 noch auf 91 vH.

4. Die Darlehensgeber

Das größte Gewicht bei den aufgenommenen Darlehen haben die beanspruchten öffentlichen Mittel, die über-wiegend für die Finanzierung von Wohnungsneubauten und zum Teil auch für Flüchtlingssiedlungskredite verwendet wurden. Es handelt sich hierbei um Darlehensaufnahmen bei Gebietskörperschaften und dem Lastenausgleichsfonds. Die Aufnahme von Krediten gegen Hinterlegung von Namens-schuldverschreibungen bei diesen Stellen ist unbedeutend.

Die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel<sup>1)</sup>  
Mill. DM

Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen			Außerdem durchlaufende Kredite
	insgesamt	davon		
		gegen Hinter- legung von Namensschuld- verschreibungen	gegen sonstige und ohne Sicherheiten	
1953.....	1 739,0	34,1	1 704,9	939,1
1954.....	2 099,6	55,4	2 044,2	1 909,3
1955.....	2 524,0	53,4	2 470,6	2 776,2

<sup>1)</sup> Mittel von Bund, Ländern, Gemeinden und Lastenausgleichsfonds.

Ende 1953 betrugen die bei der öffentlichen Hand auf-genommenen Darlehen 1739 Mill. DM, d. s. 37 vH aller Dar-lehen mit Institutshaftung. Im Laufe des Jahres 1954 sind die bei öffentlichen Stellen (ohne Sozialversicherung) in An-spruch genommenen Darlehen um 361 Mill. DM und 1955 um weitere 424 Mill. DM auf 2524 Mill. DM angewachsen. Der Anteil der öffentlichen Mittel an den gesamten Darlehens-aufnahmen ist gegenüber 1953 jedoch etwas kleiner geworden und betrug Ende 1955 34 vH. In diesem Zeitpunkt beliefen sich die Darlehensverpflichtungen der Boden- und Kommu-nalkreditinstitute beim Bund auf 870 Mill. DM, beim Lasten-ausgleichsfonds auf 1058 Mill. DM und bei den Ländern auf 517 Mill. DM; die restlichen 79 Mill. DM entfielen auf die bei Gemeinden aufgenommenen Darlehen. Die vom Lastenaus-gleichsfonds den Realkreditinstituten zur Verfügung gestell-ten Mittel stammen überwiegend aus den Lastenausgleichs-abgaben (Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe — früher Aufkommen aus Umstellungsgrundschulden — sowie Kreditgewinnabgabe) und aus Zuschüssen der Gebietskörper-schaften, die nach dem Lastenausgleichsgesetz zu gewähren sind. Die Länder verwendeten für ihre Darlehen an die Bodenkreditinstitute zu einem Teil Haushaltsmittel, zum anderen nahmen sie für ihre Ausleihungen aber auch Mittel des Bundes und des Lastenausgleichsfonds in Anspruch.

Die aus öffentlichen Mitteln gewährten durchlaufenden Kredite der Boden- und Kommunalkreditinstitute stellten sich Ende 1953 auf 939 Mill. DM und sind bis zum Jahresende 1955 auf 2776 Mill. DM gestiegen. Die Inanspruchnahme öffentlicher Treuhandmittel war damit in den Jahren 1954 und 1955 mit 970 Mill. DM und 867 Mill. DM bedeutend größer als die Darlehensaufnahme bei öffentlichen Stellen, so daß die für durchlaufende Kredite beanspruchten Treu-handmittel der öffentlichen Hand Ende 1955 den Bestand an aufgenommenen Darlehen mit Institutshaftung (2524 Mill. DM) noch um 252 Mill. DM überstiegen.

Die bei den Gebietskörperschaften und dem Lastenaus-gleichsfonds als Darlehen aufgenommenen Gelder und die bei diesen Stellen beanspruchten Treuhandmittel stellten sich Ende 1955 auf zusammen 5300 Mill. DM gegenüber 2678 Mill. DM Ende 1953. In den beiden letzten Jahren wurden mithin mehr öffentliche Mittel (2622 Mill. DM) in Anspruch genommen als in der Zeit von 1948 bis 1953. Von den insgesamt aufgenommenen Darlehen und beanspruchten Treuhandmitteln im Betrage von 10418 Mill. DM entfiel Ende 1955 die Hälfte auf solche der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds.

Die Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank wurden den Boden- und Kommunalkreditinstituten einerseits für den Wohnungsbau und den Schiffbau, andererseits für die Land-wirtschaft zur Verfügung gestellt; in geringem Umfang dien-ten die Mittel dieser Zentralkreditinstitute auch anderen Zwecken. Die Kreditgewährung an die Realkreditinstitute erfolgte in Form von Globaldarlehen, die größtenteils durch Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen zu sichern waren. Die Finanzierungsmittel der großen Zentralkredit-institute stammten vor allem aus Gegenwerten für GARIOA- und ERP-Lieferungen sowie aus dem von der Bank deutscher Länder teilweise vorfinanzierten Arbeitsbeschaffungspro-gramm. Zum anderen wurden aber auch die Erlöse aus Emis-sionen dieser Institute sowie eigene und vorübergehend ver-fügbare fremde Mittel für die Ausleihungen verwendet. Die Auszahlung dieser Darlehen erfolgte größtenteils in den Jah-ren 1950 und 1951.

Die aufgenommenen Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank  
Mill. DM

Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen		
	insgesamt	davon	
		gegen Hinterlegung von Namensschuld- verschreibungen	gegen sonstige und ohne Sicherheiten
1953 ..	1 673,6	1 324,3	349,3
1954.....	1 783,4	1 436,1	347,3
1955.....	1 926,6	1 599,7	326,9

Ende 1953 beliefen sich die bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank aufgenommenen Darlehen der Realkreditinstitute auf 1674 Mill. DM. Zinserträge und Rückflüsse aus ERP-Krediten, das Aufkommen aus Rentenbankgrundschuldzinsen und Global-darlehen von Kapitalsammelstellen ermöglichten es den Zentralkreditinstituten jedoch, den Grundkreditanstalten auch in den beiden folgenden Jahren Darlehen zu gewähren. Dadurch stiegen die Verpflichtungen der Bodenkreditinstitute gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Land-wirtschaftlichen Rentenbank bis Ende 1955 auf 1927 Mill. DM. 83 vH dieser Kredite entfielen auf solche, die durch hinterlegte Namensschuldverschreibungen gesichert waren.

Außer der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Land-wirtschaftlichen Rentenbank traten als Darlehensgeber noch andere Kreditinstitute in Erscheinung, die den Boden-kreditinstituten bis Ende 1955 612 Mill. DM an langfristigen Krediten zur Verfügung stellten. Diese Kredite wurden über-wiegend durch Abtretung oder Verpfändung von Grund-pfandrechten gesichert oder auch ohne Sicherheiten aufge-

Die aufgenommenen Darlehen bei anderen Kreditinstituten  
Mill. DM

Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen		
	insgesamt	davon	
		gegen Hinterlegung von Namensschuld- verschreibungen	gegen sonstige und ohne Sicherheiten
1953...	312,4	89,7	222,7
1954.....	508,3	117,7	390,6
1955.....	611,6	24,6	587,0



nommen; auf die Darlehen gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen entfielen Ende Dezember 1955 nur 25 Mill. DM.

Die sonstigen Stellen, bei denen von den Realkreditinstituten Darlehen aufgenommen wurden, sind die Träger der sozialen Rentenversicherung, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, die Lebensversicherungen und andere private Versicherungsunternehmen sowie private Geldgeber; die Kredite der letzteren wurden als 7c-Darlehen gewährt.

#### Die aufgenommenen Darlehen bei sonstigen Stellen

Mill. DM				
Bestand am Jahresende	Aufgenommene Darlehen			Außerdem durchlaufende Mittel
	insgesamt	davon		
		gegen Hinterlegung von Namensschuld- verschreibungen	gegen sonstige und ohne Sicherheiten	
1953 . . . . .	968,6	38,0	930,6	116,6
1954 . . . . .	1 669,9	197,4	1 472,5	175,7
1955 . . . . .	2 304,6	480,8	1 823,8	274,9

Die bei sonstigen Stellen aufgenommenen Darlehen beliefen sich Ende 1953 auf 969 Mill. DM, von denen über die Hälfte auf 7c-Darlehen entfielen. In den beiden folgenden Jahren sind die Darlehensverpflichtungen gegenüber sonstigen Stellen um 1336 Mill. DM gestiegen und stellten sich Ende 1955 auf 2305 Mill. DM, d. s. 31 vH aller aufgenommenen Haftungsdarlehen. Der größte Teil der Darlehen wurde bei Versicherungen, überwiegend der Sozialversicherung (einschl. Arbeitslosenversicherung), in Anspruch genommen. Es handelt sich hierbei um die Anlage von Deckungsmitteln, die über die Bodenkreditinstitute hauptsächlich dem Wohnungsbau zugeführt wurden.

Kreditverpflichtungen gegenüber privaten Geldgebern aus 7c-Darlehen bestanden Ende 1954 in Höhe von 750 Mill. DM; sie sind im Jahre 1955 durch Tilgungen etwas zurückgegangen. Kredite bei sonstigen Stellen wurden überwiegend gegen Schuldschein aufgenommen; insbesondere trifft dies für die 7c-Darlehen zu. Das relativ starke Anwachsen der Kredite gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen zeigt jedoch, daß die Versicherungen mehr und mehr dazu übergegangen sind, ihre Darlehen durch Namensschuldverschreibungen zu sichern. Die durchlaufenden Mittel sonstiger Stellen sind ein Restbetrag von Treuhandmitteln, bei dem die Geldgeber nicht benannt sind. Diese Mittel stellten sich Ende 1955 auf 275 Mill. DM.

### III. Das Aktivgeschäft

#### A. Gesamtüberblick über die Darlehensgewährung

Der Gesamtbestand an Ausleihungen, der sich aus Hypotheken, Kommunalдарlehen und (mit einem geringen Betrag) sonstigen Darlehen der Boden- und Kommalkreditinstitute zusammensetzt, belief sich Ende 1955 auf 19,8 Mrd. DM. Dieser Bestand enthält auch die durchlaufenden Kredite, die mit einem Betrage von 3051 Mill. DM erheblich umfangreicher sind als vor dem Kriege und insbesondere bei den Wohnungsneubauhypotheken, den Hypotheken auf landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und den sog. „sonstigen“ Darlehen eine größere Rolle spielen. Ohne diese durchlaufenden Kredite ergibt sich ein gesamter Darlehensbestand von 16,8 Mrd. DM, an dem die Hypothekenbanken mit 5,5 Mrd. DM und die öffentlich-rechtlichen Institute mit 11,3 Mrd. DM beteiligt sind.

Eine weitere Besonderheit im Aktivgeschäft der Nachkriegszeit ist der Anteil der Darlehen, die an andere Kreditinstitute, und zwar in der Hauptsache an Sparkassen und sonstige öffentlich-rechtliche Institute, gegeben werden. Der größte Teil dieser Ausleihungen entspricht den Bedingungen von Kommunalдарlehen, die zur Deckung von Kommunalobligationen geeignet und verwendet sind. Abzüglich dieser Ausleihungen an andere Kreditinstitute und auch abzüglich der durchlaufenden Kredite stellte sich Ende 1955 der Gesamtbestand an Direktkrediten auf 15,4 Mrd. DM. Auch hieran waren die öffentlich-rechtlichen Institute zu fast zwei Dritteln beteiligt.

Das Altgeschäft ist am Darlehensbestand nur mit dem sehr niedrigen Betrag von 462 Mill. DM beteiligt. Dies entspricht

#### Gesamtbestand an Darlehen am Ende der Jahre 1953 bis 1955

Mill. DM

Art der Darlehen	Gesamtbestand an Darlehen						Von dem Gesamtbetrag ausschl. der durchlaufenden Kredite entfallen Ende 1955 auf	
	einschl. der durchlaufenden Kredite			ausschl. der durchlaufenden Kredite				
	1953	1954	1955	1953	1954	1955	Hypo- theken- banken	öffentl.- rechtl. Kredit- institute
Direktkredite								
Hypotheken auf								
Wohnungsneubauten . . . . .	4 464,2	6 757,9	9 026,3	4 114,2	5 706,6	7 312,2	2 745,5	4 566,7
Gewerblichen Grundstücken . . . . .	570,0	760,2	1 182,2	565,7	753,6	1 176,6	703,9	472,8
Sonstigen (städtischen) Grundstücken . . . . .	98,1	201,8	417,0	92,4	192,3	400,4	263,3	137,0
Landwirtschaftlichen Grundstücken . . . . .	461,7	686,3	1 018,5	185,6	254,5	419,9	77,2	342,7
Summe der Hypotheken . . . . .	5 594,0	8 406,2	11 644,0	4 957,9	6 907,0	9 309,1	3 789,9	5 519,2
Kommunaldarlehen . . . . .	1 700,9	2 617,5	3 935,9	1 699,6	2 616,0	3 929,5	980,9	2 948,6
Schiffshypotheken . . . . .	471,8	633,7	831,0	444,2	604,9	804,0	385,3	418,7
Landeskulturdarlehen . . . . .	125,5	175,3	216,6	125,5	175,3	215,8	0,2	215,6
Sonstige langfristige Darlehen . . . . .	595,9	890,4	1 181,1	317,1	481,4	631,0	22,5	608,5
Deckungsdarlehen im Altgeschäft <sup>1)</sup> . . . . .	399,1	455,3	462,1	399,1	455,3	462,1	260,3	201,9
zusammen . . . . .	8 887,2	13 178,4	18 270,7	7 943,4	11 239,9	15 351,5	5 439,1	9 912,5
Darlehen an Kreditinstitute								
Kommunaldarlehen an								
Sparkassen . . . . .	491,9	575,2	628,0	443,1	511,8	573,7	—	573,7
öffentlich-rechtliche Kreditanstalten . . . . .	286,3	546,1	720,8	241,6	492,6	675,9	47,2	628,7
Darlehen an sonstige Geldinstitute . . . . .	110,7	135,5	198,9	92,4	105,8	166,3	—	166,3
zusammen . . . . .	888,9	1 256,8	1 547,7	777,1	1 110,3	1 416,0	47,2	1 368,7
Darlehen insgesamt . . . . .	9 776,1	14 435,2	19 818,4	8 720,5	12 350,2	16 767,5	5 486,3	11 281,2
nachrichtlich: Bestand an 4½% Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen und Erstattungsansprüchen gegen den Bund . . . . .	342,6	541,2	762,7	342,6	541,2	762,7	561,2	201,5

<sup>1)</sup> Die Deckungsdarlehen im Altgeschäft sind nicht nach Art der Darlehen gegliedert.

der geringen Aufwertung des Restbetrages von Darlehen, der bei der Geldumstellung von 1948 noch von dem Vorkriegsbestand verblieben war. In dem Betrag von 462 Mill. DM ist auch der Gegenwert der alten Auslandsanleihen enthalten.

Mit 19,8 Mrd. DM war der Gesamtbestand an ausgeliehenen Darlehen merklich niedriger als der Gesamtbetrag der fremden Mittel (Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen), der sich am gleichen Stichtag auf 20,9 Mrd. DM belief. Dieser „Überhang“ an fremden Mitteln in Höhe von 1,1 Mrd. DM ist um so bemerkenswerter, als neben ihnen auch die eigenen Mittel (die bei den drei Landeskreditanstalten stärker aufgefüllt sind) im Aktivgeschäft angelegt sind. Die Spanne erklärt sich einmal aus dem Altgeschäft; hier ist eine zusätzliche Deckung durch Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen und Erstattungsansprüche an den Bund geschaffen (Ende 1955 = 763 Mill. DM). In der Hauptsache ergibt sich aber die Spanne zwischen Aktiv- und Passivgeschäft aus den umfangreichen Emissionen der Jahre 1954 und 1955, die zeitweilig den Ausleihungen erheblich vorausgeeilt waren. Entsprechend der unterschiedlichen Aufnahmefähigkeit des Marktes und in Verbindung mit der Altsparerentschädigung hat die Spanne zwischen den Gesamtbeträgen des Aktivgeschäfts und des Passivgeschäfts in den letzten Jahren stark geschwankt. Sie stieg von 382 Mill. DM Ende 1953 auf 1590 Mill. DM Ende 1954 und sank wieder auf 1074 Mill. DM Ende 1955.

Hierbei aber ist der Unterschied zwischen den Hypothekenbanken und den öffentlich-rechtlichen Instituten erheblich. Denn nur bei ersteren blieben die Ausleihungen um 1401 Mill. DM hinter der Gesamtsumme der fremden Mittel zurück, entsprechend dem hohen Betrag an Altpfandbriefen und den umfangreichen Emissionserlösen der Jahre 1954 und 1955. Bei den öffentlich-rechtlichen Instituten dagegen geht der Darlehensbestand um 327 Mill. DM über die fremden Mittel hinaus, in der Hauptsache im Zusammenhang mit den Wohnbaumitteln, die bei den Landeskreditanstalten z. T. dem Eigenkapital zugebucht wurden.

In der Gliederung des Darlehensbestandes nach Art der Darlehen kommt zum Ausdruck, daß die Finanzierung des Wohnungsbaus die Hauptaufgabe der Institute seit der Geld-

umstellung war. Die Hypotheken auf Wohnungsneubauten wären daher Ende 1955 mit nahezu der Hälfte am Gesamtbetrag der Direktkredite beteiligt. Weitere Wohnbaufinanzierungen sind in den Kommunalдарlehen und in den „sonstigen“ Darlehen enthalten. Bei den öffentlich-rechtlichen Instituten ist naturgemäß der Betrag der Neubauhypotheken durch die staatlichen Wohnbaumittel in Bayern und Baden-Württemberg erhöht.

#### Darlehensbestand der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Reichsgebiet Ende 1938<sup>1)</sup>

Landwirtschaftliche Hypotheken	2 120	Mill. RM
Gewerbliche Hypotheken	1 241	„ „
Neubauhypotheken	3 227	„ „
Bürgschaftshypotheken	152	„ „
Städtische Altbauhypotheken	2 124	„ „
Kommunalдарlehen	2 615	„ „
Neugeschäft zusammen	11 479	Mill. RM
Landwirtschaftliche Hypotheken	393	Mill. RM
Gewerbliche Hypotheken	128	„ „
Sonstige städtische Hypotheken	970	„ „
Kommunalдарlehen	316	„ „
Darlehen der Teilungsmasse	2	„ „
Aufwertung zusammen	1 809	Mill. RM
Kommunale Umschuldung <sup>2)</sup>	2 649	Mill. RM
Landwirtschaftliche Umschuldung	482	„ „
Sonstige Darlehen	1 177	„ „
Insgesamt	17 596	Mill. RM

Mit 19,8 Mrd. DM ist der gesamte Darlehensbestand der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Bundesgebiet nominal höher als vor dem Krieg im Reichsgebiet. Allerdings ist gegenwärtig der Darlehensbestand durch die staatlichen Wohnbaumittel und durch die durchlaufenden Kredite erhöht. Andererseits sind in den vorstehenden Vorkriegszahlen auch die kommunale und die landwirtschaftliche Umschuldung mit 3131 Mill. RM enthalten.

Von dem Gesamtbestand an Darlehen entfallen, wie erwähnt, Ende 1955 nur 462 Mill. DM auf das Altgeschäft. Der Darlehensbestand ergibt sich also fast restlos aus der Entwicklung der letzten 7½ Jahre. Diese Entwicklung des Neugeschäfts wird in den nachstehenden Abschnitten im einzelnen dargestellt.

### B. Die Direktkredite

Zum weitaus größten Teil gewähren die Boden- und Kommunalkreditinstitute langfristige Kredite unmittelbar an die private und öffentliche Wirtschaft; bis Ende 1955 hatten ihre Direktkredite einen Gesamtbetrag von 17809 Mill. DM erreicht. Demgegenüber haben die Ausleihungen an andere Kreditinstitute, die mit Hilfe dieser Mittel ihrerseits

langfristige Darlehen geben, nur geringere Bedeutung (Ende 1955 1548 Mill. DM).

Die Beleihungsarten sind dieselben geblieben wie vor dem Kriege. Die gewährten langfristigen Darlehen setzen sich zusammen aus Hypotheken auf Wohnungsneubauten, gewerblichen Grundstücken, städtischen Altbauten und landwirt-

Darlehen im Neugeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute <sup>1)</sup>  
Mill. DM

Art der Darlehen	Bestand am Jahresende						
	1949	1950	1951	1952 <sup>2)</sup>	1953	1954	1955
Direktkredite							
Hypotheken auf							
Wohnungsneubauten	434,1	1 405,9	2 527,5	3 095,0	4 464,2	6 757,9	9 026,3
Gewerblichen Grundstücken	66,0	182,4	242,7	329,9	570,0	760,2	1 182,2
Sonstigen (städtischen) Grundstücken	21,4	38,2	50,8	67,5	98,1	201,8	417,0
Landwirtschaftlichen Grundstücken	26,8	94,7	169,9	255,5	461,7	686,3	1 018,5
Kommunalдарlehen	72,7	348,8	672,5	1 080,8	1 700,9	2 617,5	3 935,9
darunter							
Wohnbauhypotheken mit kommunaler							
Bürgschaft					33,5	117,1	241,7
Schiffshypotheken	54,6	147,4	284,0	335,6	471,8	633,7	831,0
Landeskulturdarlehen	6,5	46,4	70,2	81,7	125,5	175,3	216,6
Sonstige langfristige Darlehen			309,4	502,6	595,9	890,4	1 181,1
darunter							
für Wohnbauten			10,1	42,3	104,6	228,3	253,8
zusammen	682,1	2 263,8	4 327,0	5 748,6	8 488,3	12 723,2	17 808,6
Darlehen an Kreditinstitute							
Kommunalдарlehen an							
Sparkassen	56,8	292,4	365,4	417,5	491,9	575,2	628,0
öffentlich-rechtliche Kreditanstalten			164,0	58,3	286,3	546,1	720,8
Darlehen an sonstige Geldinstitute					110,7	135,5	198,9
zusammen	141,6 <sup>3)</sup>	612,1 <sup>3)</sup>	529,4	475,8	888,9	1 256,8	1 547,7
insgesamt	823,9	2 875,9	4 856,4	6 224,4	9 377,1	13 980,0	19 356,3

<sup>1)</sup> Einschl. durchlaufender Mittel. — <sup>2)</sup> Ab 1952 ohne Verwaltungskredite. — <sup>3)</sup> Enthält z. T. auch sonstige Ausleihungen.



schaftlich genutzten Grundstücken, ferner aus Kommunal-darlehen, Schiffshypotheken, Landeskulturdarlehen und sonstigen langfristigen (nicht hypothekarisch gesicherten) Darlehen. Das Gewicht der einzelnen Darlehensarten hat sich freilich weitgehend verschoben.

1: Die Hypotheken

So sehr aber auch die einzelnen Beleihungsarten der Grundkreditanstalten sich gegenüber der Vorkriegszeit in ihrer Bedeutung gewandelt haben, der Hypothekarkredit als solcher hat seine Stellung im Realkreditgeschäft vollauf behauptet; der Anteil der Hypotheken am gesamten Beleihungsvolumen ist nahezu unverändert geblieben. Die Darlehen gegen Grundpfandrechte nehmen auch heute innerhalb der langfristigen Ausleihungen der Realkreditinstitute den ersten Platz ein; dies entspricht der Zweckbestimmung dieser Institute.

Von dem Gesamtbestand der Darlehen, die unmittelbar an die letzten Kreditnehmer ausgeliehen wurden, entfielen in den letzten Jahren rd. zwei Drittel (Ende 1955 65 vH) auf Hypothekarkredite. Bei den privaten Hypothekenbanken, bei denen die Gewährung von Kommunkrediten nur sekundäre Bedeutung hat, war der Anteil der Hypotheken am gesamten Aktivgeschäft noch höher (74 vH). Im letzten Jahr vor dem Kriege war der Hypothekarkredit am gesamten Neugeschäft der Bodenkreditinstitute fast im gleichen Umfang beteiligt (zu 66 vH<sup>1)</sup>).

Ende 1955 belief sich bei den Realkreditinstituten der Bestand an Hypotheken, die mit eigenem Risiko gewährt oder als Treuhandkredite durchgeleitet wurden, auf insgesamt 11 644 Mill. DM; diese stammten jedoch — im Unterschied zur Vorkriegszeit — nur zu 51 vH aus Emissionserlösen. Sieht man von den geringen<sup>2)</sup> Eigenmitteln der Institute ab, so ist also nahezu die Hälfte aller Fremdmittel außerhalb des Bereichs des eigentlichen Realkreditgeschäfts aufgekommen.

Unter Einbeziehung der aus aufgenommenen Darlehen und durchlaufenden Geldern gegebenen Hypothekarkredite waren die von den Realkreditinstituten gewährten Hypotheken in Höhe von 11,6 Mrd. DM zu fast 52 vH an sämtlichen statistisch nachweisbaren Anstaltshypotheken (22,5 Mrd. DM) beteiligt; diese umfassen neben den Hypothekenbeständen der Bodenkreditinstitute diejenigen der Sparkassen, Kreditbanken, Kreditgenossenschaften und übrigen Geldinstitute, ferner die Hypotheken der Bausparkassen, Lebensversicherungsunternehmen und sonstigen Versicherungen. Vor dem Kriege entfielen auf die Hypotheken der Bodenkreditinstitute 45 vH aller Anstaltshypotheken.

<sup>1)</sup> Bei den privaten Hypothekenbanken betrug dieser Anteil Ende 1938 70 vH. — <sup>2)</sup> Nur bei den drei Landeskreditanstalten in Bayern und Baden-Württemberg ist das Eigenkapital durch Zuweisung eines beachtlichen Teils der staatlichen Wohnbaumittel erheblich angewachsen.

Direktkredite im Neugeschäft der Boden- und Kommunal-kreditinstitute

Art der Direktkredite	Bestand am Jahresende							
	1935		1938		1952		1955	
	Mill. RM	vH	Mill. RM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
Hypotheken auf Wohnungsneubauten	2 403	23	3 227	25	3 095	54	9 026	51
Städtischen	1 914	18	2 124	17	68	1	417	2
Altbauten <sup>1)</sup>	1 088	10	1 241	10	330	6	1 182	7
Gewerblichen Grundstücken	2 076	19	2 120	17	256	4	1 019	6
Landwirtschaftl. Grundstücken	2 554	24	2 767	22	1 081	19	3 936	22
Kommunal-darleh. <sup>2)</sup>	668	6	1 177	9	920	16	2 229	12
Sonstige Darlehen <sup>3)</sup>								
zusammen	10 703	100	12 656	100	5 749	100	17 809	100
außerdem kommunale Umschuldung	2 954		2 649		—		—	
landwirtschaftl. Umschuldung	320		482		—		—	
Insgesamt	13 977		15 787		5 749		17 809	

<sup>1)</sup> 1952 und 1955 Hypotheken auf sonstigen Grundstücken. — <sup>2)</sup> Einschl. kommunalverbürgter Hypotheken. — <sup>3)</sup> Einschl. Schiffshypotheken und Landeskulturdarlehen.

Gliedert man die Hypotheken nach der Art der beleihenen Grundstücke, so zeigt sich, daß sich das Gewicht der einzelnen Hypothekenarten gegenüber der Vorkriegszeit stark verschoben hat. So machten Ende 1938 die Neubauhypotheken der Realkreditinstitute mit einem Betrag von 3 227 Mill. DM nur 25 vH aller langfristigen Ausleihungen oder 37 vH aller Hypotheken des Neugeschäfts aus. Ende 1955 entfielen dagegen 51 vH aller langfristigen Direktkredite bzw. 78 vH aller Hypotheken des Neugeschäfts auf die Wohnungsneubauhypotheken (9 026 Mill. DM<sup>3)</sup>); der Anteil dieser Hypotheken hat sich somit gegenüber der Vorkriegszeit etwa verdoppelt. Andererseits hat die Gewährung von Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken, namentlich aber die Beleihung städtischer Altbauten, gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich an Bedeutung verloren. So entfielen Ende 1938 auf Altbauhypotheken und Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken je 17 vH aller langfristigen Darlehen, im Dezember 1955 dagegen nur noch 2 vH bzw. 6 vH des gesamten Darlehensbestandes der Realkreditinstitute.

Die Wohnbaudarlehen<sup>4)</sup>

Die Vorzugsstellung, die die Wohnungsneubauten unter den Beleihungsobjekten seit der Geldumstellung 1948 hatten, geht auf das außerordentlich große Wohnungsdefizit, das durch den Krieg und seine Folgen entstanden war, und die Maßnahmen zu seiner Beseitigung zurück.

In Verwirklichung des im ersten Wohnungsbaugesetz vom 24. 4. 1950 festgelegten Wohnungsbauprogramms der Bundesregierung, innerhalb dessen das Schwergewicht beim sozialen Wohnungsbau lag, setzte eine überaus lebhaft Bautätigkeit ein. An der Finanzierung der Wohnungsneubauten, die bis Ende 1955 ein Gesamtvolumen von 41,6 Mrd. DM erreichten<sup>5)</sup>, waren die Kapitalsammelstellen maßgeblich beteiligt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Wohnbaukredite in erheblichem Umfang aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden; sie stammten aus Haushaltsmitteln von Bund, Ländern und Gemeinden, aus Lastenausgleichsmitteln, Marshallplanmitteln sowie aus Geldern der Sozialversicherung und wurden zu einem großen Teil über die Realkreditinstitute und die Sparkassenorganisation geleitet. Bezieht man die Ausleihungen aus diesen öffentlichen Mitteln in die Finanzierungsleistung der Grundkreditanstalten ein, so nehmen diese Institute unter den Kapitalsammelstellen den ersten Platz ein. Ende 1955 waren die Realkreditinstitute an einem Gesamtbestand der statistisch erfaßten Anstaltshypotheken für Wohnungsneubauten in Höhe von 17,36 Mrd. DM zu 52 vH beteiligt. Der Anteil der von den Bodenkreditinstituten aus Emissionserlösen finanzierten Wohnungsneubauhypotheken an sämtlichen anstaltsmäßigen Wohnbauhypotheken war allerdings erheblich geringer.

Wohnbaudarlehen 1953 bis 1955  
Mill. DM

Art der Darlehen	Bestand am Jahresende		
	1953	1954	1955
Hypotheken auf Wohnungsneubauten	4 464,2	6 757,9	9 026,3
Wohnbauhypotheken mit kommunaler Bürgschaft <sup>1)</sup>	33,5	117,1	241,7
Sonstige Darlehen für Wohnbau-zwecke	104,6	228,3	253,8
zusammen	4 602,3	7 103,3	9 521,8

<sup>1)</sup> Als Kommunal-darlehen ausgewiesen.

Von der Geldumstellung bis Ende 1955 haben die Boden- und Kommunkreditinstitute, wie erwähnt, einschließlich der durchlaufenden Kredite 9 026 Mill. DM an Hypotheken auf Wohnungsneubauten<sup>6)</sup> gewährt. Dazu kommen Wohnbauhypotheken mit kommunaler Bürgschaft, die in den Kommunal-darlehen enthalten sind, und dinglich nicht ge-

<sup>3)</sup> Einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>4)</sup> In diesen Abschnitt sind neben den Wohnungsneubauhypotheken auch die übrigen Wohnbaudarlehen einbezogen worden, um einen Gesamtüberblick über die Wohnbaufinanzierung durch die Realkreditinstitute zu gewinnen. — <sup>5)</sup> Nach Angaben des Bundesministeriums für Wohnungsbau. — <sup>6)</sup> Den Wohnungsneubauhypotheken wurden auch Hypotheken zugerechnet, die zur Wiederherstellung zerstörter Gebäude gewährt wurden.

sicherte Darlehen für Wohnbauzwecke mit zusammen 496 Mill. DM, so daß sich die gesamte erfaßbare Finanzierungsleistung der Realkreditinstitute für den Wohnungsbau Ende 1955 auf 9522 Mill. DM stellte, d. s. 49 vH ihrer langfristigen Ausleihungen. Ferner sind Mittel für den Wohnungsbau über den Kommunalkredit zur Verfügung gestellt worden; so sind in den Kommunalدارlehen, insbesondere in den durch „Sozialkommunalobligationen“<sup>1)</sup> finanzierten, weitere Darlehen für Wohnbauzwecke enthalten, die sich jedoch der statistischen Erfassung entziehen.

Von den Ende 1955 mit 9522 Mill. DM ausgewiesenen Wohnbaudarlehen waren nur 47 vH aus dem Pfandbriefgeschäft finanziert worden. Von den übrigen 3825 Mill. DM entstammen 2998 Mill. DM den staatlichen Wohnbaumitteln, die in Bayern und in Baden-Württemberg durch die Landeskreditanstalten verwaltet werden. Außer diesen Beträgen sind 827 Mill. DM sonstige öffentliche Mittel, 266 Mill. DM ECA-Mittel und 952 Mill. DM Mittel aus sonstigen Quellen an den Wohnbaudarlehen beteiligt. Infolge der Unergiebigkeit des Kapitalmarkts in den ersten Jahren nach der Geldumstellung waren die Bodenkreditinstitute bei der Durchführung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnungsbaufinanzierung zunächst überwiegend auf institutsfremde Mittel angewiesen. Die Relation von Finanzierungsmitteln aus eigenen Emissionserlösen und aufgenommenen Fremdmitteln hat sich jedoch mit der zunehmenden Belebung des Pfandbriefmarktes von Jahr zu Jahr gebessert; dabei sind die jeweils über die Bodenkreditinstitute geleiteten Wohnbaumittel der öffentlichen Hand dem absoluten Betrag nach nur wenig zurückgegangen. In den beiden letzten Jahren wurden etwa 55 vH der neugewährten Wohnbaudarlehen aus Pfandbriefen<sup>2)</sup> aufgebracht, nur 39 vH stammten aus öffentlichen Mitteln.

Wohnbaudarlehen im Dezember 1955  
Mill. DM

Institute mit Sitz in	Hypotheken auf Wohnungsneubauten	Wohnbauhypotheken mit kommunaler Burgschaft	Sonstige Darlehen für Wohnbauzwecke	zusammen	darunter aus öffentlichen Mitteln
Schleswig-Holstein ..	55,5	5,1	—	60,6	2,1
Hamburg ..	161,5	21,3	0,4	183,2	1,1
Niedersachsen ..	716,6	28,4	7,1	752,1	375,6
Bremen ..	316,9	39,4	11,5	367,8	119,6
Nordrhein-Westfalen	1 165,7	14,0	19,1	1 198,8	324,6
Hessen ..	1 052,9	19,7	1,2	1 073,8	632,3 <sup>3)</sup>
Rheinland-Pfalz ..	150,3	4,1	—	160,4	8,4
Baden-Württemberg ..	2 147,7	12,4	7,7	2 167,8	1 217,8 <sup>3)</sup>
Bayern ..	2 295,9	28,5	72,2	2 396,6	1 019,2 <sup>3)</sup>
Berlin (West) und Bundesgebiet <sup>4)</sup>	957,4	68,7	134,5	1 160,6	124,8
Insgesamt ..	9 026,3	241,7	253,8	9 521,8	3 825,3

<sup>1)</sup> Davon Hessische Landesbank 617,6 Mill. DM. — <sup>2)</sup> Davon die beiden Landeskreditanstalten 1 215,7 Mill. DM. — <sup>3)</sup> Davon Bayerische Landesbodenkreditanstalt 1 009,3 Mill. DM. — <sup>4)</sup> Institute mit Sitz sowohl in einem Land des Bundesgebietes als auch in Berlin (West).

Gliedert man die von den Bodenkreditinstituten bis Ende 1955 der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Wohnbaudarlehen nach regionalen Gesichtspunkten, wobei der Sitz der Institute zugrundegelegt wird, so zeigt sich, wie sehr die Höhe der bei den Bodenkreditinstituten erfaßten Wohnbaukredite durch die unterschiedliche Organisation in der Ver- ausgabung und Verwaltung der staatlichen Wohnbaumittel beeinflußt ist. In Baden-Württemberg werden, wie bereits mehrfach erwähnt, die „staatlichen“ Wohnbaumittel (nämlich Mittel des Bundes, des Landes und des Lastenausgleichs) in ihrer Gesamtheit den beiden Landeskreditanstalten des Landes als Darlehen zum Zwecke der Weiterausleihung zugeführt. In Bayern werden ebenfalls sämtliche Wohnbaumittel der öffentlichen Hand über ein öffentlich-rechtliches Bodenkreditinstitut, die Bayerische Landesbodenkreditanstalt, an die Kreditnehmer ausgeliehen. In Hessen besteht zwar als Sondervermögen des Landes ein „Landesstock für

Wohnungs- und Siedlungsbau“; dessen Mittel werden aber zu einem großen Teil über die Hessische Landesbank, also ein Bodenkreditinstitut, weitergeleitet.

In allen anderen Ländern bestehen Wohnungsbaufonds, Landestreuhandstellen oder, wie in Hamburg, Sonderanstalten, die die Baudarlehen selbst auszahlen. In die Statistik der Bodenkreditinstitute sind diese Sonderanstalten nicht einbezogen, da sie nur die staatlichen Mittel verwalten, und nicht, wie die Landeskreditanstalten in Baden-Württemberg und Bayern, Pfandbriefe und Kommunalobligationen ausgeben. In Niedersachsen sind bei der Abwicklung der Wohnbaukredite durch die Landestreuhandstelle öffentlich-rechtliche Bodenkreditinstitute eingeschaltet.

Infolge dieser unterschiedlichen Lenkung der staatlichen Wohnbaumittel weisen Ende 1955 die Institute in Bayern mit 2397 Mill. DM und in Baden-Württemberg mit 2168 Mill. DM die größten Beträge an Wohnungsneubauhypotheken und sonstigen Wohnbaudarlehen auf. Mit erheblichem Abstand folgen die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Grundkreditanstalten mit 1 199 Mill. DM und die hessischen Institute mit 1 074 Mill. DM. Verhältnismäßig gering sind die von den Bodenkreditinstituten gewährten oder über diese Institute geleiteten Wohnbaudarlehen in Schleswig-Holstein (61 Mill. DM), Rheinland-Pfalz (160 Mill. DM) und Hamburg (183 Mill. DM).

#### Die Beleihungen von Altbauten

Neben der Finanzierung von Neubauten und der Gewährung von Hypotheken zur Wiederherstellung zerstörter oder beschädigter Wohnungen haben die Bodenkreditinstitute auch Beleihungen von Altbauten vorgenommen, die anderen Zwecken als der Schaffung von neuem Wohnraum dienen. Hierzu gehören insbesondere die Darlehen für Zwecke der Instandsetzung und Modernisierung. Diese Darlehen werden statistisch als „Hypotheken auf sonstigen Grundstücken“ nachgewiesen.

Im ganzen hielten sich die Beleihungen von Altbauten im Verhältnis zu den übrigen Darlehen bis Ende 1953 in sehr engen Grenzen (98 Mill. DM). Erst ab 1954 gewannen diese Hypotheken einige Bedeutung; so wurden 1954 104 Mill. DM und 1955 215 Mill. DM an Darlehen für Altbauten von den Bodenkreditinstituten ausgezahlt. Ende 1955 wurde der Bestand an Hypotheken auf sonstigen (städtischen) Grundstücken mit 417 Mill. DM ausgewiesen; davon stammten 39 Mill. DM aus öffentlichen Geldern und 12 Mill. DM aus ECA-Mitteln.

#### Die Kredite an die gewerbliche Wirtschaft

Die Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken umfassen hypothekarisch gesicherte Beleihungen von Büro- und Geschäftshäusern, Hotels und Fabrikgrundstücken u. ä. Bei Hypotheken auf sogenannten gemischten Grundstücken, die teils für Wohnzwecke, teils gewerblich genutzt werden — z. B. wenn ein Geschäftshaus auch Wohnungen enthält — ist die überwiegende Nutzungsart für die Zuordnung der Hypothek maßgebend.

#### Gewerbliche Hypotheken der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Bestand am Jahresende	Mill. DM	vH der Direktkredite <sup>1)</sup>
1949 ..	66,0	.
1950 ..	182,4	.
1951 ..	242,7	.
1952 ..	329,9	5,7
1953 ..	570,0	6,7
1954 ..	760,2	5,9
1955 ..	1 182,2	6,6

<sup>1)</sup> Mit Rücksicht auf die bis November 1952 im Darlehensbestand enthaltenen Verwaltungskredite wurde der vH-Satz erst seit Ende 1952 berechnet.

Gegenüber der Vorkriegszeit sind die gewerblichen Hypotheken der Bodenkreditinstitute hinter der Beleihung von Wohnungsneubauten an Bedeutung zurückgetreten. 1938 entfielen 10 vH aller Direktkredite im Neugeschäft der In-

<sup>1)</sup> 90 vH ihres Erlöses dienen der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, allerdings einschließlich der damit verbundenen Aufschießungsarbeiten. — <sup>2)</sup> Bei den kommunalverbürgten Wohnbauhypotheken aus dem Absatz von Kommunalobligationen.

stitute auf gewerbliche Hypotheken, Ende 1955 waren sie mit 1182 Mill. DM nur zu knapp 7 vH am Gesamtbetrag der unmittelbar an die Wirtschaft gewährten Darlehen beteiligt.

Der relative Rückgang der Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken hat verschiedene Ursachen. Einmal hat die gewerbliche Wirtschaft ihren Bedarf an Anlagekapital weitgehend im Wege der Selbstfinanzierung gedeckt. Dazu kam, daß bei der Inanspruchnahme langfristiger Industriekredite die Schuldscheindarlehen der Versicherungen stärker in den Vordergrund traten.

Entscheidend für die Einschränkung des gewerblichen Hypothekarkredits war jedoch das unzureichende Kapitalangebot. In den ersten Jahren nach der Geldumstellung, in denen die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus den größten Teil der Pfandbrief Erlöse beanspruchte, standen für die Gewährung von gewerblichen Hypotheken im wesentlichen nur die sehr begrenzten Eigenmittel der Institute und ECA-Mittel zur Verfügung, soweit die zu beleihenden Objekte als förderungswürdig anerkannt waren. Ende 1952 waren nahezu ein Drittel aller gewerblichen Hypotheken der Realkreditinstitute solche, die mit Hilfe von ECA-Mitteln finanziert worden waren. Während der folgenden Zeit, in der das Kapitalmarktförderungsgesetz in Kraft war, wurden die gewerblichen Hypotheken vorwiegend aus dem Erlös von höher verzinslichen steuerbegünstigten Pfandbriefen finanziert; die Ausgabe derartiger Schuldverschreibungen hielt sich aber, im Gegensatz zu den Sozialpfandbriefen, in verhältnismäßig engen Grenzen. Erst mit dem Übergang zum sog. freien Kapitalmarkt im Frühjahr 1955 standen für den gewerblichen Hypothekarkredit etwas reichlicher Mittel zur Verfügung.

Bis Ende 1952 hatten die Bodenkreditinstitute erst 330 Mill. DM für Hypotheken auf gewerblich genutzten Grundstücken ausgezahlt, während bis zu diesem Zeitpunkt von ihnen bereits Wohnbauhypotheken in Höhe von 3,1 Mrd. DM gewährt worden waren; in den Jahren 1949 bis 1952 lag die jährliche Zuwachsrate bei den gewerblichen Hypotheken zumeist unter 100 Mill. DM. In den Jahren 1953 und 1954 stiegen die von den Bodenkreditinstituten ausgegebenen Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken auf etwa 200 Mill. DM und erreichten 1955 mit 422 Mill. DM ihren höchsten Jahresbetrag. Im vergangenen Jahr, in dem der Wohnungsbau nicht über das Volumen des Vorjahres hinausging, ist die zusätzliche Bauleistung, gefördert durch günstigere Finanzierungsmöglichkeiten, vor allem dem gewerblich-industriellen Sektor der Wirtschaft zugute gekommen.

## Die Agrarkredite

In den ersten Jahren nach der Geldumstellung von 1948 haben die Grundkreditanstalten nur in geringem Umfang langfristige Kredite an die Landwirtschaft gegeben. Aber auch in der folgenden Zeit haben die Beleihungen landwirtschaftlicher Grundstücke im Rahmen des gesamten Aktivgeschäfts der Bodenkreditinstitute bei weitem nicht die Rolle gespielt wie vor dem Kriege.

Die geringe Beanspruchung von Realkredit durch die Landwirtschaft mag in der ersten Zeit nach der Geldreform auch von der mangelnden Nachfrage mitbestimmt worden sein; denn der landwirtschaftliche Grundbesitz war nicht in gleichem Maße von Kriegseinwirkungen betroffen worden wie die städtischen Grundstücke, und in den ersten Nachkriegsjahren, die durch eine ausgesprochene Geldflüssigkeit gekennzeichnet waren, dürfte die Landwirtschaft erhebliche Investitionen aus eigenen Mitteln vorgenommen haben. Entscheidend für den geringen Umfang der von den Bodenkreditinstituten gewährten langfristigen Agrarkredite war jedoch in den Jahren 1949 bis 1952 die Unergiebigkeit des Kapitalmarkts. Insbesondere erwies sich dieser für den landwirtschaftlichen Pfandbrief kaum aufnahmefähig; noch im Jahre 1952 betrug der Absatz von Pfandbriefen für die Zwecke landwirtschaftlicher Beleihungen schätzungsweise nur 23 Mill. DM. In beschränktem Umfang wurde die Lücke in der Versorgung mit langfristigen Agrarkrediten durch die Bereitstellung von Gegenwertmitteln und den Einsatz von Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung ausgefüllt; die in drei Kreditaktionen dem Agrarsektor zu verbilligten Zinssätzen zugeführten Gelder wurden zu einem großen Teil über die Landwirtschaftliche Rentenbank, eines der drei Spitzeninstitute für den landwirtschaftlichen Kredit, geleitet.

Kapitalmarktmittel flossen von den Bodenkreditinstituten dem Agrarsektor erst in etwas größerem Umfang zu, als der Markt infolge der günstigen Auswirkungen des Kapitalmarktförderungsgesetzes sich so ergiebig zeigte, daß Wertpapieremissionen ausschließlich für landwirtschaftliche Zwecke möglich wurden. Dabei konnten steuerfreie Schuldverschreibungen ausgegeben werden, soweit der Verwendungszweck agrarpolitisch besonders wichtig war; dies traf insbesondere bei Siedlungskrediten, Landeskulturdarlehen und Krediten zum Wiederaufbau kriegszerstörter Gehöfte zu. Bei den Erlösen aus steuerbegünstigten Pfandbriefen, die mit 7 bis 8% verzinst waren, kam nur ein begrenzter Teil für die Gewährung von Agrarkrediten in Frage, da hier die Zinsbelastung für die landwirtschaftlichen Kreditnehmer sehr hoch war.

Agrarkredite im Neugeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Jahresende — Zeitraum	Agrarkredite			Von den Agrarkrediten entfallen auf				
	insgesamt	Anteil <sup>1)</sup> an den		Hypotheken auf landwirt- schaftlichen Grundstücken		Landeskultur- darlehen	sonstige Darlehen	
		gesamten Realkrediten	Direktkrediten	zusammen	darunter für Siedlungszwecke		für Siedlungs- zwecke <sup>2)</sup>	für Meliorationen
Mill. DM	vH		Mill. DM					
Bestand								
1949 .....	33,3	.	.	26,8	.	6,5	.	.
1950 .....	141,1	.	.	94,7	.	46,4	.	.
1951 .....	397,5	.	.	169,6	26,0	70,2	155,7	2,0
1952 .....	601,3	9,7	10,5	255,5	65,5	81,7	260,5	3,6
1953 .....	820,4	8,7	9,7	461,7	208,8	125,5	232,5 <sup>3)</sup>	0,7
1954 .....	1 149,3	8,2	9,0	686,3	346,8	175,3	287,3	0,4
1955 .....	1 569,7	8,1	8,8	1 018,5	498,0	216,6	332,8	1,8
Veränderung								
1950 .....	107,8	.	.	67,9	.	39,9	.	.
1951 .....	256,4	.	.	74,9	.	23,8	.	.
1952 .....	203,8	14,9	14,3	85,9	39,5	11,5	104,8	1,6
1953 .....	219,1	6,9	8,0	206,2	143,3	43,8	—28,0 <sup>3)</sup>	—2,9
1954 .....	328,9	7,1	7,8	224,6	138,0	49,8	54,8	—0,3
1955 .....	420,4	7,8	8,3	332,2	151,2	41,3	45,5	1,4

<sup>1)</sup> Mit Rücksicht auf die bis November 1952 im Darlehensbestand enthaltenen Verwaltungskredite wurde der vH-Satz erst ab Ende 1952 berechnet. — <sup>2)</sup> Diese Darlehen werden erst ab 1. 7. 1951 ausgegliedert. — <sup>3)</sup> Der Rückgang erklärt sich daraus, daß ein Teil der Siedlungskredite nach Eintragung der Grundpfandrechte auf die Position Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken umgebucht wurde.

Weitaus stärker als die Kapitalmarktförderungspolitik haben jedoch die Zinsverbilligungsmaßnahmen der Bundesregierung, die erstmals 1954 getroffen wurden, die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Hypothekarkredits der Bodenkreditinstitute gefördert; erst nunmehr — bei einer effektiven Zinsbelastung von 4% bzw. 5%<sup>1)</sup> — wurde eine hypothekarische Verschuldung gegenüber den Bodenkreditinstituten für die Landwirtschaft tragbar.

Bis Ende 1951 haben die Realkreditinstitute insgesamt nur knapp 400 Mill. DM für langfristige Kredite an die Landwirtschaft aufgewendet; davon waren 170 Mill. DM Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken. Die in der ersten Zeit nach der Währungsneuordnung gewährten Hypotheken und sonstigen langfristigen Darlehen dienten vor allem dem Wiederaufbau kriegs- und brandzerstörter Gehöfte und der Flüchtlingssiedlung. Daneben hatten die Darlehen für Landeskulturzwecke, die wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Bodenmeliorationen und Flurbereinigungen umfaßten, eine gewisse Bedeutung; diese Kredite, die teils hypothekarisch, teils durch kommunale Deckung gesichert sind, wurden überwiegend von der Landwirtschaftlichen Rentenbank abgewickelt. Von den bis Ende 1951 von den Bodenkreditinstituten herausgelegten langfristigen Agrarkrediten im Betrage von 398 Mill. DM wurden 82 vH aus Förderungsmitteln der öffentlichen Hand, aus ECA-Mitteln sowie sonstigen Geldern der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank finanziert.

In den Jahren 1952 bis 1955 haben die Realkreditinstitute 1 172 Mill. DM Darlehen für landwirtschaftliche Zwecke ausgegeben; bis Ende 1955 ist der Gesamtbestand der Grundkreditanstalten an langfristigen Agrarkrediten auf 1 570 Mill. DM angewachsen. Diese Kredite setzen sich aus 1 018 Mill. DM (65 vH) Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken, 217 Mill. DM (14 vH) Landeskulturdarlehen und 335 Mill. DM (21 vH) sonstigen Darlehen zusammen. An den Gesamtausleihungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute waren die Agrarhypotheken Ende 1955 mit 6 vH beteiligt; 1935 hatte der Anteil der landwirtschaftlichen Hypotheken noch 19 vH, 1938 17 vH betragen. In diesem Zahlenvergleich kommt die verminderte Bedeutung der Agrarhypothek für das Beleihungsgeschäft der Realkreditinstitute sinnfällig zum Ausdruck. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Hypotheken für Siedlungszwecke gewährt wurden. Statistisch nachweisbar sind zwar nur 498 Mill. DM Hypotheken, die Siedlungskredite darstellen; aber auch ein beachtlicher Teil der aus Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank herausgelegten Agrarhypotheken (78 Mill. DM) dürfte für Siedlungszwecke bestimmt sein. Außerdem wurden von den Bodenkreditinstituten Ende 1955 333 Mill. DM an Siedlungskrediten nachgewiesen, die nicht durch Grundpfandrechte gesichert sind.

Die von den Bodenkreditinstituten bis Ende 1955 insgesamt an die Landwirtschaft gewährten langfristigen Kredite wurden zu vier Fünfteln aus öffentlichen Mitteln, aus Marshall-

plangeldern und übrigen Mitteln der großen Zentralkreditinstitute sowie aus sonstigen Quellen aufgebracht; aus Pfandbriefen wurde somit nur etwa ein Fünftel der Agrarkredite finanziert. In den beiden letzten Jahren war allerdings dieser Anteil etwas höher (28 vH).

## 2. Die Kommunaldarlehen

Nächst den Hypotheken auf Wohnungsneubauten stellen die Kommunaldarlehen die wichtigste Beleihungsart der Realkreditinstitute dar. Kommunaldarlehen sind Kredite an Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie beschränken sich nicht auf Gebietskörperschaften; als Kreditnehmer treten neben Gemeinden, Gemeindeverbänden und diesen übergeordneten Gebietskörperschaften (Länder), auch Kirchengemeinden, Zweckverbände sowie sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts auf. Auch Darlehen an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten sind zur Deckung von Kommunalobligationen geeignet und daher als Kommunaldarlehen bezeichnet<sup>2)</sup>.

Als Spitzeninstitute der Sparkassenorganisation sind es die regionalen Girozentralen, die aus dem Erlös von Kommunalobligationen oder anderen Quellen Darlehen an die ihnen angeschlossenen Sparkassen gewähren. Die Sparkassen wiederum leihen diese Mittel weiter an Gemeinden aus oder gewähren für andere Zwecke Hypothekarkredite.

Zum Kommunalkreditgeschäft gehört außerdem auch die Darlehensgewährung an natürliche und juristische Personen privaten Rechts, sofern solche Kredite von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verbürgt sind. Darlehen mit zusätzlicher kommunaler Bürgschaft spielen besonders bei den Wohnungsbauhypotheken eine Rolle (sog. 1b-Hypotheken).

Die Kommunaldarlehen haben im Rahmen des Aktivgeschäfts der Realkreditinstitute im Laufe der letzten Jahrzehnte stetig an Bedeutung gewonnen. Vor dem ersten Weltkrieg (1913) waren sie mit 842 Mill. M zu 5 vH an den gesamten Ausleihungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute beteiligt. 1938 entfielen von einem Gesamtbestand an Darlehen des Neugeschäfts in Höhe von rd. 11,5 Mrd. RM 2 767 Mill. RM oder 24 vH auf Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften. Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Kommunaldarlehen sowohl dem Betrage wie dem Gewichte nach weiter zugenommen. Ende 1955 wiesen die Realkreditinstitute (einschließlich der Darlehen an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute) 5 285 Mill. DM an Kommunaldarlehen aus, das entspricht 27 vH aller Ausleihungen.

Die Ausdehnung des Kommunalkreditgeschäfts der Realkreditinstitute nach dem Kriege geht z. T. darauf zurück, daß die Gemeinden noch mehr als zuvor an Stelle der unmittelbaren Inanspruchnahme des Kapitalmarkts zur Finanzierung durch Kommunalobligationen der Realkreditinstitute übergegangen sind. Stärker fällt aber ins Gewicht, daß in der Nachkriegszeit mehr Wohnungsbauten über den Kommunalkredit finanziert wurden, als es früher

<sup>1)</sup> Ab 1955 wurde die Zinsverbilligung dahingehend abgeändert, daß an Stelle der Verbilligung auf einen festen Zinssatz nunmehr um einen festen Zinssatz (3 bzw. 2%) für den letzten Kreditnehmer verbilligt wurde.

<sup>2)</sup> In der statistischen Auswertung werden allerdings die Direktkredite von den Darlehen an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute geschieden.

Kommunaldarlehen der Boden- und Kommunalkreditinstitute  
Mill. DM

Bestand am Jahresende	Direktkredite		Darlehen an Geldinstitute			Kommunaldarlehen insgesamt	Anteil <sup>1)</sup> der langfristigen Kredite in vH
	zusammen	darunter Wohnbauhypotheken mit kommunaler Bürgschaft	zusammen	an Sparkassen	an andere öffentl.-rechtl. Kreditinstitute		
1949	72,7		56,8	56,8		129,5	
1950	348,8		292,4	292,4		641,2	
1951	672,5		365,4	365,4		1 037,9	
1952	1 080,8		417,5	417,5		1 498,3	24,1
1953	1 700,9	33,5	778,2	491,9	286,3	2 479,1	26,4
1954	2 617,5	117,1	1 121,1	575,2	546,1	3 738,6	26,7
1955	3 935,9	241,7	1 348,8	628,0	720,8	5 284,7	27,3

<sup>1)</sup> Mit Rücksicht auf die bis November 1952 im Darlehensbestand enthaltenen Verwaltungskredite wurde der vH-Satz erst ab Ende 1952 berechnet.

üblich war. Dabei handelt es sich nicht allein um den Wohnungsbau in eigener Regie der Gemeinden, sondern die Gemeinden sind vielfach auch an Wohnungsbaugesellschaften beteiligt, gewähren ihnen Darlehen oder verbürgen sich für deren Verpflichtungen. Ein an diese Gesellschaften gegebenes kommunalverbürgtes Darlehen gilt ebenfalls als Kommunaldarlehen.

Den Hauptanteil an den ausgegebenen Kommunal-darlehen hatten die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, da im Aktivgeschäft dieser Institute der Kommunkredit dem Realkredit nahezu gleichwertig ist und darüber hinaus einzelne Anstalten ausschließlich das Kommunkredit-geschäft betreiben. So waren die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten Ende 1955 mit einem Bestand von 4 257 Mill. DM zu 81 vH an allen von Grundkreditanstalten gewährten Kommunal-darlehen beteiligt; ihr Anteil an den Direktkrediten an öffentlich-rechtliche Körperschaften belief sich im gleichen Zeitpunkt auf 75 vH.

Die von den Boden- und Kommunkreditinstituten bis Ende 1955 gewährten Kommunal-darlehen im Gesamt-betrage von 5 285 Mill. DM<sup>1)</sup> stammten zu 57 vH aus dem Erlös von Schuldverschreibungen, zu 20 vH aus ECA-Mitteln und öffentlichen Geldern und zu 23 vH aus sonstigen Mitteln.

Gliedert man die von den Realkreditinstituten bis Ende 1955 unmittelbar gewährten Kommunal-darlehen nach dem Sitz der kreditgebenden Banken, so zeigt sich, daß die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Institute mit 1 136 Mill. DM den höchsten Bestand an Kommunal-darlehen aufzuweisen haben. Die Großstädte des rheinisch-westfälischen Industrie-rückens hatten besonders schwer unter den Kriegsein-wirkungen gelitten, so daß hier der Bedarf an Kommunal-krediten für Aufbauzwecke größer war als in anderen Gebieten.

### 3. Die Schiffshypotheken

Ähnlich wie der Wohnungsbau war auch die Schifffahrt nach dem Kriege in hohem Grade auf Förderungsmaßnahmen wirtschafts- und finanzpolitischer Art angewiesen. Die Schifffahrt, insbesondere die Seeschifffahrt, erhielt für den Wiederaufbau erhebliche Zuschüsse. Soweit für den Schiffbau langfristige Kredite in Anspruch genommen wurden, erwies sich namentlich in den ersten Jahren nach der Währungsneuordnung die Kapazität der Schiffspfandbrief-banken als weitaus zu gering, um dem angestauten Finan-zierungsbedarf nachzukommen. Daher wurden diese In-stitute, ähnlich wie die Grundkreditanstalten, ermächtigt, zur Verstärkung ihres Beleihungsfonds langfristige Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und andern Kapital-sammelstellen aufzunehmen. Neben den Schiffspfandbrief-banken beteiligten sich die Landesbanken der Küstenländer an der Finanzierung des Schiffbaus. Über diese Institute wurden den Reedereien die für die Seeschifffahrt bestimmten ECA-Mittel und ein Teil der Wiederaufbaudarlehen des Bundes zugeleitet; außerdem wurden, wie erwähnt, Schiffs-hypotheken aus dem Erlös besonderer Schiffbautranchen von Kommunkreditinstituten gewährt. Weitere Schiffbau-darlehen wurden aus sogenannten 7d-Geldern<sup>2)</sup> gegeben, die einzelnen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten zufließen. In noch größerem Umfang sind freilich Wiederaufbaudarlehen des Bundes und 7d-Gelder unmittelbar an die Reedereien gegeben worden.

Das Schiffsbeleihungsgeschäft der Realkreditinstitute, zu dessen Finanzierung die Mittel aus den verschiedensten Quellen zusammenströmten, entwickelte sich verhältnis-mäßig günstig. Bereits Ende 1951 hatten die vom organi-sierten Realkredit finanzierten Schiffshypotheken einen Betrag von 284 Mill. DM erreicht und damit die von den Bodenkreditinstituten gewährten landwirtschaftlichen Hy-potheken um 114 Mill. DM und die von ihnen ausgegebenen gewerblichen Hypotheken um 41 Mill. DM übertroffen. Der Beitrag von Kapitalmarktmitteln zur Schiffbaufinanzierung

war allerdings in den ersten Jahren nach der Geldumstellung nur sehr bescheiden; bis Ende 1951 wurden 88 vH der von den Realkreditinstituten gegebenen Schiffbauhypotheken aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau, aus öffent-lichen Geldern und sonstigen Mitteln, die nicht aus dem Erlös von Schiffspfandbriefen stammten, finanziert.

In den folgenden Jahren hielten die Schiffsbeleihungen der Realkreditinstitute mit den übrigen Ausleihungen der Anstalten nicht mehr Schritt, obwohl sie stetig an Umfang zunahmen. Dem gesteigerten Absatz an Schiffspfandbriefen stand ein geringerer Zufluß aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau und ab 1955 der Fortfall der Finanzierungs-möglichkeit durch 7d-Gelder gegenüber.

Die Schiffshypotheken<sup>1)</sup> der Realkreditinstitute  
Mill. DM

Bestand am Jahresende	Mill. DM	vH der Direktkredite
1949 .....	54,6	8,0
1950 .....	147,4	6,5
1951 .....	284,0	6,6
1952 .....	335,6	5,8
1953 .....	471,8	5,6
1954 .....	633,7	5,0
1955 .....	831,0	4,7

<sup>1)</sup> Einschl. eines geringfügigen Betrages an sonstigen Darlehen für Schiffbauten.

Ende 1955 hatten die Realkreditinstitute einen Schiffs-hypothekenbestand von 831 Mill. DM (die Schiffspfandbrief-banken allein einen solchen von 392 Mill. DM) aufzuweisen; davon waren seit der Geldumstellung rund 30 vH aus dem Erlös von Schiffspfandbriefen und verwandten Schuld-verschreibungen finanziert worden. Im Jahre 1955 wurden die Schiffsbeleihungen der Realkreditinstitute bereits zu 43 vH aus Kapitalmarktmitteln bestritten; die Finan-zierungsmittel, die in früheren Jahren bei den Realkredit-instituten eine erhebliche Rolle gespielt hatten, sind teils, wie die ECA-Mittel, stark an Bedeutung zurückgetreten, teils gehören sie, wie die 7d-Gelder, bereits der Vergangen-heit an.

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich das Schiffsbelei-hungsgeschäft um ein Vielfaches ausgedehnt; Ende 1938 beliefen sich die von den Schiffspfandbriefbanken nach-gewiesenen Deckungshypotheken nur auf 26 Mill. DM<sup>3)</sup>.

### 4. Die sonstigen langfristigen Darlehen

Unter „sonstigen Darlehen“ sind in der Statistik der Bodenkreditinstitute solche langfristigen Darlehen im Real- und Kommunkreditgeschäft sowie im Schiffsbeleihungs-geschäft zu verstehen, die nicht durch Hypothek oder Kommunaldeckung gesichert sind. Aus der Gesamtheit dieser Darlehen wurden, soweit die Zweckbestimmung angegeben ist, folgende Gruppen ausgegliedert: Die Darlehen für Wohnungsneubauten, für Siedlungszwecke, für Melio-rationen und für Schiffbauten.

Insgesamt wurden Ende 1955 von den Boden- und Kom-munkreditinstituten 1 181 Mill. DM derartiger Darlehen ausgewiesen; darunter waren 254 Mill. DM für Wohnbau-zwecke und 333 Mill. DM für Siedlungszwecke bestimmt. Darlehen für Meliorationen waren nur in geringer Höhe vorhanden, während dinglich nicht gesicherte Schiffbau-darlehen ohne Bedeutung waren und Ende des vergangenen Jahres nicht mehr nachgewiesen wurden. Auf diese Dar-lehen, bei denen der Verwendungszweck angegeben ist, wurde bereits bei den Abschnitten über die Wohnbau-darlehen, die Agrarkredite und die Schiffshypotheken näher eingegangen.

Neben den langfristigen Krediten, die die Boden- und Kommunkreditinstitute unmittelbar an die private und öffentliche Wirtschaft gewährten, haben sie auch Darlehen an andere Kreditinstitute gegeben; diese Institute (Spar-kassen, öffentlich-rechtliche Kreditanstalten und sonstige

<sup>1)</sup> Einschl. Darlehen an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kredit-institute. — <sup>2)</sup> Zinslose Darlehen nach § 7d des Einkommensteuergesetzes.

<sup>3)</sup> Andere Bodenkreditinstitute nahmen in dieser Zeit keine Schiffsbeleihun-gen vor.

Geldinstitute) verwenden, die aufgenommenen Gelder wiederum zu langfristigen Ausleihungen. Der Erfassung dieser Darlehen kommt dadurch einige Bedeutung zu, daß ein erheblicher Teil von ihnen, nämlich soweit er an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten gewährt wurde, als Kommunaldarlehen gilt; diese Darlehen wurden daher im Abschnitt „Kommunaldarlehen“ bereits ausführlich besprochen. Andererseits wird der Gesamtbetrag dadurch relevant, daß auch die Darlehen an Kre-

ditinstitute zu den Forderungen der Boden- und Kommunal-kreditinstitute gehören, die den Gesamtverpflichtungen gegenüberstehen.

Ende 1955 hatten die von den Realkreditinstituten an andere Kreditinstitute gewährten Darlehen einen Betrag von 1 548 Mill. DM erreicht; davon waren 628 Mill. DM Darlehen an Sparkassen, 721 Mill. DM Kredite an andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten und 199 Mill. DM Darlehen an sonstige Geldinstitute.

### C. Die Darlehensformen

Die Ausleihungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute erfolgen einmal in Form von Darlehen, bei denen die Realkreditinstitute das volle Risiko tragen, zum anderen als durchlaufende Kredite, bei denen das ausleihende Institut, wie bereits erwähnt, lediglich die Haftung für die ordnungsmäßige Verwaltung und für die Abführung von Zinsen und Rückflüssen hat. Die Haftungskredite sind wiederum untergliedert in Deckungsdarlehen und übrige Darlehen.

Die Deckungsdarlehen dienen zur Sicherung von Schuldverschreibungen der Institute, und zwar sowohl von Inhaberschuldverschreibungen<sup>1)</sup> als auch von hinterlegten Namensschuldverschreibungen. Diese Darlehen werden einzeln in ein Register eingetragen, das bei den Banken zu führen ist. In diesem Register wird auch die Ersatzdeckung vermerkt, wenn die Darlehensbeträge zur Sicherung der Schuldverschreibungen nicht ausreichen. Ein Treuhänder, der von der Aufsichtsbehörde für jedes Pfandbriefinstitut bestellt wird, hat darüber zu wachen, daß die vorschriftsmäßige Deckung jederzeit vorhanden ist; die ausgegebenen Schuldverschreibungen werden von ihm mit einem entsprechenden Vermerk versehen. Verfügungen über die im Deckungsregister eingetragenen Darlehen und die Ersatzdeckung können nur mit Zustimmung des Treuhänders getroffen werden. Die im Register eingetragene Deckung haftet in erster Linie den Inhabern von Schuldverschreibungen, die im Falle eines Konkurses abgesonderte Befriedigung verlangen können. Reicht die realisierte Deckung und Ersatzdeckung für die restlose Befriedigung der Inhaber von Schuldverschreibungen nicht aus, so können sie den Ausfall ihrer Forderungen gegen die Konkursmasse als Konkursgläubiger geltend machen. Wenn die Verwertung der Deckung umgekehrt einen Überschuß ergibt, wird dieser zur Konkursmasse herangezogen.

Auf die übrigen Darlehen mit Institutshaftung hat der Treuhänder keinen Einfluß. Unter diesen Darlehen befinden sich allerdings auch einige, bei denen das Institut nur teilweise das Risiko trägt. Dies sind insbesondere Hypothekarkredite, bei denen die Institutshaftung nur insoweit besteht, als das Grundpfandrecht innerhalb der Beleihungsgrenze liegt. Da diese Kredite nach den Bilanzierungsvorschriften in voller Höhe als Haftungskredite auszuweisen sind, werden sie auch in der Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute als solche erfaßt; dabei wird jedoch der risikofreie Teil der Darlehen angegeben.

Die gesamten Neuausleihungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute stellten sich Ende 1955 auf 19,4 Mrd. DM. Innerhalb der Ausleihungen nach der Geldumstellung haben das größte Gewicht die Deckungsdarlehen, die sich Ende 1955 auf 10,7 Mrd. DM (55 vH) beliefen, gegenüber 4,8 Mrd. DM oder 52 vH im Dezember 1953. Bei flüchtiger Betrachtung zeigt sich zwar, daß die Deckungsdarlehen Ende 1955 um 0,6 Mrd. DM hinter dem Betrag der neu-

Die Ausleihungen nach der Form der Darlehen  
Mill. DM

Darlehensform	Bestand am Jahresende		
	1953	1954	1955
Deckungsdarlehen . . . .	4 829,1	7 408,4	10 670,4
Übrige Darlehen . . . .	3 492,4	4 486,5	5 634,9
darunter			
ohne Institutshaftung		111,6	152,9
zusammen . . . .	8 321,5	11 894,9	16 305,3
Durchlaufende Kredite .	1 055,7	2 085,0	3 051,1
Insgesamt . . . .	9 377,1	13 979,9	19 356,3
davon			
Direktkredite . . . .	8 488,3	12 723,2	17 808,6
Kredite an			
Geldinstitute . . . .	888,9	1 256,8	1 547,7

gegebenen Inhaberschuldverschreibungen und hinterlegten Namenspapieren (zus. 11,3 Mrd. DM) zurückbleiben. Aus dieser einfachen Gegenüberstellung kann aber nicht das Deckungsverhältnis berechnet werden. Denn einmal sind unter den neuausgeliehenen Deckungsdarlehen auch solche, die an Stelle von abgelösten Darlehen aus der Reichsmarkzeit getreten sind und zur Deckung von Altschuldverschreibungen dienen, und zum anderen befinden sich unter den Neuemissionen auch Wertpapiere, die nicht deckungspflichtig sind (insbesondere Vorverkäufe); außerdem fehlen bei den Emissionen nach der Geldumstellung die Eigenbestände der Institute, die ebenfalls durch Darlehen zu sichern sind. Auf die Deckungsverhältnisse wird daher im Abschnitt „Die Sicherung der umlaufenden Schuldverschreibungen“ noch näher eingegangen.

Die zweite Stelle unter den Neuausleihungen nehmen die übrigen Darlehen mit Institutshaftung ein; Ende 1955 stellten sie sich auf 5,6 Mrd. DM. In den Jahren 1954 und 1955 haben diese Darlehen zwar mit 2,1 Mrd. DM beachtlich zugenommen, ihr Anteil ist aber zugunsten der Deckungsdarlehen und der durchlaufenden Kredite von 37 vH (Ende 1953) auf 29 vH zurückgegangen. Der Teil der Darlehen mit partiellem Risiko, für den die Realkreditinstitute keine Haftung übernommen haben, ist mit 0,15 Mrd. DM nur geringfügig.

Auf die durchlaufenden Kredite, die aus beanspruchten Treuhandmitteln gewährt wurden, entfallen mit 3,1 Mrd. DM 16 vH der Ausleihungen, gegenüber 1,1 Mrd. DM oder 11 vH Ende 1953. Mithin sind die durchlaufenden Kredite in den beiden letzten Jahren beträchtlich gestiegen (um 2 Mrd. DM), und zwar jährlich annähernd soviel wie in dem Zeitraum 1948 bis 1953.

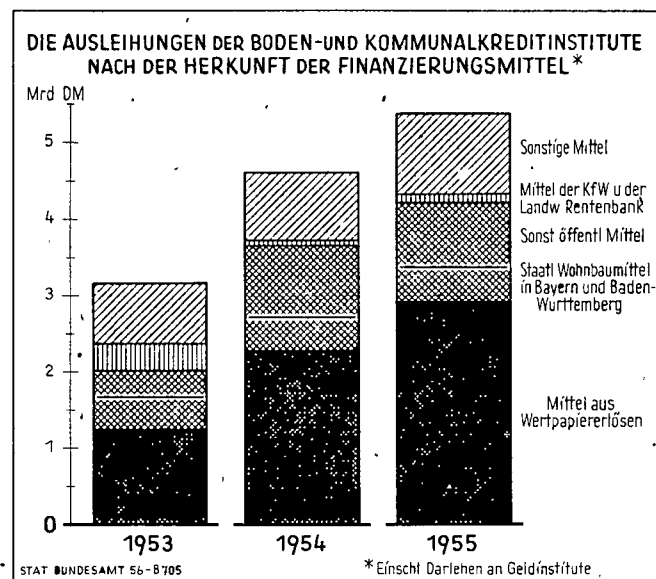
Zur Vermeidung von Doppelzählungen mit anderen Statistiken wurden die Ausleihungen der Realkreditinstitute untergliedert in Direktkredite, d. h. unmittelbare Ausleihungen an den letzten Kreditnehmer, und in Kredite an Geldinstitute. Auf die Direktkredite entfielen Ende 1955 17,8 Mrd. DM (92 vH) und, auf Kredite an Geldinstitute 1,5 Mrd. DM (8 vH).

<sup>1)</sup> Einschl. der im Eigenbesitz der Institute befindlichen Schuldverschreibungen.



## D. Die Darlehen nach der Herkunft der Finanzierungsmittel

Bei einigen der wichtigsten Beleihungsarten der Boden- und Kommunalkreditinstitute, wie den Wohnbaudarlehen, den Kommunaldarlehen und den Agrarkrediten, wurde bereits in dem Abschnitt über die Direktkredite für Ende 1955 festgestellt, woher die Finanzierungsmittel stammten. Im folgenden sollen nun für den Gesamtbetrag der langfristigen Ausleihungen in den einzelnen Jahren die Quellen der Finanzierung dargelegt werden. Die Finanzierungsmittel gliedern sich im einzelnen in die aus Wertpapiererlösen aufkommenen Gelder, die öffentlichen Mittel, die über die Realkreditinstitute geleiteten Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank und sonstige Mittel.



Der Anteil der Emissionserlöse an der Finanzierung der gewährten Darlehen war in den ersten Jahren nach der Geldumstellung nur verhältnismäßig gering. Im Jahre 1952 betrug der Anteil der aus Wertpapiererlösen stammenden Mittel nur etwa 30 vH<sup>1)</sup>. Mit der Belebung des Pfandbriefgeschäfts durch das Kapitalmarktförderungsgesetz ist der Anteil der Kapitalmarktmittel an den gesamten Finanzierungsleistungen von Jahr zu Jahr angestiegen und erreichte 1954 eine Quote von 49 vH. Im Jahre 1955 hat sich der Anteil der Emissionserlöse nochmals erhöht, und zwar auf 54 vH (an den Direktkrediten allein auf 56 vH), obwohl

<sup>1)</sup> Ein mit den folgenden Jahren vergleichbarer vH-Satz läßt sich nicht genau feststellen, da in den Ergebnissen des Jahres 1952 noch Verwaltungskredite enthalten waren, die den Anteil der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Darlehen etwas überhöht erscheinen lassen.

der Absatz von Bankschuldverschreibungen hinter den Ergebnissen des Rekordjahres 1954 zurückblieb. Diese neuerliche Zunahme im Anteil der Kapitalmarktmittel erklärt sich daraus, daß ein erheblicher Teil der bereits aus den Emissionen des Jahres 1954 aufgetretenen Mittel erst im folgenden Jahr von den Bodenkreditinstituten als Darlehen herausgelegt wurde.

Demgegenüber ist der Anteil der öffentlichen Gelder an den Ausleihungen der Grundkreditanstalten merklich zurückgegangen, obwohl sich der Einsatz von öffentlichen Mitteln, die der Wirtschaft über die Pfandbriefinstitute zugeleitet wurden, kaum verringert hat. Im Jahre 1952 waren noch etwa 40 vH der herausgelegten Darlehen aus öffentlichen Mitteln finanziert worden, 1954 war diese Quote auf 30 vH gesunken; 1955 betrug sie nur noch 24 vH. Von den Ausleihungen aus öffentlichen Mitteln entfielen im Jahre 1955 459 Mill. DM auf solche der drei süddeutschen Landes-kreditanstalten, d. s. 36 vH sämtlicher im letzten Jahr über die Bodenkreditinstitute geleiteten Finanzierungsmittel der öffentlichen Hand.

Ebenso zeigte der Anteil der aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank gewährten Kredite rückläufige Tendenz. Zu einem erheblichen Teil stammten diese Gelder wiederum aus ECA-Mitteln; mit dem Auslaufen der Marshallplanhilfe beschränkte sich das Aufkommen an derartigen Mitteln im wesentlichen auf Rückflüsse, Zinseingänge und die betragsmäßig nicht sehr ins Gewicht fallenden MSA-Mittel. So waren die aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank gewährten Kredite an den gesamten Ausleihungen der Bodenkreditinstitute im Jahre 1955 nur noch mit 2 vH beteiligt; 1953 hatten sie noch 11 vH betragen.

Dagegen ist der Anteil der aus „sonstigen Mitteln“ finanzierten Ausleihungen verhältnismäßig hoch geblieben; 1955 betrugen sie wie im Vorjahr 20 vH (gegen 25 vH 1953). Diese Finanzierungsmittel stammen von Sozialversicherungsträgern, Privatversicherungen, Kreditinstituten und aus eigenen Mitteln der Realkreditinstitute; ferner waren auch 1955 darin noch 7c-Gelder enthalten, die den Bodenkreditinstituten bereits Ende 1954 zugeflossen waren, die aber erst im Jahre 1955 zur Ausleihung gelangten.

Werden die von der Geldumstellung bis Ende 1955 insgesamt von den Boden- und Kommunalkreditinstituten gewährten langfristigen Darlehen im Betrage von 19356 Mill. DM nach der Herkunft der Mittel aufgegliedert, so ergibt sich folgendes Bild: Aus Emissionserlösen wurden 43 vH finanziert, aus öffentlichen Mitteln sind 29 vH, aus Mitteln der großen Zentralkreditinstitute 10 vH und aus sonstigen Mitteln 18 vH gewährt worden.

## E. Die regionale Verteilung der langfristigen Darlehen

Mit dem Ausbau der Statistik der Bodenkreditinstitute wurden auch jeweils zum Jahresende Untersuchungen über die Versorgung der Wirtschaft mit Real- und Kommunal-krediten unter regionalen Aspekten vorgenommen. Diese Feststellungen erwiesen sich besonders in den Ländern von Wert, bei denen der Bedarf an Langkrediten nur zum geringeren Teil im eigenen Land gedeckt werden kann, oder bei denen in größerem Umfang Finanzierungsmittel nach anderen Ländern abfließen. Regionale Ergebnisse dieser Art liegen bisher nur bis Ende 1954 vor. Die Untersuchung befaßt sich einmal mit der Gliederung der Direktkredite nach dem Sitz der Kreditnehmer, wobei die Darlehen nach ihrem Verwendungszweck untergliedert werden, zum anderen mit der Kreditversorgung nach dem Sitz der kreditgebenden Institute. Bei diesen wurde wiederum unterschieden nach Instituten, die ihren Sitz im Land des Kreditnehmers haben, in anderen Ländern ansässig sind oder im Bundesgebiet und Berlin (West) domizilieren. Die Land-

wirtschaftliche Rentenbank, die ihren Sitz in Hessen hat, wurde ebenfalls in diese Gruppe einbezogen, weil sie Sonderaufgaben für das gesamte Bundesgebiet wahrzunehmen hat..

### 1. Die Darlehen nach dem Sitz der Kreditnehmer

Aus der regionalen Verteilung der langfristigen Ausleihungen nach dem Sitz der Kreditnehmer geht hervor, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet infolge seines hohen Investitionsbedarfs den stärksten Zufluß an Realkrediten zu verzeichnen hatte. So haben die Kreditnehmer in Nordrhein-Westfalen bis Ende 1954 insgesamt 3 193 Mill. DM an langfristigen Darlehen aufgenommen, davon ein Drittel (1 078 Mill. DM) allein im Jahr 1954. Es folgen die Kreditaufnahmen in Baden-Württemberg (2 350 Mill. DM) und in Bayern (2 222 Mill. DM). Gleichfalls über der Milliarden-grenze liegen noch die an Kreditnehmer in Niedersachsen (1 426 Mill. DM) und Hessen (1 172 Mill. DM) ausgegebenen Darlehen.

Darlehen der Bodenkreditinstitute<sup>1)</sup> nach dem Sitz der Kreditnehmer am 31. 12. 1954

Mill. DM

Sitz der Kreditnehmer	Darlehen		darunter				
	insgesamt	DM je Einwohner	Hypotheken auf			Kommunal-darlehen	Schiffs-hypotheken
			Wohnungs-neubauten	gewerblichen Betriebs-grundstücken	landwirtschaftlichen Grundstücken		
Schleswig-Holstein . . . .	633,0	277,96	97,7	9,5	47,8	139,3	77,5
Hamburg . . . . .	837,8	470,28	261,8	164,1	3,2	35,0	307,6
Niedersachsen . . . . .	1 425,7	217,73	635,9	57,9	219,6	305,5	64,4
Bremen . . . . .	488,7	764,07	170,3	30,9	1,4	122,5	134,8
Nordrhein-Westfalen . . .	3 193,1	214,93	1 412,1	192,0	213,7	923,6	37,8
Hessen . . . . .	1 172,2	256,10	752,5	61,9	26,4	275,4	0,6
Rheinland-Pfalz . . . . .	269,2	81,45	104,0	12,4	22,5	92,2	3,2
Baden-Württemberg . . . .	2 350,3	328,40	1 731,3	49,0	85,6	374,0	3,8
Bayern . . . . .	2 221,6	242,09	1 500,4	164,4	66,0	342,3	3,4
Bundesgebiet . . . . .	12 591,6	250,24	6 665,9	742,1	686,3	2 609,8	633,2
Berlin (West) . . . . .	131,6	59,73	92,0	18,1	0,0	7,7	0,5
Zusammen . . . . .	12 723,2	242,25	6 757,9	760,2	686,3	2 617,5	633,7

<sup>1)</sup> Einschließlich durchlaufender Mittel.

Innerhalb der Darlehensarten zeichnen sich Ende 1954 gewisse regionale Schwerpunkte deutlich ab. Die höchsten Beträge für Wohnungsneubauhypotheken entfielen auf die Kreditnehmer in Baden-Württemberg mit 1 731 Mill. DM und in Bayern mit 1 500 Mill. DM; der große Umfang der Wohnungsneubauhypotheken in diesen Ländern beruht darauf, daß die von der öffentlichen Hand zur Wohnbaufinanzierung bereitgestellten Mittel hauptsächlich über die dortigen Landeskreditanstalten geleitet werden. Der Anteil der Wohnbaukredite an den in beiden Ländern insgesamt herausgelegten Darlehen beträgt 74 bzw. 68 vH. Beträchtliche Mittel (511 Mill. DM) führten die Realkreditinstitute im Laufe des Jahres 1954 dem Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen zu, so daß die Wohnungsneubauhypotheken sich hier Ende 1954 auf 1 412 Mill. DM stellten, d. s. 44 vH der gesamten Ausleihungen an Kreditnehmer dieses Landes. Außerdem wurde noch ein erheblicher Teil der Kommunal-darlehen, die bis Ende 1954 auf 924 Mill. DM anstiegen, zur Förderung des Wohnungsbaus aufgewendet; für Nordrhein-Westfalen ist nämlich kennzeichnend, daß die zum Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser eingesetzten öffentlichen Gelder nicht unmittelbar an die Wohnungsbaugesellschaften gegeben, sondern über die Kommunen geleitet werden. Auch in Hessen machen die Wohnungsneubauhypotheken mit 752 Mill. DM mehr als die Hälfte (64 vH) aller ausgezahlten Langkredite aus.

Ebenso wie bei den Kommunal-darlehen entfällt auch bei den Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken der größte Betrag (192 Mill. DM) auf die Kreditnehmer in Nordrhein-Westfalen. Es folgen die in Bayern und in Hamburg in Anspruch genommenen Kredite mit je 164 Mill. DM. Die relativ größten Beleihungen gewerblicher Betriebsgrundstücke erfolgten jedoch im großstädtischen Raum von

Hamburg, wo der Anteil an dem gesamten Darlehens-geschäft 20 vH (gegen 6 bzw. 7 vH in Nordrhein-Westfalen und Bayern) beträgt. Die höchsten Beträge an Agrarkrediten vereinigten die Kreditnehmer in Niedersachsen (220 Mill. DM) und Nordrhein-Westfalen (214 Mill. DM) auf sich. In dem Agrarland Schleswig-Holstein stellte sich dagegen die hypothekarische Belastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nur auf 48 Mill. DM; in diesem Land kommen jedoch beachtliche Mittel aus den „Sonstigen Darlehen“ dazu, die zur Förderung des Siedlungswesens bereitgestellt wurden. In den Hansestädten Hamburg und Bremen, dem Sitz zahlreicher Reedereien und Werften, stehen naturgemäß die Schiffshypotheken im Vordergrund des Realkreditgeschäfts; Ende 1954 beliefen sich die Schiffsbelastungen in beiden Hafengebieten auf 308 bzw. 135 Mill. DM, d. s. 37 bzw. 28 vH der insgesamt beanspruchten langfristigen Kredite.

## 2. Die Kreditversorgung nach dem Sitz der kreditgebenden Institute

Die Versorgung mit Realkrediten erfolgte in fast allen Ländern des Bundes überwiegend durch die heimischen Boden- und Kommunalkreditinstitute, die bis zum 31. 12. 1954 einen Betrag von 9 473 Mill. DM ausgeliehen hatten, d. s. 75 vH aller bis zu diesem Zeitpunkt herausgelegten Langkredite der Bodenkreditinstitute. Im Vordergrund stehen dabei die in Baden-Württemberg und Bayern ansässigen Institute; die in Höhe von 2 350 und 2 222 Mill. DM in Anspruch genommenen Realkredite wurden dort zu 92 bzw. 93 vH durch einheimische Bodenkreditinstitute finanziert. In Nordrhein-Westfalen und Hamburg konnten dagegen nur 58 bzw. 56 vH des Realkreditbedarfs durch Grundkredit-

## Darlehen der Bodenkreditinstitute<sup>1)</sup> nach dem Sitz der Institute am 31. 12. 1954

Sitz der Kreditnehmer	Darlehen					
	insgesamt	davon von Instituten mit Sitz				
		im Land des Kreditnehmers		in anderen Ländern		in Berlin (West) und Bundesgebiet <sup>2)</sup>
		Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	
Schleswig-Holstein . . . .	633,0	452,4	71,5	64,0	10,1	116,6
Hamburg . . . . .	837,8	470,0	56,1	283,1	33,8	84,7
Niedersachsen . . . . .	1 425,7	1 050,2	73,7	139,8	9,8	235,6
Bremen . . . . .	488,7	397,2	81,3	64,0	13,1	27,4
Nordrhein-Westfalen . . .	3 193,1	1 866,2	58,4	682,2	21,4	644,7
Hessen . . . . .	1 172,2	894,2	76,3	159,7	13,6	118,3
Rheinland-Pfalz . . . . .	269,2	83,7	31,1	132,0	49,0	53,4
Baden-Württemberg . . . .	2 350,3	2 156,0	91,7	108,6	4,6	85,7
Bayern . . . . .	2 221,6	2 067,3	93,1	57,6	2,6	96,8
Bundesgebiet . . . . .	12 591,6	9 473,3	74,9	1 691,0	13,4	1 463,3
Berlin (West) . . . . .	131,6	—	—	43,4	33,0	88,2
Zusammen . . . . .	12 723,2	9 473,3	74,2	1 734,4	13,6	1 551,5

<sup>1)</sup> Einschließlich durchlaufender Mittel. — <sup>2)</sup> Institute mit Sitz sowohl in einem Land des Bundesgebietes als auch in Berlin (West).



anstalten des eigenen Landes gedeckt werden. Relativ am geringsten (31 vH) war der Anteil der in Rheinland-Pfalz ansässigen Institute an der Versorgung einheimischer Kreditnehmer mit langfristigen Darlehen; zu 49 vH wurden die Darlehen bei Instituten anderer Länder und zu 20 vH bei Spezialkreditinstituten aufgenommen. Die Kapitalverflechtung mit anderen Ländern ist vor allem auf die Kreditbeziehungen zurückzuführen, die sich aus der früheren politischen Zugehörigkeit der einzelnen Landesteile von Rheinland-Pfalz ergeben.

Die Realkreditinstitute mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West) verwalteten Ende Dezember 1954 einen Darlehensbestand im Betrag von 1 552 Mill. DM; 73 vH davon waren von Instituten mit Sonderaufgaben bereitgestellt worden. Dabei standen an der Spitze die Deutsche Landesrentenbank, die der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erhebliche Mittel im Rahmen des Siedlungsprogramms zuführte, und die Deutsche Pfandbriefanstalt, die umfangreiche

Wohnbaukredite namentlich in Nordrhein-Westfalen und Hessen zur Verfügung stellte.

Wenn man von den Instituten mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West) absieht, so haben die Realkreditinstitute — in erster Linie die privaten Hypothekenbanken — im Jahre 1954 ihre Auszahlungen (859 Mill. DM) an Kreditnehmer außerhalb ihres engeren regionalen Geschäftsbereiches nahezu verdoppelt, so daß bis Ende 1954 insgesamt 1 734 Mill. DM an hypothekarisch gesicherten Realkrediten über die Landesgrenzen hinaus gewährt wurden. Maßgeblichen Anteil an diesen überregionalen Ausleihungen hatten die bayerischen Hypothekenbanken, die über eine beträchtliche Kreditkapazität verfügen. Die größten Kreditbeträge (insgesamt 682 Mill. DM) sind nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet geflossen, wobei das Schwergewicht (62 vH) der Beleihungstätigkeit auf den Wohnbaukrediten ruhte. An zweiter Stelle stehen die nach Hamburg gelegten Hypothekarkredite (283 Mill. DM), die hauptsächlich der Förderung des Schiff- und Wohnungsbaus (43 bzw. 40 vH) dienen.

## F. Die Sicherung der umlaufenden Schuldverschreibungen

### 1. Die Deckungsmittel

Der Gesetzgeber hat die Ausgabe von Schuldverschreibungen besonderen Deckungsvorschriften unterworfen, die einen Schutz der Pfandbriefgläubiger gewährleisten. Dieser Absicht dient vor allem die Vorschrift über die Pfandbriefdeckung nach § 6 Abs. 1 des Hypothekenbankgesetzes vom 13. 7. 1899, § 2 Abs. 1 des Pfandbriefgesetzes vom 21. 12. 1927 sowie § 6 Abs. 1 des Schiffsbankgesetzes vom 14. 8. 1933. Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen müssen die von den Boden- und Kommunalkreditinstituten begebenen Pfandbriefe in der Höhe des Nennwerts jederzeit durch Hypotheken oder Schiffshypotheken, Grund- und Rentenschulden (Deckungsdarlehen) von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein. Entsprechendes gilt für die Deckung von Kommunalobligationen durch Kommunaldarlehen, wozu auch Darlehen gegen Gewährleistung durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft rechnen. Als Deckung für die von den privaten Hypothekenbanken begebenen Pfandbriefe sind nur solche Hypotheken qualifiziert, die den Erfordernissen der §§ 11 und 12 des Hypothekenbankgesetzes, insbesondere dem Grundsatz der erstrangigen Beleihung, entsprechen. Für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ist eine Vorschrift, die die Bonität der Deckungshypotheken in der Regel auf die ersten Hypotheken beschränkt, nicht in das Pfandbriefgesetz aufgenommen worden. Nach der Geldumstellung von 1948 sind diese Deckungsvorschriften durch die neuere Gesetzgebung wesentlich erweitert worden. So können nach § 2 Abs. 1 der 30. DVO zum Umstellungsgesetz auch die 4½%igen Ausgleichsforderungen zum Nennwert als Deckung verwendet werden. Ferner besteht nach § 20 Abs. 5 des Altspargesetzes vom 14. 7. 1953 die Möglichkeit, die gegen den Ausgleichsfonds entstandenen Forderungen als Deckung voll in Ansatz zu bringen. Ebenso können die im Rahmen der Auslandsschuldenregelung entstandenen Erstattungsansprüche gegen den Bund nach § 44 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24. 8. 1953 als Deckung dienen.

Sofern der Deckungsfonds infolge von Hypotheken- oder Darlehensrückzahlungen nicht mehr ausreicht und eine Ergänzung durch weitere deckungsfähige Hypotheken oder Einziehung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen sich nicht sogleich ermöglichen läßt, kann nach § 6 Abs. 4 des Hypothekenbankgesetzes, § 2 Abs. 3 des Pfandbriefgesetzes oder § 6 Abs. 3 des Schiffsbankgesetzes eine Ersatzdeckung in Form von Wertpapieren, Geld oder Ausgleichsforderungen (letztere nach § 2 Abs. 2 der 30. DVO zum Umstellungsgesetz) gestellt werden. Deckung und Ersatzdeckung sind in das Deckungsregister einzutragen, das von einem durch die staatliche Aufsichtsbehörde eingesetzten Treuhänder im Interesse der Pfandbriefgläubiger verwaltet wird. Bei etwaigen Wertminderun-

gen der im Register eingetragenen Deckung ist der nicht in Ansatz zu bringende Teil gesondert nachzuweisen.

### 2. Eigenkapital und Umlaufgrenze

Für die Inhaber von Wertpapieren privater Hypothekenbanken bedeutet die Vorschrift über das Verhältnis von Umlauf und Kapitalausstattung eine zusätzliche Sicherung ihrer Gläubigerrechte. Nach § 7 des Hypothekenbankgesetzes darf der Pfandbriefumlauf (einschließlich etwaiger Darlehen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt) bei den reinen Hypothekenbanken das 20fache, bei den gemischten Instituten das 15fache des jeweiligen Grundkapitals und des vorhandenen Reservefonds nicht überschreiten. Sofern eine Hypothekenbank auch Kommunalobligationen begibt, erweitert sich nach § 41 Abs. 2 des Hypothekenbankgesetzes die Umlaufgrenze für ihre gesamten Emissionen auf das 28fache. Für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute schreibt dagegen das Pfandbriefgesetz keine Umlaufgrenze vor, überläßt sie vielmehr der satzungsmäßigen Regelung, da hinter diesen die Haftung des öffentlich-rechtlichen Gewährsträgers steht. Durch das „Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Hypotheken- und Schiffsbankrechts“ vom 1. 5. 1954 hat der Gesetzgeber nun den Höchstbetrag, bis zu dem Pfandbriefe emittiert und Globaldarlehen aufgenommen werden dürfen, für reine Hypothekenbanken auf das 30fache und für die gemischten Kreditinstitute auf das 22½fache ihres haftenden Eigenkapitals vorübergehend bis zum 31. 12. 1956 erhöht. Diese Maßnahme sollte verhindern, daß die Emissionstätigkeit der privaten Bodenkreditinstitute nach Erreichen ihrer bisherigen Umlaufgrenze ins Stocken gerät.

### 3. Die Bekanntgabe des Deckungsverhältnisses

Als Sicherungsmaßnahme im weiteren Sinne kann auch die Gesetzesauflage bezeichnet werden, nach der die Boden- und Kommunalkreditinstitute gehalten sind, den Gesamtbetrag ihrer Emissionen<sup>1)</sup> und deren Deckung im Bundesanzeiger (früher Reichsanzeiger) zu veröffentlichen. Diese Verpflichtung beruht auf den §§ 23 und 41 des Hypothekenbankgesetzes in der Fassung vom 29. 3. 1930, auf § 21 des Schiffsbankgesetzes in der Fassung vom 8. 4. 1943 sowie auf den §§ 1 und 3 der Verordnung über die Bekanntmachungspflicht öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 16. 11. 1929. Von dieser Verpflichtung können die Institute nach den gesetzlichen Bestimmungen befreit werden, wenn die Veröffentlichung auf andere Weise sichergestellt ist. Die Bankenaufsichtsbehörden der Länder haben die Realkreditinstitute von ihrer Bekanntmachungspflicht unter der Bedingung befreit, daß sie dem Statistischen Bundesamt vierteljährliche Nachweisungen über ihre Forderungen und

<sup>1)</sup> Bruttoumlauf; dazu gehören auch die Eigenbestände, nicht dagegen die vorverkauften Stücke.

Umlauf und Deckung der Inhaberschuldverschreibungen<sup>1)</sup> aus  
Mill.

Institutsgruppe	Umlauf an Schuldverschreibungen <sup>2)</sup>					Deckungsdarlehen				
	31. 12. 1953	30. 6. 1954	31. 12. 1954	30. 6. 1955	31. 12. 1955	31. 12. 1953	30. 6. 1954	31. 12. 1954	30. 6. 1955	31. 12. 1955
<i>Private Hypothekenbanken</i>										
Pfandbriefe . . . . .	1 624,1	2 082,2	3 033,1	3 378,8	3 810,9	1 195,6	1 427,5	1 959,5	2 237,3	3 014,5
Kommunalobligationen . . . . .	194,2	303,6	587,6	675,3	971,8	187,4	259,9	525,6	598,4	894,5
zusammen . . . . .	1 818,3	2 385,9	3 620,7	4 049,1	4 782,7	1 383,0	1 687,4	2 485,1	2 835,7	3 909,0
<i>Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten</i>										
Pfandbriefe . . . . .	754,1	1 019,7	1 590,2	1 776,6	2 095,4	772,6	955,5	1 335,8	1 595,7	2 026,7
Kommunalobligationen <sup>4)</sup> . . . . .	587,6	772,0	1 128,8	1 414,0	1 632,9	611,4	893,8	1 315,8	1 628,9	1 991,0
zusammen . . . . .	1 341,7	1 791,7	2 719,0	3 190,6	3 728,3	1 384,0	1 849,3	2 651,6	3 222,6	4 017,7
<i>Schiffspfandbriefbanken</i>										
Schiffspfandbriefe . . . . .	53,3	60,1	91,4	109,9	152,3	55,1	55,2	84,1	100,3	151,0
Insgesamt . . . . .	3 213,3	4 237,7	6 431,1	7 349,6	8 663,3	2 822,1	3 591,0	5 220,8	6 158,6	8 077,7

<sup>1)</sup> Ohne Altschuldverschreibungen, hinterlegte Namensschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen. — <sup>2)</sup> Ohne vorverkaufte Stücke, einschließlich Buchforderungen.

Verbindlichkeiten einreichen. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die anfallenden Ergebnisse vierteljährlich unter namentlicher Angabe der Institute im Bundesanzeiger. Die erste Veröffentlichung dieser Art erfolgte nach dem Stichtag vom 31. 3. 1954. (Bundesanzeiger Nr. 140). Damit nahm das Statistische Bundesamt die Bekanntgabe des Umlaufs und der Deckung von Schuldverschreibungen der einzelnen Institute, die in der Vorkriegszeit durch das Statistische Reichsamt erfolgt war, wieder auf. Bei der Veröffentlichung werden die Schuldverschreibungen nach Pfandbriefen, Kommunalobligationen und sonstigen Schuldverschreibungen gegliedert. In diesem Umlauf sind sowohl die nach dem 20. 6. 1948 begebenen Neuemissionen als auch die Altschuldverschreibungen enthalten. Ebenfalls in den Umlauf einbezogen sind Schuldverschreibungen nach dem Altsparergesetz. Neben den im Umlauf befindlichen Stücken werden die hinterlegten Schuldtitel nachgewiesen, die gleichfalls deckungspflichtig sind. Bei diesen Wertpapieren handelt es sich um Namenspfandbriefe, Namenskommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen, die, wie bereits erwähnt, für aufgenommene Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Landwirtschaftlichen Rentenbank, bei den Gebietskörperschaften und anderen Stellen als Sicherheit hinterlegt wurden.

#### 4. Die Deckungsverhältnisse nach der Geldumstellung<sup>1)</sup>

Infolge der veränderten Finanzierungsmethode<sup>2)</sup> der Realcreditinstitute gingen die nach der Geldumstellung von 1948 in den Verkehr gebrachten Schuldverschreibungen immer mehr über die vorhandenen Deckungsdarlehen hinaus, so daß in zunehmendem Maße von der Ersatzdeckung Gebrauch gemacht wurde. Mit der starken Belebung des Pfandbriefgeschäfts während der Geltungsdauer des Kapitalmarktförderungsgesetzes hat sich das Ungleichgewicht zwischen den umlaufenden Schuldverschreibungen und den vorhandenen Deckungsdarlehen noch verstärkt. Denn nach dem Eingang der Pfandbriefe Erlöse konnten die Bodenkreditinstitute zwar ihre Darlehenszusagen erhöhen, bis zur Auszahlung der Hypothekarkredite verging aber noch eine geraume Zeit. Besonders der stürmische Anstieg des Pfandbriefabsatzes im Jahre 1954 hat den Abstand zwischen dem Umlauf an Schuldverschreibungen und dem Bestand an Deckungsdarlehen ständig vergrößert; er erreichte am Jahresende mit 1 210 Mill. DM ein vorläufiges Maximum. Dementsprechend wuchs die Ersatzdeckung bei den Bodenkreditinstituten von insgesamt 677 Mill. DM Ende 1953 auf 1 620 Mill. DM<sup>3)</sup> am Jahresultimo 1954 an; davon entfielen über drei Viertel allein auf die privaten Hypothekenbanken. Im einzelnen setzte sich die Ersatzdeckung Ende 1954 aus 700 Mill. DM Bargeld (einschließlich Bankguthaben), 646 Mill. DM Wertpapieren und 274 Mill. DM Ausgleichsforderungen zusammen.

Im Laufe des Jahres 1955 hat sich der Anteil der Deckungsdarlehen an der Gesamtdeckung bei den Realkreditinstituten merklich erhöht. Dabei wirkten namentlich zwei Faktoren mit: Einmal ließ der Absatz von Schuldverschreibungen nach; dies war in den ersten Monaten des Jahres auf die Emissionspause, in der zweiten Jahreshälfte auf die Restriktionsmaßnahmen der Notenbank zurückzuführen. Auf der anderen Seite waren die Bodenkreditinstitute bestrebt, die noch verfügbaren Emissionserlöse in Hypotheken- und Kommunaldarlehen anzulegen, so daß das Aktivgeschäft beträchtlich an Umfang zunahm. Der Zugang an Deckungsdarlehen übertraf im Jahre 1955 die neu begebenen Schuldverschreibungen um 625 Mill. DM. Dadurch verminderte sich der Unterschied zwischen dem Umlauf an Schuldverschreibungen und den Deckungsdarlehen bis Ende 1955 auf 585 Mill. DM, so daß 93 vH der umlaufenden Schuldverschreibungen durch Darlehen gedeckt waren (gegen 81 vH Ende 1954). Die nachgewiesene Ersatzdeckung verringerte sich im gleichen Zeitraum um 300 Mill. DM auf 1 320 Mill. DM<sup>4)</sup>.

Innerhalb der beiden Wertpapierarten blieb jedoch die Zusammensetzung der Deckung nach wie vor recht unterschiedlich. Während Ende 1955 die deckungsfähigen Kommunaldarlehen den Umlauf an Kommunalobligationen wiederum um 281 Mill. DM (Ende 1954 um 125 Mill. DM) übertrafen, blieben die Deckungshypotheken noch immer um 866 Mill. DM (gegen 1 335 Mill. DM Ende 1954) hinter dem Pfandbriefumlauf zurück. Die abweichende Entwicklung der Deckungsdarlehen bei den beiden Wertpapierarten ist dadurch bedingt, daß die Deckungsgrundlage für Kommunalobligationen leichter zu beschaffen ist, als für Hypothekenspfandbriefe.

Bei den privaten Hypothekenbanken<sup>5)</sup> waren Ende Juni 1955 1 223 Mill. DM der abgesetzten Emissionen durch Ersatzdeckung gesichert. Insgesamt belief sich bei den privaten Hypothekenbanken die im Register eingetragene Ersatzdeckung Mitte 1955 auf rd. 1,4 Mrd. DM<sup>6)</sup>. Erst als im zweiten Halbjahr 1955 die Deckungsdarlehen mit 1 124 Mill. DM weitaus schneller zunahmen, als Schuldverschreibungen placierte werden konnten (776 Mill. DM), ging der Unterschiedsbetrag zwischen den vorhandenen Deckungsdarlehen und den umlaufenden Schuldverschreibungen bis zum Jahresende auf 875 Mill. DM, die gesamte Ersatzdeckung auf 1 012 Mill. DM<sup>7)</sup> zurück. Damit ver-

<sup>1)</sup> Die Untersuchung beschränkt sich auf die Deckung der Schuldverschreibungen im Neugeschäft; unberücksichtigt blieben dabei die Altschuldverschreibungen, die hinterlegten Namensschuldverschreibungen und Sonderschuldverschreibungen sowie die entsprechende Deckung. — <sup>2)</sup> Vgl. S. 9. — <sup>3)</sup> Davon entfielen 31 Mill. DM auf Beträge, die als Deckung nicht in Ansatz zu bringen sind. — <sup>4)</sup> Davon entfielen 472 Mill. DM auf Bargeld und Bankguthaben, 567 Mill. DM auf Wertpapiere und 280 Mill. DM auf Ausgleichsforderungen. — <sup>5)</sup> Einschließlich Schiffspfandbriefbanken. — <sup>6)</sup> Davon entfielen Ende Juni 1955 56 Mill. DM und Ende Dezember 1955 102 Mill. DM auf Beträge, die als Ersatzdeckung nicht in Ansatz zu bringen sind.

dem Neugeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute  
DM

Unterschiedsbetrag <sup>*)</sup> zwischen Deckungsdarlehen und Schuldverschreibungen					Ersatzdeckung				
31. 12. 1953	30. 6. 1954	31. 12. 1954	30. 6. 1955	31. 12. 1955	31. 12. 1953	30. 6. 1954	31. 12. 1954	30. 6. 1955	31. 12. 1955
—428,5	—654,8	—1 073,6	—1 136,5	—796,4	512,9	724,6	1 161,1	1 282,4	905,5
— 6,8	— 43,7	— 62,0	— 76,9	— 77,3	18,3	58,3	75,1	102,8	98,8
—435,3	—698,5	—1 135,6	—1 213,4	—873,7	531,2	782,9	1 236,2	1 385,2	1 004,3
+ 18,5	— 64,2	— 254,4	— 180,9	— 68,7	112,6	189,6	353,3	361,3	287,0
+ 23,8	+121,8	+ 187,0	+ 212,9	+ 358,1	28,6	45,6	16,0	23,0	20,9
+ 42,3	+ 57,6	— 67,4	+ 32,0	—289,4	141,2	235,2	369,3	384,3	307,9
+ 1,8	— 4,9	— 7,3	— 9,6	— 1,3	4,5	6,3	14,0	13,7	7,3
—391,2	—645,8	—1 210,3	—1 191,0	—585,6	676,9	1 024,6	1 619,5	1 783,2	1 319,5

eigener Bestände: — \*) Mehrbetrag an Deckungsdarlehen (+), Minderbetrag (—). — \*) Ohne Landesbodenbriefe, Landwirtschaftsbriefe und Schuld-

ringerte sich der Anteil der Ersatzdeckung an der Gesamtdeckung der umlaufenden Schuldverschreibungen von 32 vH auf 20 vH.

Das Zurückbleiben der Deckungsdarlehen hinter der Ausgabe von Schuldverschreibungen erklärt sich z. T. aus der unzureichenden Ausstattung der privaten Hypothekenbanken mit Eigenkapital, das ihnen vor dem Kriege in gewissem Umfang eine Vorfinanzierung ihres Aktivgeschäfts ermöglichte. In der Nachkriegszeit konnten die Hypothekenbanken dagegen erst dann Darlehenszusagen machen, wenn sie einen Überblick über die Höhe ihrer Emissionserlöse hatten. Zwischen Zusage und Auszahlung einer Hypothek liegt jedoch eine erhebliche Zeitspanne, in der die Emissionserlöse in Werten der Ersatzdeckung angelegt werden müssen. Darüber hinaus sind die Institute bei einem ergiebigen Kapitalmarkt bemüht, möglichst hohe Emissionserlöse zu erzielen, um in Zeiten geringeren Kapitalzuflusses die für ihre Ausleihungen erforderlichen Mittel zur Verfügung zu haben. Dies traf in besonderem Maße für das Jahr 1954 zu.

Für die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten war die Ausgangsposition nach der Geldumstellung günstiger als bei den privaten Hypothekenbanken, da sie in ihrer Kapitalausstattung weniger beengt sind und durch den laufenden Zufluß von öffentlichen Mitteln auch ihre Finanzierung beweglicher handhaben können. Insbesondere die größeren öffentlich-rechtlichen Institute, vor allem die drei süddeutschen Landeskreditanstalten, sind infolge ihrer starken Eigenkapitalbasis in der Lage, ihre Darlehen vorzufinanzieren, so daß die von ihnen neugegebenen Schuldverschreibungen stets mehr als ausreichend durch Deckungsdarlehen gesichert waren; dementsprechend spielte bei diesen größeren Instituten die Inanspruchnahme der Ersatzdeckung keine Rolle. Bei sämtlichen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten war der Bestand an Deckungsdarlehen Ende 1955 um 289 Mill. DM größer als der Umlauf an Schuldverschreibungen; im einzelnen blieben die Deckungshypotheken um 69 Mill. DM hinter dem Pfandbriefumlauf zurück, während die zur Deckung bestimmten Kommunalدارlehen die umlaufenden Kommunalobligationen um 358 Mill. DM überstiegen.



## Inhalt des Tabellenteils

	Seite
1. Inhaberschuldverschreibungen und Darlehensverpflichtungen aus dem Neu- und Altgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	38
2. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Wertpapierarten .....	39
3. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Art der Institute und der Wertpapiere .....	41
4. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach dem Sitz der Institute .....	43
5. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen .....	44
6. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Art der Besteuerung und nach Zinssätzen .....	49
7. Darlehen nach dem Verwendungszweck .....	50
8. Darlehen ohne durchlaufende Kredite nach dem Verwendungszweck .....	52
9. Direktkredite nach Darlehensform und -quelle .....	53
10. Direktkredite nach dem Sitz der Institute .....	55
11. Direktkredite ohne durchlaufende Kredite nach dem Sitz der Institute .....	56

## Anhang

1. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende Dezember 1955 .....	58
2. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende Dezember 1938 .....	61

# 1. Inhaberschuldverschreibungen und Darlehensverpflichtungen aus dem Neu- und Altgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute

— Mill. DM —

Bestand am Jahres- bzw. Monatsende	Neugeschäft						Altgeschäft 1)				Altsparers- schuld- verschrei- bungen
	Inhaberschuldverschreibungen				Aufgenommene Darlehen gegen		Inhaberschuldverschreibungen				
	insgesamt	Hypotheken- pfandbriefe	Schiffs- pfandbriefe	Kommunal- obligati- onen 2)	Hinterlegung von Namens- schuldver- schreibungen	Stellung von sonstigen Sicher- heiten 3)	insgesamt	Pfandbriefe	Kommunal- obligati- onen 2) 4)	Auf ausländische Wäh- rung lautende Wertpapiere	
1949	244,9	198,4	10,9	35,6	.	.	.	.	.	.	—
1950	570,8	400,3	18,3	152,1	.	.	.	.	.	.	—
1951	1 176,1	850,8	30,5	294,9	1 003,6	.	.	.	.	.	—
1952	1 967,6	1 456,7	32,8	478,0	1 225,6	.	962,9	663,8	241,0	58,1	—
1953	3 442,9	2 453,8	53,3	935,8	1 486,1	3 207,5	965,5	673,3	234,1	58,1	—
1954	6 740,3	4 670,8	91,4	1 978,1	1 806,5	4 254,6	1 022,6 <sup>5)</sup>	727,3	237,2	58,1	116,8
1955	9 148,2	5 970,2	151,8	3 026,2	2 158,5	5 208,3	1 015,4	721,3	235,9	58,2	311,0
1949 März	46,3	37,1	1,4	7,8	.	.	.	.	.	.	—
Juni	113,6	98,6	3,3	11,7	.	.	.	.	.	.	—
September	173,0	145,9	7,1	20,0	.	.	.	.	.	.	—
Dezember	244,9	198,4	10,9	35,6	.	.	.	.	.	.	—
1950 März	307,5	253,4	7,9	46,2	.	.	.	.	.	.	—
Juni	375,2	297,9	12,9	64,4	.	.	.	.	.	.	—
September	447,4	341,2	15,3	90,9	.	.	.	.	.	.	—
Dezember	570,8	400,3	18,3	152,1	.	.	.	.	.	.	—
1951 März	662,6	449,0	24,4	189,2	.	.	.	.	.	.	—
Juni	791,1	540,6	26,0	224,5	.	.	.	.	.	.	—
September	972,1	684,8	27,6	259,8	.	.	.	.	.	.	—
Dezember	1 176,1	850,8	30,5	294,9	1 003,6	.	.	.	.	.	—
1952 März	1 310,1	944,3	28,9	336,9	.	.	.	.	.	.	—
Juni	1 497,0	1 091,6	27,6	377,9	.	.	.	.	.	.	—
September	1 635,7	1 202,0	28,7	405,0	.	.	.	.	.	.	—
Dezember	1 967,6	1 456,7	32,8	478,0	1 225,6	.	962,9	663,8	241,0	58,1	—
1953 März	2 260,1	1 667,0	40,4	552,6	.	.	.	.	.	.	—
Juni	2 543,4	1 837,5	45,6	660,4	.	.	.	.	.	.	—
September	2 828,2	2 040,7	47,6	739,9	.	.	.	.	.	.	—
Dezember	3 442,9	2 453,8	53,3	935,8	1 486,1	3 207,5	965,5	673,3	234,1	58,1	—
1954 Januar	3 675,3	2 589,7	53,6	1 032,0	1 503,0	3 257,5	.	.	.	.	—
Februar	3 809,7	2 676,4	53,8	1 079,4	1 507,3	3 347,3	.	.	.	.	—
März	3 962,1	2 758,7	55,0	1 148,4	1 549,3	3 490,8	1 012,5	713,7	240,7	58,1	—
April	4 134,8	2 873,0	56,0	1 205,7	1 561,3	3 538,3	.	.	.	.	—
Mai	4 379,7	3 051,1	57,8	1 270,9	1 567,9	3 607,8	.	.	.	.	—
Juni	4 985,2	3 487,8	60,1	1 437,3	1 576,2	3 697,1	1 011,2	711,6	241,5	58,1	0,3
Juli	5 440,4	3 803,6	63,3	1 573,4	1 590,3	3 753,4	.	.	.	.	—
August	5 749,7	3 984,0	65,6	1 700,1	1 588,3	3 878,5	.	.	.	.	—
September	5 977,0	4 134,0	67,1	1 775,9	1 620,0	3 988,2	1 025,3 <sup>5)</sup>	730,0	237,2	58,1	28,3
Oktober	6 191,9	4 286,7	70,6	1 834,6	1 654,6	4 010,8	.	.	.	.	—
November	6 419,6	4 436,1	81,2	1 902,3	1 673,3	4 004,1	.	.	.	.	—
Dezember	6 740,3	4 670,8	91,4	1 978,1	1 806,5	4 254,6	1 022,6 <sup>5)</sup>	727,3	237,2	58,1	116,8
1955 Januar	7 088,0	4 875,9	96,6	2 115,4	1 770,5	4 376,7	.	.	.	.	—
Februar	7 275,4	4 951,3	98,7	2 225,4	1 774,5	4 475,9	.	.	.	.	—
März	7 333,9	4 978,2	99,0	2 256,8	1 843,5	4 539,4	1 003,5	709,7	235,7	58,1	177,6
April	7 529,5	5 117,3	99,1	2 313,1	1 953,8	4 803,0	.	.	.	.	—
Mai	7 725,3	5 248,5	109,1	2 367,7	1 978,6	4 830,5	.	.	.	.	—
Juni	7 955,9	5 379,5	112,7	2 463,8	1 983,1	4 867,4	999,0	704,8	236,1	58,1	226,6
Juli	8 175,3	5 463,3	120,9	2 591,1	2 012,8	4 965,6	.	.	.	.	—
August	8 452,5	5 585,3	131,1	2 736,1	2 040,5	5 026,6	.	.	.	.	—
September	8 708,3	5 699,9	136,8	2 871,6	2 081,1	5 083,3	994,4	704,2	232,7	57,5	276,0
Oktober	8 894,3	5 805,7	141,8	2 946,8	2 133,0	5 142,0	.	.	.	.	—
November	8 956,6	5 845,1	146,4	2 965,1	2 146,6	5 219,5	.	.	.	.	—
Dezember	9 148,2	5 970,2	151,8	3 026,2	2 158,5	5 208,3	1 015,4	721,3	235,9	58,2	311,0

1) Ohne aufgenommene Darlehen, da über diese keine vollständigen Angaben vorliegen. — 2) Einschl. Sonderschuldverschreibungen. — 3) Einschl. Schuldscheindarlehen und sonstiger Darlehen ohne Sicherheiten. — 4) Einschl. Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden (96,1 Mill. DM am 31.12.1955). — 5) Die Zunahme ist auf die Einbeziehung von Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen.

## 2. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Wertpapierarten

### a) Stand des Umlaufs

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Schuldverschreibungen				
	insgesamt	davon			
		Hypotheken- pfandbriefe	Schiffs- pfandbriefe	Kommunalobligationen	
				insgesamt	darunter Sonder- schuldverschreibungen 1)
1949	244,9	198,4	10,9	35,6	1,0
1950	570,8	400,3	18,3	152,1	16,4
1951	1 176,1	850,8	30,5	294,9	39,3
1952	1 967,6	1 456,7	32,8	478,0	54,9
1953	3 442,9	2 453,8	53,3	935,8	121,0
1954	6 740,3	4 670,8	91,4	1 978,1	213,0
1955	9 148,2	5 970,2	151,8	3 026,2	370,9
1949	46,3	37,1	1,4	7,8	0,6
Juni	113,6	98,6	3,3	11,7	0,7
September	173,0	145,9	7,1	20,0	0,7
Dezember	244,9	198,4	10,9	35,6	1,0
1950	307,5	253,4	7,9	46,2	1,0
Juni	375,2	297,9	12,9	64,4	5,3
September	447,4	341,2	15,3	90,9	9,5
Dezember	570,8	400,3	18,3	152,1	16,4
1951	662,6	449,0	24,4	189,2	17,7
Juni	791,1	540,6	26,0	224,5	25,8
September	972,1	684,8	27,6	259,8	38,1
Dezember	1 176,1	850,8	30,5	294,9	39,3
1952	1 310,1	944,3	28,9	336,9	40,9
Juni	1 497,0	1 091,6	27,6	377,9	46,0
September	1 635,7	1 202,0	28,7	405,0	51,3
Dezember	1 967,6	1 456,7	32,8	478,0	54,9
1953	2 260,1	1 667,0	40,4	552,6	64,1
Juni	2 543,4	1 837,5	45,6	660,4	70,6
September	2 828,2	2 040,7	47,6	739,9	98,0
Dezember	3 442,9	2 453,8	53,3	935,8	121,0
1954	3 675,3	2 589,7	53,6	1 032,0	122,4
Februar	3 809,7	2 676,4	53,8	1 079,4	124,6
März	3 962,1	2 758,7	55,0	1 148,4	126,2
April	4 134,8	2 873,0	56,0	1 205,7	130,4
Mai	4 379,7	3 051,1	57,8	1 270,9	136,4
Juni	4 985,2	3 487,8	60,1	1 437,3	143,9
Juli	5 440,4	3 803,6	63,3	1 573,4	151,7
August	5 749,7	3 984,0	65,6	1 700,1	174,3
September	5 977,0	4 134,0	67,1	1 775,9	178,3
Oktober	6 191,9	4 286,7	70,6	1 834,6	185,0
November	6 419,6	4 436,1	81,2	1 902,3	205,7
Dezember	6 740,3	4 670,8	91,4	1 978,1	213,0
1955	7 088,0	4 875,9	96,6	2 115,4	216,4
Februar	7 275,4	4 951,3	98,7	2 225,4	226,8
März	7 333,9	4 978,2	99,0	2 256,8	247,6
April	7 529,5	5 117,3	99,1	2 313,1	248,8
Mai	7 725,3	5 248,5	109,1	2 367,7	253,0
Juni	7 955,9	5 379,5	112,7	2 463,8	257,4
Juli	8 175,3	5 463,3	120,9	2 591,1	300,3
August	8 452,5	5 585,3	131,1	2 736,1	324,3
September	8 708,3	5 699,9	136,8	2 871,6	350,6
Oktober	8 894,3	5 805,7	141,8	2 946,8	359,6
November	8 956,6	5 845,1	146,4	2 965,1	361,2
Dezember	9 148,2	5 970,2	151,8	3 026,2	370,9

1) Enthält Landesbodenbriefe, Landwirtschaftsbriefe, Landesrentenbank-Schuldverschreibungen, Bodenkulturschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen.

noch: 2. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Wertpapierarten

b) Veränderung des Umlaufs

- Mill. DM -

Zeitraum	Schuldverschreibungen				
	insgesamt	davon			
		Hypotheken- pfandbriefe	Schiffs- pfandbriefe	Kommunalobligationen	
				insgesamt	darunter Sonder- schuldverschreibungen 1)
1949 2)	244,9	198,4	10,9	35,6	1,0
1950	325,9	201,9	7,5	116,5	15,4
1951	605,3	450,5	12,1	142,8	23,0
1952	791,5	605,9	2,4	183,2	15,6
1953	1 475,4	997,1	20,5	457,8	66,2
1954	3 297,3	2 217,0	38,1	1 042,3	92,0
1955	2 407,9	1 299,3	60,5	1 048,1	157,9
1949 2) 1. Vierteljahr 3)					
2. "	67,4	61,6	1,9	4,0	0,1
3. "	59,4	47,3	3,8	8,3	0,0
4. "	71,8	52,5	3,8	15,6	0,3
1950 1. Vierteljahr	62,6	55,0	3,0	10,6	0,0
2. "	67,7	44,5	5,0	18,2	4,3
3. "	72,2	43,3	2,4	26,5	4,2
4. "	123,4	59,1	3,0	61,2	6,9
1951 1. Vierteljahr	91,8	48,7	6,1	37,1	1,4
2. "	128,5	91,6	1,6	35,4	8,0
3. "	181,0	144,2	1,6	35,2	12,3
4. "	204,0	166,0	2,9	35,1	1,2
1952 1. Vierteljahr	134,0	93,6	1,6	42,1	1,6
2. "	186,9	147,2	1,3	40,9	5,0
3. "	138,7	110,4	1,1	27,2	5,4
4. "	331,9	254,7	4,1	73,0	3,5
1953 1. Vierteljahr	292,5	210,3	7,6	74,6	9,2
2. "	283,4	170,5	5,1	107,8	6,5
3. "	284,8	203,3	2,0	79,5	27,5
4. "	614,7	413,1	5,7	195,9	23,0
1954 Januar	232,4	135,9	0,3	96,1	1,4
Februar	134,4	86,7	0,2	47,4	2,2
März	152,5	82,3	1,2	69,0	1,6
April	172,6	114,3	1,0	57,4	4,3
Mai	245,0	178,1	1,7	65,1	6,0
Juni	605,4	436,7	2,3	166,5	7,4
Juli	455,2	315,9	3,2	136,1	7,8
August	309,4	180,4	2,3	126,7	22,6
September	227,3	150,1	1,5	75,7	4,0
Oktober	214,9	152,7	3,5	58,7	6,8
November	227,7	149,4	10,7	67,7	20,7
Dezember	320,7	234,8	10,1	75,8	7,3
1955 Januar	347,7	205,1	5,3	137,3	3,4
Februar	187,4	75,4	2,1	110,0	10,5
März	58,5	26,9	0,3	31,3	20,8
April	195,5	139,1	0,1	56,3	1,2
Mai	195,9	131,3	10,0	54,6	4,3
Juni	230,6	131,0	3,6	96,1	4,4
Juli	219,4	83,8	8,2	127,3	42,8
August	277,1	122,0	10,1	145,0	24,0
September	255,8	114,7	5,8	135,4	26,3
Oktober	186,0	105,8	5,0	75,2	9,0
November	62,3	39,4	4,5	18,3	1,7
Dezember	191,6	125,0	5,5	61,1	9,7

1) Enthält Landesbodenbriefe, Landwirtschaftsbriefe, Landesrentenbank-Schuldverschreibungen, Bodenkulturschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen. — 2) Vom 21.6.1948 bis 31.12. 1949. — 3) Die Statistik wurde erst am 31.3.1949 aufgenommen.



### 3. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Art der Institute und der Wertpapiere

#### a) Stand des Umlaufs

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Inhaberschuldverschreibungen					
	insgesamt	davon der				Schiffspand- briefbanken
		Hypothekenbanken		Öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten		
		Hypotheken- pfandbriefe	Koimunal- obligationen 1)	Hypotheken- pfandbriefe	Kommunal- obligationen 1)	Schiffs- pfandbriefe
1949	244,9	123,1	4,6	75,3	31,0	10,9
1950	570,8	246,0	12,7	154,3	139,4	18,3
1951	1 176,1	483,7	21,8	367,0	273,1	30,5
1952	1 967,6	927,1	65,5	529,6	412,5	32,8
1953	3 442,9	1 645,6	197,6	808,2	738,2	53,3
1954	6 740,3	3 067,9	594,9	1 603,0	1 383,2	91,4
1955	9 148,2	3 843,0	1 001,8	2 127,2	2 024,5	151,8
1949 März	46,3	26,1	—	8,4	10,3	1,4
1949 Juni	113,6	60,1	2,2	38,6	9,6	3,3
1949 September	173,0	89,5	2,2	56,4	17,8	7,1
1949 Dezember	244,9	123,1	4,6	75,3	31,0	10,9
1950 März	307,5	156,7	4,9	96,7	41,2	7,9
1950 Juni	375,2	179,3	5,8	118,6	58,6	12,9
1950 September	447,4	204,3	8,2	136,9	82,7	15,3
1950 Dezember	570,8	246,0	12,7	154,3	139,4	18,3
1951 März	662,6	278,7	12,9	170,3	176,2	24,4
1951 Juni	791,1	338,8	14,7	201,8	209,8	26,0
1951 September	972,1	405,5	16,3	279,2	243,4	27,6
1951 Dezember	1 176,1	483,7	21,8	367,0	273,1	30,5
1952 März	1 310,1	541,0	26,2	403,4	310,8	28,9
1952 Juni	1 497,0	629,2	35,6	462,3	342,2	27,6
1952 September	1 635,7	713,1	44,5	488,9	360,6	28,7
1952 Dezember	1 967,6	927,1	65,5	529,6	412,5	32,8
1953 März	2 260,1	1 080,6	109,4	586,4	443,2	40,4
1953 Juni	2 543,4	1 210,3	148,1	627,2	512,3	45,6
1953 September	2 828,2	1 352,9	172,7	687,8	567,2	47,6
1953 Dezember	3 442,9	1 645,6	197,6	808,2	738,2	53,3
1954 Januar	3 675,3	1 750,3	224,0	839,5	808,0	53,6
1954 Februar	3 809,7	1 807,4	236,5	869,1	842,9	53,8
1954 März	3 962,1	1 870,3	261,9	888,4	886,4	55,0
1954 April	4 134,8	1 944,8	289,3	928,2	916,5	56,0
1954 Mai	4 379,7	2 063,3	318,8	987,8	952,1	57,8
1954 Juni	4 985,2	2 342,3	402,6	1 145,4	1 034,8	60,1
1954 Juli	5 440,4	2 553,2	466,6	1 250,4	1 106,8	63,3
1954 August	5 749,7	2 638,8	519,9	1 345,2	1 180,3	65,6
1954 September	5 977,0	2 720,7	545,1	1 413,3	1 230,8	67,1
1954 Oktober	6 191,9	2 829,7	561,8	1 457,0	1 272,8	70,6
1954 November	6 419,6	2 914,1	583,6	1 522,0	1 318,7	81,2
1954 Dezember	6 740,3	3 067,9	594,9	1 603,0	1 383,2	91,4
1955 Januar	7 088,0	3 186,4	605,0	1 689,5	1 510,4	96,6
1955 Februar	7 275,4	3 236,4	629,3	1 714,8	1 596,1	98,7
1955 März	7 333,9	3 241,8	628,8	1 736,3	1 628,0	99,0
1955 April	7 529,5	3 334,4	677,7	1 782,9	1 635,4	99,1
1955 Mai	7 725,3	3 432,3	709,7	1 816,2	1 658,0	109,1
1955 Juni	7 955,9	3 507,9	781,3	1 871,6	1 682,5	112,7
1955 Juli	8 175,3	3 560,3	811,1	1 903,0	1 780,1	120,9
1955 August	8 452,5	3 618,7	868,2	1 966,6	1 867,9	131,1
1955 September	8 708,3	3 683,2	945,5	2 016,7	1 926,1	136,8
1955 Oktober	8 894,3	3 740,2	974,1	2 065,5	1 972,7	141,8
1955 November	8 956,6	3 764,7	986,2	2 080,4	1 978,9	146,4
1955 Dezember	9 148,2	3 843,0	1 001,8	2 127,2	2 024,5	151,8

1) Einschl. Sonderschuldverschreibungen.

noch: 3. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Art der Institute und der Wertpapiere

b) Veränderung des Umlaufs

- Mill. DM -

Zeitraum	Inhaberschuldverschreibungen					
	insgesamt	davon bei				
		Hypothekenbanken		Öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten		Schiffspfandbriefbanken
		Hypothekenspfandbriefe	Kommunalobligationen <sup>1)</sup>	Hypothekenspfandbriefe	Kommunalobligationen <sup>1)</sup>	
1949 <sup>2)</sup>	244,9	123,1	4,6	75,3	31,0	10,9
1950	325,9	122,9	8,1	79,0	108,4	7,5
1951	605,3	237,8	9,1	212,7	133,6	12,1
1952	791,5	443,3	43,7	162,6	139,4	2,4
1953	1 475,4	718,5	132,1	278,5	325,7	20,5
1954	3 297,3	1 422,3	397,2	794,8	645,0	38,1
1955	2 407,9	775,1	406,9	524,2	641,2	60,5
1949 <sup>2)</sup> 1. Vierteljahr <sup>3)</sup>	.	.	.	.	.	.
2. "	67,4	33,9	2,2	30,2	0,7	1,9
3. "	59,4	29,5	0,1	17,8	8,2	3,8
4. "	71,8	33,5	2,4	18,9	13,2	3,8
1950 1. Vierteljahr	62,6	33,6	0,3	21,4	10,3	3,0
2. "	67,7	22,6	0,9	21,9	17,4	5,0
3. "	72,2	25,0	2,4	18,3	24,0	2,4
4. "	123,4	41,7	4,5	17,4	56,8	3,0
1951 1. Vierteljahr	91,8	32,7	0,3	16,0	36,8	6,1
2. "	128,5	60,1	1,8	31,5	33,6	1,6
3. "	181,0	66,8	1,6	77,5	33,6	1,6
4. "	204,0	78,2	5,5	87,8	29,6	2,9
1952 1. Vierteljahr	134,0	57,2	4,4	36,3	37,7	1,6
2. "	186,9	88,3	9,5	58,9	31,4	1,3
3. "	138,7	83,8	8,8	26,6	18,4	1,1
4. "	331,9	214,0	21,1	40,8	51,9	4,1
1953 1. Vierteljahr	292,5	153,5	43,8	56,8	30,7	7,6
2. "	283,4	129,7	38,7	40,7	69,1	5,1
3. "	284,8	142,6	24,6	60,6	54,9	2,0
4. "	614,7	292,7	24,9	120,4	171,0	5,7
1954 Januar	232,4	104,6	26,3	31,3	69,8	0,3
Februar	134,4	57,1	12,5	29,6	34,9	0,2
März	152,5	62,9	25,5	19,4	43,5	1,2
April	172,6	74,5	27,3	39,8	30,0	1,0
Mai	245,0	118,5	29,5	59,6	35,6	1,7
Juni	605,4	279,1	83,8	157,6	82,7	2,3
Juli	455,2	210,9	64,0	105,0	72,1	3,2
August	309,4	85,6	53,3	94,8	73,4	2,3
September	227,3	81,9	25,2	68,1	50,5	1,5
Oktober	214,9	109,0	16,7	43,6	42,0	3,5
November	227,7	84,3	21,8	65,0	45,9	10,7
Dezember	320,7	153,8	11,2	80,9	64,5	10,1
1955 Januar	347,7	118,6	10,1	86,5	127,2	5,3
Februar	187,4	50,0	24,3	25,3	85,7	2,1
März	58,5	5,4	0,6	21,5	31,9	0,3
April	195,5	92,6	48,9	46,5	7,4	0,1
Mai	195,9	97,9	32,0	33,3	22,6	10,0
Juni	230,6	75,5	71,6	55,4	24,5	3,6
Juli	219,4	52,4	29,7	31,4	97,6	8,2
August	277,1	58,4	57,1	63,6	87,9	10,1
September	255,8	64,5	77,3	50,1	58,1	5,8
Oktober	186,0	57,0	28,5	48,8	46,6	5,0
November	62,3	24,5	12,2	14,9	6,2	4,5
Dezember	191,6	78,2	15,5	46,8	45,6	5,5

1) Einschl. Sonderschuldverschreibungen. — 2) Vom 21.6.1948 bis 31.12.1949. — 3) Die Statistik wurde erst am 31.3.1949 aufgenommen.

#### 4. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach dem Sitz der Institute

— Mill. DM —

Art der Schuldverschreibungen und Zeit des Umlaufs	Im Bundesgebiet und Berlin (West) ansässige Institute										
	insgesamt	davon mit Sitz in									
		Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin (West) und Bundes- gebiet 3)

<b>a) Stand des Umlaufs</b>											
<b>Hypothekenfandbriefe</b>											
1949	198,4	2,9	4,8	10,5	24,7	24,9	15,9	3,9	49,8	61,0	.
1950	400,3	6,1	12,8	26,4	37,1	55,9	53,1	10,0	83,1	115,9	.
1951	850,8	7,1	46,9	26,5	57,6	244,5	97,6	30,2	130,1	210,3	.
1952	1 456,7	10,6	66,5	41,4	94,8	385,9	176,1	56,0	226,0	399,5	.
1953	2 453,8	19,5	117,9	120,8	140,6	577,2	327,1	91,0	367,5	692,3	.
1954	4 670,8	51,1	176,9	264,1	250,7	860,4	321,2	165,4	651,5	1 221,4	708,1
1955	5 970,2	93,4	228,1	372,1	327,5	998,3	373,2	210,0	834,6	1 558,9	974,1
<b>Schiffpfandbriefe</b>											
1949	10,9	1,3	1,0	—	6,6	2,0	—	—	—	—	—
1950	18,3	4,2	3,8	—	7,3	3,0	—	—	—	—	—
1951	30,5	7,9	4,0	—	14,5	4,0	—	—	—	—	—
1952	32,8	10,6	4,1	—	12,7	5,5	—	—	—	—	—
1953	53,3	13,5	6,6	—	25,3	7,8	—	—	—	—	—
1954	91,4	24,0	13,6	—	37,6	16,2	—	—	—	—	—
1955	151,8	48,8	24,3	—	53,7	25,0	—	—	—	—	—
<b>Kommunalobligationen 1)</b>											
1949	35,6	—	—	9,6	0,9	7,6	0,4	—	6,8	10,3	.
1950	152,1	4,1	—	21,9	2,0	56,9	11,9	—	13,6	41,7	.
1951	294,9	7,8	—	24,7	5,3	113,1	21,9	1,8	26,9	93,4	.
1952	478,0	8,1	—	27,0	13,4	184,9	45,8	4,7	61,8	132,4	.
1953	935,8	11,1	11,3	51,1	46,8	374,0	142,0	12,7	107,3	179,6	.
1954	1 978,1	22,2	27,9	129,2	106,0	568,5	227,1	58,4	209,8	337,8	291,2
1955	3 026,2	52,6	56,8	193,1	165,6	719,9	307,2	81,9	353,8	613,0	482,2
<b>Schuldverschreibungen insgesamt</b>											
1949 Juni	113,6	2,0	3,3	7,4	11,5	12,1	4,1	1,5	34,6	37,1	.
Dezember	244,9	4,2	5,8	20,1	32,1	34,5	16,3	3,9	56,6	71,4	.
1950 Juni	375,2	6,0	9,7	30,7	39,2	68,4	33,8	6,5	75,4	105,5	.
Dezember	570,8	14,4	16,6	48,3	46,5	115,8	65,0	10,0	96,7	157,6	.
1951 Juni	791,1	22,0	35,1	67,5	57,2	167,3	90,8	20,1	125,6	205,4	.
Dezember	1 176,1	22,8	50,9	51,2	77,5	361,6	119,5	31,9	157,0	303,7	.
1952 Juni	1 497,0	25,1	56,9	55,9	89,7	492,1	150,8	45,7	210,3	370,6	.
Dezember	1 967,6	29,3	70,6	68,3	121,0	576,2	221,9	60,7	287,7	531,8	.
1953 Juni	2 543,4	37,3	105,4	105,5	180,4	676,6	351,6	81,8	352,1	652,7	.
Dezember	3 442,9	44,0	135,8	171,9	212,8	959,0	469,0	103,6	474,8	872,0	.
1954 März	3 962,1	49,0	151,6	215,4	238,4	1 133,1	513,0	126,1	533,0	1 002,5	.
Juni	4 985,2	63,2	204,4	331,8	299,8	1 357,3	686,3	160,9	669,4	1 212,1	.
September	5 977,0	86,0	198,6	345,8	338,9	1 278,0	505,0	195,9	760,6	1 406,6	861,6 4)
Dezember	6 740,3	97,3	218,4	393,3	394,3	1 445,1	548,3	223,8	861,3	1 559,2	999,2
1955 März	7 333,9	119,2	233,8	451,2	453,1	1 583,6	569,3	228,4	923,8	1 693,4	1 078,0
Juni	7 955,9	143,0	249,4	490,4	480,7	1 598,0	593,2	261,6	1 033,7	1 905,0	1 200,9
September	8 708,3	188,3	288,0	531,6	509,5	1 681,0	638,7	288,5	1 137,1	2 080,7	1 364,9
Dezember	9 148,2	194,8	309,3	565,2	546,8	1 743,2	680,4	291,9	1 188,4	2 171,9	1 456,3

<b>b) Veränderung des Umlaufs</b>											
<b>Hypothekenfandbriefe</b>											
1949 2)	198,4	2,9	4,8	10,5	24,7	24,9	15,9	3,9	49,8	61,0	.
1950	201,9	3,2	7,9	15,9	12,4	31,0	37,2	6,0	33,3	54,9	.
1951	450,5	1,0	34,1	0,1	20,6	188,6	44,5	20,2	47,0	94,4	.
1952	605,9	3,5	19,6	14,9	37,2	141,3	78,5	25,9	95,9	189,1	.
1953	997,1	8,9	51,4	79,4	45,8	191,3	151,0	34,9	141,5	292,9	.
1954	2 217,0	31,6	59,0	143,3	110,1	283,3	5,9	74,5	284,0	529,1	708,1
1955	1 299,3	42,4	51,2	108,0	76,8	137,8	52,0	44,6	183,1	337,5	266,0
<b>Schiffpfandbriefe</b>											
1949 2)	10,9	1,3	1,0	—	6,6	2,0	—	—	—	—	—
1950	7,5	2,9	2,8	—	0,8	1,0	—	—	—	—	—
1951	12,1	3,7	0,2	—	7,2	1,0	—	—	—	—	—
1952	2,4	2,7	0,1	—	1,8	1,5	—	—	—	—	—
1953	20,5	2,9	2,5	—	12,6	2,4	—	—	—	—	—
1954	38,1	10,5	7,0	—	12,3	8,3	—	—	—	—	—
1955	60,5	24,8	10,7	—	16,1	8,9	—	—	—	—	—
<b>Kommunalobligationen 1)</b>											
1949 2)	35,6	—	—	9,6	0,9	7,6	0,4	—	6,8	10,3	.
1950	116,5	4,1	—	12,3	1,1	49,3	11,5	—	6,8	31,3	.
1951	142,8	3,7	—	2,8	3,3	56,2	10,0	1,8	13,3	51,7	.
1952	183,2	0,3	—	2,3	8,1	71,8	23,9	2,9	34,8	39,0	.
1953	457,8	3,0	11,3	24,1	33,4	189,0	96,2	8,0	45,5	47,2	.
1954	1 042,3	11,2	16,6	78,1	59,1	194,5	85,1	45,7	102,5	158,2	291,2
1955	1 048,1	30,4	28,9	63,9	59,6	151,4	80,2	23,5	144,0	275,2	191,0
<b>Schuldverschreibungen insgesamt</b>											
1949 2)	244,9	4,2	5,8	20,1	32,1	34,5	16,3	3,9	56,6	71,4	.
1950	325,9	10,3	10,7	28,1	14,3	81,3	48,8	6,0	40,1	86,2	.
1951	605,3	8,4	34,3	2,9	31,1	245,8	54,4	22,0	60,4	146,2	.
1952	791,5	6,5	19,7	17,2	43,5	214,6	102,4	28,8	130,7	228,1	.
1953	1 475,4	14,8	65,2	103,5	91,8	382,8	247,2	42,9	187,0	340,1	.
1954	3 297,3	53,3	82,6	221,5	181,5	486,1	79,3	120,1	386,5	687,3	999,2
1955	2 407,9	97,5	90,8	171,9	152,5	298,1	132,2	68,1	327,1	612,7	457,1

1) Einschl. Sonderschuldverschreibungen. — 2) Vom 21.6.1948 bis 31.12.1949. — 3) Institute mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West). — 4) Davon entfallen auf Schuldverschreibungen von Instituten mit zweitem Sitz in Hamburg 110,6 Mill. DM, Niedersachsen 57,4 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen 362,6 Mill. DM und Hessen 322,3 Mill. DM, die zuvor bei den betreffenden Ländern ausgewiesen wurden.

# 5. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen

## a) Stand des Umlaufs

(Schuldverschreibungen insgesamt)

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Schuldver- schreibungen insgesamt	Schuldverschreibungen mit einem Zinssatz von							
		unter 5 %	5 %	5½ %	6 %	6½ %	7 %	7½ %	8 %
1949	244,9	0,2	237,9	—	6,8	—	—	—	—
1950	570,8	0,7	559,9	—	10,2	—	—	—	—
1951	1 176,1	1,0	1 151,9	—	23,2	—	—	—	—
1952	1 967,6	2,5	1 936,2	0,2	28,0	—	0,3	—	0,4
1953	3 442,9	8,6	2 843,9	340,0	35,7	—	6,6	197,7	10,5
1954	6 740,3	14,0	4 051,3	2 109,6	36,0	30,2	45,5	436,1	17,5
1955	9 148,2	14,4	4 296,1	2 522,4	1 374,1	422,9	55,5	444,0	18,8
1949 März	46,3	0,2	46,1	—	—	—	—	—	—
Juni	113,6	0,2	113,5	—	—	—	—	—	—
September	173,0	0,2	170,1	—	2,7	—	—	—	—
Dezember	244,9	0,2	237,9	—	6,8	—	—	—	—
1950 März	307,5	0,2	303,4	—	3,9	—	—	—	—
Juni	375,2	0,2	368,6	—	6,4	—	—	—	—
September	447,4	0,9	439,4	—	7,1	—	—	—	—
Dezember	570,8	0,7	559,9	—	10,2	—	—	—	—
1951 März	662,6	0,4	645,8	—	16,4	—	—	—	—
Juni	791,1	1,0	771,7	—	18,4	—	—	—	—
September	972,1	1,6	951,2	—	19,4	—	—	—	—
Dezember	1 176,1	1,0	1 151,9	—	23,2	—	—	—	—
1952 März	1 310,1	1,1	1 285,7	—	23,3	—	—	—	—
Juni	1 497,0	1,1	1 475,2	—	20,7	—	—	—	—
September	1 635,7	1,1	1 612,2	—	22,3	—	—	—	—
Dezember	1 967,6	2,5	1 936,2	0,2	28,0	—	0,3	—	0,4
1953 März	2 260,1	6,1	2 216,3	2,1	34,9	—	0,3	—	0,4
Juni	2 543,4	7,3	2 443,0	5,7	36,0	—	0,3	50,7	0,4
September	2 828,2	7,8	2 597,0	74,0	35,9	—	3,7	109,5	0,4
Dezember	3 442,9	8,6	2 843,9	340,0	35,7	—	6,6	197,7	10,5
1954 Januar	3 675,3	8,9	2 899,0	486,2	35,6	—	7,0	224,9	13,7
Februar	3 809,7	9,5	2 927,5	574,6	35,6	—	8,2	240,0	14,3
März	3 962,1	9,5	2 960,4	682,0	35,7	—	8,3	250,5	15,8
April	4 134,8	10,8	2 989,1	803,2	35,8	—	9,6	269,2	17,1
Mai	4 379,7	11,5	3 069,5	922,5	35,8	—	10,1	313,1	17,3
Juni	4 985,2	11,7	3 225,3	1 333,8	35,8	—	10,1	351,2	17,3
Juli	5 440,4	12,5	3 355,2	1 616,7	35,9	—	11,0	391,8	17,3
August	5 749,7	13,2	3 445,5	1 804,2	35,9	—	32,8	400,8	17,3
September	5 977,0	13,2	3 574,7	1 887,1	36,0	—	36,0	412,8	17,3
Oktober	6 191,9	13,6	3 720,2	1 942,5	36,0	0,5	39,0	422,8	17,3
November	6 419,6	14,0	3 842,4	2 018,5	36,0	20,6	42,3	428,5	17,3
Dezember	6 740,3	14,0	4 051,3	2 109,6	36,0	30,2	45,5	436,1	17,5
1955 Januar	7 088,0	14,5	4 232,8	2 137,5	36,2	152,9	53,2	441,7	19,1
Februar	7 275,4	14,6	4 281,1	2 148,7	36,3	273,3	55,1	447,3	19,1
März	7 333,9	14,6	4 326,1	2 163,4	36,4	270,4	55,2	448,9	19,1
April	7 529,5	14,6	4 335,0	2 166,5	209,0	280,1	55,6	449,6	19,1
Mai	7 725,3	14,6	4 325,6	2 168,5	378,9	313,0	55,7	450,1	19,1
Juni	7 955,9	14,6	4 317,4	2 187,1	541,0	370,3	55,7	450,8	19,0
Juli	8 175,3	14,7	4 329,7	2 191,8	725,7	386,5	56,5	451,2	19,0
August	8 452,5	14,7	4 331,4	2 310,7	875,6	393,4	56,7	450,9	19,0
September	8 708,3	14,5	4 313,3	2 426,1	1 025,8	403,4	56,5	449,7	19,0
Oktober	8 894,3	14,4	4 308,0	2 464,1	1 183,3	400,5	51,6	453,4	19,0
November	8 956,6	14,4	4 293,8	2 477,8	1 236,9	412,9	55,8	446,0	19,0
Dezember	9 148,2	14,4	4 296,1	2 522,4	1 374,1	422,9	55,5	444,0	18,8

noch: 5. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen

noch: a) Stand des Umlaufs

(Hypothekendarlehen)

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Hypotheken- darlehen insgesamt	Hypothekendarlehen mit einem Zinssatz von							
		unter 5 %	5 %	5½ %	6 %	6½ %	7 %	7½ %	8 %
1949	198,4	—	198,4	—	—	—	—	—	—
1950	400,3	—	400,3	—	—	—	—	—	—
1951	850,8	—	850,8	—	—	—	—	—	—
1952	1 456,7	—	1 456,7	—	—	—	—	—	—
1953	2 453,8	—	2 156,9	199,0	—	—	6,3	83,8	7,9
1954	4 670,8	—	3 155,5	1 232,0	—	7,5	19,4	242,9	13,6
1955	5 970,2	—	3 328,7	1 454,8	740,8	149,2	29,6	252,4	14,7
1949 März	37,1	—	37,1	—	—	—	—	—	—
1949 Juni	98,6	—	98,6	—	—	—	—	—	—
1949 September	145,9	—	145,9	—	—	—	—	—	—
1949 Dezember	198,4	—	198,4	—	—	—	—	—	—
1950 März	253,4	—	253,4	—	—	—	—	—	—
1950 Juni	297,9	—	297,9	—	—	—	—	—	—
1950 September	341,2	—	341,2	—	—	—	—	—	—
1950 Dezember	400,3	—	400,3	—	—	—	—	—	—
1951 März	449,0	—	449,0	—	—	—	—	—	—
1951 Juni	540,6	—	540,6	—	—	—	—	—	—
1951 September	684,8	—	684,8	—	—	—	—	—	—
1951 Dezember	850,8	—	850,8	—	—	—	—	—	—
1952 März	944,3	—	944,3	—	—	—	—	—	—
1952 Juni	1 091,6	—	1 091,6	—	—	—	—	—	—
1952 September	1 202,0	—	1 202,0	—	—	—	—	—	—
1952 Dezember	1 456,7	—	1 456,7	—	—	—	—	—	—
1953 März	1 667,0	—	1 667,0	—	—	—	—	—	—
1953 Juni	1 837,5	—	1 832,6	—	—	—	—	4,9	—
1953 September	2 040,7	—	1 963,5	45,1	—	—	3,4	28,7	0,0
1953 Dezember	2 453,8	—	2 156,9	199,0	—	—	6,3	83,8	7,9
1954 Januar	2 589,7	—	2 203,8	269,3	—	—	6,7	99,3	10,7
1954 Februar	2 676,4	—	2 225,7	319,7	—	—	7,9	111,8	11,2
1954 März	2 758,7	—	2 246,2	372,3	—	—	8,0	119,8	12,5
1954 April	2 873,0	—	2 264,5	457,0	—	—	9,3	129,4	12,8
1954 Mai	3 051,1	—	2 336,3	533,6	—	—	9,8	158,3	13,0
1954 Juni	3 487,8	—	2 461,8	818,8	—	—	9,8	184,3	13,0
1954 Juli	3 803,6	—	2 573,5	994,7	—	—	10,7	211,7	13,0
1954 August	3 984,0	—	2 641,7	1 096,1	—	—	13,0	220,1	13,0
1954 September	4 134,0	—	2 745,9	1 130,2	—	—	13,3	231,6	13,0
1954 Oktober	4 286,7	—	2 872,6	1 149,5	—	—	15,4	236,1	13,0
1954 November	4 436,1	—	2 967,0	1 196,0	—	2,5	17,1	240,5	13,0
1954 Dezember	4 670,8	—	3 155,5	1 232,0	—	7,5	19,4	242,9	13,6
1955 Januar	4 875,9	—	3 312,1	1 242,4	—	28,5	26,9	251,1	14,9
1955 Februar	4 951,3	—	3 336,7	1 247,5	—	68,5	28,8	254,9	14,9
1955 März	4 978,2	—	3 357,4	1 252,9	—	68,5	28,9	255,6	14,9
1955 April	5 117,3	—	3 363,9	1 254,6	118,7	79,8	29,3	256,1	14,9
1955 Mai	5 248,5	—	3 355,0	1 255,4	241,0	96,8	29,4	256,2	14,9
1955 Juni	5 379,5	—	3 349,7	1 265,2	331,0	133,2	29,4	256,1	14,9
1955 Juli	5 463,3	—	3 358,7	1 269,8	391,3	141,9	30,2	256,5	14,9
1955 August	5 585,3	—	3 360,2	1 329,2	451,8	142,4	30,5	256,3	14,9
1955 September	5 699,9	—	3 343,8	1 384,7	526,5	144,4	30,2	255,4	14,9
1955 Oktober	5 805,7	—	3 339,0	1 412,1	616,7	138,2	25,2	259,7	14,9
1955 November	5 845,1	—	3 328,2	1 420,3	652,3	146,5	29,8	253,2	14,8
1955 Dezember	5 970,2	—	3 328,7	1 454,8	740,8	149,2	29,6	252,4	14,7

noch: 5. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen

noch: a) Stand des Umlaufs

(Schiffspfandbriefe)

- Mill. DM -

Jahres- bzw. Monatsende	Schiffspfandbriefe insgesamt	Schiffspfandbriefe mit einem Zinssatz von							
		unter 5 %	5 %	5½ %	6 %	6½ %	7 %	7½ %	8 %
1949.	10,9	-	4,5	-	6,4	-	-	-	-
1950	18,3	0,6	8,3	-	9,5	-	-	-	-
1951	30,5	1,0	8,5	-	21,0	-	-	-	-
1952	32,8	1,0	9,9	0,1	21,8	-	-	-	-
1953	53,3	1,0	12,7	13,4	26,2	-	-	-	-
1954	91,4	1,0	13,1	50,8	26,5	-	-	-	-
1955	151,8	1,0	12,8	60,0	36,5	41,6	-	-	-
1949 März	1,4	-	1,4	-	-	-	-	-	-
Juni	3,3	-	3,3	-	-	-	-	-	-
September	7,1	-	4,4	-	2,7	-	-	-	-
Dezember	10,9	-	4,5	-	6,4	-	-	-	-
1950 März	7,9	-	4,5	-	3,4	-	-	-	-
Juni	12,9	-	7,0	-	5,9	-	-	-	-
September	15,3	0,7	8,0	-	6,6	-	-	-	-
Dezember	18,3	0,6	8,3	-	9,5	-	-	-	-
1951 März	24,4	0,3	8,5	-	15,6	-	-	-	-
Juni	26,0	0,9	8,5	-	16,6	-	-	-	-
September	27,6	1,6	8,5	-	17,5	-	-	-	-
Dezember	30,5	1,0	8,5	-	21,0	-	-	-	-
1952 März	28,9	1,0	8,0	-	19,9	-	-	-	-
Juni	27,6	1,0	9,5	-	17,1	-	-	-	-
September	28,7	1,0	9,5	-	18,2	-	-	-	-
Dezember	32,8	1,0	9,9	0,1	21,8	-	-	-	-
1953 März	40,4	1,0	10,9	2,0	26,5	-	-	-	-
Juni	45,6	1,0	12,4	5,7	26,5	-	-	-	-
September	47,6	1,0	12,3	7,9	26,4	-	-	-	-
Dezember	53,3	1,0	12,7	13,4	26,2	-	-	-	-
1954 Januar	53,6	1,0	12,7	13,8	26,1	-	-	-	-
Februar	53,8	1,0	12,9	13,8	26,1	-	-	-	-
März	55,0	1,0	13,3	14,6	26,2	-	-	-	-
April	56,0	1,0	13,3	15,4	26,4	-	-	-	-
Mai	57,8	1,0	13,3	17,1	26,4	-	-	-	-
Juni	60,1	1,0	13,2	19,4	26,4	-	-	-	-
Juli	63,3	1,0	13,2	22,6	26,5	-	-	-	-
August	65,6	1,0	13,2	24,9	26,5	-	-	-	-
September	67,1	1,0	13,2	26,4	26,5	-	-	-	-
Oktober	70,6	1,0	13,2	29,9	26,5	-	-	-	-
November	81,2	1,0	13,2	40,6	26,5	-	-	-	-
Dezember	91,4	1,0	13,1	50,8	26,5	-	-	-	-
1955 Januar	96,6	1,0	13,1	56,0	26,5	-	-	-	-
Februar	98,7	1,0	13,1	58,1	26,5	-	-	-	-
März	99,0	1,0	13,1	58,5	26,5	-	-	-	-
April	99,1	1,0	13,0	58,7	26,5	-	-	-	-
Mai	109,1	1,0	13,0	58,7	26,5	10,0	-	-	-
Juni	112,7	1,0	13,0	60,0	27,4	11,3	-	-	-
Juli	120,9	1,2	13,0	60,0	28,6	18,3	-	-	-
August	131,1	1,2	13,0	60,0	36,4	20,6	-	-	-
September	136,8	1,0	12,9	60,0	36,4	26,6	-	-	-
Oktober	141,8	1,0	12,9	60,0	36,6	31,5	-	-	-
November	146,4	1,0	12,9	60,0	36,5	36,1	-	-	-
Dezember	151,8	1,0	12,8	60,0	36,5	41,6	-	-	-

noch: 5. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen

noch: a) Stand des Umlaufs

(Kommunalobligationen)

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Kommunalobligationen insgesamt	Kommunalobligationen mit einem Zinssatz von							
		unter 5 %	5 %	5½ %	6 %	6½ %	7 %	7½ %	8 %
1949	35,6	0,2	34,9	—	0,5	—	—	—	—
1950	152,1	0,1	151,3	—	0,7	—	—	—	—
1951	294,9	—	292,6	—	2,3	—	—	—	—
1952	478,0	1,5	469,6	0,1	6,2	—	0,3	—	0,4
1953	935,8	7,5	674,4	127,6	9,5	—	0,3	113,9	2,6
1954	1 978,1	13,0	882,7	826,9	9,5	22,7	26,1	193,2	4,0
1955	3 026,2	13,5	954,7	1 007,6	596,8	232,0	26,0	191,6	4,1
1949 März	7,8	0,2	7,6	—	—	—	—	—	—
1949 Juni	11,7	0,2	11,6	—	—	—	—	—	—
1949 September	20,0	0,2	19,8	—	0,1	—	—	—	—
1949 Dezember	35,6	0,2	34,9	—	0,5	—	—	—	—
1950 März	46,2	0,2	45,5	—	0,5	—	—	—	—
1950 Juni	64,4	0,2	63,8	—	0,5	—	—	—	—
1950 September	90,9	0,2	90,2	—	0,5	—	—	—	—
1950 Dezember	152,1	0,1	151,3	—	0,7	—	—	—	—
1951 März	189,2	0,1	188,3	—	0,7	—	—	—	—
1951 Juni	224,5	0,1	222,6	—	1,8	—	—	—	—
1951 September	259,8	—	257,9	—	1,9	—	—	—	—
1951 Dezember	294,9	—	292,6	—	2,3	—	—	—	—
1952 März	336,9	0,1	333,4	—	3,4	—	—	—	—
1952 Juni	377,9	0,1	374,2	—	3,6	—	—	—	—
1952 September	405,0	0,1	400,8	—	4,1	—	—	—	—
1952 Dezember	478,0	1,5	469,6	0,1	6,2	—	0,3	—	0,4
1953 März	552,6	5,1	538,4	0,1	8,4	—	0,3	—	0,4
1953 Juni	660,4	6,3	598,1	0,1	9,5	—	0,3	45,8	0,4
1953 September	739,9	6,8	621,2	20,9	9,6	—	0,3	80,7	0,4
1953 Dezember	935,8	7,5	674,4	127,6	9,5	—	0,3	113,9	2,6
1954 Januar	1 032,0	7,6	682,8	203,1	9,5	—	0,3	125,6	3,0
1954 Februar	1 079,4	8,5	688,9	241,0	9,5	—	0,3	128,2	3,1
1954 März	1 148,4	8,5	700,9	295,1	9,5	—	0,3	130,7	3,3
1954 April	1 205,7	9,8	711,3	330,8	9,4	—	0,3	139,7	4,3
1954 Mai	1 270,9	10,5	719,9	371,7	9,4	—	0,3	154,7	4,3
1954 Juni	1 437,3	10,7	750,3	495,5	9,4	—	0,3	166,9	4,2
1954 Juli	1 573,4	11,5	768,5	599,4	9,4	—	0,3	180,1	4,2
1954 August	1 700,1	12,2	790,5	683,2	9,4	—	19,8	180,7	4,2
1954 September	1 775,9	12,2	815,6	730,5	9,5	—	22,8	181,1	4,2
1954 Oktober	1 834,6	12,6	834,5	763,0	9,5	0,5	23,6	186,7	4,2
1954 November	1 902,3	13,0	862,3	781,9	9,5	18,2	25,2	188,0	4,2
1954 Dezember	1 978,1	13,0	882,7	826,9	9,5	22,7	26,1	193,2	4,0
1955 Januar	2 115,4	13,5	907,6	839,1	9,7	124,4	26,3	190,6	4,2
1955 Februar	2 225,4	13,6	931,3	843,1	9,8	204,8	26,3	192,4	4,2
1955 März	2 256,8	13,6	955,6	852,0	9,9	201,9	26,3	193,3	4,2
1955 April	2 313,1	13,6	958,1	853,3	63,9	200,3	26,3	193,5	4,2
1955 Mai	2 367,7	13,6	957,6	854,5	111,5	206,2	26,3	193,9	4,2
1955 Juni	2 463,8	13,6	954,7	862,0	182,6	225,7	26,3	194,7	4,1
1955 Juli	2 591,1	13,6	958,1	862,1	305,9	226,3	26,3	194,7	4,1
1955 August	2 736,1	13,6	958,3	921,5	387,4	230,4	26,3	194,6	4,1
1955 September	2 871,6	13,6	956,7	981,4	462,9	232,4	26,3	194,3	4,1
1955 Oktober	2 946,8	13,5	956,2	992,0	530,1	230,9	26,3	193,7	4,1
1955 November	2 965,1	13,5	952,8	997,5	548,2	230,3	26,0	192,8	4,1
1955 Dezember	3 026,2	13,5	954,7	1 007,6	596,8	232,0	26,0	191,6	4,1



noch: 5. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen

b) Veränderung des Umlaufs

— Mill. DM —

Zeitraum	Schuldverschreibungen insgesamt	Schuldverschreibungen mit einem Zinssatz von							
		unter 5 %	5 %	5½ %	6 %	6½ %	7 %	7½ %	8 %
1949 <sup>1)</sup>	244,9	0,2	237,9	—	6,8	—	—	—	—
1950	325,9	0,5	322,0	—	3,3	—	—	—	—
1951	605,3	0,3	592,0	—	13,0	—	—	—	—
1952	791,5	1,5	784,3	0,2	4,8	—	0,3	—	0,4
1953	1 475,4	6,1	907,7	339,8	7,7	—	6,3	197,7	10,1
1954	3 297,3	5,4	1 207,4	1 769,6	0,3	30,2	39,0	238,4	7,0
1955	2 407,9	0,4	244,8	412,8	1 338,1	392,7	10,0	7,9	1,3
1949 <sup>1)</sup> 1. Vierteljahr	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. "	67,4	0,0	67,4	—	—	—	—	—	—
3. "	59,4	0,0	56,7	—	2,7	—	—	—	—
4. "	71,8	0,0	67,7	—	4,1	—	—	—	—
1950 1. Vierteljahr	62,6	0,0	65,5	—	3,0	—	—	—	—
2. "	67,7	—	65,2	—	2,5	—	—	—	—
3. "	72,2	0,7	70,8	—	0,7	—	—	—	—
4. "	123,4	0,2	120,5	—	3,1	—	—	—	—
1951 1. Vierteljahr	91,8	0,3	86,0	—	6,2	—	—	—	—
2. "	128,5	0,6	125,9	—	2,0	—	—	—	—
3. "	181,0	0,6	179,5	—	1,0	—	—	—	—
4. "	204,0	0,6	200,7	—	3,9	—	—	—	—
1952 1. Vierteljahr	134,0	0,1	133,8	—	0,1	—	—	—	—
2. "	186,9	—	189,5	—	2,6	—	—	—	—
3. "	138,7	0,0	137,0	—	1,7	—	—	—	—
4. "	331,9	1,3	324,0	0,2	5,7	—	0,3	—	0,4
1953 1. Vierteljahr	292,5	3,6	280,1	1,9	6,9	—	—	—	—
2. "	283,4	1,2	226,8	3,6	1,1	—	—	50,7	0,0
3. "	284,8	0,5	153,9	68,2	0,1	—	3,4	58,8	0,0
4. "	614,7	0,8	246,9	266,1	0,3	—	2,9	88,2	10,2
1954 Januar	232,4	0,3	55,1	146,2	0,1	—	0,4	27,3	3,1
Februar	134,4	0,5	28,5	88,4	0,0	—	1,2	15,1	0,7
März	152,5	0,0	32,9	107,4	0,1	—	0,1	10,5	1,5
April	172,6	1,3	28,7	121,2	0,2	—	1,3	18,6	1,3
Mai	245,0	0,7	80,4	119,2	0,0	—	0,5	43,9	0,2
Juni	605,4	0,2	155,8	411,3	0,1	—	0,1	38,2	0,0
Juli	455,2	0,8	130,0	282,9	0,1	—	0,8	40,6	0,0
August	309,4	0,6	90,2	187,5	0,0	—	21,9	9,0	0,0
September	227,3	0,1	129,2	82,9	0,0	—	3,2	11,9	0,0
Oktober	214,9	0,3	145,6	55,4	0,1	0,5	3,0	10,1	0,0
November	227,7	0,4	122,1	76,0	0,0	20,1	3,3	5,7	0,0
Dezember	320,7	0,0	208,9	91,1	0,1	9,6	3,3	7,6	0,3
1955 Januar	347,7	0,5	181,5	27,9	0,3	122,7	7,7	5,6	1,6
Februar	187,4	0,0	48,3	11,2	0,0	120,4	1,9	5,6	0,0
März	58,5	0,0	45,0	14,7	0,1	2,9	0,1	1,6	0,0
April	195,5	0,0	8,9	3,1	172,6	9,7	0,4	0,7	—
Mai	195,9	—	9,4	2,0	169,9	32,9	0,1	0,4	—
Juni	230,6	—	8,2	18,6	162,1	57,3	0,0	0,8	0,0
Juli	219,4	0,1	12,3	4,7	184,7	16,2	0,8	0,4	—
August	277,1	—	1,7	118,8	149,8	6,9	0,2	0,3	0,0
September	255,8	0,2	18,1	115,5	150,2	10,0	0,3	1,2	0,0
Oktober	186,0	0,1	5,3	38,0	157,5	2,9	4,9	3,7	0,0
November	62,3	—	14,2	13,7	53,6	12,4	4,2	7,4	0,0
Dezember	191,6	—	2,3	44,6	137,1	10,0	0,3	2,0	0,1

1) Vom 21.6.1948 bis 31.12.1949.

# 6. Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen nach Zinssätzen und Art der Besteuerung

## a) Steuerfreie Schuldverschreibungen

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Schuldverschreibungen mit einem Zinssatz von															Steuerfreie Schuldverschreibungen insgesamt			
	unter 5 %			5 %			5 ½ %			6 %									
	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	ins- gesamt
1953 .....	1,0	7,5	<b>8,5</b>	2 156,9	12,7	674,4	<b>2 844,0</b>	199,0	13,4	127,6	<b>340,0</b>	—	26,2	10,1	<b>36,3</b>	2 355,8	53,3	819,7	<b>3 228,8</b>
1954 .....	1,0	13,0	<b>14,0</b>	3 155,5	13,1	882,7	<b>4 051,3</b>	1 232,0	50,8	826,9	<b>2 109,6</b>	—	26,5	9,6	<b>36,1</b>	4 387,5	91,4	1 732,2	<b>6 211,0</b>
1955 März ....	1,0	13,6	<b>14,6</b>	3 357,4	13,1	955,6	<b>4 326,1</b>	1 252,9	58,5	852,0	<b>2 163,4</b>	—	26,5	10,4	<b>36,9</b>	4 610,3	99,0	1 831,6	<b>6 540,9</b>
Juni ....	1,0	13,6	<b>14,6</b>	3 349,7	13,0	954,7	<b>4 317,4</b>	1 255,6	60,0	854,5	<b>2 170,1</b>	—	26,4	10,5	<b>36,9</b>	4 605,3	100,3	1 833,3	<b>6 538,9</b>
September ..	1,0	13,6	<b>14,5</b>	3 343,8	12,9	956,7	<b>4 313,3</b>	1 254,9	60,0	856,3	<b>2 171,1</b>	—	26,4	10,5	<b>36,9</b>	4 598,6	100,2	1 837,0	<b>6 535,8</b>
Oktober ..	1,0	13,5	<b>14,4</b>	3 339,0	12,9	956,2	<b>4 308,0</b>	1 259,6	60,0	853,6	<b>2 173,2</b>	—	26,4	10,5	<b>36,9</b>	4 598,5	100,1	1 833,7	<b>6 532,4</b>
November ..	1,0	13,5	<b>14,4</b>	3 328,2	12,9	952,8	<b>4 293,8</b>	1 259,4	60,0	853,8	<b>2 173,2</b>	—	26,3	10,2	<b>36,5</b>	4 587,6	100,1	1 830,2	<b>6 517,9</b>
Dezember ..	1,0	13,5	<b>14,4</b>	3 328,7	12,8	954,7	<b>4 296,1</b>	1 267,6	60,0	854,0	<b>2 181,6</b>	—	26,3	10,1	<b>36,4</b>	4 596,3	100,0	1 832,2	<b>6 528,5</b>

## b) Steuerbegünstigte Schuldverschreibungen

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Schuldverschreibungen mit einem Zinssatz von													Steuerbegünstigte Schuld- verschreibungen insgesamt		
	6 %	6½ %		7 %			7½ %			8 %						
	Kom- munal- obliga- tionen	Hypo- theken- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	ins- gesamt
1953 . . . . .	—	—	—	—	6,3	—	6,3	83,8	113,9	197,7	7,9	2,3	10,2	98,0	116,2	214,1
1954 . . . . .	—	7,5	22,7	30,2	19,4	26,0	45,4	242,9	193,2	436,1	13,6	4,0	17,5	283,3	245,9	529,2
1955 März . . . .	—	67,9	201,9	269,8	28,8	26,0	54,8	255,6	193,3	448,9	14,9	4,0	18,9	367,2	425,2	792,4
— Juni . . . . .	22,9	95,6	220,2	315,8	29,4	26,0	55,4	256,1	194,7	450,8	14,9	4,0	18,9	396,0	467,8	863,8
— September . . .	20,0	82,1	215,5	297,6	30,2	26,0	56,2	255,4	194,3	449,7	14,9	4,0	18,8	382,6	459,7	842,3
— Oktober . . . .	20,0	74,4	204,0	278,4	25,2	26,0	51,3	259,7	193,7	453,4	14,9	4,0	18,8	374,2	447,6	821,8
— November . . .	20,0	74,7	203,6	278,3	29,8	26,0	55,8	253,2	192,8	446,0	14,8	4,0	18,8	372,6	446,3	818,9
— Dezember . . .	21,3	75,0	205,2	280,2	29,6	26,0	55,5	252,4	191,6	444,0	14,7	4,0	18,7	371,7	447,9	819,6

## c) Voll besteuerte Schuldverschreibungen

— Mill. DM —

Jahres- bzw. Monatsende	Schuldverschreibungen mit einem Zinssatz von											Voll besteuerte Schuld- verschreibungen insgesamt			
	5 ½ %			6 %				6 ½ %							
	Hypo- theken- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	zu- sam- men	Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kom- munal- obliga- tionen	ins- gesamt
1953 . . . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1954 . . . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1955 März . . . .	-	-	-	-	-	-	-	0,7	-	-	0,7	0,7	-	-	0,7
Juni . . . .	9,6	7,5	17,1	331,0	1,0	149,7	481,7	37,6	11,3	5,5	54,4	378,1	12,3	162,7	553,1
September	129,9	125,1	255,0	526,5	10,0	432,9	969,4	62,3	26,6	16,9	105,8	718,7	36,6	574,9	1 330,2
Oktober . .	152,5	138,4	290,9	616,7	10,2	500,1	1 127,0	63,8	31,5	26,9	122,2	833,0	41,7	665,4	1 540,1
November .	160,9	143,7	304,6	652,3	10,2	518,2	1 180,6	71,8	36,1	26,7	134,6	864,9	46,3	688,6	1 619,8
Dezember .	187,2	153,7	340,8	740,8	10,2	565,5	1 316,5	74,2	41,6	26,9	142,7	1 002,2	51,8	746,1	1 800,1

1) Einschl. eines geringfügigen Betrages von Schuldbuchforderungen, die mit mehr als 6 % verzinst werden.

## 7. Darlehen nach dem Verwendungszweck

## a) Bestand an Darlehen

- Mill. DM -

Jahres- bzw. Monatsende.	Darlehen															
	ins- gesamt	davon										Darlehen an Kreditinstitute				
		Direktkredite														
		zu- sammen	Hypothehen auf				Schiffs- hypo- theken	Kommun- al- darlehen	darunter Wohnbau- hypothe- ken mit kommun- alder Bürger- schaft	Landes- kultur- darlehen	Sonstige Darlehen			darunter für Wohn- bauten		
Wohn- ungs- neubau- ten	Gewerb- lichen Grund- stücken		Landwirt- schaft- lichen Grund- stücken	Sonstigen (städti- schen) Grund- stücken												
1949	333,1	316,8	171,9	51,6	11,6	18,9	14,9	42,2	.	5,8	.	.	16,3	14,6	.	
1950	1 433,4	1 232,2	573,7	137,8	60,1	33,7	113,0	267,8	.	46,1	.	.	201,1	175,3	.	
1951	2 285,7	2 070,0	987,4	137,7	77,4	44,7	223,5	510,0	.	69,5	19,8	2,2	215,8	207,4	.	
1952	3 184,3	2 929,0	1 494,8	167,8	97,0	57,3	253,1	759,3	.	80,3	19,6	3,0	255,3	244,9	.	
1953	4 829,1	4 305,7	2 169,6	308,0	127,4	79,1	330,4	1 154,9	21,8	118,4	17,9	0,3	523,4	291,2	204,9	
1954	7 408,4	6 636,2	3 271,0	482,6	184,4	153,9	432,8	1 936,0	101,2	162,8	12,8	0,2	772,2	351,3	394,3	
1955	10 670,4	9 770,0	4 509,8	866,9	329,7	322,4	531,0	2 966,2	206,2	193,8	50,2	0,1	900,4	388,7	471,1	
Deckungsdarlehen																
1949	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
1951	1 377,4	1 260,7	843,5	103,5	17,1	4,7	33,1	155,4	.	0,8	102,8	14,6	116,6	97,5	.	
1952	2 276,4	2 101,0	1 331,6	160,8	24,3	8,6	55,5	320,2	.	1,5	198,6	30,0	175,4	130,9	.	
1953	3 492,4	3 238,6	1 944,6	257,7	58,2	13,3	113,7	544,7	11,5	7,2	299,2	94,5	253,7	151,9	36,6	
1954	4 486,5	4 148,5	2 435,6	271,0	70,1	38,4	172,1	680,1	15,9	12,6	468,7	203,7	337,9	160,5	98,4	
1955	5 634,9	5 119,3	2 802,3	309,8	90,2	78,0	273,0	963,4	35,0	22,0	580,8	198,6	515,6	185,0	204,8	
Übrige Darlehen																
1949	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
1951	1 377,4	1 260,7	843,5	103,5	17,1	4,7	33,1	155,4	.	0,8	102,8	14,6	116,6	97,5	.	
1952	2 276,4	2 101,0	1 331,6	160,8	24,3	8,6	55,5	320,2	.	1,5	198,6	30,0	175,4	130,9	.	
1953	3 492,4	3 238,6	1 944,6	257,7	58,2	13,3	113,7	544,7	11,5	7,2	299,2	94,5	253,7	151,9	36,6	
1954	4 486,5	4 148,5	2 435,6	271,0	70,1	38,4	172,1	680,1	15,9	12,6	468,7	203,7	337,9	160,5	98,4	
1955	5 634,9	5 119,3	2 802,3	309,8	90,2	78,0	273,0	963,4	35,0	22,0	580,8	198,6	515,6	185,0	204,8	
Durchlaufende Kredite																
1949	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
1951	1 193,3	996,3	696,7	1,4	75,4	1,4	27,4	7,1	.	.	186,8	13,2	197,0	60,5	.	
1952	1 978,9	1 731,1	1 255,4	1,3	136,8	2,2	27,0	8,4	.	.	299,9	9,3	247,7	66,9	.	
1952 1)	763,7	718,6	268,6	1,3	134,2	1,6	27,0	1,4	.	.	284,5	9,3	45,0	41,8	.	
1953	1 055,7	943,9	350,0	4,3	276,1	5,7	27,6	1,3	.	.	278,9	9,8	111,7	48,7	44,8	
1954	2 085,0	1 938,5	1 051,4	6,6	431,8	9,5	28,8	1,4	.	.	409,0	24,3	146,6	63,4	53,5	
1955	3 051,1	2 919,3	1 714,1	5,6	598,6	16,6	27,0	6,3	0,4	0,8	550,2	55,1	131,8	54,2	44,9	
Darlehen insgesamt																
1949	823,7	682,1	434,1	66,0	26,8	21,4	54,6	72,7	.	6,5	.	.	141,6	126,8	56,8	
1950	2 875,9	2 263,8	1 405,9	182,4	94,7	38,2	147,4	348,8	.	46,4	.	.	612,1	568,8	292,4	
1951	4 856,4	4 327,0	2 527,5	242,7	169,9	50,8	284,0	672,5	.	70,2	309,4	10,1	529,4	365,4	.	
1952	7 439,6	6 761,1	4 081,8	329,9	258,1	68,1	335,6	1 087,8	.	81,7	518,1	42,3	678,5	442,6	.	
1952 1)	6 224,4	5 748,6	3 095,0	329,9	255,5	67,5	335,6	1 080,8	.	81,7	502,6	42,3	475,8	417,5	.	
1953	9 377,1	8 488,3	4 464,2	570,0	461,7	98,1	471,8	1 700,9	33,4	125,5	595,9	104,6	888,9	491,9	286,3	
1954	13 980,0	12 723,2	6 757,9	760,2	686,3	201,8	633,7	2 617,5	117,1	175,3	890,4	228,3	1 256,8	575,2	546,1	
1955	19 356,3	17 808,6	9 026,3	1 182,2	1 018,5	417,0	831,0	3 935,9	241,7	216,6	1 181,1	253,8	1 547,7	628,0	720,8	
1949	März	115,8	85,1	45,0	20,5	2,2	1,7	12,5	.	0,3	.	.	30,8	.	.	
	Juni	267,3	178,0	90,5	29,9	9,8	3,6	35,8	.	0,2	.	.	89,3	.	.	
	September	477,0	384,4	262,9	42,6	15,9	11,9	36,6	.	0,4	.	.	92,6	.	.	
	Dezember	823,7	682,1	434,1	66,0	26,8	21,4	54,6	.	6,5	.	.	141,6	56,8	.	
1950	März	1 165,4	952,1	577,9	89,0	31,1	25,8	84,3	.	12,1	.	.	213,3	106,2	.	
	Juni	1 518,2	1 205,6	730,1	112,7	45,0	29,4	94,0	.	22,7	.	.	312,6	166,9	.	
	September	2 142,9	1 679,7	1 033,9	133,2	66,1	33,0	136,6	.	35,2	.	.	463,2	217,7	.	
	Dezember	2 875,9	2 263,8	1 405,9	182,4	94,7	38,2	147,4	.	46,4	.	.	612,1	292,4	.	
1951	März	3 327,5	2 645,8	1 648,7	198,7	117,5	41,2	156,8	.	55,6	.	.	681,7	323,0	.	
	Juni	3 719,9	2 955,1	1 874,0	211,2	132,2	44,6	171,6	.	65,4	.	.	764,7	348,7	.	
	September	4 237,0	3 696,9	2 145,6	224,1	147,5	48,1	213,1	.	66,7	277,2	9,3	540,1	346,7	.	
	Dezember	4 856,4	4 327,0	2 527,5	242,7	169,9	50,8	284,0	.	70,2	309,4	10,1	529,4	365,4	.	
1952	März	5 272,7	4 711,5	2 775,0	255,0	188,8	51,2	289,1	.	71,7	337,4	11,8	561,2	381,0	.	
	Juni	5 786,4	5 173,6	3 076,9	271,0	207,4	56,2	298,5	.	73,9	374,8	12,8	612,8	408,5	.	
	September	6 501,8	5 859,4	3 540,6	284,5	238,0	61,0	305,2	.	75,6	408,5	14,1	642,4	421,6	.	
	Dezember	7 439,6	6 761,1	4 081,8	329,9	258,1	68,1	335,6	.	81,7	518,1	42,3	678,5	442,6	.	
1952 1)	Dezember	6 224,4	5 748,6	3 095,0	329,9	255,5	67,5	335,6	.	81,7	502,6	42,3	475,8	417,5	.	
1953	März	6 668,0	6 175,0	3 324,3	387,3	322,3	77,2	350,6	.	84,5	487,4	40,8	493,1	435,3	.	
	Juni	7 597,8	6 813,0	3 611,3	445,6	361,9	81,6	395,1	.	89,8	504,5	42,1	784,8	442,5	.	
	September	8 444,5	7 599,3	4 029,5	507,8	409,6	89,7	432,1	.	92,9	525,5	43,4	843,3	467,6	.	
	Dezember	9 377,1	8 488,3	4 464,2	570,0	461,7	98,1	471,8	33,4	125,5	595,9	104,6	888,9	491,9	286,3	
1954	Januar	9 617,9	8 664,6	4 559,5	574,0	476,7	97,7	487,5	1 735,9	33,9	129,7	603,6	106,1	953,3	498,2	350,6
	Februar	9 860,7	8 876,9	4 655,0	581,0	493,9	100,1	502,1	1 775,4	34,1	139,2	630,1	120,9	983,8	508,6	365,0
	März	10 108,8	9 121,2	4 757,4	603,2	503,0	109,6	524,1	1 853,0	34,7	137,2	633,7	127,0	987,6	507,6	370,2
	April	10 331,8	9 333,2	4 852,8	614,0	520,4	115,3	529,3	1 921,4	32,9	138,9	641,2	125,8	998,6	502,0	385,5
	Mai	10 567,6	9 566,0	4 986,0	634,0	533,7	120,1	525,8	1 960,5	36,6	139,2	666,8	132,4	1 001,6	505,6	386,1
	Juni	10 846,3	9 799,4	5 096,5	628,9	554,1	145,4	526,4	2 013,7	40,7	140,3	694,2	140,4	1 046,9	532,8	401,2
	Juli	11 222,8	10 156,7	5 254,6	660,9	577,9	158,4	522,7	2 109,1	42,7	144,9	728,1	150,3	1 066,2	521,3	424,8
	August	11 549,1	10 464,4	5 419,6	678,9	595,1	163,6	531,4	2 195,7	45,1	147,7	732,4	151,6	1 084,6	525,9	437,1
	September	12 442,8	11 282,2	6 035,4	703,1	614,2	167,9	562,1	2 282,3	50,9	154,6	762,7	159,4	1 160,5	540,3	492,1
	Oktober	12 877,7	11 682,8	6 250,4	725,3	636,5	174,9	569,9	2 385,3	54,7	163,8	776,6	170,6	1 194,9	557,8	504,2
	November	13 267,1	12 064,0	6 469,4	743,8	657,7	185,7	599,7	2 455,5	67,5	170,5	781,8	166,1	1 203,1	566,5	502,8
	Dezember	13 980,0	12 723,2	6 757,9	760,2	686,3	201,8	633,7	2 617,5	117,1	175,3	890,4	228,3	1 256,8	575,2	546,1
1955	Januar	14 345,9	13 029,5</													

## b) Veränderung der Darlehen

- Mill. DM -

Zeitraum	Darlehen														
	insgesamt	davon										Darlehen an Kreditinstitute			
		Direktkredite													
		zusammen	davon								darunter für Wohnbauten	zusammen	darunter Kommunal-darlehen		
Wohnungsneubauten	Gewerblichen Grundstücken		Landwirtschaftlichen Grundstücken	Sonstigen (städtischen) Grundstücken	Schiffshypothesen	Kommunal-darlehen	darunter Wohnbauhypothesen mit kommunaler Bürgerschaft	Landeskulturdarlehen	Sonstige Darlehen	an Sparkassen			an andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute		
1949 1)	333,1	316,8	171,9	51,6	11,6	18,9	14,9	42,2	.	5,8	.	.	16,3	14,6	.
1950	1.100,2	915,4	401,8	86,2	48,5	14,8	98,2	225,6	.	40,4	.	.	184,9	160,8	.
1951	852,4	837,8	413,7	57,3	17,3	11,0	110,4	242,2	.	23,3	19,8	2,2	14,6	32,1	.
1952	898,6	859,0	507,4	30,0	19,5	12,6	29,6	249,2	.	10,8	0,2	0,8	39,6	37,5	.
1953	1.644,8	1.376,7	674,8	140,2	30,4	21,8	77,3	395,7	21,8	38,1	1,6	2,7	268,1	46,3	204,9
1954	2.579,3	2.330,5	1.101,3	174,6	57,0	74,8	102,4	781,1	79,4	44,4	5,1	0,1	248,8	60,0	189,4
1955	3.262,0	3.133,8	1.238,9	384,3	145,3	168,4	98,2	1.030,2	105,0	31,0	37,5	0,1	128,2	37,4	76,8
Deckungsdarlehen															
1949 1)	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	1.377,4	1.260,7	843,5	103,5	17,1	4,7	33,1	155,4	.	0,8	102,8	4,6	116,6	97,5	.
1952	899,0	840,2	488,2	57,3	7,2	3,9	22,4	164,8	.	0,7	95,8	25,4	58,8	33,3	.
1953	1.215,9	1.137,6	613,0	96,9	34,0	4,7	58,2	224,5	11,5	5,7	100,6	64,5	78,3	21,0	36,7
1954	994,1	909,9	491,1	13,3	11,8	25,1	58,4	135,3	4,4	5,4	169,5	109,2	84,2	8,6	61,7
1955	1.148,4	970,9	366,7	38,8	20,1	39,6	100,9	283,3	19,1	9,4	112,1	5,1	177,7	24,5	106,4
Übrige Darlehen															
1949 1)	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	1.377,4	1.260,7	843,5	103,5	17,1	4,7	33,1	155,4	.	0,8	102,8	4,6	116,6	97,5	.
1952	899,0	840,2	488,2	57,3	7,2	3,9	22,4	164,8	.	0,7	95,8	25,4	58,8	33,3	.
1953	1.215,9	1.137,6	613,0	96,9	34,0	4,7	58,2	224,5	11,5	5,7	100,6	64,5	78,3	21,0	36,7
1954	994,1	909,9	491,1	13,3	11,8	25,1	58,4	135,3	4,4	5,4	169,5	109,2	84,2	8,6	61,7
1955	1.148,4	970,9	366,7	38,8	20,1	39,6	100,9	283,3	19,1	9,4	112,1	5,1	177,7	24,5	106,4
Durchlaufende Kredite															
1949 1)	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	1.193,3	996,3	696,7	1,4	75,4	1,4	27,4	7,1	.	.	186,8	3,2	197,0	60,5	.
1952	785,6	734,8	558,7	0,1	61,4	0,8	0,4	1,3	.	.	113,1	6,1	50,8	6,4	.
1952 2)	429,6	277,7	428,1	0,1	58,8	0,1	0,4	5,7	.	.	97,7	6,1	151,9	18,7	.
1953	292,0	225,3	81,4	3,0	141,8	4,1	0,6	0,1	.	.	5,6	0,5	66,7	7,0	44,8
1954	1.029,4	994,6	701,3	2,2	155,7	3,8	1,2	0,1	.	.	130,1	14,5	34,8	14,6	8,8
1955	966,0	980,8	662,7	1,0	166,8	7,1	1,7	4,9	0,4	0,8	141,2	30,8	14,8	9,1	8,6
Darlehen insgesamt															
1949 1)	823,7	682,1	434,1	66,0	26,8	21,4	54,6	72,7	.	6,5	.	.	141,6	56,8	.
1950	2.052,2	1.581,6	971,8	116,4	67,8	16,7	92,8	276,2	.	39,9	.	.	470,5	235,6	.
1951	1.980,5	2.063,3	1.121,6	60,3	75,3	12,6	136,6	323,7	.	23,9	309,4	10,1	82,8	73,0	.
1952	2.583,2	2.434,1	1.554,3	87,2	88,1	17,3	51,6	415,3	.	11,5	208,7	32,2	149,1	77,2	.
1952 2)	1.368,0	1.421,6	567,5	87,2	85,6	16,7	51,6	408,3	.	11,5	193,2	32,2	53,6	52,1	.
1953	3.152,7	2.739,7	1.369,2	240,2	206,2	30,7	136,2	620,1	33,4	43,8	93,3	62,3	413,1	74,3	286,3
1954	4.602,8	4.234,9	2.293,7	190,2	224,6	103,7	161,9	916,6	83,7	49,8	294,5	123,7	367,9	83,3	259,8
1955	5.376,4	5.085,5	2.268,3	422,0	332,2	215,2	197,3	1.318,4	124,6	41,3	290,7	25,5	290,9	52,8	174,7
1949 1. Vierteljahr	151,5	92,9	45,5	9,4	7,6	5,4	1,9	23,3	.	0,1	.	.	58,5	.	.
2. " "	209,7	206,4	172,3	12,7	6,2	3,7	10,6	0,8	.	0,1	.	.	3,3	.	.
3. " "	346,7	297,7	171,2	23,4	10,9	9,6	40,4	36,1	.	6,1	.	.	49,0	56,8	.
1950 1. Vierteljahr	341,7	270,0	143,8	23,0	4,2	4,4	29,8	59,3	.	5,6	.	.	71,7	49,4	.
2. " "	552,8	552,4	253,4	23,7	13,9	3,5	9,7	39,9	.	10,6	.	.	99,4	60,6	.
3. " "	624,7	474,1	303,8	20,5	21,2	3,7	42,6	69,9	.	12,5	.	.	150,5	50,8	.
4. " "	733,0	584,0	372,0	49,2	28,5	5,1	10,8	107,1	.	11,2	.	.	149,0	74,7	.
1951 1. Vierteljahr	451,6	382,1	242,8	16,2	22,9	3,0	9,4	78,5	.	9,3	.	.	69,6	30,7	.
2. " "	392,3	309,3	225,3	12,5	14,7	3,4	14,8	28,9	.	9,8	.	.	83,0	25,3	.
3. " "	517,1	741,8	271,6	12,9	15,3	3,6	41,5	118,4	.	1,3	277,2	9,3	224,7	1,7	.
4. " "	619,4	630,1	381,9	18,6	22,4	2,6	70,8	97,9	.	3,6	32,2	0,8	10,7	18,7	.
1952 1. Vierteljahr	416,3	384,5	247,5	12,3	18,9	0,4	5,1	70,8	.	1,5	28,0	1,7	31,9	15,6	.
2. " "	513,7	462,1	301,9	15,9	18,6	5,0	9,4	71,6	.	2,2	37,4	1,0	51,6	27,5	.
3. " "	715,4	685,8	463,7	13,6	30,5	4,7	6,7	131,1	.	1,7	33,8	1,3	29,6	13,1	.
4. " "	937,8	901,6	541,2	45,3	20,1	7,1	30,4	141,8	.	6,1	109,5	28,2	36,1	21,0	.
2)	277,4	110,8	445,6	45,3	17,5	6,5	30,4	134,8	.	6,1	94,1	28,2	166,6	4,1	.
1953 1. Vierteljahr	443,6	426,4	229,3	57,5	66,8	9,8	15,0	60,5	.	2,8	15,2	1,5	17,2	17,7	.
2. " "	929,8	638,0	287,0	58,3	39,6	4,4	44,5	182,0	.	5,3	17,1	1,3	291,7	7,2	.
3. " "	846,7	786,3	418,2	62,2	47,8	8,1	37,0	188,8	.	3,1	21,1	1,3	60,5	25,1	.
4. " "	932,6	889,0	434,7	62,3	52,1	8,4	39,7	188,7	33,4	32,6	70,4	61,2	43,6	24,3	286,3
1954 Januar	240,8	176,3	95,3	3,9	15,0	0,4	15,7	35,0	0,5	4,2	7,7	1,5	64,5	6,4	64,2
Februar	242,8	212,3	95,5	7,1	17,2	2,4	14,6	39,5	0,2	9,5	26,5	14,8	30,5	10,3	14,4
März	248,0	244,3	102,4	22,2	9,1	9,5	21,9	77,6	7,6	2,0	3,6	6,1	3,7	0,9	5,2
April	223,0	212,0	95,4	10,8	17,3	5,7	5,2	68,4	8,8	1,7	7,5	1,2	11,0	5,6	15,3
Mai	235,8	232,8	133,2	19,9	13,3	4,8	3,5	39,1	3,7	0,3	25,6	6,6	3,0	3,6	0,6
Juni	278,7	233,4	110,5	5,0	20,4	25,3	0,7	53,1	4,1	1,1	27,4	8,0	45,3	27,2	15,1
Juli	376,5	357,2	158,1	31,9	23,9	13,1	3,7	95,4	2,0	4,6	33,9	9,9	19,3	11,5	23,6
August	326,2	307,8	165,0	18,0	17,2	5,2	8,6	86,6	2,4	2,8	4,3	1,3	18,5	4,6	12,3
September	893,7	817,8	615,9	24,2	19,0	4,3	30,7	86,6	5,8	6,9	30,3	7,8	75,9	14,5	55,0
Oktober	434,9	400,6	215,0	22,2	22,4	7,1	7,8	103,0	3,8	9,2	13,9	11,2	34,3	17,5	12,1
November	389,5	381,2	219,0	18,5	21,2	10,8	29,8	70,2	12,8	6,7	5,2	4,5	8,2	8,6	1,4
Dezember	712,8	659,1	288,5	16,4	28,5	16,2	34,0	162,0	49,6	4,8	108,6	62,2	53,7	8,7	43,3
1955 Januar	366,0	306,3	142,1	32,6	15,2	1,0	14,2	66,6	3,9	2,7	33,7	2,0	59,7	13,5	38,2
Februar	307,5	295,5	139,9	15,2	20,9	11,7	23,3	72,6	12,6	0,2	11,7	3,1	12,1	5,5	4,6
März	303,2	262,1	122,7	19,2	28,9	10,1	16,8	84,7	6,4	5,0	13,2	2,1	41,1	10,8	11,3
April	307,5	289,4	121,4	10,3	21,1	2,8	5,1	131,6	8,3	4,8	10,8	15,0	18,1	4,2	16,7
Mai	315,5	316,9	149,8	32,7	25,2	7,8	21,5	72,8	16,5	2,4	20,4	5,0	1,4	13,7	10,0
Juni	381,3	364,4	157,7	37,7	35,0	6,6	10,3	66,6	6,3	4,5	49,9	5,5	16,9	5,2	12,0
Juli	527,2	492,7	157,6	27,0	30,0										

## 8. Darlehen ohne durchlaufende Kredite nach dem Verwendungszweck

- Mill. DM -

Jahres- bzw. Monatsende  Zeitraum	Darlehen														
	ins- gesamt	davon													
		zu- sammen	Direktkredite									Darlehen an Kreditinstitute			
			Hypotheken auf				davon					zu- sammen	darunter Kommunaldarlehen		
			Wohn- ungs- neuen- bauten	Gewerb- lichen Grund- stücken	Landwirt- schaft- lichen Grund- stücken	Sonstigen (städ- tischen) Grund- stücken	Schiffs- hypo- theken	Kommunal- darlehen	darunter Wohnbau- hypothe- ken mit kommunal- er Bürg- schaft	Landes- kultur- darlehen	Sonstige Darlehen		darunter für Wohn- bauten	an Spar- kassen	an andere öffentliche Kredit- institute

## a) Bestand an Darlehen

1951	3 663,1	3 330,7	1 830,8	241,3	94,5	49,4	256,6	665,4	.	70,2	122,5	6,9	332,4	304,9
1952	5 460,8	5 030,0	2 826,4	328,5	121,2	65,9	308,6	1 079,4	.	81,7	218,1	33,0	430,8	375,8
1953	8 321,4	7 544,3	4 114,2	565,7	185,6	92,4	444,2	1 699,6	33,4	125,5	317,1	94,7	777,1	443,1
1954	11 894,9	10 784,7	5 706,6	753,6	254,5	192,3	604,9	2 616,0	117,1	175,3	481,4	204,0	1 110,2	511,8
1955	16 305,2	14 889,3	7 312,2	1 176,6	419,9	400,4	804,0	3 929,5	241,3	215,8	631,0	198,7	1 415,9	573,7
1951 September	3 227,3	2 871,2	1 582,2	222,6	91,7	46,7	187,9	568,2	.	66,7	105,2	6,8	356,1	289,1
1951 Dezember	3 663,1	3 330,7	1 830,8	241,3	94,5	49,4	256,6	665,4	.	70,2	122,5	6,9	332,4	304,9
1952 März	3 927,9	3 578,7	1 986,2	253,6	95,0	49,7	261,5	735,3	.	71,7	125,7	7,3	349,2	319,2
1952 Juni	4 263,9	3 882,9	2 169,8	269,8	101,1	54,6	270,5	806,6	.	73,9	136,7	11,7	381,0	345,1
1952 September	4 751,0	4 352,1	2 461,7	283,3	115,8	59,0	277,7	937,6	.	75,6	141,4	11,8	398,9	355,5
1952 Dezember	5 460,8	5 030,0	2 826,4	328,5	121,2	65,9	308,6	1 079,4	.	81,7	218,1	33,0	430,8	375,8
1953 März	5 859,7	5 411,5	3 043,2	385,0	133,7	73,3	323,7	1 139,9	.	84,5	228,2	31,6	448,2	393,8
1953 Juni	6 691,0	6 000,5	3 314,6	443,2	151,2	77,2	368,4	1 321,8	.	89,8	234,5	33,0	690,5	400,8
1953 September	7 473,3	6 733,0	3 713,8	504,2	166,1	84,6	405,6	1 508,7	.	92,9	257,2	36,6	740,3	425,7
1953 Dezember	8 321,4	7 544,3	4 114,2	565,7	185,6	92,4	444,2	1 699,6	33,4	125,5	317,1	94,7	777,1	443,1
1954 Januar	8 539,9	7 700,4	4 207,6	570,5	188,6	92,2	458,3	1 734,6	33,9	129,7	318,9	95,3	839,5	446,7
1954 Februar	8 741,5	7 872,6	4 294,5	577,3	194,4	94,7	471,7	1 774,1	34,1	139,2	326,6	108,9	868,9	456,9
1954 März	9 987,0	8 104,2	4 390,1	599,4	198,7	104,0	495,5	1 851,7	41,0	137,2	327,6	113,6	882,8	465,5
1954 April	9 169,7	8 277,9	4 471,9	610,2	202,2	109,7	500,5	1 919,8	32,9	138,9	324,7	119,6	891,8	458,9
1954 Mai	9 387,9	8 494,4	4 604,9	629,8	206,9	114,5	496,6	1 958,9	36,6	139,2	343,8	126,1	893,5	460,9
1954 Juni	9 586,0	8 658,1	4 673,8	624,7	213,9	139,8	497,4	2 012,0	40,7	140,3	356,1	133,6	927,9	486,4
1954 Juli	9 918,7	8 976,2	4 813,3	654,6	220,3	152,9	493,6	2 108,8	42,7	144,9	387,9	143,5	942,5	472,3
1954 August	10 215,8	9 259,3	4 966,0	672,5	225,4	157,8	502,2	2 193,8	45,1	147,7	393,9	143,7	956,5	475,9
1954 September	10 616,2	9 587,2	5 122,3	696,5	232,2	161,7	532,9	2 281,9	50,9	154,6	405,0	151,3	1 029,0	488,0
1954 Oktober	10 971,7	9 913,9	5 297,8	718,9	233,1	167,7	542,7	2 383,9	54,7	163,8	405,8	151,1	1 057,8	503,0
1954 November	11 284,6	10 225,3	5 471,0	738,2	242,2	177,1	570,3	2 454,1	67,5	170,1	402,4	144,6	1 059,3	504,6
1954 Dezember	11 894,9	10 784,7	5 706,6	753,6	254,5	192,3	604,9	2 616,0	117,1	175,3	481,4	204,0	1 110,2	511,8
1955 Januar	12 188,8	11 017,2	5 814,6	786,5	260,4	191,1	619,1	2 682,6	121,0	178,0	484,9	203,2	1 171,6	527,2
1955 Februar	12 436,4	11 253,8	5 916,4	801,7	267,3	202,4	642,3	2 755,2	133,6	178,2	490,4	203,1	1 182,6	532,4
1955 März	12 678,7	11 458,6	6 006,2	782,5	280,2	212,3	659,8	2 839,8	140,0	182,9	494,9	198,4	1 220,1	540,0
1955 April	12 923,3	11 686,9	6 083,0	792,9	290,6	217,5	664,9	2 971,4	148,3	187,7	478,9	180,6	1 236,4	542,9
1955 Mai	13 200,3	11 933,4	6 185,2	825,5	302,5	208,6	686,0	3 044,2	164,8	189,7	491,5	181,4	1 266,9	551,4
1955 Juni	13 515,7	12 235,6	6 303,7	863,4	320,8	215,8	697,1	3 110,6	171,1	194,2	530,0	185,5	1 280,1	552,5
1955 Juli	13 958,4	12 645,0	6 403,7	891,9	337,5	253,6	712,7	3 302,1	177,9	198,2	545,3	182,9	1 313,4	566,3
1955 August	14 493,8	13 115,3	6 577,8	949,9	353,6	271,2	736,6	3 466,3	192,5	201,6	558,4	182,5	1 378,5	574,9
1955 September	14 903,8	13 508,3	6 745,4	1 011,3	376,9	300,8	740,3	3 546,4	196,8	206,5	580,8	183,0	1 395,5	583,4
1955 Oktober	15 393,6	13 988,7	6 927,4	1 069,5	384,3	333,3	771,6	3 691,7	207,5	209,8	601,1	191,1	1 404,9	586,6
1955 November	15 778,9	14 369,0	7 093,7	1 111,1	401,9	361,7	798,9	3 786,0	212,8	212,7	602,9	192,0	1 409,9	586,6
1955 Dezember	16 305,2	14 889,3	7 312,2	1 176,6	419,9	400,4	804,0	3 929,5	241,3	215,8	631,0	198,7	1 415,9	573,7

## b) Veränderung der Darlehen

1952	1 797,7	1 699,3	995,5	87,4	26,8	16,5	52,0	414,1	.	11,5	95,6	26,1	98,3	70,9
1953	2 860,6	2 514,3	1 287,8	237,1	64,3	26,5	135,5	620,1	.	43,8	98,9	61,7	346,4	67,3
1954	3 573,4	3 240,4	1 592,4	187,9	68,9	99,9	160,8	916,5	83,7	49,8	164,4	109,3	333,1	68,7
1955	4 410,4	4 104,6	1 605,6	423,0	165,4	208,1	199,1	1 313,4	124,2	40,4	149,5	5,3	305,7	61,9
1952 1. Vierteljahr	264,8	248,0	155,4	12,3	0,5	0,3	4,9	69,9	.	1,5	3,2	0,4	16,8	15,0
1952 2. " "	336,0	304,2	183,6	16,2	6,1	4,9	9,0	71,3	.	2,2	11,0	0,6	31,8	25,9
1952 3. " "	487,1	469,2	291,9	13,5	14,7	4,4	7,2	131,0	.	1,7	4,7	0,4	17,9	10,4
1952 4. " "	709,8	677,9	364,7	45,2	5,4	6,9	30,9	141,8	.	6,1	76,7	24,7	31,9	20,3
1953 1. Vierteljahr	398,9	381,5	216,8	56,5	12,5	7,4	15,1	60,5	.	2,8	10,1	1,4	17,4	18,0
1953 2. " "	831,3	589,0	271,4	58,2	17,5	3,9	44,7	181,9	.	5,3	6,3	1,4	242,3	7,0
1953 3. " "	782,3	732,5	399,2	61,0	14,9	7,4	37,2	186,9	.	3,1	22,7	3,6	49,8	24,9
1953 4. " "	848,1	811,3	400,4	61,5	19,5	7,8	38,6	190,9	33,4	32,6	59,8	58,1	36,8	17,4
1954 Januar	218,5	156,1	93,4	4,8	3,0	0,2	14,1	35,0	0,5	4,2	1,9	0,6	62,4	3,6
1954 Februar	201,6	172,2	86,9	6,8	5,8	2,5	13,4	39,5	0,2	9,5	7,7	13,6	29,4	10,2
1954 März	245,5	231,6	95,6	22,1	4,3	9,3	23,8	77,6	6,9	2,0	1,0	4,7	13,9	8,6
1954 April	182,7	173,7	81,8	10,8	3,5	5,7	5,0	68,1	8,1	1,7	2,9	6,0	9,0	6,6
1954 Mai	218,2	216,5	133,0	19,6	4,7	4,8	3,9	39,1	3,7	0,3	19,1	16,5	1,7	2,0
1954 Juni	198,1	163,7	68,9	5,1	7,0	25,3	0,8	53,1	4,1	1,1	12,3	7,5	34,4	25,5
1954 Juli	332,7	318,1	139,5	29,9	6,4	13,1	3,8	96,8	2,0	4,6	31,8	9,9	14,6	14,1
1954 August	297,1	283,1	152,7	17,9	5,1	4,9	8,6	85,0	2,4	2,8	6,0	10,2	14,0	3,6
1954 September	400,4	327,9	156,3	24,0	6,8	3,9	30,7	88,1	5,8	6,9	11,1	7,6	72,5	12,1
1954 Oktober	355,5	326,7	175,5	22,4	0,9	6,0	9,8	102,0	3,8	9,2	0,8	0,2	28,8	15,0
1954 November	312,9	311,4	173,2	19,3	9,1	9,4	27,6	70,0	12,8	6,3	3,4	6,5	1,5	1,6
1954 Dezember	610,3	559,4	235,6	15,4	12,3	15,2	34,6	161,9	49,6	5,2	79,0	59,4	50,9	7,2
1955 Januar	293,9	232,5	108,0	32,9	5,9	1,2	14,2	66,6	3,9	2,7	3,5	0,8	61,4	15,4
1955 Februar	247,6	236,6	101,8	15,2	6,9	11,3	23,2	72,6	12,6	0,2	5,5	0,1	11,0	5,2
1955 März	242,3	204,8	89,8	19,2	12,9	9,9	17,5	84,6	6,4	4,7	4,5	4,7	37,5	7,6
1955 April	244,6	228,3	76,8	10,4	10,4	5,2	5,1	131,6	8,3	4,8	16,0	17,8	16,3	2,9
1955 Mai	277,0	246,5	102,2	32,6	11,9	8,9	21,1	72,8	16,5	2,0	12,6	0,8	30,5	8,5
1955 Juni	315,4	302,2	118,5	37,9	18,3	7,2	11,1	66,4	6,3	4,5	38,5	4,1	13,2	1,1
1955 Juli	442,7	409,4	100,0	28,5	16,7	37,8	15,6	191,5	6,8	4,0	15,3	2,6	33,3	13,8
1955 August	535,4	470,3	174,1	58,0	16,1	17,6	23,9	164,2	14,6	3,4	13,1	0,4	65,1	8,6
1955 September	410,0	393,0	167,6	61,4	23,3	29,6	3,7	80,1	4,3	4,9	22,4	0,5	17,0	8,5
1955 Oktober	489,8	480,4	182,0	58,2	7,4	32,5	31,3	145,3	10,7	3,3	20,3	8,1	9,4	3,

# 9. Direktkredite nach Darlehensform und -quelle

— Mill. DM —

Bestand am Jahres- bzw. Monatsende	Direkt- kredite insgesamt	Deckungsdarlehen			Übrige Darlehen mit Institutshaftung						Durchlaufende Kredite	
		zusammen	darunter aus Mitteln der		zusammen	davon aus Mitteln der					zusammen	darunter der öffent- lichen Hand
			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Land- wirtschaft- lichen Renten- bank		öffent- lichen Hand	Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Land- wirtschaft- lichen Renten- bank	anderen Kredit- institute	sonstigen Stellen		

## Hypotheken auf Wohnungsneubauten

1949	434,1	171,9	.	.	.	.	.	-	.	.	.	.
1950	1 405,9	573,7	.	.	.	.	.	-	.	.	.	.
1951	2 527,5	987,4	232,0	3,8	843,5	711,5	16,1	-	.	115,8	696,7	673,7
1952	4 081,8	1 494,8	296,6	2,9	1 331,6	1 069,5	20,3	-	.	241,8	1 255,4	1 204,4
1952 <sup>1)</sup>	3 095,0	1 494,8	296,6	2,9	1 331,6	1 069,5	20,3	-	.	241,8	268,6	260,2
1953	4 464,2	2 169,6	295,0	1,2	1 944,6	1 518,0	23,3	0,8	4,5	398,0	350,0	333,1
1954	6 757,9	3 271,0	294,0	0,8	2 435,6	1 863,4	24,0	0,7	25,3	522,2	1 051,4	998,1
1955	9 026,3	4 509,8	300,9	0,5	2 802,3	2 150,5	7,8	0,7	51,6	591,6	1 714,1	1 585,8

## Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken

1949	66,0	51,6	.	.	.	.	.	-	.	.	.	.
1950	182,4	137,8	.	.	.	.	.	-	.	.	.	.
1951	242,7	137,7	28,2	0,1	103,5	1,0	50,6	-	.	51,9	1,4	1,4
1952	329,9	167,8	17,1	3,1	160,8	7,9	78,2	-	.	74,7	1,3	1,3
1952 <sup>1)</sup>	329,9	167,8	17,1	3,1	160,8	7,9	78,2	-	.	74,7	1,3	1,3
1953	570,0	308,0	25,7	3,0	257,7	20,7	88,1	-	60,9	88,0	4,3	3,0
1954	760,2	482,6	26,8	3,4	271,0	29,4	76,5	-	64,4	100,7	6,6	6,6
1955	1 182,2	866,9	28,7	3,6	309,8	48,1	54,7	0,2	58,0	148,8	5,6	5,5

## Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken

1949	26,8	11,6	.	.	.	.	.	-	.	.	.	.
1950	94,7	60,1	.	.	.	.	.	-	.	.	.	.
1951	169,9	77,4	27,3	22,7	17,1	13,7	0,0	1,7	.	1,6	75,4	48,7
1952	258,1	97,0	27,6	34,9	24,3	16,5	1,0	2,4	.	4,4	136,8	104,9
1952 <sup>1)</sup>	255,5	97,0	27,6	34,9	24,3	16,5	1,0	2,4	.	4,4	134,2	102,3
1953	461,7	127,4	28,2	47,2	58,2	44,2	-	3,9	3,0	7,2	276,1	245,6
1954	686,3	184,4	32,2	60,6	70,1	53,3	0,0	4,2	5,8	6,8	431,8	401,1
1955	1 018,5	329,7	41,3	74,5	90,2	66,3	0,2	3,3	11,7	8,7	598,6	568,1

## Hypotheken auf sonstigen (städtischen) Grundstücken

1949	21,4	18,9	.	-	.	.	-	-	.	.	.	.
1950	38,2	33,7	.	-	.	.	-	-	.	.	.	.
1951	50,8	44,7	0,1	-	4,7	1,4	-	-	.	3,3	1,4	0,7
1952	68,1	57,3	0,0	-	8,6	3,0	-	-	.	5,7	2,2	1,6
1952 <sup>1)</sup>	67,5	57,3	0,0	-	8,6	3,0	-	-	.	5,7	1,6	1,6
1953	98,1	79,1	0,3	0,8	13,3	3,7	-	-	0,1	9,6	5,7	5,6
1954	201,8	153,9	0,2	-	38,4	4,0	0,4	-	2,2	31,7	9,5	9,5
1955	417,0	322,4	0,8	-	78,0	22,6	-	-	9,5	45,9	16,6	16,6

## Schiffshypotheken

1949	54,6	14,9	.	-	.	.	-	-	.	.	.	.
1950	147,4	113,0	.	-	.	.	-	-	.	.	.	.
1951	284,0	223,5	189,1	-	33,1	10,0	2,4	-	.	20,7	27,4	27,4
1952	335,6	253,1	199,5	-	55,5	6,9	1,7	-	.	46,9	27,0	27,0
1952 <sup>1)</sup>	335,6	253,1	199,5	-	55,5	6,9	1,7	-	.	46,9	27,0	27,0
1953	471,8	330,4	234,2	-	113,7	21,6	1,5	-	1,3	89,4	27,6	26,5
1954	633,7	432,8	271,6	-	172,1	18,8	1,3	-	84,7	67,2	28,8	26,1
1955	831,0	531,0	280,8	-	273,0	17,8	1,5	-	98,2	155,4	27,0	23,7

## Kommunaldarlehen

1949	72,7	42,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	348,8	267,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	672,5	510,0	194,1	16,8	155,4	58,9	5,2	0,0	.	91,2	7,1	6,7
1952	1 087,8	759,3	256,3	19,0	320,2	99,4	23,9	0,2	.	196,7	8,4	8,0
1952 <sup>1)</sup>	1 080,8	759,3	256,3	19,0	320,2	99,4	23,9	0,2	.	196,7	1,4	1,2
1953	1 700,9	1 154,9	313,5	18,3	544,7	126,5	29,7	0,1	12,0	376,5	1,3	1,1
1954	2 617,5	1 936,0	319,0	24,1	680,1	146,2	29,7	0,1	30,7	473,4	1,4	1,1
1955	3 935,9	2 966,2	345,7	37,0	963,4	212,5	33,8	1,9	54,9	660,3	6,3	5,7

## Landeskulturdarlehen

1949	6,5	5,8	.	.	.	-	-	.	-	.	-	-
1950	46,4	46,1	.	.	.	-	-	.	-	.	-	-
1951	70,2	69,5	6,9	50,6	0,8	-	-	0,6	-	0,2	-	-
1952	81,7	80,3	6,8	51,1	1,5	0,4	-	0,6	-	0,5	-	-
1952 <sup>1)</sup>	81,7	80,3	6,8	51,1	1,5	0,4	-	0,6	-	0,5	-	-
1953	125,5	118,4	8,9	60,8	7,2	1,2	-	0,6	-	5,4	-	-
1954	175,3	162,8	9,5	80,0	12,6	6,8	-	0,7	-	5,1	-	-
1955	216,6	193,8	9,3	91,6	22,0	16,9	-	1,5	-	3,6	0,8	0,8

1) Ohne Verwaltungskredite.

noch: 9. Direktkredite nach Darlehensform und -quelle

- Mill. DM -

Bestand am Jahres- bzw. Monatsende	Direkt- kredite insgesamt	Deckungsdarlehen			Übrige Darlehen mit Institutshaftung						Durchlaufende Kredite	
		zusammen	darunter aus Mitteln der		zusammen	davon aus Mitteln der					zusammen	darunter der öffent- lichen Hand
			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Land- wirt- schaft- lichen Renten- bank		öffent- lichen Hand	Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Land- wirt- schaft- lichen Renten- bank	anderen Kredit- institute	sonstigen Stellen		

Sonstige Darlehen

1949	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	309,4	19,8	16,8	0,8	102,8	5,5	33,2	19,9	.	44,2	186,8	181,9
1952	518,1	19,6	15,7	2,0	198,6	72,2	32,8	20,1	.	73,5	299,9	296,6
1952 <sup>1)</sup>	502,6	19,6	15,7	2,0	198,6	72,2	32,8	20,1	.	73,5	284,5	281,6
1953	595,9	17,9	13,0	3,4	299,2	81,7	43,1	16,8	5,5	152,0	278,9	268,3
1954	890,4	12,8	8,1	3,0	468,7	82,9	38,8	1,8	10,5	334,6	409,0	374,2
1955	1 181,1	50,2	23,5	7,6	580,8	84,1	29,3	1,7	45,7	420,0	550,2	491,9

Direktkredite insgesamt

1949	682,1	316,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	2 263,8	1 232,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	4 327,0	2 070,0	694,5	94,7	1 260,7	802,1	107,5	22,3	.	328,9	996,3	940,5
1952	6 761,1	2 929,0	819,7	113,0	2 101,0	1 275,8	157,8	23,3	.	644,1	1 731,1	1 643,8
1952 <sup>1)</sup>	5 748,6	2 929,0	819,7	113,0	2 101,0	1 275,8	157,8	23,3	.	644,1	1 718,6	1 675,2
1953	8 488,3	4 305,7	918,9	134,6	3 238,6	1 817,4	185,8	22,1	87,2	1 126,1	1 943,9	1 883,2
1954	12 723,2	6 636,2	961,5	172,0	4 148,5	2 204,8	170,8	7,5	223,6	1 541,8	1 938,5	1 816,6
1955	17 808,6	9 770,0	1 031,0	214,8	5 119,3	2 618,7	127,4	9,3	329,7	2 034,3	2 919,3	2 698,0
1949	März	41,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Juni	178,0	96,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	September	384,4	177,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Dezember	682,1	316,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1950	März	952,1	486,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Juni	1 205,6	650,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	September	1 679,7	925,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Dezember	2 263,8	1 232,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1951	März	2 645,8	1 425,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Juni	2 955,1	1 592,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	September	3 696,9	1 795,1	590,7	89,1	1 076,0	668,7	112,3	18,5	276,5	825,7	779,0
	Dezember	4 327,0	2 070,0	694,5	94,7	1 260,7	802,1	107,5	22,3	328,9	996,3	940,5
1952	März	4 711,5	2 202,0	703,2	99,7	1 376,7	862,0	124,9	22,6	367,1	1 132,8	1 071,0
	Juni	5 173,6	2 361,7	703,1	103,4	1 521,3	937,9	141,1	21,7	420,6	1 290,7	1 221,2
	September	5 859,4	2 598,8	771,2	108,5	1 753,3	1 095,6	150,8	22,6	484,2	1 507,4	1 431,7
	Dezember	6 761,1	2 929,0	819,7	113,0	2 101,0	1 275,8	157,8	23,3	644,1	1 731,1	1 643,8
	Dezember <sup>1)</sup>	5 748,6	2 929,0	819,7	113,0	2 101,0	1 275,8	157,8	23,3	644,1	1 718,6	1 675,2
1953	März	6 175,0	3 175,4	855,8	121,1	2 236,2	1 372,3	165,3	20,4	678,2	763,4	717,8
	Juni	6 813,0	3 476,6	871,1	124,0	2 523,9	1 494,4	169,6	21,5	818,4	812,5	761,5
	September	7 599,3	3 843,2	914,9	129,0	2 889,8	1 676,5	177,0	20,0	1 016,4	866,2	819,5
	Dezember	8 488,3	4 305,7	918,9	134,6	3 238,6	1 817,4	185,8	22,1	87,2	1 126,1	883,2
1954	Januar	8 664,6	4 406,4	923,5	136,4	3 294,0	1 837,7	186,9	22,1	110,5	1 136,9	964,2
	Februar	8 876,9	4 529,9	922,7	139,3	3 342,7	1 878,2	189,8	6,0	131,0	1 137,8	937,0
	März	9 121,2	4 667,1	881,5	139,2	3 437,1	1 911,6	190,0	5,9	149,8	1 179,8	948,1
	April	9 333,2	4 799,4	942,5	137,6	3 478,5	1 937,4	190,9	5,8	146,8	1 197,6	979,2
	Mai	9 566,0	4 934,0	946,1	137,7	3 560,4	1 982,8	191,3	5,8	139,8	1 240,7	992,3
	Juni	9 799,4	5 005,1	923,5	141,1	3 652,9	2 015,5	188,3	5,9	159,3	1 283,9	1 141,4
	Juli	10 156,7	5 226,7	925,3	146,1	3 749,6	2 022,3	171,2	6,1	180,6	1 369,4	1 180,4
	August	10 464,4	5 435,7	942,5	148,4	3 823,5	2 036,9	169,4	6,0	181,9	1 429,3	1 205,2
	September	11 282,2	5 698,1	941,7	158,6	3 889,1	2 100,5	170,5	6,2	198,0	1 414,0	1 180,4
	Oktober	11 682,8	5 960,5	949,2	167,4	3 953,3	2 148,7	172,6	6,0	206,8	1 419,3	1 180,4
	November	12 064,0	6 176,0	950,9	167,1	4 049,3	2 177,8	171,0	6,0	216,6	1 477,8	1 180,4
	Dezember	12 723,2	6 636,2	961,5	172,0	4 148,5	2 204,8	170,8	7,5	223,6	1 541,8	1 180,4
1955	Januar	13 029,5	6 781,3	960,4	174,8	4 236,0	2 232,0	162,0	7,9	233,4	1 600,6	1 188,5
	Februar	13 324,9	6 955,3	959,0	172,4	4 298,4	2 265,8	162,2	8,2	244,4	1 617,7	1 193,5
	März	13 587,1	7 152,8	966,6	177,7	4 305,8	2 280,0	152,2	9,0	237,1	1 627,5	1 193,6
	April	13 876,4	7 298,6	975,5	182,0	4 388,3	2 308,1	153,4	9,0	257,2	1 660,6	1 205,6
	Mai	14 193,4	7 525,6	982,6	185,9	4 407,8	2 319,5	150,7	8,8	239,1	1 689,6	1 211,7
	Juni	14 557,7	7 734,1	959,3	190,1	4 501,5	2 346,8	152,1	9,3	282,0	1 711,2	1 211,7
	Juli	15 050,5	7 975,2	983,7	200,5	4 669,8	2 386,4	150,0	10,1	322,4	1 800,9	1 246,8
	August	15 647,8	8 316,4	993,3	196,3	4 798,9	2 455,0	148,2	9,4	325,8	1 860,5	1 246,8
	September	16 154,2	8 602,9	1 002,5	202,3	4 905,3	2 484,0	147,1	9,5	331,0	1 933,8	1 246,8
	Oktober	16 729,4	8 977,0	1 028,8	206,0	5 011,7	2 537,0	135,8	9,1	333,3	1 996,5	1 246,8
	November	17 197,7	9 271,4	1 029,4	207,6	5 097,6	2 579,4	134,8	9,3	336,5	2 037,6	1 246,8
	Dezember	17 808,6	9 770,0	1 031,0	214,8	5 119,3	2 618,7	127,4	9,3	329,7	2 034,3	1 246,8

1) Ohne Verwaltungskredite.



# 10. Direktkredite nach dem Sitz der Institute

(einschließlich durchlaufender Kredite)

— Mill. DM —

Bestand am Jahresende	Im Bundesgebiet und Berlin (West) ansässige Institute										
	insgesamt	davon mit Sitz in									
		Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin (West) und Bundes- gebiet 1)
Hypotheken auf Wohnungsneubaute											
1949	434,1	8,8	9,4	51,7	17,5	79,3	27,4	5,2	130,5	104,4	.
1950	1 405,9	15,8	27,7	137,8	37,4	289,0	125,0	15,0	386,7	371,5	.
1951	2 527,5	20,0	58,4	208,2	64,9	583,7	280,7	27,5	641,7	642,4	.
1952 2)	3 095,0	24,1	80,6	280,8	111,6	448,8	282,0	45,6	937,5	884,0	.
1953	4 464,2	31,6	111,9	383,3	178,7	634,1	445,5	69,5	1 337,1	1 272,5	.
1954	6 757,9	47,9	120,6	535,6	235,3	769,8	766,0	110,4	1 774,5	1 739,7	658,2
1955	9 026,3	55,5	161,5	716,6	316,9	1 165,7	1 052,9	156,3	2 147,7	2 295,9	957,4
Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken											
1949	66,0	0,3	12,5	3,3	12,0	4,3	3,5	0,4	10,2	19,5	.
1950	182,4	1,3	53,5	15,6	19,3	6,0	14,1	1,9	31,1	39,6	.
1951	242,7	2,1	73,8	23,2	23,9	8,0	20,2	4,1	36,9	50,3	.
1952 2)	329,9	3,0	99,0	26,7	27,5	24,4	23,1	5,0	39,2	81,9	.
1953	570,0	6,1	172,3	37,7	32,6	69,1	37,5	5,8	56,9	151,9	.
1954	760,2	7,3	189,4	53,3	39,9	83,1	49,3	11,3	54,6	236,2	35,8
1955	1 182,2	9,1	210,2	59,6	54,2	119,6	84,5	19,7	153,8	390,2	81,2
Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken											
1949	26,8	5,9	0,1	11,9	0,3	2,9	0,1	0,0	1,5	4,1	.
1950	94,7	5,4	2,5	37,5	0,5	18,8	5,2	0,5	9,0	15,4	.
1951	169,9	6,2	3,5	53,6	0,7	46,0	4,9	1,7	24,1	29,3	.
1952 2)	255,5	6,5	4,3	74,2	0,7	92,0	7,9	1,8	33,1	35,0	.
1953	461,7	8,4	7,8	91,7	1,4	243,4	9,8	1,7	54,0	43,4	.
1954	686,3	14,3	1,6	130,1	1,6	40,3	13,0	2,4	72,7	51,0	359,3
1955	1 018,5	20,0	1,7	217,9	1,9	51,8	17,0	3,0	108,4	72,4	524,5
Hypotheken auf sonstigen (städtischen) Grundstücken											
1949	21,4	0,4	0,9	3,0	1,4	8,9	1,7	0,1	1,5	3,6	.
1950	38,2	0,5	2,1	5,6	1,3	16,7	2,3	0,0	2,8	6,9	.
1951	50,8	0,5	1,0	6,6	1,4	23,2	3,9	1,0	3,5	9,9	.
1952 2)	67,5	0,5	2,6	9,0	1,8	19,7	5,6	1,6	6,6	20,2	.
1953	98,1	0,9	3,6	15,8	0,2	29,7	7,9	2,5	11,0	26,6	.
1954	201,8	1,9	9,1	20,4	0,6	42,2	10,0	6,1	44,4	47,8	19,3
1955	417,0	7,9	17,0	41,0	1,3	80,9	36,2	13,3	69,9	85,8	63,6
Schiffshypotheken											
1949	54,6	12,9	13,2	0,5	24,5	3,5	—	—	—	—	—
1950	147,4	48,2	43,1	0,6	42,8	12,7	—	—	—	—	—
1951	284,0	82,4	61,5	2,1	117,5	20,3	—	0,1	—	—	—
1952 2)	335,6	91,7	81,7	6,1	135,9	20,2	—	0,1	—	—	—
1953	471,8	131,7	108,3	6,4	200,0	25,3	0,0	0,1	—	—	—
1954	633,7	148,2	197,9	7,0	243,8	36,7	0,1	0,0	—	—	—
1955	831,0	189,6	249,4	8,1	335,7	47,5	0,5	0,1	0,0	—	—
Kommunaldarlehen											
1949	72,7	—	—	21,9	1,0	18,7	1,4	3,0	15,9	10,8	.
1950	348,8	19,4	—	41,2	9,1	127,7	22,4	6,9	64,1	58,2	.
1951	672,5	35,6	0,8	78,0	9,1	278,8	43,0	8,8	118,3	100,1	.
1952 2)	1 080,8	40,0	6,2	128,2	27,2	436,0	72,6	11,9	200,5	158,3	.
1953	1 700,9	56,2	10,4	188,8	95,6	624,3	181,1	27,0	275,2	242,5	.
1954	2 617,5	98,9	22,7	305,4	138,2	849,6	202,4	71,9	385,7	371,2	171,7
1955	3 935,9	116,2	35,9	443,0	168,3	1 136,0	407,8	117,6	593,9	562,7	354,4
Landeskulturdarlehen											
1949	6,5	—	—	2,5	—	2,9	0,2	—	—	0,8	—
1950	46,4	3,4	—	13,2	—	12,4	2,7	—	6,6	8,0	—
1951	70,2	6,6	—	20,1	0,2	17,7	3,7	—	9,4	12,6	—
1952 2)	81,7	6,5	—	20,1	0,1	26,4	4,0	0,4	9,9	14,2	—
1953	125,5	6,3	—	29,4	0,1	52,9	4,2	0,6	11,3	20,6	—
1954	175,3	6,9	—	39,9	0,2	79,5	9,1	0,9	14,9	24,1	—
1955	216,6	6,7	—	56,0	0,2	91,1	12,8	1,6	19,2	29,1	—
Sonstige Darlehen											
1949	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1950	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1951	309,4	110,0	16,7	2,6	3,7	125,8	12,9	1,3	19,2	17,2	.
1952 2)	502,6	134,0	17,3	11,4	7,0	255,4	6,6	1,6	26,0	43,3	.
1953	595,9	163,4	22,7	25,9	6,6	214,5	70,3	1,1	35,3	56,1	.
1954	890,4	265,2	35,0	41,3	21,3	83,9	21,3	0,9	50,0	65,4	306,1
1955	1 181,1	391,9	64,3	57,2	25,2	109,6	19,7	6,0	86,4	144,8	276,2
Direktkredite insgesamt											
1949	682,1	28,3	36,1	94,8	56,8	120,4	34,4	8,8	159,6	143,2	.
1950	2 263,8	93,8	128,9	251,4	110,4	483,2	171,8	24,2	500,3	499,6	.
1951	4 327,0	263,4	215,8	394,5	221,4	1 103,5	369,3	44,4	853,2	861,7	.
1952 2)	5 748,6	306,3	291,7	556,5	321,8	1 322,9	401,8	68,0	1 252,7	1 237,0	.
1953	8 488,3	404,6	436,9	778,9	515,3	1 893,4	756,4	108,3	1 780,9	1 813,6	.
1954	12 723,2	590,6	576,3	1 133,1	680,8	1 985,0	1 071,2	203,7	2 396,8	2 535,3	1 550,4 3)
1955	17 808,6	797,0	739,9	1 599,4	903,4	2 802,2	1 631,4	317,5	3 179,5	3 580,8	2 257,4
Außerdem: Darlehen an Kreditinstitute											
1949	141,6	5,6	11,4	7,5	0,2	92,4	1,1	5,1	10,8	7,6	.
1950	612,1	39,4	23,7	81,5	75,7	261,5	16,7	10,6	54,5	48,6	.
1951	529,4	12,9	4,4	76,8	4,0	289,1	20,4	10,1	56,5	55,1	.
1952 2)	475,8	12,9	4,6	90,0	8,7	160,1	30,5	12,2	82,2	74,7	.
1953	888,9	21,7	17,6	110,0	15,2	206,8	323,1	12,7	87,4	94,3	.
1954	1 256,8	28,8	16,7	161,1	39,8	208,2	397,8	12,7	99,1	110,4	182,2
1955	1 547,7	55,7	29,9	198,4	14,8	226,8	546,7	14,1	106,3	125,8	229,0

1) Institute mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West). — 2) Ohne Verwaltungskredite. — 3) Davon entfallen auf Direktkredite von Instituten mit zweitem Sitz in Hamburg 70,7 Mill. DM, Niedersachsen 56,7 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen 789,3 Mill. DM und Hessen 624,8 Mill. DM, die zuvor bei den betreffenden Ländern ausgewiesen wurden.

# 11. Direktkredite nach dem Sitz der Institute

(ohne durchlaufende Kredite)

— Mill. DM —

Bestand am Jahresende	Im Bundesgebiet und Berlin (West) ansässige Institute										
	insgesamt	davon mit Sitz in									
		Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin (West) und Bundes- gebiet 1)
Hypotheken auf Wohnungsneubauten											
1951	1 830,8	20,0	58,4	176,4	52,2	176,7	140,6	27,1	550,9	628,7	.
1952	2 826,4	24,1	80,2	193,4	78,1	367,1	271,1	45,2	936,0	831,2	.
1953	4 114,2	31,6	111,4	271,5	112,6	552,7	425,9	68,1	1 331,9	1 208,5	.
1954	5 706,6	47,7	120,3	384,6	149,4	643,0	273,5	108,1	1 749,7	1 617,3	612,9
1955	7 312,2	53,6	161,1	518,3	212,3	825,7	372,3	147,6	2 093,5	2 072,4	855,4
Hypotheken auf gewerblichen Betriebsgrundstücken											
1951	241,3	2,1	73,8	23,2	23,9	6,8	20,1	4,1	36,9	50,3	.
1952	328,5	3,0	99,0	26,7	27,3	23,7	22,8	5,0	39,1	81,9	.
1953	565,7	6,1	172,3	37,6	32,3	68,1	36,1	5,8	55,4	151,9	.
1954	753,6	7,3	189,4	53,2	37,1	81,9	48,4	11,3	53,1	236,2	35,8
1955	1 176,6	9,1	210,2	59,3	53,1	118,4	83,1	19,7	152,4	390,2	81,1
Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken											
1951	94,5	6,2	3,5	29,3	0,7	17,0	4,6	1,1	7,9	24,2	.
1952	121,2	6,5	4,2	39,2	0,7	24,5	5,2	1,2	11,7	28,0	.
1953	185,6	8,4	7,8	55,5	1,4	34,5	7,0	1,4	33,4	36,2	.
1954	254,5	14,3	1,6	94,9	1,4	35,9	9,6	2,0	38,6	37,4	18,9
1955	419,9	20,0	1,7	186,5	1,2	47,5	13,6	2,7	54,9	58,1	33,8
Hypotheken auf sonstigen (städtischen) Grundstücken											
1951	49,4	0,5	1,0	5,9	1,4	23,2	3,1	1,0	3,6	9,9	.
1952	65,9	0,5	2,6	7,6	1,8	19,7	5,6	1,6	6,6	20,0	.
1953	92,4	0,9	3,6	10,3	0,2	29,7	7,9	2,5	11,0	26,5	.
1954	192,3	1,9	9,1	14,9	0,6	38,2	10,0	6,1	44,4	47,8	19,3
1955	400,4	7,9	17,0	35,7	1,3	69,7	36,2	13,3	69,9	85,8	63,6
Schiffshypotheken											
1951	256,6	74,5	42,2	2,1	117,4	20,2	—	0,1	—	—	—
1952	308,6	82,1	64,8	6,1	135,8	19,8	—	0,1	—	—	—
1953	444,2	121,1	91,8	6,4	200,0	24,8	0,0	0,1	—	—	—
1954	604,9	137,8	181,9	7,0	241,7	36,3	0,1	0,0	—	—	—
1955	804,0	180,8	233,5	8,1	333,7	47,1	0,5	0,1	0,2	—	—
Kommundarlehen											
1951	665,4	35,6	0,8	77,9	9,1	272,1	42,9	8,8	118,3	99,8	.
1952	1 079,4	40,0	6,2	127,9	27,2	435,2	72,6	11,9	200,5	158,0	.
1953	1 699,6	56,2	10,4	188,8	95,6	623,4	181,1	27,0	275,2	242,1	.
1954	2 616,0	98,9	22,7	305,4	138,2	848,5	202,4	71,9	385,7	370,9	171,7
1955	3 929,5	116,2	35,9	443,0	167,7	1 134,6	407,8	117,6	590,6	561,7	354,4
Landeskulturdarlehen											
1951	70,2	6,6	—	20,1	0,2	17,7	3,7	—	9,4	12,6	—
1952	81,7	6,5	—	20,1	0,1	26,4	4,0	0,4	9,9	14,2	—
1953	125,5	6,3	—	29,4	0,1	52,9	4,2	0,6	11,3	20,6	—
1954	175,3	6,9	—	39,9	0,2	79,5	9,1	0,9	14,9	24,1	—
1955	215,8	6,7	—	56,0	0,2	90,3	12,8	1,6	19,2	29,1	—
Sonstige Darlehen											
1951	122,5	62,6	1,2	1,8	2,7	12,9	5,6	1,3	19,1	15,3	.
1952	218,1	77,8	1,5	7,3	4,4	52,9	6,4	1,6	25,6	40,7	.
1953	317,1	84,7	1,3	20,1	3,1	56,1	69,9	1,1	30,4	50,4	.
1954	481,4	100,2	1,0	28,9	11,5	82,7	19,1	0,9	34,8	53,5	148,8
1955	631,0	163,0	0,4	44,8	12,5	107,2	16,8	6,0	45,7	99,9	134,8
Direktkredite insgesamt											
1951	3 330,7	208,1	181,0	336,8	207,6	546,6	220,5	43,4	746,0	840,8	.
1952	5 030,0	240,5	258,5	428,2	275,5	969,2	387,8	66,9	1 229,3	1 174,1	.
1953	7 544,3	315,3	398,6	619,6	445,2	1 442,1	732,1	106,6	1 748,6	1 736,2	.
1954	10 784,7	415,0	526,0	928,7	580,1	1 846,0	572,1	201,1	2 321,1	2 387,1	1 007,4 2)
1955	14 889,3	557,3	659,9	1 351,7	782,1	2 440,4	943,1	308,5	3 026,2	3 297,1	1 523,1
Außerdem: Darlehen an Kreditinstitute											
1951	332,4	12,9	4,4	74,7	4,0	96,1	18,7	10,1	56,5	55,0	.
1952	430,8	12,9	4,6	87,4	8,7	120,4	27,7	12,2	82,2	74,6	.
1953	777,1	21,7	17,6	100,8	10,4	158,3	273,8	12,7	87,4	94,3	.
1954	1 110,2	28,8	16,7	158,0	15,0	161,2	345,8	12,7	99,1	98,2	174,8
1955	1 415,9	55,7	29,9	193,3	14,9	175,2	493,8	13,6	106,3	111,1	222,2

<sup>1)</sup> Institute mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West). — <sup>2)</sup> Davon entfallen auf Direktkredite von Instituten mit zweitem Sitz in Hamburg 68,0 Mill. DM, Niedersachsen 52,1 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen 281,7 Mill. DM und Hessen 596,7 Mill. DM, die zuvor bei den betreffenden Ländern ausgewiesen wurden.

## Anhang

1. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommalkreditinstitute Ende Dezember 1955

a) Pfandbriefe

— 1 000 DM —

Lfd. Nr. des Instituts	Name der Anstalten	Pfandbriefe gem. § 6 des Hypothekendarlehenbankgesetzes v. 13.7.1899 <sup>1)</sup> , §§ 1 u. 14 des Pfandbriefgesetzes v. 21.12.1927 <sup>2)</sup> , § 6 des Schiffsbankgesetzes v. 14.8.1933 <sup>3)</sup> u. § 2 des Altsparergesetzes v. 14.7.1953 <sup>4)</sup>										Ersatzdeckung (Wertpapiere, Ausgleichsforderungen, Geld)
		Inhaber-Pfandbriefe (nach dem 20.6.1948 ausgegeben)			Pfandbriefe aus dem Altgeschäft <sup>5)</sup> (einschl. gekündigte und verlorene)	Pfandbriefe nach dem Altsparergesetz	Hinterlegte Namenspfandbriefe <sup>6)</sup>	Pfandbriefe insgesamt	Deckung		4 1/2%ige Ausgleichsforderungen <sup>8)</sup> , Deckungsforderungen <sup>9)</sup> und Erstattungsansprüche gegen den Bund <sup>10)</sup>	
		5%	5 1/2%	6 bis 7 1/2%					4%	4%		
1	Bayerische Handelsbank, München	89 800	23 200	12 750	23 920	12 662	13 807	176 139	123 541	19 519	40 389	
2	Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank, München	355 100	148 396	114 393	74 126 <sup>11)</sup>	39 893	93 693	825 601	654 767	73 180	113 851	
3	Bayerische Landwirtschaftsbank, München	68 800	20 427	23 485	4 573	3 308	26 962	147 555	118 181	3 308	28 050	
4	Bayerische Vereinsbank, München	156 099	130 072	81 215	26 398 <sup>12)</sup>	24 504	52 216	470 504	401 233	31 509	40 340	
5	Braunschweig-Hannoversche Hyp. bank, Hannover	54 950	23 105	22 949	12 687	5 869	8 327	127 887	108 020	10 264	10 234	
6	Deutsche Centralbodenkredit-Anstalt, Berlin-Köln <sup>13)</sup>	220 500	50 000	56 222	119 306 <sup>14)</sup>	29 240	27 671	502 939	291 641	98 834	116 073	
7	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank A.G., Hamburg-Berlin <sup>13)</sup>	25 000	39 889	29 464	7 877	296	23 655	126 181	74 750	7 128	48 084	
8	Deutsche Hypothekenbank, Bremen	136 045	29 333	17 198	45 718 <sup>15)</sup>	11 080	19 464	258 838	177 707	51 585	40 469	
9	Deutsche Hypothekenbank (Act.-Ges.), Berlin-Hannover <sup>13)</sup>	13 000	22 687	53 474 <sup>17)</sup>	11 182	2 588	32 593	135 524	99 792	12 333	28 722	
10	Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A.G., Wiesbaden <sup>16)</sup>	—	—	—	2 729 <sup>18)</sup>	—	—	2 729	1 125	1 604	—	
11	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt/M.	189 900	35 000	47 478	32 335 <sup>19)</sup>	15 798	51 158	371 669	258 882	28 154	89 986	
12	Hypothekenbank in Hamburg, Hamburg	64 000	17 819	24 782	22 228	8 236	16 602	153 667	119 705	12 940	23 364	
13	Lübecker Hypothekenbank A.G., Lübeck	13 135	10 220	559	1 250	577	1 384	27 125	21 556	631	6 402	
14	Mecklenburg. Hyp.- und Wechselbank, Lübeck <sup>16)</sup>	—	—	—	4 143 <sup>20)</sup>	364	—	4 507	1 324	2 370	1 038	
15	Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen	112 200	48 985	27 235	16 470	7 251	10 101	222 242	166 621	11 214	47 707	
16	Rheinische Hypothekenbank, Mannheim	121 000	46 000	36 955	37 768	17 031	17 872	276 626	178 039	34 010	66 660	
17	Rheinisch-Westfälische Boden-Creditbank, Köln	126 803 <sup>21)</sup>	55 008	23 848	19 280	11 089	12 137	248 165	172 307	22 011	59 603	
18	Sächsische Bodencreditanstalt, Köln <sup>13)</sup>	—	—	—	47 110 <sup>22)</sup>	—	—	47 110	10 360	36 758	84	
19	Süddeutsche Bodencreditanstalt, München	117 770	24 110	38 981	31 903	14 526	21 341	248 631	195 204	30 127	35 944	
20	Thüringische Landes-Hypothekenbank A.G., Hagen/Westf. <sup>16)</sup>	—	—	—	4 687	343	—	5 030	2 690	1 989	564	
21	Vereinsbank in Nürnberg, Nürnberg	32 445	21 960	15 531	7 842	5 620	9 982	93 380	71 965	9 082	26 566	
22	Westdeutsche Bodencreditanstalt, Köln	99 959	37 979	17 622 <sup>23)</sup>	18 873 <sup>24)</sup>	6 713	13 971	195 117	171 217	7 191	16 973	
23	Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart	155 900	30 000	80 865	13 794	7 250	21 272	309 081	247 954	10 450	55 440	
24	Württembergischer Kreditverein A.G., Stuttgart	50 000	30 915	38 338	8 458	4 016	21 616	153 343	136 227	7 077	10 601	
Hypothekenbanken zusammen		2 202 406	845 105	763 344	594 657	228 254	495 824	5 129 590	3 805 008	523 268	907 144	
25	Deutsche Schiffahrtbank A.G., Bremen	1 500	20 000	32 544	—	—	90 597	144 641	140 223	—	4 570	
26	Deutsche Schiffsbekleidungsbank A.G., Hamburg	4 500	10 000	10 000	729	—	51 671	76 900	76 121	—	2 000	
27	Deutsche Schiffskreditbank A.G., Duisburg	8 000 <sup>25)</sup>	10 000	7 023	1 076	203	20 508	46 810	46 202	742	760	
28	Deutsche Schiffspandbriefbank A.G., Berlin-Bremen <sup>16)</sup>	—	—	—	595	—	—	595	7	359	300	
29	Schiffshypothekenbank zu Lübeck A.G., z.Zt. Kiel	—	19 993	28 760	—	—	64 543	113 296	117 026	—	—	
Schiffspandbriefbanken zusammen		14 000	59 993	78 327	2 400	203	227 319	382 242	379 569	1 101	7 630	
30	Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale —, Mannheim	40 000	18 360	25 032	1 154	241	9 129	93 936	91 570	241	10 200	
31	Badische Landescreditanstalt, Karlsruhe	41 996	15 000	14 813	—	—	11 128	82 937	104 370	—	—	
32	Bayerische Gemeindebank — Girozentrale —, München	—	35 000	26 616	—	—	2 939	64 555	51 225	9 000	22 280	
33	Berliner Hypothekenbankverein — Stadtschaft —, Berlin	—	—	—	1 442	184	—	1 626	465	1 161	—	
34	Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig	40 000	15 000	17 378	5 701	2 389	17 969	98 437	101 329	—	—	
35	Braunschw. ritterschaftl. Kreditverein, Wolfenbüttel	500	—	—	387	—	4 060	4 947	5 203	—	—	
36	Bremenscher ritterschaftl. Kreditverein, Stade	1 000	500	505	219	153	2 009	4 386	4 338	166	35	
37	Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'scher ritterschaftlicher Kreditverein, Hannover	3 000	—	1 364	496	574	2 702	8 136	8 783	673	—	
38	Central-Landschaft für die Preussischen Staaten Berlin, Verwaltungsstelle Lüneburg, Lüneburg	—	—	—	5 357	1 592	—	6 949	872	5 980	97	
39	Das Berliner Pfandbrief-Amt (Berliner Stadtschaft), Berlin	5 000	10 000	14 933	11 227	1 413	1 500	44 073	18 620	8 961	16 900	
40	Deutsche Landesrentenbank, Bonn-Berlin <sup>16)</sup>	20 455 <sup>26)</sup>	—	—	25 020 <sup>27)</sup>	1 625	—	47 100	10 753	17 718	19 884	
41	Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden-Berlin <sup>13)</sup>	236 700	141 511 <sup>28)</sup>	48 542	21 402	11 101	28 930	488 187	401 883	24 089	70 657	
42	Die General-Landschafts-Direktion der Westfälischen Landschaft, Münster	4 930	2 990	5 325	1 400	770	8 017	23 432	20 790	770	1 940	
43	Hamburgische Landesbank — Girozentrale —, Hamburg	75 000	20 000	21 623	3 793	—	6 118	126 534	154 198	—	—	
44	Hannoversche Landescreditanstalt, Hannover	20 000	—	73 002	9 859	4 005	25 327	132 193	135 688	4 346	1 610	
45	Hessische Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt/M.	56 500	35 000	11 130	1 086	21 480	23 216	148 412	154 839	9 473	13 652	
46	Landesbank für Westfalen — Girozentrale —, Münster/Westf.	207 000	69 595	18 686	3 103	2 107	16 945	317 436	273 313	3 457	48 697	
47	Landesbank und Girozentrale, Kaiserslautern	14 974	4 999	1 807	—	—	1 840	23 620	20 589	—	6 269	
48	Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, Kiel	19 728	13 169	17 626	2 190	—	12 199	64 912	52 796	—	21 974	
49	Märkische Landschaft, Berlin	—	—	—	694	—	—	694	—	400	294	
50	Preussische Zentralstadtschaft Berlin, Verwaltungsstelle Ahrensburg, Ahrensburg <sup>16)</sup>	—	—	—	10 277	2 802	—	13 079	2 837	10 242	—	
51	Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf	207 500	100 000	9 110	3 700	1 846	26 501	348 657	324 825	1 846	49 000	
52	Ritterschaftl. Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg in Celle, Celle	3 000	—	7 081	182	—	7 040	17 303	15 897	—	1 500	
53	Schleswig-Holsteinische Landschaft, Kiel	3 355	—	7 478	6 377	2 346	8 048	27 604	26 249	2 919	—	
54	Staatl. Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, Bremen	73 643	25 000	14 085	6 220	1 214	15 376	135 538	145 186	2 315	—	
55	Stadtschaft für Niedersachsen, — Wohnungs-Kreditanstalt —, Hannover	59 600	20 000	7 601	—	—	16 885	104 086	102 000	—	2 142	
56	Württembergische Girozentrale — Württ. Landes-kommunalbank —, Stuttgart	—	—	—	—	—	511	511	461	404	—	
57	Württembergische Landescreditanstalt, Stuttgart	31 000	39 998	20 865	2 989 <sup>29)</sup>	935	12 447	108 234	136 320	935	—	
Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten zusammen		1 164 881	566 142	364 602	124 275	56 777	260 836	2 537 514	2 367 399	105 098	287 131	

1) In der Fassung vom 29.3.1930. — 2) In der Fassung vom 30.9.1931. — 3) In der Fassung vom 8.4.1943. — 4) In Verbindung mit § 8 der 1. DVO zum Altsparergesetz. — 5) Vor dem 21.6. 1948 ausgegebene auf DM umgestellte Pfandbriefe. — 6) Als Sicherheit für aufgenommenen Darlehen nach dem 20.6.1948 hinterlegte Namenspfandbriefe. — 7) Bei Schiffspandbriefbanken. Schiffshypotheken. — 8) Einschluß der Ansprüche auf Gewährung von Ausgleichsforderungen gegen den Bund nach § 54 des Umstellungsergänzungsgesetzes vom 21.9.1953. — 9) Deckungsforderungen des Ausgleichsfonds nach § 19 des Altsparergesetzes. — 10) Erstattungsansprüche gegen den Bund auf Grund der §§ 32 und 34 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24.8.1953. — 11) Darunter 1 TDM im Ausland ausgegebene 7%ige und 19 218 TDM im Ausland ausgegebene 4 7/8%ige Pfandbriefe. — 12) Darunter 9 TDM im Ausland ausgegebene Pfandbriefe. — 13) Die Angaben betreffen den Geschäftsbereich im Bundesgebiet und in Berlin (West). — 14) Darunter 12 631 TDM im Inland ausgegebene 4 1/2%ige Pfandbriefe und 598 TDM im Ausland ausgegebene 5 1/2%ige Pfandbriefe. — 15) Darunter 12 TDM im Ausland ausgegebene 4 1/2%ige und 155 TDM im Ausland ausgegebene 5 1/2%ige Pfandbriefe. — 16) Die Angaben betreffen nur den Geschäftsbereich des verlagerten Instituts im Bundesgebiet. — 17) Darunter 4 975 TDM 8%ige Pfandbriefe. — 18) Darunter 181 TDM 4 1/2%ige Pfandbriefe. — 19) Darunter 32 TDM im Ausland ausgegebene 4%ige und 62 TDM im Ausland ausgegebene 5 1/2%ige Pfandbriefe. — 20) Darunter 520 TDM im Inland ausgegebene 4 1/2%ige und 23 TDM im Ausland ausgegebene 5 1/2%ige Pfandbriefe. — 21) Darunter 3 TDM verlorene und gekündigte Pfandbriefe. — 22) Darunter 2 650 TDM im Inland ausgegebene 4 1/2%ige Pfandbriefe. — 23) Darunter 9 936 TDM 8%ige Pfandbriefe. — 24) Darunter 93 TDM im Ausland ausgegebene 5 1/2%ige Pfandbriefe. — 25) Darunter 950 TDM 3%ige Schiffspandbriefe. — 26) Landesrentenbriefe. — 27) Darunter 24 100 TDM Landesrentenbriefe und 903 TDM 4 1/2%ige Liquidationsgoldrentenbriefe. — 28) Darunter 6 TDM 5 1/2%ige Pfandbriefe. — 29) Darunter 9 TDM im Ausland ausgegebene 4 1/2%ige Pfandbriefe.

noch: 1. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende Dezember 1955

b) Kommunalobligationen

— 1 000 DM —

Lfd. Nr. des Instituts	Name der Anstalten	Kommunalobligationen (Schuldverschreibungen) gemäß § 41 des Hypothekendarlehensgesetzes vom 13.7.1899 <sup>1)</sup> , § 7 des Pfandbriefgesetzes vom 21.12.1927 <sup>2)</sup> und § 2 des Altspargengesetzes vom 14.7.1953 <sup>3)</sup>									
		Inhaber-Kommunalobligationen (nach dem 20.6.1948 ausgegeben)			Kommunalobligationen aus dem Altgeschäft <sup>4)</sup> (einschl. gekündigte und verlorste)	Kommunalobligationen nach dem Altspargengesetz	Hinterlegte Namens-kommunalobligationen <sup>5)</sup>	Kommunalobligationen insgesamt	Deckung		Ersatzdeckung (Wertpapiere, Ausgleichsforderungen, Geld)
		5 %	5 ½ %	6 bis 7 ½ %	4 %	4 %	verschiedene Zinssätze	Kommunal-darlehen	4 ½ %ige Ausgleichsforderungen <sup>6)</sup> , Deckungsforderungen <sup>7)</sup> und Erstattungsansprüche gegen den Bund <sup>8)</sup>		
1	Bayerische Handelsbank, München	—	13 000	9 000	864	—	—	22 864	15 248	6	8 631
2	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München	—	20 000	34 016	10	—	5 204	59 230	54 759	170	4 800
3	Bayerische Landwirtschaftsbank, München	—	1 600	4 345	—	—	2 755	8 700	8 693	—	240
4	Bayerische Vereinsbank, München	—	30 262	35 593	1 904	—	2 250	70 009	49 208	1 043	20 485
5	Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Hannover	10 000	15 400	4 430	2 275	—	2 000	34 105	26 621	—	8 153
6	Deutsche Centralbodenkredit-Aktienges., Berlin-Köln <sup>9)</sup>	60 000	—	43 849	20 484	4 177	8 000	136 510	116 051	13 056	11 012
7	Deutsche Genossenschafts Hypothekenbank A.G., Hamburg-Berlin <sup>9)</sup>	—	24 748	23 398	644	—	—	48 790	45 826	235	3 100
8	Deutsche Hypothekenbank, Bremen	34 988	19 605	7 611 <sup>10)</sup>	14 216 <sup>11)</sup>	1 795	4 421	82 636	87 746	32	12
9	Deutsche Hypothekenbank (Act.-Ges.), Berlin-Hannover <sup>9)</sup>	—	7 500	42 634	1 586	—	1 500	53 220	52 033	602	1 584
10	Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A.G., Wiesbaden <sup>12)</sup>	—	—	—	1 883	—	—	1 883	570	1 276	49
11	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt/Main	60 000	20 500	33 510	3 977	—	5 100	123 087	119 493	580	5 000
12	Hypothekenbank in Hamburg, Hamburg	10 000	15 000	13 327	124	—	3 500	41 951	35 410	1 000	5 630
13	Lübecker Hypothekenbank A.G., Lübeck	4 313	4 000	—	—	—	4 300	12 613	12 401	—	500
14	Mecklenb. Hypotheken- u. Wechselbank, Lübeck <sup>12)</sup>	—	—	—	198 <sup>13)</sup>	—	—	198	198	—	—
15	Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen	25 000	24 305	14 678	760	—	2 133	66 876	68 668	—	—
16	Rheinische Hypothekenbank, Mannheim	25 000	—	12 052	6 683	—	3 500	47 235	29 544	2 645	15 557
17	Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln	15 000	58 228	9 000	3 016	668	—	85 912	85 061	2 029	5
18	Sächsische Bodencreditanstalt, Köln <sup>12)</sup>	—	—	—	7 747	—	—	7 747	317	7 345	178
19	Süddeutsche Bodencreditbank, München	—	23 900	16 865	1 055	—	2 500	44 320	36 230	—	9 320
20	Thüringische Landes-Hypothekenbank A.G., Hagen/Westf. <sup>12)</sup>	—	—	—	432	—	—	432	301	200	—
21	Vereinsbank in Nürnberg, Nürnberg	—	4 996	—	44	—	3 925	8 965	9 670	16	—
22	Westdeutsche Bodencreditanstalt, Köln	10 000	9 425	3 331	3 147	—	15 500	41 403	32 674	5 275	3 620
23	Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart	40 000	10 000	46 545	120	—	8 500	105 165	104 100	1 340	—
24	Württembergischer Kreditverein A.G., Stuttgart	—	10 000	10 800	—	—	—	20 800	19 675	—	1 200
	<b>Hypothekenbanken zusammen</b>	<b>294 301</b>	<b>312 469</b>	<b>364 984</b>	<b>71 169</b>	<b>6 640</b>	<b>75 088</b>	<b>1 124 651</b>	<b>1 010 497</b>	<b>36 850</b>	<b>99 076</b>
30	Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale —, Mannheim	15 000	5 516	43 747	743	—	47 661	112 667	125 923	—	—
31	Badische Landeskreditanstalt, Karlsruhe	—	—	—	—	—	559	559	600	—	—
32	Bayerische Gemeindebank — Girozentrale —, München	95 484	47 236	35 586 <sup>14)</sup>	3 435	773	114 061	296 575	310 549	774	—
35	Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig	13 998	15 000	15 289	726	—	10 367	55 380	56 256	—	—
38	Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'scher ritterschaftl. Kreditverein, Hannover	—	—	—	—	—	70	70	70	—	—
41	Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, Berlin-Düsseldorf <sup>9)</sup>	10 000	100 000	44 749	11 825 <sup>15)</sup>	3 411	—	169 985	167 707	9 320	—
43	Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden-Berlin <sup>9)</sup>	59 998	35 187 <sup>16)</sup>	9 852	5 377	2 465	14 249	127 128	103 626	3 660	20 865
45	Hamburgische Landesbank — Girozentrale —, Hamburg	—	—	10 994	—	—	77 679	88 673	116 477	—	—
46	Hannoversche Landeskreditanstalt, Hannover	—	184 <sup>17)</sup>	—	—	—	28 925	29 109	35 371	—	—
47	Hessische Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt/Main	33 500	20 000	43 114	179	5 226	84 601	186 620	265 785	—	—
48	Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehns-Kasse, Berlin	—	—	—	2 398 <sup>18)</sup>	—	—	2 398	39	—	2 359
49	Landesbank für Westfalen — Girozentrale —, Münster/Westf.	83 147	110 607	53 901	2 768	—	140 036	390 459	418 567	—	—
50	Landesbank und Girozentrale, Kaiserslautern	—	14 997	3 652	—	—	18 091	36 740	41 737	—	—
51	Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, Kiel	9 729	8 006	24 000	1 510	—	69 405	112 650	112 650	—	—
53	Niedersächsische Landesbank — Girozentrale —, Hannover	35 000	20 000	34 000	5 543	1 185	82 091	177 819	199 831	1 185	—
55	Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf	150 000	155 000	54 200	4 701	—	165 123	529 024	654 718	—	—
56	Ritterschaftliches Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg in Celle, Celle	—	—	—	—	—	23	23	300	—	—
57	Schleswig-Holsteinische Landschaft, Kiel	—	—	—	—	—	300	300	300	—	—
58	Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, Bremen	18 000	30 000	37 454	2 603	—	87 103	175 160	186 964	—	—
60	Württembergische Girozentrale — Württ. Landes-kommunalbank —, Stuttgart	30 000	50 000	56 766	844	—	38 730	176 340	198 501	—	—
61	Württembergische Landeskreditanstalt, Stuttgart	—	—	—	—	—	10 761	10 761	22 152	—	—
	<b>Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten zusammen</b>	<b>554 040</b>	<b>611 549</b>	<b>467 304</b>	<b>42 652</b>	<b>13 060</b>	<b>989 835</b>	<b>2 678 440</b>	<b>3 017 846</b>	<b>14 939</b>	<b>23 224</b>
65	Außerdem: Umschuldungsverband deutscher Gemeinden, Hamburg	—	—	—	96 130	—	—	96 130	17 864	24 534	53 732

1) In der Fassung vom 29.3.1930. — 2) In der Fassung vom 30.9.1931. — 3) In Verbindung mit § 8 der 1. DVO zum Altspargesetz. — 4) Vor dem 21.6.1948 ausgegebene auf DM umgestellte Kommunalobligationen. — 5) Als Sicherheit für aufgenommene Darlehen nach dem 20.6.1948 hinterlegte Namenskommunalobligationen. — 6) Einschl. der Ansprüche auf Gewährung von Ausgleichsforderungen gegen den Bund nach § 54 des Umstellungsergänzungsgesetzes vom 21.9.1953. — 7) Deckungsforderungen gegen den Ausgleichsfonds nach § 19 des Altspargesetzes. — 8) Erstattungsansprüche gegen den Bund auf Grund der §§ 32 und 34 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24.8.1953. — 9) Die Angaben betreffen den Geschäftsbereich im Bundesgebiet und in Berlin (West). — 10) Darunter 3 961 TDM 8%ige Kommunalobligationen. — 11) Darunter 3 844 TDM im Ausland ausgegebene 4 1/2%ige Kommunalobligationen. — 12) Die Angaben betreffen nur den Geschäftsbereich des verlagerten Instituts im Bundesgebiet. — 13) Darunter 1 TDM im Inland ausgegebene 4 1/2%ige Kommunalobligationen. — 14) Darunter 1 050 TDM 7%ige Kommunalobligationen. — 15) Vorläufige Zahlen. — 16) Darunter 4 000 TDM 5 1/2%ige Kommunalobligationen. — 17) 3 1/2%ige Ablösungsschuldverschreibungen. — 18) Darunter 749 TDM 5%ige Kommunalobligationen.

noch: 1. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende Dezember 1955

c) Sonstige Schuldverschreibungen

Lfd. Nr. des In- stituts	Name der Anstalten	Sonstige Schuldverschreibungen							Ersatz deckung
		Wertpapierart	Zinssatz	Valuta	Betrag in 1 000 "		Deckung		
					der Währungs- einheit	DM "	Darlehen	4 ½ %ige Aus- gleichs- forderun- gen, Deckungs- forderun- gen 1) und Erstat- tungsan- sprüche gegen den Bund 2)	
33	Bayerische Landesbodenkreditanstalt, München	Landesbodenbriefe desgl. desgl. Schuldbuchforderungen desgl. desgl. Landesbodenbriefe desgl. desgl. Landesbodenbriefe n.d. Altsparengesetz Landeskulturrentenbriefe Schuldbuchforderungen	5 % 5 ½ % 6 % 5 % 8 % versch. 5 % 5 ½ % 6 % 4 % 4 % 4 %	DM DM DM DM DM DM DM DM DM RM/DM RM/DM	91 440 64 417 68 445 8 560 125 67 170 2 500 5 500 6 000 829 2 074 1 377	91 440 64 417 68 445 8 560 125 <sup>3)</sup> 67 170 <sup>4)</sup> 2 500 <sup>5)</sup> 5 500 <sup>5)</sup> 6 000 <sup>5)</sup> 829 2 074 <sup>6)</sup> 1 377 <sup>6)</sup>	397 771	884	-
38	Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildes- heim'scher ritterschaftl. Kreditverein, Hannover	Schuldbuchforderungen	4 %	RM/DM	333	333 <sup>6)</sup>	333	-	-
41	Deutsche Girozentrale - Deutsche Kom- munalbank -, Berlin-Düsseldorf <sup>7)</sup>	Auslands-Anleihe desgl.	6 % 7 %	US-\$ US-\$	1 598 2 024	6 710 <sup>6)</sup> <sup>8)</sup> 8 502 <sup>6)</sup> <sup>8)</sup>	15 212	-	-
42	Deutsche Landesrentenbank, Bonn - Berlin <sup>9)</sup>	Gutscheine zu verlostten Liquidations- goldrentenbriefen Schuldverschreibungen im Rahmen der Bodenreformentschädigung desgl.	- 3 ½ % 5 %	RM/DM DM DM	1 300 13 306 10 000	1 300 <sup>6)</sup> 13 306 10 000	- - -	- - -	-
46	Hannoversche Landeskreditanstalt, Hannover	Bodenkultur-Schuldverschreibungen desgl. desgl.	5 % 6 % 7 %	DM DM DM	2 000 4 336 5 000	2 000 <sup>11)</sup> 4 336 <sup>11)</sup> 5 000	11 336	-	-
47	Hessische Landesbank - Girozentrale -, Frankfurt a.M.	Amerikaanleihe	7 %	US-\$	368	1 546 <sup>6)</sup> <sup>10)</sup>	744	-	803
49	Landesbank für Westfalen - Girozentrale - Münster/Westf.	Amerikaanleihe	4 ½ %	US-\$	59	246 <sup>6)</sup> <sup>10)</sup>	-	-	-
55	Rheinische Girozentrale u. Provinzialbank, Düsseldorf	Annuitätenanleihe Landw. Umschuldungsanleihe	4 % 6 ½ %	hfl. US-\$	1 846 46	2 040 <sup>6)</sup> 193 <sup>6)</sup>	- -	- -	-
60	Württembergische Girozentrale - Würtbg. Landeskommunalbank -, Stuttgart	Landw. Umschuldungsanleihe	6 ½ %	US-\$	51	216 <sup>6)</sup>	4	212	-
62	Zentrale für Bodenkulturbankkredit, Frankfurt a.M. <sup>9)</sup> Außerdem:	Bodenkulturbankkreditbriefe	4 %	RM/DM	355	355 <sup>6)</sup>	41	63	288
63	Deutsche Rentenbank - Kreditanstalt - (Landw. Rentenbank), Frankfurt a.M. <sup>9)</sup>	Landeskulturbankkreditbriefe desgl. Agrarkreditbriefe RM-Schuldverschreibungen Schuldverschreibungen nach dem Altsparengesetz Amerikaanleihe desgl. desgl. Meliorations-Auslandsanleihe	4 % 4 ½ % 4 % 4 % 4 % 4 % 4 ½ % 5 ¼ % 4 %	RM/DM RM/DM RM/DM RM/DM RM/DM US-\$ US-\$ US-\$ sfrs.	4 471 3 085 3 581 2 772 5 225 179 6 871 2 005 758	4 471 <sup>6)</sup> <sup>10)</sup> 3 085 <sup>6)</sup> <sup>10)</sup> 3 581 <sup>6)</sup> <sup>10)</sup> 2 772 <sup>6)</sup> <sup>10)</sup> 5 225 <sup>6)</sup> 752 <sup>6)</sup> 28 860 <sup>6)</sup> 8 422 <sup>6)</sup> 728 <sup>6)</sup>	3 480	55 747	1 498
64	Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a.M.	Landwirtschaftsbriefe desgl. desgl. desgl. Hinterlegte Namensschuldverschreibungen desgl. desgl. Übernommene Verpflichtungen aus den Ab- lösungsschuldverschreibungen der Deut- schen Rentenbank	6 % 6 ½ % 7 % 7 ½ % 6 % 6 ½ % 7 % 4 %	DM DM DM DM DM DM DM RM/DM	30 000 20 000 20 000 30 000 6 300 500 650 6 618	30 000 <sup>11)</sup> 20 000 20 000 30 000 6 300 500 650 6 618 <sup>6)</sup> <sup>11)</sup>	117 045	-	596

1) Deckungsforderungen gegen den Ausgleichsfonds nach § 19 des Altspargengesetzes. — 2) Erstattungsansprüche gegen den Bund auf Grund der §§ 32 und 34 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24.8.1953. — 3) Nicht wandelbar. — 4) Nicht wandelbare Schuldbuchforderungen als Sicherheit für aufgenommene Darlehen. — 5) Als Sicherheit für aufgenommene Darlehen hinterlegt. — 6) Altgeschäft. — 7) Die Angaben betreffen den Geschäftsbereich im Bundesgebiet und in Berlin (West). — 8) Vorläufige Zahlen. — 9) Die Angaben betreffen nur den Geschäftsbereich des verlagerten Instituts im Bundesgebiet. — 10) Geschätzt. — 11) Darunter 272 TDM ausgeloste Stücke.

## 2. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommalkreditinstitute Ende Dezember 1938

### a) Pfandbriefe <sup>1)</sup>

— 1 000 RM —

Lfde. Nr. des Insti- tuts	Name der Anstalten	Pfandbriefe gemäß § 1 des Pfandbriefgesetzes vom 21. Dezember 1927, § 6 des Hypothekendarbankgesetzes vom 13. Juli 1899 und § 6 des Gesetzes über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) vom 14. August 1933											
		gekündigte bzw. verloste	4 %	4 ½ %	5 %	5 ½ %	6 %	6 ½ %	7 %	Gesamt	In das Re- gister ein- getragene Hypo- theken	Davon Auf- wertung	Sonstige Deckung
1	Deutsche Rentenbank - Kreditanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Central - Landschaft für die Preussischen Staaten	2	7 727	87 799	—	39 000	—	—	—	13 452	139 995	39 124	—
3	Ostpreussische Landschaft	63	—	177 028	—	38 117	213	—	—	215 421	229 808	40 688	448
4	Pommersche Landschaft	4	—	76 885	—	22 011	—	—	—	98 900	98 896	22 011	—
5	Märkische Landschaft	—	—	8 242	—	1 044	—	—	—	9 287	9 590	1 061	156
6	Kur- und Neumärkische Ritterschaftl. Darlehns-Kasse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Schlesische Landschaft	82	12 980	96 171	—	44 652	—	—	—	153 886	165 984	46 119	3 305
8	Schleswig - Holsteinische Landschaft	—	—	98 029	—	—	—	—	—	98 029	98 647	—	—
9	Landschaft der Provinz Sachsen	42	5 163	164 691	—	17 239	—	—	—	187 134	186 311	17 248	3 986
10	Landschaft der Provinz Westfalen	144	754	33 265	—	9 446	—	—	—	43 610	46 483	10 118	—
11	Landschaftlicher Kreditverband für die Prov. Schleswig - Holstein	—	1 430	28 672	—	2 708	—	—	—	32 809	33 111	2 741	—
12	Landständische Bank des Ehem. Sächs. Markgraftums Oberlausitz	1	—	31 063	3 407	—	—	—	—	34 471	34 622	—	—
13	Landwirtschaftlicher Kreditverein Sachsen, Dresden	—	—	68 476	—	—	21 338	—	—	89 814	97 080	25 796	—
14	Erbbländischer Ritterschaftl. Creditver- ein in Sachsen, Leipzig	35	—	27 175	—	—	8 633	—	—	35 843	36 146	8 723	—
15	Mecklenburgischer Ritterschaftlicher Kreditverein, Rostock	8	186	11 047	—	3 014	—	—	—	14 255	14 658	3 087	216
16	Mecklenburgische Landeshilfskasse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17	Bremenscher ritterschaftlicher Kredit- verein, Stade	49	47	3 680	—	1 270	—	—	—	5 046	5 009	1 267	48
18	Calenberg - Göttingen - Grubenhagen - Hildesheim'scher Ritterschaftl. Kreditverein in Hannover	—	—	5 275	—	—	—	—	—	5 275	5 866	—	—
19	Ritterschaftliches Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg in Celle	7	26	1 555	600	1 049	—	—	—	3 238	3 274	1 051	10
20	Braunschweigischer ritterschaftlicher Kreditverein, Wolfenbüttel	—	33	1 788	—	1 478	—	—	—	3 299	3 907	1 617	—
21	Preussische Zentralstadtschaft	83	—	263 132 <sup>2)</sup>	—	—	—	—	—	263 215	266 685	—	—
22	Stadtschaft der Provinz Brandenburg	139	—	—	—	2 681	—	—	—	2 820	3 531	3 531	—
23	Stadtschaft der Provinz Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Preussische Landespfandbriefanstalt	1	—	309 438	—	—	—	9 304	—	318 743	324 450	—	—
25	Sächsische Landespfandbriefanstalt	13	—	20 287	—	—	16	—	—	20 316	21 065	—	—
26	Berliner Pfandbrief - Amt	62	—	63 224	—	23 852	—	—	—	87 139	104 229	28 679	—
27	Berliner Hypothekendarbankverein, Stadtschaft	—	—	15 926	—	—	82 0	—	—	16 008	18 652	—	—
28	Leipziger Hypothekendarbankverein	—	—	1 540	—	—	—	—	—	1 540	1 541	6	—
29	Grundrenten- und Hypothekendarbank- Anstalt der Stadt Dresden	5	—	24 944	737	—	—	—	—	25 687	26 032	—	—
30	Grundrenten- und Hypothekendarbank- Anstalt der Stadt Dresden	2	—	5 797	558	—	—	—	—	6 357	6 403	—	55
31	Westfälisches Pfandbriefamt für Haus- grundstücke	—	—	28 243	—	—	—	—	—	28 243	29 380	—	—
32	Württembergische Landeskreditanstalt	5	—	39 066	—	—	—	—	1 933	41 004	76 419	—	—
33	Lippische Wohnungskreditanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Hamburgische Landesbank, Girozen- trale	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35	Braunschweigische Staatsbank (Leih- hausanstalt)	161	—	48 312	—	4 621	—	—	—	53 094	58 375	5 678	—
36	Thüringische Staatsbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Staatliche Kreditanstalt Oldenburg - Bremen	—	—	42 394	—	—	—	—	—	42 394	44 079	—	—
38	Hessische Landesbank	—	—	56 517	—	—	—	—	—	56 517	58 392	—	919
39	Lippische Landesspar- und Leihkasse (Landeskreditanstalt)	—	—	1 898	—	—	—	—	—	1 898	2 610	—	—
40	Deutsche Landesbankenzentrale	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
41	Zentrale für Bodenkulturrkredit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Hannoversche Landeskreditanstalt	197	2 784	116 756	—	—	—	—	—	119 736	129 150	—	—
43	Lauenburgische Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
44	Birkenfelder Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
45	Oldenburg - Lübecker Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
46	Schlesische Landeskreditanstalt	18	—	11 337	—	—	—	—	—	11 355	11 967	—	—
47	Hohenzollerische Landesbank Spar- und Leihkasse, Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
48	Niedersächsische Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
49	Landesbank der Provinz Schleswig - Holstein	—	—	8 885	—	—	—	—	—	8 885	9 544	—	—
50	Landesbank der Provinz Ostpreußen	—	—	15 683	—	—	—	—	—	15 683	17 753	—	—
51	Deutsche Girozentrale - Deutsche Kom- munalbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
52	Badische Kommunale Landesbank	3	—	16 120	—	—	—	—	—	16 123	18 997	—	—
53	Bayerische Gemeindebank (Girozentrl.), Öffentliche Bankanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
54	Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden	—	—	20 227	—	—	—	—	—	20 227	19 873	—	507
55	Rheinische Girozentrale und Provinzial- bank	40	—	36 461	—	—	35	—	—	36 535	39 587	—	—
56	Landesbank der Provinz Westfalen	—	—	15 593	—	—	—	—	—	15 593	16 814	—	66
57	Landesbankkommunalbank - Girozentrale für Hessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
58	Landeskreditkasse Kassel	56	—	62 391	—	19 663	—	—	—	82 109	81 954	22 861	8 453 <sup>3)</sup> 1 792
59	Mitteldeutsche Landesbank - Girozen- trale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
60	Nassauische Landesbank	—	—	84 000 <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	84 000 <sup>4)</sup>	97 030	—	—

1) Liquidations-, Mobilisierungs-, Reichsmark-, Goldmark- und Feingoldpfandbriefe. — 2) Davon 2 347 TRM Auslandpfandbriefe. — 3) Weitere Deckung für Pfandbriefe und Kommunalobligationen ohne Aufwertung. — 4) Zu diesem Betrage treten noch 2 284 TRM Goldpfandbriefe, die als Deckung für inzwischen bereits zurückgezahlte Dollaranleihe hinterlegt sind.



noch: 2. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende Dezember 1938

noch: a) Pfandbriefe <sup>1)</sup>

- 1 000 RM -

Lfd. Nr. des Instituts	Name der Anstalten	Pfandbriefe gemäß § 1 des Pfandbriefgesetzes vom 21. Dezember 1927, § 6 des Hypothekendarlehenbankgesetzes vom 13. Juli 1899 und § 6 des Gesetzes über Schiffspfandbriefbanken (Schiffbankgesetz) vom 14. August 1933											In das Register eingetragene Hypotheken	Davon Aufwertung	Sonstige Deckung
		gegründete bzw. verlorste	4 %	4 ½ %	5 %	5 ½ %	6 %	6 ½ %	7 %	Gesamt					
60	Provinzialbank Pommern (Girozentrale)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
61	Württ. Girozentrale-Württ. Landeskomunalbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
62	Sonstige Girozentralen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten einschl. Girozentralen ohne Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	1 221	31 129	2 229 010	5 303	231 846	30 317	9 304	1 933	2 540 061	2 693 896	281 403	24 001		
63	Allgemeine Bodenkreditbank	—	—	1 279	—	—	—	—	—	1 279	1 300	—	—	—	—
64	Bayerische Handelsbank	251	—	236 146	—	43 574	107	—	2 345	282 422	289 300	42 010	587	—	—
65	Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank	338	301	578 561	—	113 970	—	16 484	6 364	716 017	762 587	130 345	—	—	—
66	Bayerische Vereinsbank	3 014	—	339 809	2 947	47 619	—	1 566	3 008	397 962	407 644	53 005	—	—	—
67	Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank	104	—	77 122	—	22 148	—	—	—	99 374	101 668	22 225	—	—	—
68	Communal-Bank für Sachsen, Leipzig	—	—	18 843	—	—	16	—	—	18 859	19 402	—	275	—	—
69	Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft	1 818	12 652	800 927	—	164 208	—	3 120	13 192	995 917	1 009 833	164 492	10 139	—	—
70	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank A.G.	—	—	30 859	—	—	—	—	—	30 859	33 478	—	—	—	—
71	Deutsche Hypothekenbank (A.G.), Berlin	186	—	92 054	—	14 839	—	—	2 866	109 945	114 622	14 740	1 209	—	—
72	Deutsche Hypothekenbank in Weimar	2 216	—	357 069	—	44 617	—	—	2 712	406 613	417 101	47 122	215	—	—
73	Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A.G.	—	—	31 895	8 182 <sup>2)</sup>	—	—	—	—	40 077	43 964	—	—	—	—
74	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt a.M.	314	—	193 701	—	94 188	—	—	6 762	294 965	309 073	98 060	—	—	—
75	Hessische Landes-Hypothekenbank	307	—	—	—	8 067	—	—	—	8 374	9 531	9 531	202	—	—
76	Hypothekenbank in Hamburg	1 161	—	132 409	—	51 178	—	—	—	184 748	189 515	51 767	2 457	—	—
77	Hypothekenbank Saarbrücken	—	—	13 049	—	—	674	—	14	13 737	14 922	—	—	—	—
78	Lübecker Hypothekenbank A.G.	—	—	12 786	—	—	—	—	—	12 786	13 922	—	331	—	—
79	Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank	152	—	62 213	—	6 437	—	—	197	68 999	72 414	6 450	396	—	—
80	Mecklenburgische Kredit- und Hypothekenbank	1	—	2 894	—	692	—	—	—	3 587	3 995	808	181	—	—
81	Pfälzische Hypothekenbank	71	—	155 299	—	43 110	—	—	—	198 480	205 589	47 927	—	—	—
82	Rheinische Hypotheken-Bank	2 248	—	342 028	—	62 760	—	632	126	407 794	416 029	78 976	—	—	—
83	Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank	250	—	209 546	—	19 741	—	—	1 369	230 906	232 507	24 230	3 793	—	—
84	Sächsische Bodencreditanstalt	733	—	306 009	—	30 580	—	—	1 422	338 743	347 566	37 009	—	—	—
85	Süddeutsche Bodencreditbank	530	—	284 521	—	67 879	—	—	—	352 930	366 642	81 975	—	—	—
86	Thüringische Landes-Hypothekenbank A.G.	—	—	88 403	—	—	—	—	—	88 403	94 716	—	—	—	—
87	Vereinsbank in Nürnberg	224	—	56 873	—	38 488	—	—	—	95 585	99 457	40 311	—	—	—
88	Westdeutsche Bodencreditanstalt	1 140	—	151 030	—	11 584	—	—	295	164 049	169 108	12 749	98	—	—
89	Württembergische Hypothekenbank	1 200	—	147 913	—	19 214	—	—	1 720	170 046	177 354	19 349	—	—	—
90	Württembergischer Kreditverein, Aktiengesellschaft	—	—	105 541	—	—	—	—	—	105 541	107 642	—	—	—	—
	Summe der Hypotheken-Aktien-Banken	16 258	12 953	4 828 775	11 129	904 892	796	21 802	42 390	5 838 995	6 030 881	983 077	19 882		
	Außerdem:														
91	Bayerische Landwirtschaftsbank e.G.m.b.H.	217	712	87 269	—	10 181	—	—	708	99 086	99 903	14 048	—	—	—
92	Frankfurter Baukassette A.G., Frankfurt a. Main	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
93	Hamburgische Baukassette Aktiengesellschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
94	Pfälzische Wirtschaftsbank, Gemeinnützige Aktiengesellschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
95	Sächsische Landeskulturrentenbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
96	Preußische Landesrentenbank	106	—	112 886	—	31 261	311	—	—	144 564	241 473	33 544	824	—	—
97	Bayerische Landeskulturrentenanstalt (alte)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Bayerische Landeskulturrentenanstalt (neuorganisierte)	—	—	18 526	—	—	—	—	—	18 526	13 507 <sup>3)</sup>	—	—	—	—
98	Deutsche Schiffspfandbriefbank Aktiengesellschaft, Berlin	—	1 673 <sup>4)</sup>	3 830	—	—	3	—	—	5 506	6 378	—	—	—	—
99	Deutsche Schiffskreditbank A.G., Duisburg	1	1 649 <sup>5)</sup> 5 000 <sup>6)</sup>	2 999	239	—	—	—	—	9 888	10 273	—	—	—	—
100	Deutsche Schiffsbekleidungs-Bank Akt.Ges., Hamburg	50	1 683 <sup>6)</sup> 5 000 <sup>6)</sup>	2 268	—	—	—	—	—	9 002	9 104	—	—	—	—
101	Umschuldungsverband deutscher Gemeinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
102	Deutsche Boden-Kultur-Aktiengesellschaft, Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
103	Deutsche Rentenbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe der sonstigen Anstalten	373	15 512	227 777	239	41 442	314	—	708	286 572	380 637	47 593	824		
	Ferner:														
	Danziger Hypothekenbank Akt.Ges. (in 1 000 Danziger Gulden)	—	32 315	13 533	—	—	—	—	—	45 848	47 306	—	—	—	—

1) Liquidations-, Mobilisierungs-, Reichsmark-, Goldmark- und Feingoldpfandbriefe. — 2) 4 ½ %ige Auslandspfandbriefe. — 3) Weitere Deckung siehe Fußnote 4, Seite 66. c) Sonstige Aufgaben. — 4) Davon 1 600 TRM 2 %ige und 78 TRM unverzinsliche Schuldverschreibungen. — 5) Davon 1 600 TRM 2 %ige und 49 TRM unverzinsliche Schuldverschreibungen. — 6) Davon 1 600 TRM 2 %ige und 85 TRM unverzinsliche Schuldverschreibungen.

b) Kommunalobligationen<sup>1)</sup>

— 1 000 RM —

Lfd. Nr. des Insti- tuts	Name der Anstalten	Kommunalobligationen (Schuldverschreibungen) gemäß § 7 des Pfandbriefgesetzes vom 21. Dezember 1927 und § 41 des Hypothekendarlehensgesetzes vom 13. Juli 1899									In das Re- gister ein- getragene Kommunal- darlehen	Davon Auf- wertung	Sonstige Deckung
		gekündigte bzw. verloste	4 %	4 ½ %	5 %	6 %	7 %	Gesamt					
1	Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Central-Landschaft für die Preussischen Staaten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	Ostpreussische Landschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Pommersche Landschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Märkische Landschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Kur- und Neumärkische Ritterschaftl. Darlehns-Kasse	—	4 366	22 335	12 290	—	—	38 990	26 700	—	12 462 <sup>2)</sup>	—	—
7	Schlesische Landschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Schleswig-Holsteinische Landschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9	Landschaft der Provinz Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Landschaft der Provinz Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Landschaftlicher Kreditverband für die Prov. Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Landständische Bank des Ehem. Sächs. Markgraftums Oberlausitz	—	—	618	1 662	—	—	2 280	2 955	2 566	—	—	—
13	Landwirtschaftlicher Kreditverein Sachsen, Dresden	—	—	14 320	19 001	—	—	33 321	51 146	34 523	—	—	—
14	Erbländischer Ritterschaftl. Creditverein in Sachsen, Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Mecklenburgischer Ritterschaftlicher Kreditverein, Rostock	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Mecklenburgische Landeshilfskasse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17	Bremenscher ritterschaftlicher Kreditverein, Stade	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'scher Ritterschaftl. Kreditverein in Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
19	Ritterschaftliches Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg in Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20	Braunschweigischer ritterschaftlicher Kreditverein, Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	Preussische Zentralstadtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Stadtschaft der Provinz-Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Stadtschaft der Provinz Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Preussische Landespfandbriefanstalt	—	—	47 077	—	—	—	47 077	51 490	—	—	—	—
25	Sächsische Landespfandbriefanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Berliner Pfandbrief-Amt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Berliner Hypothekendarlehensverein, Stadt-schaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28	Leipziger Hypothekendarlehensverein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Grundrenten- und Hypothekendarlehens-Anstalt der Stadt Dresden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Westfälisches Pfandbriefamt für Hausgrundstücke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31	Württembergische Landeskreditanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Lippische Wohnungskreditanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Hamburgische Landesbank, Girozentrale	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt)	2	—	8 250	1 119 <sup>3)</sup>	—	—	9 371	11 609	1 324	—	—	—
35	Thüringische Staatsbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen	—	—	10 753	—	—	—	10 753	12 025	—	—	—	—
37	Hessische Landesbank	—	—	6 899	—	—	—	6 899	25 000	—	—	—	—
38	Lippische Landesspar- und Leihkasse (Landeskreditanstalt)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
39	Deutsche Landesbankenzentrale	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40	Zentrale für Bodenkulturbankkredit	—	—	5 419	—	—	—	5 419	6 134	—	—	—	—
41	Hannoversche Landeskreditanstalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Lauenburgische Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Birkenfelder Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
44	Oldenburg-Lübecker Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
45	Schlesische Landeskreditanstalt	36	—	1 117	—	—	—	1 153	1 126	—	—	—	—
46	Hohenzollerische Landesbank Spar- und Leihkasse, Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
47	Niedersächsische Landesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
48	Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein	—	—	8 146	—	—	—	8 146	8 753	—	—	—	—
49	Landesbank der Provinz Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50	Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalbank	2 924	—	299 330	178 210 <sup>3)</sup>	23 887	27 796	532 147	553 924	181 505	—	—	—
51	Badische Kommunale Landesbank	—	—	15 111	—	—	—	15 111	15 149	—	1 295	—	—
52	Bayerische Gemeindebank (Giroztr.)	—	—	71 343	24 774 <sup>3)</sup>	—	—	96 117	100 718	26 920	—	—	—
53	Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden	1	—	94 933	—	—	—	94 934	93 812	—	2 957	—	—
54	Rheinische Girozentrale und Provinzialbank	—	—	92 284	—	—	9	92 297	102 705	—	—	—	—
55	Landesbank der Provinz Westfalen	—	—	71 447	—	—	—	71 447	35 322	—	45 826	—	—
56	Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen	30	—	41 328	—	—	—	44 430	46 927	—	—	—	—
57	Landeskreditkasse Kassel	—	—	16 083	—	—	3 073	16 083	17 768	—	1 214	—	—
58	Mitteldeutsche Landesbank-Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
59	Nassauische Landesbank	—	—	34 798	—	—	—	34 798	37 616	—	—	—	—
60	Provinzialbank Pommern (Girozentrale)	—	—	33 326	—	—	—	33 326	37 454	—	—	—	—
61	Württ. Girozentrale-Württ. Landeskommunalbank	—	—	7 281	—	—	—	7 281	7 165	—	—	—	—
62	Sonstige Girozentralen	—	—	279	—	—	—	279	— <sup>4)</sup>	—	—	—	—
63	Summe der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten einschl. Girozentralen ohne Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	2 993	4 366	902 482	237 055	23 897	30 869	1 201 660	1 245 498	246 837	63 755	—	—

1) Aufwertungs-, Reichsmark-, Goldmark- und Feingoldschuldverschreibungen. — 2) Davon 12 290 T RM Ersatzdeckung für die 5 %igen Abfindungsschuldverschreibungen. — 3) Ablösungsanleihe. — 4) Die Deckung für die Württ. Kommunalanleihe ist in "Darlehen an öffentl.-rechtl. Körperschaften" enthalten.

noch: 2. Nachweisung über den Umlauf und die Deckung der Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute Ende Dezember 1938

noch: b) Kommunalobligationen<sup>1)</sup>

- 1 000 RM -

Lfde. Nr. des Insti- tuts	Name der Anstalten	Kommunalobligationen (Schuldverschreibungen) gemäß § 7 des Pfandbriefgesetzes vom 21. Dezember 1927 und § 41 des Hypothekendarlehensgesetzes vom 13. Juli 1899									
		gekündigte bzw. verloste	4 %	4 ½ %	5 %	6 %	7 %	Gesamt	In das Re- gister ein- getragene Kommunal- darlehen	Davon Auf- wertung	Sonstige Deckung
63	Allgemeine Bodenkreditbank . . . . .	—	—	2 508	—	—	—	2 508	2 523	—	—
64	Bayerische Handelsbank . . . . .	119	—	2 210	1 392 <sup>2)</sup>	—	—	3 721	7 314	1 240	269
65	Bayerische Hypotheken- und Wechsel- Bank . . . . .	—	—	2 403	—	—	—	2 403	535	—	2 320
66	Bayerische Vereinsbank . . . . .	19	—	15 282	655 <sup>2)</sup>	—	—	15 955	19 729	1 794	—
67	Braunschweig-Hannoversche Hypotheken- bank . . . . .	1	—	29 865	—	—	—	29 865	31 886	—	—
68	Communal-Bank für Sachsen, Leipzig . . .	—	—	48 634	—	28	—	48 661	42 682	—	5 610
69	Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesell- schaft . . . . .	1 280	—	291 364	13 812 <sup>3)</sup>	—	—	306 456	327 517	14 043	8 000
70	Deutsche Genossenschafts-Hypotheken- bank A.G. . . . .	—	—	9 177	—	—	—	9 177	9 365	—	—
71	Deutsche Hypothekenbank (A.G.), Berlin .	10	—	19 916	—	—	—	19 926	21 621	—	588
72	Deutsche Hypothekenbank in Weimar . . .	36	—	105 202	—	—	4 294 <sup>4)</sup>	109 532	114 113	—	3 500
73	Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A.G. . . . .	—	—	3 565	—	—	—	3 565	3 616	—	532
74	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt a. M. . . . .	1	—	33 339	—	—	—	33 340	34 483	—	—
75	Hessische Landes-Hypothekenbank . . . .	56	—	—	2 463 <sup>5)</sup>	—	—	2 519	3 414	3 414	—
76	Hypothekenbank in Hamburg . . . . .	—	—	370	—	—	—	370	724	—	—
77	Hypothekenbank Saarbrücken . . . . .	—	—	2 330	—	—	—	2 330	2 338	—	—
78	Lübecker Hypothekenbank A.G. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
79	Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank . . . . .	—	—	5 331	—	—	—	5 331	5 161	—	512
80	Mecklenburgische Kredit- und Hypo- thekenbank . . . . .	—	—	214	—	—	—	214	254	—	—
81	Pfälzische Hypothekenbank . . . . .	—	—	7 710	—	—	—	7 710	7 202	—	882
82	Rheinische Hypotheken-Bank . . . . .	—	—	72 913	—	—	—	72 914	77 045	—	7 687
83	Rheinisch-Westfälische Boden-Credit- Bank . . . . .	—	—	34 881	—	—	—	34 881	34 814	—	1 615
84	Sächsische Bodencreditanstalt . . . . .	39	—	47 947	—	—	—	47 986	51 921	—	—
85	Süddeutsche Bodencreditbank . . . . .	—	—	13 818	—	—	—	13 818	16 213	—	—
86	Thüringische Landes-Hypothekenbank A.G. . . . .	—	—	15 993	—	—	—	15 993	20 201	—	—
87	Vereinsbank in Nürnberg . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
88	Westdeutsche Bodencreditanstalt . . . .	351	—	33 028	—	—	—	33 378	31 982	—	4 132
89	Württembergische Hypothekenbank . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
90	Württembergischer Kreditverein, Aktien- gesellschaft . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	<b>Summe der Hypotheken-Aktien-Banken</b>	<b>1 910</b>	<b>—</b>	<b>797 997</b>	<b>18 321</b>	<b>28</b>	<b>4 294</b>	<b>822 550</b>	<b>866 652</b>	<b>20 491</b>	<b>35 647</b>
	Außerdem:										
91	Bayerische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
92	Frankfurter Baukassa A.G., Frankfurt a. Main . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
93	Hamburgische Baukassa Aktiengesell- schaft . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
94	Pfälzische Wirtschaftsbank, Gemein- nützige Aktiengesellschaft . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
95	Sächsische Landeskulturrentenanstalt . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
96	Preußische Landeskulturrentenanstalt . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
97	Bayerische Landeskulturrentenanstalt (alte) . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Bayerische Landeskulturrentenanstalt (neuorganisierte) . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
99	Deutsche Schiffspfandbriefbank Aktiengesell- schaft, Berlin . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100	Deutsche Schiffskreditbank A.G., Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
101	Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank Akt.Ges., Hamburg . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
102	Umschuldungsverband deutscher Gemeinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
103	Deutsche Boden-Kultur-Aktiengesell- schaft, Berlin . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	<b>Summe der sonstigen Anstalten</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
	Ferner:										
	Danziger Hypothekenbank Akt. Ges. (in 1 000 Danz. Guld.) . . . . .	—	921	6 011	—	—	—	6 931	7 056	—	—

1) Aufwertungs-, Reichsmark-, Goldmark- und Feingoldschuldverschreibungen. — 2) 4 ½ %ige Aufwertungs-schuldverschreibungen. — 3) Davon 9 699 TRM 4 ½ %ige und 4 113 TRM 5 %ige Aufwertungs-schuldverschreibungen. — 4) 8 %ige Auslandsanleihen. — 5) 4 ½ %ige Aufwertungs-schuldverschreibungen.

c) Sonstige Angaben

Lfd. Nr. des Instituts	Name der Anstalten	Schuldverschreibungen				Darlehen in 1 000 RM			
		Zinsfuß v.H.	Valuta	Betrag in 1 000	Betrag in 1 000 RM	Hypothesen der D.R.B.K.A.	Sonstige Hypothesen	an öffentlich-rechtliche Körperschaften	Sonstige Darlehen
1	Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	4	\$	227	563	—	—	—	—
	"	4 ½	RM	130 145 <sup>1)</sup>	130 145	—	—	—	—
	"	6	\$	23 909	59 294	—	—	—	—
	"	6 ½	ffrs.	16 618	9 504	—	—	—	—
	"	7	\$	7 287	18 072	—	—	—	—
2	Central-Landschaft für die Preussischen Staaten	—	—	—	—	—	—	—	—
3	Ostpreussische Landschaft	—	—	—	—	66 840	10 995	—	—
4	Pommersche Landschaft	—	—	—	—	24 709	6 716	—	—
5	Märkische Landschaft	—	—	—	—	50 407	2 046	—	—
6	Kur- und Neumärkische Ritterschaftl. Darlehns-Kasse	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Schlesische Landschaft	—	—	—	—	62 081	5 733	—	—
8	Schleswig-Holsteinische Landschaft	—	—	—	—	57 764	843	—	—
9	Landschaft der Provinz Sachsen	—	—	—	—	36 880	1 192	—	—
10	Landschaft der Provinz Westfalen	—	—	—	—	16 081	597	—	—
11	Landschaftlicher Kreditverband für die Prov. Schleswig-Holstein	—	—	—	—	4 112	—	—	—
12	Landständische Bank des Ehem. Sächs. Markgraftums Oberlausitz	—	—	—	—	5 409	6 259	764	—
13	Landwirtschaftlicher Kreditverein Sachsen, Dresden	—	—	—	—	17 892	4 186	—	34 447.
14	Erbländischer Ritterschaftl. Creditverein in Sachsen, Leipzig	—	—	—	—	6 333	—	—	432
15	Mecklenburgischer Ritterschaftlicher Kreditverein, Rostock	—	—	—	—	13 663	1 770	—	9 910
16	Mecklenburgische Landeshilfskasse	—	—	—	—	1 032	375	—	—
17	Bremenscher ritterschaftlicher Kreditverein, Stade	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'scher Ritterschaftl. Kreditverein in Hannover	5 ½ gekünd.	GM	4 445 <sup>2)</sup> 18	4 445 18	1 109	2 978	1 904	5
19	Ritterschaftliches Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg in Celle	—	—	—	—	673	397	2	—
20	Braunschweigischer ritterschaftlicher Kreditverein, Wolfenbüttel	—	—	—	—	135	—	—	—
21	Preussische Zentralstadtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Stadtschaft der Provinz Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Stadtschaft der Provinz Hannover	—	—	—	—	—	1 860	—	821
24	Preussische Landespandbriefanstalt	—	—	—	—	—	18 113	—	—
25	Sächsische Landespandbriefanstalt	4 ½	RM	99	99	—	8 436 <sup>3)</sup>	—	—
	"	4 ¾	"	90	90	—	—	—	—
	"	5	"	141	141	—	—	—	—
	"	6	\$	255	632	—	—	—	—
	"	6 ½	"	487	1 207	—	—	—	—
	"	7	"	445	1 104	—	—	—	—
	"	gekünd.	"	289	717	—	—	—	—
26	Berliner Pfandbrief-Amt	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Berliner Hypothekenbankverein, Stadtschaft	—	—	—	—	—	719	—	—
28	Leipziger Hypothekenverein	—	—	—	—	—	55	—	—
29	Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden	—	—	—	—	—	374	—	—
30	Westfälisches Pfandbriefamt für Hausgrundstücke	—	—	—	—	—	—	—	—
31	Württembergische Landeskreditanstalt	4 ½	GM	5 910	5 910	—	107 353	—	12 713
32	Lippische Wohnungskreditanstalt	—	—	—	—	41	4 665	—	—
33	Hamburgische Landesbank, Girozentrale	—	—	—	—	—	21 928	2 610	7 856
34	Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt)	5	RM	2 186 <sup>4)</sup>	2 186	4 849	18 772	12 536	1 932
35	Thüringische Staatsbank	4 ½ gekünd.	GM	14 840 <sup>2)</sup> 42	14 840 42	5 999	14 840	—	9 621
36	Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen	5 ½	"	5 527 <sup>2)</sup> 497	5 527 497	16 813	26 192	22 242	12 458
37	Hessische Landesbank	4	—	—	—	5 757	11 438	—	15 525
38	Lippische Landesspar- und Leihkasse (Landeskreditanstalt)	—	—	—	—	1 948	2 526	978	—
39	Deutsche Landesbankenzentrale	4 ½	RM	1 521 <sup>5)</sup>	1 521	—	—	—	—
	"	4 ¾	"	11 783 <sup>5)</sup>	11 783	—	—	—	—
	"	6	\$	1 977	4 903	—	—	—	—
	"	6 ½	"	2 588	6 417	—	—	—	—
40	Zentrale für Bodenkulturrkredit	—	—	—	—	—	—	—	—
41	Hannoversche Landeskreditanstalt	5 ½ gekünd.	GM	13 449 <sup>2)</sup> 577	13 449 577	60 899	19 033	—	58 158
42	Lauenburgische Landesbank	—	—	—	—	—	1 405	—	—
43	Birkenfelder Landesbank	—	—	—	—	205	5 550	1 246	122
44	Oldenburg-Lübecker Landesbank	—	—	—	—	998	8 017	737	—
45	Schlesische Landeskreditanstalt	5	RM	971 <sup>4)</sup>	971	12 348	22 931	9 987	43 508
46	Hohenzollerische Landesbank Spar- und Leihkasse, Sigmaringen	3 ½	"	1 518	1 518	—	13 169	3 128	681
47	Niedersächsische Landesbank	4 ½ gekünd.	"	67 067 <sup>6)</sup> 113	67 067 113	10 572	2 029	130 148	—
	"	5	"	2 424 <sup>4)</sup>	2 424	—	—	—	—
48	Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein	4 ½	"	14 601	14 601	663	24 583	11 979	37 961
	"	5	"	317	317	—	—	—	—
	"	gekünd.	"	314	314	—	—	—	—
	"	5 ½	GM	133 <sup>2)7)</sup>	133	—	—	—	—
	"	gekünd.	"	1	1	—	10 <sup>7)</sup>	5 <sup>7)</sup>	104 <sup>7)</sup>
49	Landesbank der Provinz Ostpreußen	4 ½	RM	2 961	2 961	9 157	65 835	9 225	60 197
	"	5	"	7 410 <sup>4)</sup>	7 410	—	—	—	—
	"	gekünd.	"	364	364	—	—	—	—
50	Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank	—	—	—	—	—	636	106 814	2 422
51	Badische Kommunale Landesbank	6 ½	ffrs.	9 009	5 152	13 181	2 899	5 385	20 510
52	Bayerische Gemeindebank (Groztr.) Öffentliche Bankanstalt	—	—	—	—	19 346	246	84 324	30 482
53	Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden	5	RM	2 412 <sup>4)</sup>	2 412	—	57 886	39 263	—
	"	5	"	3 020 <sup>8)</sup>	3 020	—	—	—	—
	"	gekünd.	"	111	111	—	—	—	—

1) Darunter 85 410 TRM 4 ½ % Landeskultur-Schuldverschreibungen (Landeskulturrkreditbriefe). — 2) Liquidationspfandbriefe. — 3) Deckungsdarlehen für die Auslandspfandbriefe. — 4) Ablosungsanleihe. — 5) Hierfür 15 389 TRM Ersatzdeckung. — 6) Hannoversche Provinzleihe. — 7) Liquidationspfandbriefe der "Schleswig-Holsteinische Landeskulturrkreditbank" bzw. Deckungsdarlehen hierzu (außerdem 15 TRM Ersatzdeckung). — 8) "Kredita" Aufwertungsschuldverschreibungen.

Lfde. Nr. des Insti- tuts	Name der Anstalten	Schuldverschreibungen				Darlehen in 1 000 RM			
		Zinsfuß v.H.	Valuta	Betrag in 1 000	Betrag in 1 000 RM	Hypotheken der D.R.B.K.A.	Sonstige Hypotheken	an öffent- lich-recht- liche Kör- perschaften	Sonstige Darlehen
54	Rheinische Girozentrale und Provinzialbank	5	RM	19 173 <sup>1)</sup>	19 173	36 996	39 599	26 983	23 829
	" " " "	gekünd.	"	609	609	—	—	—	—
	" " " "	7	hfl.	4 203	7 092	—	—	—	—
55	Landesbank der Provinz Westfalen	4 ½	§	518 <sup>2)</sup>	2 177	5 727	7 445	38 486	20 868
	" " " "	7	£	601 <sup>3)</sup>	7 469	—	—	—	—
	" " " "	5	RM	18 557 <sup>1)</sup>	18 557	—	—	—	—
56	Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen	—	—	—	—	3 508	5 595	16 469	—
57	Landeskreditkasse Kassel	—	—	—	—	19 642	16 398	—	6 650
58	Mitteldeutsche Landesbank-Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	4 ½	RM	25 559	25 559	11 966	3 507	74 474	21 583
59	Nassauische Landesbank	5 ½	GM	1 134 <sup>4)</sup>	1 134	8 997	15 867	2 650	4 306
60	Provinzialbank Pommern (Girozentrale)	5	RM	697 <sup>1)</sup>	697	13 563	2 979	9 820	28 407
61	Württ. Girozentrale-Württ. Landeskommunalbank	—	—	—	—	1 863	3 422	64 643	—
62	Sonstige Girozentralen	—	—	—	—	49 424	7 573	78 573	21 051
	<b>Summe der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten einschl. Girozentralen ohne Deutsche Renten- bank-Kreditanstalt</b>	—	—	—	—	<b>679 578</b>	<b>607 968</b>	<b>755 374</b>	<b>486 559</b>
63	Allgemeine Bodenkreditbank	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Bayerische Handelsbank	—	—	—	—	1 980	3 708	121	—
65	Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank	—	—	—	—	27 477	11 812	—	—
66	Bayerische Vereinsbank	—	—	—	—	3 567	3 051	3	—
67	Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank	—	—	—	—	574	527	40	—
68	Communal-Bank für Sachsen, Leipzig	—	—	—	—	—	1 828	53	—
69	Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft	—	—	—	—	20 984	11 773	759	—
70	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank A.G.	—	—	—	—	7 431	1 914	21	—
71	Deutsche Hypothekenbank (A.G.), Berlin	—	—	—	—	939	549	—	—
72	Deutsche Hypothekenbank in Weimar	—	—	—	—	6 741	3 211	4 183	—
73	Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A.G.	—	—	—	—	—	2 343	1 258	—
74	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt a. M.	—	—	—	—	1 717	3 857	3 204	—
75	Hessische Landes-Hypothekenbank	—	—	—	—	—	3 551	493	—
76	Hypothekenbank in Hamburg	—	—	—	—	—	2 082	3	—
77	Hypothekenbank Saarbrücken	—	—	—	—	—	446	—	—
78	Lübecker Hypothekenbank A.G.	—	—	—	—	—	73	—	—
79	Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank	—	—	—	—	3 359	1 252	—	—
80	Mecklenburgische Kredit- und Hypothekenbank	—	—	—	—	1 549	1 441	—	1 132
81	Pfälzische Hypothekenbank	—	—	—	—	433	2 488	34	—
82	Rheinische Hypotheken-Bank	—	—	—	—	676	2 750	26	—
83	Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank	—	—	—	—	902	6 729	2 265	—
84	Sächsische Bodencreditanstalt	—	—	—	—	93	652	—	—
85	Süddeutsche Bodencreditanstalt	—	—	—	—	1 670	3 185	—	—
86	Thüringische Landes-Hypothekenbank A.G.	5	GM	553	553	2 895	6 377	27	—
	" " " "	4 ½	"	2 673	2 673	—	—	—	—
	" " " "	gekünd.	"	1	1	—	—	—	—
87	Vereinsbank in Nürnberg	—	—	—	—	—	217	—	—
88	Westdeutsche Bodenkreditanstalt	—	—	—	—	406	3 402	785	—
89	Württembergische Hypothekenbank	—	—	—	—	642	428	875	—
90	Württembergischer Kreditverein, Aktiengesellschaft	—	—	—	—	2 013	—	—	—
	<b>Summe der Hypotheken-Aktien-Banken</b>	—	—	—	—	<b>86 048</b>	<b>79 643</b>	<b>14 148</b>	<b>1 132</b>
	Außerdem:	—	—	—	—	—	—	—	—
91	Bayerische Landwirtschaftsbank e.G.m.b.H.	—	—	—	—	12 714	1 875	420	—
92	Frankfurter Baukasse A.G., Frankfurt a. Main	—	—	—	—	—	11 349	—	—
93	Hamburgische Baukasse Aktiengesellschaft	4 ½	hfl.	40	68	—	1 750	—	—
	" " " "	4 ½	"	764	1 289	—	—	—	—
94	Pfälzische Wirtschaftsbank, Gemeinnützige Aktienge- sellschaft	—	—	—	—	—	8 692	—	—
95	Sächsische Landeskulturrentenbank	4 ½	RM	79	79	—	24 594 <sup>5)</sup>	—	7 350
	" " " "	4 ½	GM	23 973	23 973	—	—	—	—
	" " " "	6	"	37	37	—	—	—	—
	" " " "	6	"	234 <sup>4)</sup>	234	—	—	—	—
	" " " "	gekünd.	"	150	150	—	—	—	—
96	Preußische Landesrentenbank	6	"	6 440 <sup>4) 6)</sup>	6 440	—	—	—	—
	" " " "	gekünd.	"	5	5	—	—	—	33 602
97	Bayerische Landeskulturrentenanstalt (alte)	4	"	5 534	5 534	—	12 882 <sup>7)</sup>	—	24 422
	" " " "	4 ½	"	29 106	29 106	—	—	—	—
	" " " "	gekünd.	"	103	103	—	—	—	—
	(neuorganisierte)	—	—	—	—	23 098	—	—	59 240
98	Deutsche Schiffspfandbriefbank Aktiengesellschaft, Berlin	—	—	—	—	—	—	—	168
99	Deutsche Schiffskreditbank A.G., Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	—
100	Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank Akt.Ges., Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	1 416
101	Umschuldungsverband deutscher Gemeinden	4	RM	2 646 886 <sup>8)</sup>	2 646 886	—	—	2 648 545 <sup>8)</sup>	—
102	Deutsche Boden-Kultur-Aktiengesellschaft, Berlin	—	—	—	—	—	—	—	36 163
103	Deutsche Rentenbank	4 ½	RM	208 795 <sup>9)</sup>	208 795	—	—	—	—
	" " " "	4 ½	"	7 087 <sup>10)</sup>	7 087	—	—	—	—
	" " " "	gekünd.	"	847	847	—	—	—	—
	<b>Summe der sonstigen Anstalten</b>	—	—	—	—	<b>35 812</b>	<b>61 143</b>	<b>2 648 965</b>	<b>162 361</b>
	Ferner:	—	—	—	—	—	—	—	—
	Danziger Hypothekenbank Akt.Ges. (in 1 000 Danz.Guld.)	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Ablösungsanleihe. — 2) Inlandanleihe. — 3) Sterlinganleihe des Provinzialverbandes. — 4) Liquidationspfandbriefe. — 5) Deckung für die Landeskulturrentenscheine (außerdem Ersatzdeckung 466 TRM). — 6) Deckung besteht in 6 500 TRM Wertpapieren und 5 TRM Geld. — 7) Hierin 5 028 TRM zur Deckung der Verpflichtungen der neuen Anstalt bestimmt. — 8) Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden bzw. Deckung hierfür. — 9) Ablösungsschuldverschreibungen. — 10) Osthilfe-Entschuldungsbriefe.